

NEUER STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT

Dreiländerkongress

Deutsche Gesellschaft für Soziologie
Österreichische Gesellschaft für Soziologie
Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

www.soziologie2011.eu



29.09.-01.10. 2011
Innsbruck | Tirol
Abstractband



Deutschlands Textanalyse-Tool Nr. 1

einfach ■ effektiv ■ professionell

Werten Sie Ihre Texte aus, z.B. :

- Interviews
- Blogs
- Literatur
- Scripte
- Webseiten
- und vieles mehr...

- ★ Supergünstige Preise für Studierende
- ★ Kostenlose 30-Tage-Demo-Version



www.maxqda.de



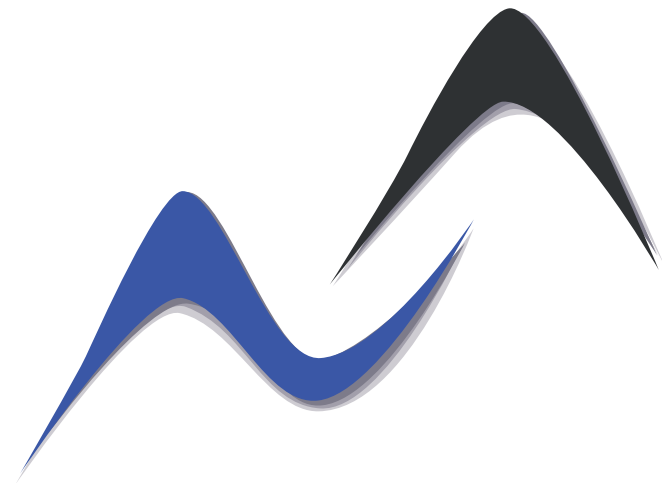
VERBI

Software – Consult –
Sozialforschung GmbH

NEUER STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT DREILÄNDERKONGRESS

der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Österreichischen Gesellschaft
für Soziologie und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, 29.09-01.10.2011

www.soziologie2011.eu





Öffentlichkeit in Zeiten der Individualisierung? Zur Frage der sozialen Kohäsion in fragmentierten Diskursräumen

Marian Adolf, Zeppelin University gGmbH, Friedrichshafen, marian.adolf@zeppelin-university.de

Stream 13: Netzwerke - Panel I: Netzwerke öffentlicher Kommunikation

Die gegenwärtige, fachübergreifende Debatte zum Konzept der Öffentlichkeit scheint zwischen zwei Extrempositionen hin- und hergerissen, die ihre zunehmende Strahlkraft paradoxerweise gleichzeitig entfalten. Da ist einerseits die Befürchtung, dass spätestens mit der Explosion kommunikativer Kanäle jegliche gravitative Kraft der Massenmedien als einzig verbliebene Instanz der modernen Öffentlichkeit verloren geht (Katz 1996, Sunstein 2001). Andererseits gibt es jene, die gerade erst mit den dezentralen Kommunikationsflüssen des Internet die pluralistische Kommunikationsform entstehen sehen, wie sie der modernen, demokratischen Gesellschaft eigentlich entsprechen würde. Ausgehend von dieser Beobachtung sucht der Beitrag nach Kontinuitäten und Innovationen mediengestützter sozialer Kommunikation anhand des Konstrukts Öffentlichkeit aus soziologischer und kommunikationswissenschaftlicher Warte. Der Beitrag skizziert eine sozialtheoretisch basierte Untersuchung der Verträglichkeit von digitalen Medien und ihren Interaktionsformen mit dem älteren Konzept der Öffentlichkeit. Die zentrale Frage lautet: Was bezeichnet Öffentlichkeit heute – unter den gegenwärtigen medientechnologischen und soziokulturellen Bedingungen? Sind die etablierten – häufig in der Tradition von Habermas stehenden – Öffentlichkeitsbegriffe noch hilfreich? Haben wir es mit neuen Öffentlichkeiten zu tun, oder verliert das Konzept unter den sich wandelnden Rahmenbedingungen der heutigen Moderne gar insgesamt an Wert? Und: meinen die diversen in Umlauf befindlichen Konzeptionen überhaupt noch dasselbe begriffliche Substrat? Anhand einer Konfrontation der neuen mit den etablierten Infrastrukturen gesellschaftlicher Kommunikation wird nach den Möglichkeitsbedingungen von Öffentlichkeit in der heutigen Mediengesellschaft gefragt. Dabei sollen – vor dem Hintergrund der durch neue soziale Kommunikationsmodi noch einmal verstärkten Individualisierungstendenzen – vor allem kulturelle Konstitutionsbedingungen von Öffentlichkeiten betrachtet werden. Je diversifizierter die lebensweltlichen Sinnprovinzen (und mit ihnen die Themen), und je vielfältiger die genutzten (Medien)Kanäle der individuellen Kommunikationspraxen, desto mehr rücken diese bislang vernachlässigten Kontexte in den Fokus der Öffentlichkeitsforschung. Die Suche gilt der Frage, wie sich die Öffentlichkeiten von morgen konstituieren können, und in welchem Verhältnis sie zueinander und zu ihrer sozialen und politischen Umwelt stehen werden.

Öffentlicher Diskurs im Lichte des Strukturwandels durch die Neuen Medien

Steffen Albrecht, TU Dresden, steffen.albrecht@berlin.de

Stream 07: Habermas - Panel III: Nach 50 Jahren: Strukturwandel der Öffentlichkeit revisited

Habermas' Strukturwandel der Öffentlichkeit stellt nicht nur eine historische Analyse der Entstehung und des Wandels der Öffentlichkeit dar, sondern bietet insbesondere auch eine normative Theorie der Öffentlichkeit, die über die historische Situation hinaus Geltung beansprucht. Als kritische Theorie erhebt sie zugleich den Anspruch, eine Meßlatte für je gegebene historische Situationen zu bieten und insofern empirisch anschlussfähig zu sein. Doch das Verhältnis von normativ-universellem Anspruch und empirisch-historischer Spezifität ist nicht unproblematisch, da das theoretische Modell ein Ideal postuliert, gegen das die Realität nur abfallen kann. Verändern sich nun die Bedingungen der öffentlichen Kommunikation grundlegend, wie dies durch die Onlinekommunikation der Fall ist, dann lässt sich nicht mehr klar bestimmen, ob die durch die Theorie angeleiteten empirischen Beobachtungen tatsächliche Strukturveränderungen beschreiben oder ob nicht vielmehr die Theorie selbst durch die veränderte Realität in ihrer Tragfähigkeit infrage gestellt wird. Der vorgeschlagene Beitrag unternimmt anhand des für Habermas' Theorie der Öffentlichkeit zentralen Begriffs des Diskurses eine Gegenüberstellung von empirischen Beobachtungen der Kommunikation in deliberativen Onlineforen (auf Basis einer Literaturübersicht sowie eigener empirischer Studien) und deren normativer Bewertung. Dabei fällt auf, dass normativ durchaus erwünschte Resultate des Diskurses durch Formen der Kommunikation erzielt werden, die dem Idealmodell der Theorie nicht entsprechen. So erweist sich die Kommunikation gerade in solchen Foren als ausgesprochen interaktiv, die durch eine starke Ungleichheit zwischen aktiven und passiven Teilnehmern geprägt sind. Vor diesem Hintergrund entwickelt der Beitrag ein alternatives Modell diskursiver öffentlicher Kommunikation, das als „Reflexionsspiel“ charakterisiert wird und Elemente der Kommunikationstheorie Bourdieus mit der Habermas'schen Theorie der Öffentlichkeit verbindet. Der Beitrag diskutiert die Reichweite dieses Modells zur empirischen Beschreibung des öffentlichen Diskurses in aktuellen Medienkonstellationen sowie dessen Eignung für eine kritische Bewertung der Veränderungen öffentlicher Kommunikation.



Vernetzung von Wahlblogs als Spiegel der Struktur und des Wandels öffentlicher Kommunikation

Steffen Albrecht, TU Dresden, steffen.albrecht@berlin.de

Stream 13: Netzwerke - Panel I: Netzwerke öffentlicher Kommunikation

Öffentlichkeit lässt sich als eine Vielzahl kommunikativer Arenen verstehen, die mehr oder weniger stark miteinander vernetzt sind. Vernetzungen werden durch Bezugnahmen zwischen der Kommunikation in einer Arena mit der Kommunikation in einer anderen Arena hergestellt, zum Beispiel indem Fernsehnachrichten auf Äußerungen in Präsenzveranstaltungen verweisen oder Weblogs auf Webseiten der Massenmedien verlinken. Der Grad der Vernetzung bestimmt darüber, wie stark Rezipienten der Kommunikation in einer Arena potenziell mit Kommunikationsinhalten anderer Arenen konfrontiert werden. Demokratietheoretisch kommt der Vernetzung der Öffentlichkeit große Bedeutung zu. Nur wenn Rezipienten mit unterschiedlichen Themen und Perspektiven konfrontiert werden können sie sich ein differenziertes Meinungsbild machen. Daher wird die Vernetzung der Öffentlichkeit sowohl innerhalb einzelner Medien als auch über diese hinweg seit langem beobachtet. Vielfach wird befürchtet, dass Arenen der webbasierten Kommunikation in geringerem Maß vernetzt seien und die Onlinekommunikation daher eine stärkere Fragmentierung der Öffentlichkeit mit sich bringe. Der vorgeschlagene Beitrag untersucht diese Frage am Beispiel der sogenannten Wahlblogosphäre, also der Teilöffentlichkeit von Weblogs, die sich mit einer Wahl bzw. Wahlkämpfen beschäftigen. Mithilfe der netzwerkanalytischen Dichtematrix, wie sie aus der Blockmodellanalyse bekannt ist, wird die Vernetzung von Wahlblogs der unterschiedlichen Parteien qua Blogroll-Links empirisch analysiert. Die empirische Basis bilden Daten, die zu den letzten zwei Bundestagswahlkämpfen 2005 und 2009 erhoben wurden (Blogroll-Netzwerke zwischen 317 bzw. 428 deutschsprachigen Weblogs). Dabei wird – synchron – die jeweilige Vernetzung als Strukturmerkmal der Wahlblogosphäre bestimmt und – über beide Zeitpunkte hinweg – die Veränderung des Vernetzungsgrades erfasst. Die Untersuchung zeigt zum einen, dass sich die Strukturen der politischen Öffentlichkeit in der Wahlblogosphäre nachweisen lassen und belegt insofern auch die grundsätzliche Eignung der netzwerkanalytischen Methode für entsprechende Studien. Zum anderen zeigt sich, dass die untersuchte Teilöffentlichkeit nicht so stark fragmentiert ist wie von Beobachtern häufig angenommen und dass solche Weblogs eine wichtige Rolle spielen, die ideologisch nicht an eine bestimmte Partei gebunden sind. Diese Befunde werden im theoretischen Rahmen der Fragmentierungsdebatte diskutiert.

Strukturwandel sozialer Ordnung in Armenien: Realität oder Mythe?

Ashot Aleksanyan, Staatliche Universität Eriwan, Zentrum für europäische Forschung, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, ashaleksanyan@yahoo.com

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Die Aktualität des Themas ist die Notwendigkeit der Analyse der Legitimationsdynamik sozialer Ordnung und politischer Macht in Armenien in der heutigen Etappe. Jedoch die entstehenden neuen Bedingungen und Tendenzen der politischen Entwicklung der armenischen Gesellschaft, sowie die dauernde Transformation des politischen Regimes des Landes leisten einen wesentlichen Einfluss auf die Prozesse der Legitimation der Macht, auf die Qualität ihrer Wechselbeziehungen mit der Gesellschaft. Das soziale Regime der politischen Prozesse in der modernen Armenien, das moderne System der Sozialpartnerschaft erfordert die Einrichtung des Wohlfahrtsstaates, ein gewisses Maß an sozialem Schutz und Sicherheit, soziale Standards, das Gleichgewicht der menschlichen und sozialen Sicherheit. Die Entwicklung der Sozialpartnerschaft und die Aktivitäten der wichtigsten Themen der Sozialpolitik zeigt die Bedeutung der Sozialpartnerschaft als eine zivilarchisches Regime und soziale Technologie der Koordinierung der Interessen und Konfliktlösung ist sehr effektiv. Das Konzept der sozialen Partnerschaft, basierend auf Verhandlung, Vermittlung, Kompetenz, Kooperation, Beratung spielt eine wichtige Rolle bei der Lösung vieler Probleme der sozial-und arbeitsrechtlichen Bereich. Soziale Verantwortung ist eine Realisierung nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen und Ziele, sondern auch die sozialen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf ihr eigenes Personal, Verbraucher und Organisationen, mit denen eine Aktivität durchgeführt wird. Die Dringlichkeit der Entwicklung der Sozialpartnerschaft hat eine große Bedeutung nicht nur für die soziale Verantwortung der Gesellschaft, sondern auch für den positiven Beitrag zur Lösung sozialer Probleme im Allgemeinen. Das sozial-politische Potenzial ist nicht förderlich für die Entstehung einer wirksamen öffentlichen Kontrolle und begrenzt die Potenziale für die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit.



Zwischen Viktimisierung und neo-liberaler Aktivierung: Ambivalente Ethnisierung und Vergeschlechtlichung von ‚ost-europäischen‘ Pflegekräften in transnationalen Öffentlichkeiten

Anna Amelina, Universität Bielefeld, anna.amelina@uni-bielefeld.de

Stream 15: Populismus - Panel II: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (I)

Frage: Der Beitrag analysiert die mediale Herstellung und Repräsentation sozialer Mobilität von osteuropäischen Pflegearbeiterinnen (Ukraine und Russland), die in Deutschland leben und arbeiten. Die Ausgangsfragen des Vortrages lauten: a) An welchen diskursiven Orten werden Aussagen über soziale Mobilität von osteuropäischen Pflegearbeiterinnen produziert? b) Welche diskursiven Strategien werden in der massenmedialen Berichterstattung (Nachrichten und Berichte) genutzt, um ihre sozialen Positionen und soziale Mobilität zu repräsentieren? c) Wie werden diskursive Kategorien „Geschlecht“ und „Ethnizität“ mit Kategorie „Schicht“ verknüpft? Forschung/Methode: Auf der Grundlage der Diskursanalyse nach Michel Foucault analysiert die Verfasserin den Datenkorpus aus TV-Berichterstattung (überregional) und Printmedien (überregional) (laufende Forschung von 2010 und 2011). Dabei wurde sowohl die Berichterstattung durch die Medien der Immigrationslandes, als auch die der Emigrationsländer berücksichtigt. Darüber hinaus, wurden Berichte aus s.g. ethnischen Print-Medien (= Migranten-Medien, wie „Russkaja Germanija“ u.a.) erhoben. Ergebnisse: Im ersten Schritt werden diskursive Strategien aufgedeckt, die die Figur „osteuropäische Pflegekraft“ in deutschen Medien herstellen. Insgesamt finden sich im Datenkorpus zwei Argumentationsfiguren: Während die „Viktimisierungsstrategie“ die Abwärtsmobilität von Pflegekräften im Immigrationsland herausstellt, betont der „neoliberale Individualisierungsdiskurs“ Aufstiegschancen, die sich für die Osteuropäerinnen durch die Einwanderung nach Deutschland bieten. In der relevanten medialen Berichterstattung der russischen und ukrainischen Medien werden Kategorien „Ethnizität“ und „Geschlecht“ zu einer Argumentationsfigur „Aufwärtsmobilität durch Auswanderung“ verknüpft. Anstatt der „Viktimisierung“ finden sich hier Elemente aus dem post-sozialistischen Gender Equality Diskurs wieder. Schließlich finden sich in der Berichterstattung der ethnischen Presse in Deutschland Elemente aus beiden, der viktimisierenden und der neoliberalen Argumentationen. Diskursive Kategorien „Ethnizität“ und „Geschlecht“ werden dabei sowohl mit dem Integrationsdiskurs des Einwanderungslandes, als auch mit dem herkunftsorientierten Identitätsdiskurs verknüpft. Fazit: Die Analyse unterschiedlicher diskursiver Orte sowie verschiedener Argumentationsmuster über soziale Mobilität von Pflegearbeiterinnen legt Logiken und Brüche der medialen Ungleichheitskonstruktionen offen. Der zusätzliche Blick auf den Medienkonsum von Pflegearbeiterinnen (2 Fokusgruppen) ermöglicht eine Einsicht in die Selektivität diskursiver Macht transnationaler Medienöffentlichkeiten.

Hegemonie und Subversion. Eine geschlechtersoziologische Reflexion auf Veränderungen in und zwischen Öffentlichkeiten und Privatheit

Brigitte Aulenbacher, Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Soziologie, brigitte.aulenbacher@jku.at

Michael Meuser, TU Dortmund, michael.meuser@tu-dortmund.de

Birgit Riegraf, Universität Paderborn, Fakultät für Kulturwissenschaften/Soziologie, briegraf@mail.upb.de

Stream 11: Gender - Panel I: Öffentlichkeitstheorien und Ungleichheiten: Eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Gender Studies

Der Beitrag fragt, ob sich Veränderungen der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit und des Geschlechterverhältnisses auf Hegemonie- und Subversionsbestrebungen auswirken und wie die Geschlechterforschung dies erfassen kann. Die Geschlechterforschung hat, wie wir im ersten Schritt ansprechen, gezeigt, dass die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit bislang mit gleich gerichteten Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen einhergeht. Hegemonieansprüche werden dabei öffentlich artikuliert und sind männlich konnotiert, während Privatheit und Weiblichkeit gesellschaftliche Nachrangigkeit eingeschrieben ist. Allerdings ist die Forschung nicht davor gefeit, diesen Sachverhalt zu affirmieren. Diese Problematik zeigen wir an Raewyn Connells Konzept „hegemonialer Männlichkeit“ auf. Indem es der Kategorie der „hegemonialen Männlichkeit“ diejenige der „betonten Weiblichkeit“ zur Seite stellt, welche die Zuarbeit von Frauen und des Privaten zum Öffentlichen spiegelt, trägt es Züge einer Zeit, in der die Grenzen zwischen den Bereichen und den Geschlechtern noch stabil waren. Im zweiten Schritt wird angesprochen, inwieweit Frauen in neuer Weise die öffentlichen Sphären und Männer die private Sphäre betreten und inwieweit zugleich die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit selbst in Bewegung ist. Unsere Beispiele sind Frauen und Männer in politischen und medialen Öffentlichkeiten, die Entgrenzung, Subjektivierung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit, das Engagement der sog. neuen Väter. Die herausgestellten Tendenzen diskutieren wir im dritten Schritt in einer theoretischen Reflexion des Zusammenhangs von Geschlecht und Gesellschaft auf mehrere Fragenkomplexe hin: a. Ändern sich die homologen Assoziationen von Öffentlichkeit mit Männlichkeit und Privatheit mit Weiblichkeit? Gibt es Anhaltspunkte für die Herausbildung einer „hegemonialen Weiblichkeit“ und inwiefern tritt sie in Konkurrenz zur „hegemonialen Männlichkeit“? b. Lassen sich neue Männlichkeitsmuster als Herausforderung bisheriger hegemonialer, an die Grenzziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre geknüpfter Männlichkeit auffinden? Wie ist das Verhältnis neuer Vater- zu bisherigen Mutterschaftspraxen? c. Deuten sich in all diesen Veränderungen Momente der Subversion hinsichtlich der Geschlechterordnung und weiteren sozialen Verhältnisse an? Im vierten Schritt und als Fazit sprechen wir an, inwiefern sich die Geschlechterforschung kategorial neu wappnen muss, will sie all dies erfassen.

Sozialwissenschaftliches Milieu zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie in der Weimarer Republik: Studien zur Öffentlichkeit jenseits der „Gelehrtenrepublik“

Stefanie Averbeck-Lietz, Universität Münster, Stefanie.Averbeck-Lietz@uni-muenster.de

Stream 16: Vorläufer - Panel I: Sozialwissenschaftliche Forschung über Öffentlichkeit vor dem Strukturwandel der Öffentlichkeit

Die Fachgrenzen zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie waren in der Zwischenkriegszeit offener als dies gemeinhin bekannt ist. Die Konkurrenz um Ressourcen war eine Bruchstelle zwischen Zeitungswissenschaft und Soziologie (vgl. Bohrmann 1986), aber es gab Überlappungen. Die Annäherung zwischen Zeitungswissenschaftlern und Soziologen lässt sich auf zwei Ebenen nachzeichnen: 1. organisatorisch, so anlässlich der Kölner „Pressa“, der Internationalen Presseausstellung 1928, weiterhin des Soziologentages von 1930, den die DGS (von Wiese) gemeinsam mit dem Institut für Zeitungswesen sowie den Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg (von Eckardt und Brinkmann) vorbereitete – und zwar in expliziter Anlehnung an Max Webers Vorschlag zu einer Presse-Enquête von 1910 (vgl. Weber 1910, Averbeck 1999: 66-91, Kutsch 1988b, Käsler 2003: 261, Meyen/Löblich 2007: 145-160). Hierzu liegen Aktenfunde aus Universitätsarchiven vor, insbesondere Briefwechsel zwischen den Wissenschaftlern. Die 2. Ebene der Annäherung ist ideengeschichtlich bedeutsam: Sie liegt in der Rezeption der Schriften von Weber und Tönnies durch die jüngere Generation. Die Nachwuchswissenschaftler studierten zwar häufig Zeitungswissenschaft, zugleich aber auch Soziologie und promovierten mangels prüfungsrechtlicher Alternative in Soziologie. Diesbezüglich ausgewertet habe ich die Dissertationen über Presse, Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, die 1927-1933 an den Universitäten Heidelberg und Berlin entstanden (vgl. Averbeck 1999: 476-518). Es lassen sich dezidiert Anfänge zu einer systematischen Theorie der Öffentlichkeit finden: Ausgehend von der Kritik an wiederum der Tönnies'schen „Kritik der öffentlichen Meinung“ (1922) kamen seine jüngeren Adepten (so Münzner 1928) zu einer Bestimmung von Öffentlichkeit als Kommunikationsprozess zwischen Teilöffentlichkeiten. Als herausragend für das skizzierte Milieu kann dabei das Frühwerk Ernst Manheims gelten, dessen Buch über die „Träger der öffentlichen Meinung. Studien zur Soziologie der Öffentlichkeit“ (1933) später Jürgen Habermas als eine Quelle diente (zu Manheim ausführlich Baron/Smith/Reitz 2005). Das sich langsam formierende sozialwissenschaftliche Milieu zwischen den beiden Fächern ist heute vergessen, da seine Vertreter größtenteils vertrieben wurden und emigrieren mussten (vgl. Kutsch 1988a, Averbeck 2001).

Mehr als glückliche Zufälle: Die Medienstudien von Robert E. Park und Robert K. Merton

Ruth Ayaß, Universität Klagenfurt, ruth.ayass@uni-klu.ac.at

Stream 16: Vorläufer - Panel I: Sozialwissenschaftliche Forschung über Öffentlichkeit vor dem Strukturwandel der Öffentlichkeit

In der Regel wird Max Webers nie durchgeführte „Presse-Enquête“ genannt, wenn es darum geht, den Beginn der soziologischen Erforschung von Medien und Öffentlichkeit, zu benennen, der vielzitierte Auftrag, „ganz banausisch anzufangen (...), zu messen, mit der Schere und mit dem Zirkel, wie sich denn der Inhalt der Zeitungen in quantitativer Hinsicht verschoben hat im Laufe der letzten Generation“ (Weber 1911, 52). Für die Wahrnehmung der darauf folgenden Jahrzehnte ist typisch, dass die Erforschung von Medien und ihren Publika stark auf zwei völlig gegensätzliche Ansätze reduziert wird, auf die vorwiegend empirischen Untersuchungen Paul F. Lazarsfelds und die weitgehend theoretischen Darlegungen der Kritischen Theorie. Diese Sichtweise ignoriert zwei bedeutende Figuren in der Geschichte der Soziologie und ihre Beiträge zu Medien und medialen Öffentlichkeiten: Robert E. Park und Robert K. Merton. Beide haben, mit ganz unterschiedlichen theoretischen Hintergründen und gänzlich verschiedenen Methoden, über Medien und die von ihnen erzeugten Öffentlichkeiten gearbeitet. Robert E. Park, der in erster Linie mit seinen Studien zur Großstadt bekannt wurde, beschreibt Nachrichten und Zeitungen als das Medium der modernen Großstadt. Die Stadt, insbesondere die Großstadt, gilt ihm als das Laboratorium schlechthin, aber das Medium dieses Laboratoriums ist die Zeitung. In „The immigrant press and its control“ (1922) beschreibt Park ausführlich die Funktion der Zeitung speziell für die Viertel der Migranten. Von Merton stammt unter anderem „Patterns of influence“ (1949) sowie die frühe Untersuchung „Mass persuasion“ (1941), die eine Kampagne für eine Krieganleihe zum Gegenstand hat. In beiden Untersuchungen, die wenig oder kaum bekannt sind, setzt sich Merton mit Formen und Strukturen von Beeinflussung und Meinungsbildung auseinander. Merton entwickelte in diesen Untersuchungen die Methode des „focused interview“. Dieser Teil von Mertons Schriften wird in der Regel in der Rezeption ausgeblendet. Der Vortrag rekonstruiert in erster Linie die Resultate von Parks und Mertons Untersuchungen zu Medien und Öffentlichkeit und zeigt ihre noch heute innovativen theoretischen und methodischen Ansätze auf. Es lässt sich aufzeigen, dass beide zentrale Begriffe und Konzepte der neueren Mediensoziologie um Jahrzehnte vorweg genommen haben. Darüber hinaus diskutiert er die Anwendbarkeit und Weiterentwicklungsmöglichkeit ihrer Konzepte für neue Medien und neue Öffentlichkeiten.



Wenn ein Medium Methode hat

Ruth Ayaß, Universität Klagenfurt, ruth.ayass@uni-klu.ac.at

Stream 08: Medien - Panel III: Is the Research-Medium the Message? Zur Medialität der Forschungspraxis

Medien sind ein wohletablierter Gegenstand der Reflexion soziologischer Theorie und auch in unterschiedlichem Ausmaß an der Präsentation und Vermittlung soziologischen Wissens beteiligt. Medien sind aber auch in verschiedenem Ausmaß an den Methoden an der empirischen Forschung beteiligt. Im Forschungsprozess werden zahlreiche Medien eingesetzt und mit diesen Medien verschiedene Daten erzeugt oder eingesammelt. Diese Daten unterscheiden sich in ihrer medialen Verfasstheit deutlich voneinander: eine mündliche Erzählung (im Interview), eine Aufzeichnung (in der Konversationsanalyse), eine schriftliche Beobachtungsnotiz oder -protokoll (in der Ethnographie); ein Textstück in der Textanalyse, eine Fotografie. Die verschiedenen Methoden unterscheiden sich dabei bezüglich der Medialität ihrer Daten so deutlich voneinander, dass meist die Methode am Datum und seiner medialen Verfassung erkennbar ist. Dies trifft vor allem für die in verschiedenen Methoden übliche Transformation von Aufzeichnungen in Transkriptionen zu. Das am stärksten ausdifferenzierte und detaillierteste Verfahren hat dabei die Konversationsanalyse entwickelt, die audiovisuelle Daten in Transkripte transformiert. Der Vortrag geht der Frage nach, inwiefern sich in der Konversationsanalyse die Medialität der Daten auf die Methode und auf die Gegenstandskonstitution auswirkt. Denn in den vergangenen Jahren hat sich mit dem Einzug der Videokamera in mehreren Methoden, am stärksten aber in der Konversationsanalyse (und der Videoethnographie) der Typus der Daten verändert. Der Schritt von der Audioaufzeichnung zur audiovisuellen Aufzeichnung bedeutet nicht nur eine einfache Ergänzung des Auditiven um das Visuelle. Eine audiovisuelle Aufzeichnung erzeugt nicht einfach nur ein mehr an Daten, sie erzeugt gänzlich andere. Sie verändert in der Konversationsanalyse zum Beispiel das Verfahren der Transkription. Unnötig zu sagen, dass mit diesem neuen audiovisuellen Datentyp andere Gegenstände in den Fokus der Analyse geraten (können), etwa die körperliche Orientierung der Interagierenden oder die Handhabung von Artefakten. Aber auch für die Transkription gelten veränderte Bedingungen: Mit der zunehmenden Komplexität des aufgezeichneten Geschehens werden die Transkripte nahezu (oder endgültig) unleserlich. Es gibt (neue) Probleme bei der Anonymisierung. Das Problem der Perspektive und des Ausschnitts stellt sich (neu). Vor allem aber ändert sich die Funktion der Transkription im Prozess der Analyse.

Elitenautobiographie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit

Stefan Bär, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, stefan.baer@soziologie.uni-heidelberg.de

Markus Pohlmann, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, markus.pohlmann@soziologie.uni-heidelberg.de

uni-heidelberg.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel I: Symbolische Kommunikation im öffentlichen Diskurs

Die jüngste Finanzkrise hat Zweifel an der Leistungsfähigkeit und an der moralischen Integrität von Führungskräften aufkommen lassen. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um ein neues Phänomen, sondern um die Weiterführung einer anhaltenden Debatte zum Verhältnis von Kapital und Moral, welche ein substanzielles Verständnis von ökonomischen Eliten widerspiegelt. Dieses wird im medialen Wechselspiel zwischen nach außen getragener, inszenierter Privatheit und von in der Öffentlichkeit rezipierter symbolischer Ausweise von Exzellenz getragen und reproduziert. Auf der Seite der in die Öffentlichkeit getragenen Privatheit kann die soziologische Beschäftigung mit Autobiographien von Managern hier einen wertvollen Erklärungsbeitrag zum Moral- und Ethikverständnis ökonomischer Eliten leisten, handelt es sich bei der Autobiographie doch um einen spezifischen Typ der Kommunikation, in der historisch und sozial konditionierte Subjektivität zum Vorschein kommt. Die Autobiographie fungiert als Darstellungsform des Selbst im spezifischen Kontext medialer Öffentlichkeit und wird so zum Produktionsort symbolischer Sinnwelten, die aber stets innerhalb gesellschaftlich gesetzter Grenzen verbleiben. Sie bietet so einen konkreten Zugang für soziologische Analysen. Dies betrifft beispielweise Motive für Entscheidungen von Tragweite, da Autobiographien demonstrieren, welche Motive in der (selbst) erzählten Lebensgeschichte als ‚vorzeigbar‘ gelten und überhaupt erst gesellschaftliche Anerkennung beanspruchen können.



Subversion durch Kunst und Protest– Culture Jamming als semiotischer Angriff auf die Konsumgesellschaft

Sigrid Baringhorst, Universität Siegen, Institut für Politikwissenschaft, Baringhorst@politikwissenschaft.uni-siegen.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel III: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populärkultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (II)

Kaum ein kapitalismuskritischer Aufruf, der heute ohne aufmerksamkeitszeugende Akte des „Culture Jamming“ auskommt, um seine Kernbotschaft symbolisch zu verdichten. Im Kontext globalisierungskritischer Bewegungen und ihrer Kritik an der ökonomischen wie kulturellen Dominanz transnationaler Konzerne wurde vor allem die satirische Karikierung von Werbeplakaten im Kontext von „adbusters.org.“, einem globalen Netzwerk kritischer Medienaktivisten, bekannt. Ziel des Adbusting, verstanden als Manipulation werblicher Textbotschaften, Bilder und Logos, ist, so der programmatische Vordenker des „Culture Jamming“ Kalle Lasn, das „rebranding“ (Lasn 2000). Durch die Umcodierung einer Marke sollen Zwänge und Widersprüche der westlichen Konsumkultur offen gelegt und - in Anlehnung an das situationistische Konzept der Détournement - Werbebotschaften gleichsam in werbekritischen Judo-Aktionen so umgekehrt werden, dass ihre herrschaftstabilisierende Funktion sichtbar und gegen die dominanten Verhältnisse gewendet wird. Neben bewegungsnahen organisierten kollektiven Protestakteuren entwickeln auch bewegungsfernere individuelle Künstler und Künstlergruppen avantgardistische semiotische Praxen, die in vielfältiger Weise auf bekannte Markencodes referieren und im Sinne eines „Cultural Hacking“ (Düllo/Liebl) bzw. „Cultural Jamming“ (Lasn) die Zeichenwelt vorherrschender Markenimages dekonstruieren. Im Vortrag sollen nach einer kunst- und gesellschaftstheoretischen Einordnung des Cultural Jamming Beispiele aus bewegungsnahen kollektiven Protestpraxen sowie Beispiele aus eher individualistischen künstlerischen Avantgardepraxen vorgestellt und hinsichtlich des in ihnen ausgedrückten Verhältnisses zwischen Künstler- und Sozialkritik bzw. der in ihnen artikulierten „Quellen der Empörung“ (Boltanski/Chiapello) sowie hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen des Verhältnisses zwischen Produktion und Konsum analysiert werden. Anschließend soll am Beispiel webbasierter Praxen der symbolischen Subversion von Markenimages mit der Entgrenzung zwischen Experten- und Laienrollen die Aufhebung einer weiteren, für moderne Gesellschaften konstitutiven funktionalen Differenzierung problematisiert werden.

Fachkräfte, Arbeitslose, Dritte – wie öffentlich und wie gut ist Arbeitsvermittlung?

Peter Bartelheimer, Universität Göttingen, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), peter.bartelheimer@sofi.uni-goettingen.de

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Die Vermittlung zwischen Arbeitskraftangebot und Arbeitskraftnachfrage als öffentliches Gut aufzufassen und in die Hände einer öffentlichen Arbeitsvermittlung (in Deutschland: einer bundesunmittelbaren Körperschaft mit drittelparitätischer Selbstverwaltung) zu legen, gehört eher zu den späten Errungenschaften des Sozialstaats. Seit den 90er Jahren geraten Arbeitsmarktdienstleistungen unter den Stress widersprüchlicher Anforderungen. - Liberalisierung und Deregulierung: Mit der Zulassung gewerblicher Arbeitsvermittlung und mit der Beauftragung „Dritter“ mit Aufgaben der Vermittlungsberatung verliert die Arbeitsverwaltung ihre Monopolstellung im „Matching“ von Bewerber/innen und offenen Stellen. - Aktivierung: Mit der Durchsetzung des Aktivierungsparadigmas rücken verhaltenslenkende Wirkungen der Arbeitsmarktdienstleistungen auf Arbeitsuchende und Arbeitslose in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik. - Neue Steuerung: Mit dem Umbau der Bundesagentur wurden die Prinzipien des „New Public Management“ auf die Organisation der Leistungsprozesse der Arbeitsvermittlung angewendet. - Technisierung: Mit der Einführung eines „virtuellen Arbeitsmarks“ entstand eine internetbasierte Plattform, die gleichzeitig professionelle „Matching“-Leistungen der bewerber- und stellenorientierten Vermittlung und Selbstinformation von Arbeitgebern und Arbeitsuchenden / Arbeitslosen unterstützen muss. Die ebenso widersprüchlichen Folgen für die Arbeitsverwaltung als „moderner Dienstleister“ und für die Interaktionen zwischen Fachkräften und ihren „Kund/inn/en“ sollen auf der Grundlage qualitativer Evaluationsprojekte in den beiden Rechtskreisen der neuen deutschen Arbeitsmarktpolitik (SGB II und SGB III) erörtert werden. Der Beitrag zeichnet dabei drei Konfliktlinien nach: - Konflikte zwischen standardisierenden Anforderungen an die Leistungsprozesse, die sich aus Aktivierungsauftrag, Steuerungsmodell und Technisierung ergeben, und dem notwendigen persönlichen Auftrag in der Dienstleistungsinteraktion, - Konflikte zwischen der Beauftragung externer („dritter“) Maßnahmeträger und den Qualitätsstandards und der Dienstleistungskompetenz der Arbeitsverwaltung, - Konflikte zwischen professionellen Anforderungen, die aus dem Dienstleistungsversprechen der Arbeitsvermittlung folgen, und Tendenzen der Entberuflichung der Vermittlungsberatung infolge personalpolitischer Flexibilisierungsstrategien in der Arbeitsverwaltung.



Deregulierung oder Regulierung – Eine Frage des Standorts?

A. Doris Baumgartner, FHS St. Gallen, Institut für Soziale Arbeit IFSA, doris.baumgartner@fhsg.ch

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Gemeinhin wird die Durchdringung des Ökonomischen aller Lebensbereiche postuliert. Die Vormacht der Ökonomie über die Politik wirkt sich insbesondere auf das Handlungsverständnis des Staates aus. Unter dem Stichwort Liberalisierung werden die verschiedensten Märkte zunehmend dereguliert. Deregulierungsbestrebungen betreffen darüber hinaus aber auch die kulturelle Dimension. Gesellschaftliche Individualisierungstendenzen korrespondieren mit der liberalen Grundhaltung des Staates, welcher Eigenverantwortung hoch bewertet und Regulation in Form von staatlichen Interventionen in der Regel skeptisch gegenüber steht. Trotzdem werden Bürger und Bürgerinnen vom Staat immer mehr kontrolliert. Dabei schliessen Kontrollmechanismen oft an ein Gesellschaftsmodell längst vergangener Zeiten an, als die Gesellschaft noch wesentlich homogener war. Im Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie weit gesellschaftliche Individualisierungstendenzen und zunehmende staatliche Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger zusammenhängen, wobei auf die Deregulierungsbestrebungen auf staatlicher Ebene eine stärkere Regulierung auf individueller Ebene folgt und sich somit die Regulierungsebene verlagert. Anhand von ausgewählten Beispielen rund um Probleme der Arbeitsgesellschaft (Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und insbesondere die soziale Absicherung von Arbeit) werden Prozesse der Schliessung sowie die Auswirkungen der Politik auf das gesellschaftliche Zusammenleben thematisiert. Dabei wird die Diskussion stark durch den öffentlichen Diskurs beeinflusst. Unter dem Titel Missbrauchsbekämpfung werden in der Schweiz heute ganze Sozialversicherungssparten reorganisiert. Als Folge davon werden Bürger und Bürgerinnen laufend dem Verdacht des Missbrauchs ausgesetzt, sei es als von Arbeitslosigkeit Betroffene oder als IV-RentnerIn. Hinter der Schaffung von neuen Registern, individuellen Auflagen und weiteren Kontrollinstrumenten, mit denen der Staat auf den einseitigen Druck verwaltungsmässig - technokratisch reagiert, stehen normative Erwartungen an den Staat, wie und auf welche Kosten reguliert werden soll, sowie die allumfassende Durchdringung der Ökonomisierung im Sozialstaat. Demgegenüber wird eine alternative Konzeption des Staates, der Fähigkeiten ermöglicht, zur Disposition gestellt.

Ausgrenzung von Migranten im Bildungssystem der Schweiz, Österreichs und Deutschlands

Rolf Becker, Universität Bern, Institut für Erziehungswissenschaft, Abt. Bildungssoziologie, rolf.becker@edu.unibe.ch

unibe.ch

Michael Beck, Universität Bern, michael.beck@edu.unibe.ch

Franziska Jäpel, Universität Bern, franziska.jaepel@edu.unibe.ch

Stream 15: Populismus - Panel II: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (I)

Die Integration von Migranten in das Bildungssystem eines Landes ist eine der essentiellen Voraussetzungen für deren strukturelle Assimilation und Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft. Dieser Prämisse steht die empirische Beobachtung gegenüber, dass Migranten bzw. bestimmte Migrantengruppen in einem geringeren Maß als einheimische Kinder und Jugendliche Bildungserfolge und vorteilhafte Bildungschancen realisieren können. Der Vortrag geht der Frage nach, ob die Nachteile von Migrantenkindern im Schulsystem auf statistischer oder institutioneller Diskriminierung beruhen. Mit Hilfe von Quer- und Längsschnittdaten wird für die Länder Deutschland, Schweiz und Österreich untersucht, ob Migranten bei der Leistungsbeurteilung und beim Bildungsübergang in die Sekundarstufe tatsächlich benachteiligt werden oder ob sie aufgrund geringer sozioökonomischer Ressourcen, vorhandener Sprachprobleme und der Migrationsgeschichte des Elternhaus im Nachteil sind. Ziel des Vortrags ist es, zur Aufklärung in der öffentlichen Debatte und zur Beantwortung der Frage danach beizutragen, ob Migranten beim Bildungserwerb systematisch schlechter gestellt werden oder ob andere Mechanismen für ihre Nachteile im Bildungssystem verantwortlich sind. Zudem soll – an Diskussionen über eine notwendige Förderung zu Gunsten von schulpflichtigen Migranten anknüpfend – untersucht werden, ob zeitlich spätere Fördermaßnahmen in der Primar- und Sekundarstufe ineffektiv sind, während frühzeitige Investitionen in vorschulische Bildung und Beherrschung der (deutschen) Landes- und Unterrichtssprache eher förderlich sind für die Verbesserung der Bildungschancen von Migranten.



Wie viel Öffentlichkeit verträgt die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft?

Michael Beetz, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, michael.beetz@uni-jena.de

Plenum IV: Politik ohne Öffentlichkeit

Der Vortrag zeigt zunächst anhand klassischer Beiträge auf, dass die Bedeutung der Ö. sich keineswegs auf das Problem einer demokratischen Willensbildung beschränkt. Der zweite Teil widmet sich der Frage, inwieweit Ö. ein Hemmnis oder vielmehr eine Voraussetzung für die Autonomie gesellschaftlicher Funktionssysteme darstellen könnte. Die diesbezüglichen gesellschaftstheoretischen Überlegungen münden drittens in einer zeitdiagnostischen Deutung der Tendenz zu einer „Politik ohne Ö.“.

1. Webers Zeitungs-Enquete oder Tönnies' „Kritik der öffentlichen Meinung“ lassen sich als Belege dafür anführen, welchen Stellenwert die Klassiker der Ö. zuerkannten. Allerdings richtete sich deren Interesse nicht allein auf die politische Ö. im engeren Sinne. Vielmehr betraf Tönnies' „fester Aggregatzustand“ tief verankerte kulturelle Deutungsmuster und beinhaltete der Druck der öffentlichen Meinung für Durkheim religiöse Momente. Gleichfalls beschränken sich öffentlichkeitssoziologische Untersuchungen nicht auf die Massenmedien. In E. Manheims einschlägiger Studie wurden als „Träger der öffentlichen Meinung“ gar Geheimbünde identifiziert und Ö. zugleich als grundlegende soziologische Kategorie konzipiert. Sie erscheint damit als konstitutives Element menschlicher Kultur, als das Man (Heidegger), als soziale Lebenswelt (Schütz), als generalized other (Mead).

2. Ein Vergleich gesellschaftlicher Funktionssysteme offenbart Analogien, die sich auf einen allgemeinen Begriff von Ö. bringen lassen. Der Markt, die durch Publikationen konstituierte wissenschaftliche Fachö., das Publikum der Kunst, aber auch Mikroöffentlichkeiten im Sinne Goffmans stellen sich dann als jeweils spezifische Formen einer generalisierenden Beobachtung 2. Ordnung dar. Die wechselseitige Beobachtung ist (neben formaler Organisation) ein ganz wesentlicher Koordinationsmechanismus der modernen Gesellschaft. Es bildet die Grundlage der Selbstorganisation gesellschaftlicher Funktionssysteme und ist für die Genese kommunikativer Standards unverzichtbar. Die Kehrseite dieser Rationalität der Ö. sind indes irrationale Effekte (Populismus, Massenkultur). Wo der Zwang zum Bezug auf den Mainstream einer strikten Sachorientierung im Wege steht, dort mag Ö. in der Tat zum Hemmnis werden.

3. Doch gerade die politische Kommunikation bedarf einer stetigen Selbstverständigung über gemeinsame Vorstellungen guten Lebens. Wenn politische Fragen – von der Grundsicherung bis zur Energieversorgung – auf das Format formaler Entscheidungsprobleme zurechtgestutzt und an Expertenkommissionen überantwortet werden, dann kommt es zu einer Stillstellung der Dynamik politischer Deutungsmuster. Politik wird auf Organisation reduziert. In der öffentlichen Kommunikation mögen dann Werte wie Wohlstand, Sicherheit und Bildung als stereotype Schemata erfolgreich reproduziert werden. Das Rationalitätspotenzial öffentlicher Selbstbeobachtung wird damit jedoch verschenkt. So gesehen wird eine Politik ohne Ö. zur Technokratie.

Tönnies und die Öffentlichkeitssoziologie. Kontraste und Konvergenzen

Michael Beetz, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, michael.beetz@uni-jena.de

Stream 16: Vorläufer - Panel II: Ferdinand Tönnies' Kritik der öffentlichen Meinung - systematische Grundlagen der Öffentlichkeitssoziologie

Um einer künftigen Soziologie der Öffentlichkeit den Weg zu ebnen, ist es unentbehrlich, den Anschluss zwischen den klassischen Studien und der aktuellen Diskussion herzustellen. Nur so lässt sich eine einseitige Verengung auf je spezifische Aspekte wie Meinungstrends, demokratische Willensbildung oder die Logik massenmedialer Berichterstattung vermeiden. Anhand einer Analyse von Tönnies' „Kritik der öffentlichen Meinung“ will der Beitrag daher systematisch unterschiedliche Dimensionen einer Soziologie der Öffentlichkeit herausarbeiten. Dabei soll aufgezeigt werden, wie einzelne dieser Facetten sich bereits bei soziologischen Urahnen wie Auguste Comte, Herbert Spencer, Emile Durkheim oder Albert Schäffle aufspüren lassen, welche bereits den von der Mehrheitsmeinung ausgehenden Druck, die Dynamik von Modeströmungen oder die Teilhabe am Kollektivbewusstsein thematisieren. Im Mittelpunkt wird jedoch eine Diskussion der Kontraste und Konvergenzen des Tönniesschen Werks in Bezug auf klassische Beiträge zur Öffentlichkeitssoziologie finden, wobei es insbesondere um die betreffenden Schriften von Gabriel Tarde, Walter Lippmann, Ernst Manheim bis hin zu Niklas Luhmann gehen soll. Auf diese Weise soll das theoretische Feld zum Thema „öffentliche Meinung“ gleichsam um Tönnies Studie herum abgesteckt werden. Dabei werde ich mich auf vier zentrale Punkte konzentrieren: 1. auf den begrifflichen Zusammenhang von Meinung und Öffentlichkeit, 2. auf die Unterscheidung von unterschiedlichen Aggregatzuständen der öffentlichen Meinung, 3. auf die Unterscheidung zwischen öffentlicher Meinung und der Öffentlichen Meinung, sowie 4. auf die Frage nach der regulativen Kraft der öffentlichen Meinung.



Dominanz sozialer Ungleichheit und Ignoranz regionaler Disparitäten - selektives Aufgreifen wissenschaftlicher Erkenntnisse im öffentlichen Bildungsdiskurs

Hans Bertram, Humboldt-Universität zu Berlin, ISW, Mikrosoziologie, mikrosoziologie@sowi.hu-berlin.de

Martin Bujard, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, martin.bujard@destatis.de

Pia Debuschewitz, Humboldt-Universität zu Berlin, ISW, Mikrosoziologie, debuschp@sowi.hu-berlin.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel II: Schöne Images statt reflexiver Praxis? Zur Diagnose des Verhältnisses von öffentlichem Diskurs und Praxis des Bildungssystems

Die PISA-Studien (OECD 2004, 2007, 2010, Baumert et al. 2001, Prenzel et al. 2004, 2008) haben nicht nur die Bildungsforschung beeinflusst, sondern hatten auch einen immensen Einfluss auf die öffentliche Bildungsdebatte. Die Bewertungen von Bildungssystemen ganzer Länder wird nicht selten an PISA-Ergebnissen festgemacht, dieses Benchmark hat inzwischen die Position eines Deutungsmonopols für Bildungspolitik erlangt. Dies zeigt sich auch darin, dass der Diskurs über Schulformen und -reformen anhand von Länderreferenzen geführt wird, bei denen ein kausaler Zusammenhang zwischen Schulform, Schulqualität und PISA-Kompetenz unterstellt wird. Anliegen des Papers ist es, die Bildungsdebatte in Deutschland anhand der zentralen Argumentationslinien nachzuzeichnen und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu vergleichen. Dabei werden Verzerrungen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und öffentlicher Argumentation identifiziert und Blindstellen der wissenschaftlichen PISA-Rezipierung aufgedeckt. Anhand der Diskursanalyse wird gezeigt, dass un intendierte Verzerrungen und intendierte Instrumentalisierungen der Bildungsforschung die Debatte kennzeichnen und wie genuine Interessen politischer Akteure, z.B. der Bundesländer, sich in einem Ausblenden regionaler Unterschiede manifestieren. Anhand von den PISA-Daten 2006 werden Determinanten der Kompetenzwerte analysiert, Varianzen verglichen und die Schlussfolgerungen im Kontext des Bildungsdiskurses diskutiert. Die Analyse zeigt u.a., dass viele ländervergleichende Schlussfolgerungen zu hinterfragen sind (vgl. Salzman/Lowell 2008). Nicht nur der Vergleich von deutschen Bundesländern mit kleineren europäischen Ländern erweist sich als fruchtbar, sondern auch die Einbeziehung regionaler Kontexte. Welchen Einfluss hat die regionale Zugehörigkeit im Vergleich zu dem der sozialen Schicht? Diese Frage hat erhebliche Implikationen für den Diskurs zur sozialen Ungleichheit. Dabei sind nicht nur klassische Stadt-Land-Differenzen (vgl. Bertram/Hennig 1995, Peisert 1967), sondern demografische Veränderungen, Wirtschaftsstruktur, Regionalpolitik und Migration wichtige Einflussfaktoren auf die Kontexte und damit auf die durchschnittlichen Kompetenzwerte. Die Befunde können durchaus auf eine theoretische Tradition zurückgeführt werden (u.a. Bertram/Dannenbeck 1990, Blossfeld 1988, Löw 2001) und ermöglichen eine kritische Sicht auf die öffentlichen Bildungsdiskurse der letzten Jahre.

Schweizer Klimapolitik zwischen globaler Ausrichtung und lokalen Praktiken

Cristina Besio, TU Berlin, Institut für Soziologie, cristina.besio@tu-berlin.de

Alessandra Corti, Meran, Alessandra.Corti@alice.it

Andrea Pronzini, Universität Luzern, andrea.pronzini@unilu.ch

Stream 02: Transnationalisierung - Panel III: Medienevents und Medienskandale als Verdichtungen transnationaler Öffentlichkeit

An der Art und Weise, wie die Schweizer Politik mit dem Klimawandel umgeht, zeigen wir, dass die globalen Aspekte dieses Problems in dem politischen Diskurs auf nationale und sogar lokale Bezüge herunter gebrochen werden und dadurch einen veränderten Charakter erhalten. Um dieses Zusammenspiel von Globalität und Lokalität zu erklären, greifen wir in dem vorliegenden Beitrag auf den neoinstitutionalistischen world polity Ansatz zurück und betten ihn in eine systemtheoretische Gesellschaftstheorie ein. Die globale Dimension lässt sich dann vor allem in der weltweiten Verbreitung von, in der Regel wissenschaftlich legitimierten, Modellen des Umgangs mit dem Klimawandel ausmachen. Zu dieser Verbreitung tragen die Massenmedien wesentlich bei. Durch den Bezug auf diese Modelle, die kaum hinterfragt werden, verwirklicht sich das globale Moment der Schweizer Politik. Sobald die Debatte konkrete Entscheidungen betrifft, sieht man jedoch, dass hier in Bezug auf politisch-administrative Strukturen und Traditionen in erster Linie lokale Besonderheiten berücksichtigt werden. Im Sinne des neoinstitutionalistischen Ansatzes kann dieses Phänomen als Entkopplung bezeichnet werden. Systemtheoretisch gesehen ergibt sich Entkopplung notwendig daraus, dass unterschiedliche Instanzen den Klimawandel je anders beobachten. Während etwa die Wissenschaft global agiert, ist eine politische Bearbeitung des Problems durch internationale, aber auch durch nationale und lokale Bezüge geprägt, da politisches Handeln bis heute das Vorhandensein von Nationalstaaten und lokalen administrativen Einheiten voraussetzt. Während der Begriff der Entkopplung suggeriert, dass die Implementation im Vergleich zum Modell oft mangelhaft bleibt, zeigen wir, dass lokale Strategien durchaus effektiv sein können. Als empirisches Material für unsere Untersuchung dienen uns auf der einen Seite Zeitungsartikel, die in den Schweizer Tageszeitungen Tagesanzeiger (TA) und Neue Zürcher Zeitung (NZZ) im Zeitraum zwischen 1987 und 2006 zum Thema Klimawandel erschienen sind, auf der anderen Seite die Analyse verschiedener Parlamentsdebatten im Rahmen der allgemeineren schweizerischen Energie- und Klimapolitik und deren Umsetzung in den letzten 15 Jahren. Schließlich berufen wir uns auf Leitfadenterviews, die wir im Jahre 2009 mit Schweizer Klimaexperten durchgeführt haben.

Macht und Ohnmacht der Eliten: die Formierung kollektiver politischer Identitäten im transkulturellen Kommunikationsraum Europas

Heinrich Best, Friedrich-Schiller-Universität Jena, heinrich.best@uni-jena.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel I: Europa zwischen transnationaler Öffentlichkeit und politischer Diskurskultur

Die ‚Nationalisierung der Massen‘ (G. Mosse) bildete – mit den bekannten Folgen – eine wesentliche Grundlage für die Legitimierung der Elitenregime im Europa des 19. Und 20. Jahrhunderts. Der von mir vorgeschlagene Vortrag fragt danach, was im Zeitalter transnationaler Öffentlichkeit und der politischen Integration Europas mit den ‚nationalen Ideen‘ geschieht, die von den in der ‚politischen Gemeinschaft Mächtigen‘ (M. Weber) gemeinsam mit Intellektuellen in der Ära von Nations- und Staatsbildung konstruiert und implantiert wurden. Dabei wird insbesondere diskutiert, ob im beginnenden 21. Jahrhundert der Diskurs über Nationalität eine transnationale Öffentlichkeit findet, die die Nationen Europas transkulturell verbindet. Markante nationale Unterschiede zwischen Konzepten von Nationalität und die scharfe Ausprägung askriptiver Exklusionskonzepte würden auf eine Fragmentierung des europäischen Kommunikationsraums und die Inkompatibilität nationaler Solidaritätsnormen schließen lassen. Ein zweiter Fokus des Vortrags ist das Elite-Bevölkerungsdifferential. Dabei geht es um die Frage nach der Kongruenz nationaler Identitätskonstruktionen zwischen Eliten und Nicht-Eliten und damit nach der Stratifizierung einer (transnationalen) Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang werden auch Unterschiede zwischen politischen, ökonomischen und Medieneliten betrachtet werden. Die empirische Grundlage des Vortrags bilden die Datenmassive des IntUne-Projekts, das zwischen 2007 und 2010 in 18 europäischen Ländern in zwei Wellen Bevölkerungs- und Elitenbefragungen durchgeführt hat. Unsere Befunde zeigen, dass nationale Nationalität ein eklektisches Konstrukt ist, in dem abhängig von historischen Erfahrungen und situativen Umständen die Versatzstücke ideengeschichtlicher Überlieferung in vielfältigen Kombinationen als maßgeschneiderte Konstrukte den nationalen Gegebenheiten angepasst werden. Es gibt in Europa weder bei den Eliten noch in den Bevölkerungen einen Konsens darüber, was Nationalität ausmacht. Eliten sind nur begrenzt in der Lage, ihre Konstrukte nationaler Identitäten in den Bevölkerungen durchzusetzen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Verbreitung rigider und exklusiver Konzepte nationaler Identität nicht zu einer stärkeren Bindung an die Nation oder zur Neigung führt, nationale Souveränitätsrechte zu verteidigen, während umgekehrt geringe Bindung an die Nation mit einer hohen Bereitschaft zusammengehen kann, nationale Souveränitätsrechte zu wahren.

35% Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Sozialwissenschaftliche Surveyforschung als Akteur zwischen Amtlicher Statistik, Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit.

Walter Bien, Deutsches Jugendinstitut, München, bien@djf.de

Stream 08: Medien - Panel II: Orientierung und Fehlorientierung der Öffentlichkeit durch empirische Sozialforschung

In der Situation einer hoch emotionalen Diskussion um die Bewertung institutioneller Kinderbetreuung in der Öffentlichkeit hat das Deutsche Jugendinstitut eine Kinderbetreuungsstudie durchgeführt, in der erstmals, mehr oder weniger repräsentativ, die Wünsche der Eltern kleiner Kinder zur institutionellen Kinderbetreuung erfragt wurden. Ein Ergebnis war eine mehr oder weniger mutige Schätzung eines Bedarfs 2004/2005 von 35% U3-Kinderbetreuungsplätzen. Diese Zahl, die normalerweise im wissenschaftlichen, wie öffentlichen Bereich als eine der unüberschaubar vielen Versuche sich mit Zahlen Realität anzunähern, kaum wahrgenommen worden wäre, erhielt eine ungeahnte Brisanz als die zuständige Ministerin im Frühjahr 2006 eine Bund/Länder/Kommunen Initiative startete, die bis zum Jahr 2013 750.000 Betreuungsplätze entsprechend des 35% Bedarfs zur Verfügung stellen soll. In der folgenden Diskussion bekam dann diese Schätzung aus einer zwar bundesweiten Stichprobe eine Bedeutung zugewiesen, die ähnlich der Daten der amtlichen Statistik aus der Angebotsseite (durch Vollerhebungen über die Jugendämter) bzw. auf Ergebnisse des Mikrozensus (Inanspruchnahme) mit ungleich größeren Stichproben entsprach, z.B. mit dem Wunsch diese Daten auch auf Landes- oder Kommunenebene herunterzubrechen. Der Vortrag beschreibt beispielhaft die Gratwanderung zwischen wissenschaftlich adäquatem Handeln, sinnvoller Politikberatung und daraus folgender Öffentlichkeitsarbeit. Zu Grunde liegen Erfahrungen der letzten sechs Jahre zu dieser, verglichen mit anderen Bereichen, relativ übersichtlichen Aufgabe mit der Zahl 35% Bedarf für institutionelle U3-Kinderbetreuung, bzw. 750.000 angestrebte U3-Plätze umzugehen. Zu dieser Gratwanderung gehören die üblichen Probleme im Handling von Großprojekten, wie das Entwickeln komplexer Erhebungsdesigns, einer Infrastruktur für das Datenhandling, einer diffizilen Analysemethodik und der Umgang mit Fehlern, Problementwicklungen, hier allerdings verbunden mit einer mutigen Interpretation der Ergebnisse, einer Übersetzung in die politische Umgangssprache, der Vertretung der Ergebnisse und des Vorgehens in der politischen-, der Fach- und allgemeinen Öffentlichkeit vor dem Hintergrund von beispielhaften Rückmeldungen aus den betroffenen Abnehmerkreisen, die durch sehr heterogene, z.T. widersprüchliche Interessen gekennzeichnet sind.



„24“ und die Wende im amerikanischen Folterdiskurs

Werner Binder, Universität Konstanz, werner.binder@uni-konstanz.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel I: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populärkultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (I)

Der Bedeutung fiktionaler Populärkultur für öffentliche Diskurse wurde von soziologischer Seite bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Fiktionale Formate können nicht nur als Symptome einer moralischen Ordnung und des sozialen Imaginären einer Gesellschaft gelesen werden, sondern stellen selbst einen gesellschaftlichen Einflussfaktor dar. Zwischen öffentlichen Diskursen und fiktionalen Medien herrscht ein Verhältnis der Wechselwirkung. Diese These soll am Beispiel der amerikanischen Fernsehserie 24 im Kontext des amerikanischen Folterdiskurses ausgeführt werden. Die Serie, welche den Antiterrorkampf von Jack Bauer und seiner Counter Terrorist Unit zum Gegenstand hat, traf bei ihrer Erstaussstrahlung den Nerv der Zeit. Die Anschläge vom 11. September 2001 waren da noch keine zwei Monate her, die Trümmer des World Trade Centers noch nicht beseitigt und Amerika befand sich im Krieg gegen den Terror. 24 avancierte schnell zum „leader in television's post-9/11 genre of national security thriller“, der von Filmkritikern und Politikern gleichermaßen gefeiert wurde. Nach dem Folterskandal von Abu Ghraib und den Enthüllungen über die Verhörpolitik der amerikanischen Geheimdienste geriet die Serie, in der regelmäßig Foltermethoden bei der Vernehmung von Terroristen zur Anwendung kamen, zunehmend ins Zentrum der öffentlichen Kritik. Während in anderen Serien, z.B. in den Simpsons und in Prison Break, die Missbrauchsfälle von Abu Ghraib thematisiert und kritisch reflektiert wurden, änderte sich bei 24 zunächst wenig. In meinem Vortrag möchte ich zeigen, wie eine Initiative des Militärs, der steigende öffentliche Druck und der Autorenstreik in Hollywood die Produzenten von 24 schließlich zum Einlenken bewegten. Das Verhältnis von öffentlichem Diskurs und fiktionalen Medien ist von Ungleichzeitigkeiten geprägt. Einerseits können fiktionale Formate als Avantgarde dem öffentlichen Diskurs vorangehen, andererseits kann es aber auch zu einem „cultural lag“ kommen, der bei besonders prominenten Formaten zum Gegenstand öffentlicher Kritik werden kann.

Das Imageproblem. Abu Ghraib als transnationaler Medienskandal

Werner Binder, Universität Konstanz, werner.binder@uni-konstanz.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel III: Medienevents und Medienskandale als Verdichtungen transnationaler Öffentlichkeit

Ohne Zweifel handelte es sich bei den Missbrauchsfällen in dem irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis im Jahr 2004 um ein globales Medienereignis. Die Empörung angesichts der veröffentlichten Fotografien war nicht nur in den Vereinigten Staaten und der arabischen Welt groß, sondern auch unbeteiligte Dritte in Deutschland, Südafrika oder Indien entrüsteten sich anlässlich der gezeigten Bilder. Aufgrund ihrer Bildlichkeit und Symbolkraft gelang es den Abu-Ghraib-Fotografien sprachliche Grenzen zu überwinden und so ein breites Publikum zu erreichen. Inwieweit lässt sich aber von der weltweiten Anteilnahme und Empörung auf eine Transnationalisierung der Öffentlichkeit schließen? Transnationalisierung lässt sich nicht nur an der globalen Aufmerksamkeit messen, die einem Ereignis zuteil wird, sondern auch am Grad der wechselseitigen Beobachtung und Verflechtung von nationalen Öffentlichkeiten. Auf Basis einer Diskursanalyse von vier großen amerikanischen Zeitungen und vier amerikanischen Nachrichtensendern lässt sich zeigen, dass in den USA das globale Medienecho kaum zur Kenntnis genommen wurde – mit Ausnahme der irakischen und arabischen Medien. Die Skandalfotografien wurde zunehmend als nationales Imageproblem wahrgenommen, dass den Ausgang des Krieges im Irak zu gefährden. Wenige Tage nach dem Bildbruch folgten die ersten „public apologies“, die sich an die gedemütigten Gefangenen, das irakische Volk und die arabische Welt – aber auch an das heimische Publikum – richteten. Auch wenn im Fall von Abu Ghraib diese makrosoziologischen Techniken der Imagepflege allzu schnell wieder eingestellt wurden, so hat diese situativ hergestellte Öffentlichkeit doch nachhaltige Effekte gezeitigt. Der Skandal um die Abu-Ghraib-Fotografien legt außerdem nahe, dass bestimmte Bilder als säkulare Ikonen einen kaum zu unterschätzenden Beitrag zur Transnationalisierung von Öffentlichkeiten leisten.



Gehören Staatsangehörigkeit und Heimat zusammen? Zu den Strategien der Akteure, die sich für oder gegen eine Einbürgerung entschieden haben

Stefanie Blicke, Freising, stefanie.blicke@email.de

Stream 06: Räume - Panel III: Postterritoriale Räume politischer Partizipation

Staatsangehörigkeit ist eine objektive Eigenschaft, geknüpft an ein Territorium, die Verfassung, Gesetze und Verwaltungsvorschriften sowie an Rechte und Pflichten für diejenigen, die diese Eigenschaft besitzen. Sinkende Einbürgerungszahlen, stark verzögerte Entscheidungen der Optionspflichtigen, und kritische Äußerungen kommunaler Integrationsräte zu Einbürgerungsverfahren lassen sich hingegen nicht ausschließlich anhand objektiver Bedingungen erklären. Diese Phänomene deuten über territoriale Grenzen hinweg auf eine soziale Realität die nicht mehr ohne weiteres mit der Idee des Nationalstaates harmonisiert. Ausgangspunkt dieses Forschungsvorhabens ist die Hypothese, dass die Bedeutung von Staatsangehörigkeit für die Akteure, die sich für oder gegen eine Einbürgerung in Deutschland entschieden haben, weit über die juristische Definition des Begriffs hinausreicht, an Strategien der Akteure und an Gefühle der Zugehörigkeiten anknüpft. In Anwendung der Theorien Bourdieus und Honneths wird untersucht, inwieweit jene Strategien Teil eines Kampfes um Anerkennung im Feld Staatsangehörigkeit und in hiermit verbundenen Feldern darstellen. Die Verbindung zwischen ‚Heimat‘ und Staatsangehörigkeit wird im öffentlichen Diskurs häufig hergestellt beruhend auf der unhinterfragten Annahme, der Doxa, dass die Identifikation mit Staatsangehörigkeit im Sinne eines Zugehörigkeits- und Zuhause-Gefühls bei den Staatsangehörigen grundsätzlich vorhanden ist bzw. sein muss. Dieser Doxa soll widersprochen werden, indem genau solch ein Hinterfragen durchgeführt wird. Die zweite Hypothese lautet also, dass ‚Heimat‘ zwar als eine wichtige Qualität, die individuell mit Bedeutung gefüllt werden muss, wahrgenommen wird, aber für diejenigen, die eine Einbürgerungsentscheidung treffen, keine zwingende Vorbedingung darstellt. Zu Hinterfragen ist deshalb auch, inwieweit der Heimatbegriff überhaupt einen eindeutigen Bezug zu Räumlichkeit herstellen muss und inwieweit seiner zeitlichen Dimension verstärkt Beachtung geschenkt werden muss. Aufbauend auf diesen beiden Hypothesen sollen deshalb die Verbindung von Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit, Territorium und Heimat anhand der Strategien derjenigen, die sich für oder gegen eine Einbürgerung entschieden haben, untersucht und vorläufige Ergebnisse der Erhebung vorgestellt werden.

Öffentlichkeit im Fernglas

Doris Blutner, RWTH Aachen, Institut für Soziologie, blutner@soziologie.rwth-aachen.de

Stream 13: Netzwerke - Panel II: Experimentelle Netzwerke: Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Lobbyarbeit und Realexperimenten

Öffentlichkeit ist ein Makrophänomen der Gesellschaft. Sie setzt sich aus vielen Teilöffentlichkeiten zusammen und macht auch nicht vor den Halligen und ihren 297 Bewohnern Halt. Die Halligen gehören zum Wattenmeer. Sie sind kleine Erhebungen, die mit künstlich aufgeschütteten Warften bestückt sind. Bis zu 30-mal im Jahr werden die Halligen überflutet. Dann ist Landunter. Völlig abgeschieden von ihren Nachbarn und dem Festland harren die Halligbewohner dann auf das Ende des maßlosen Treibens. In den vergangenen Jahrhunderten haben die Halligbewohner nicht nur gelernt, die Zeichen der nahenden Sturmfluten zu lesen; sie haben auch Küstenschutzmaßnahmen getroffen, um ihr Leben und ihre Hallig vor Landnahme zu schützen. Beide Arenen, „Lesen“ der Sturmflut und Küstenschutz, sind inzwischen durch neue Teilöffentlichkeiten, Internet und ingenieursbezogenes Expertenwissen, bevölkert worden. Den sich dabei verändernden Beziehungsstrukturen wird anhand folgender Netzwerkkartenfragen nachgegangen, die jedem Halligbewohner gestellt werden: 1. Wie erfahren Sie von einer Sturmflut? 2. Wie werden Sie hinsichtlich der Küstenschutzmaßnahmen auf dem Laufenden gehalten? Meine Vorgehensweise unterstellt, dass soziale Beziehungen nicht unabhängig voneinander entstehen, sondern: Es braucht Gelegenheiten dazu, die den Rahmen für die Entstehung sozialer Beziehungen bieten (Rausch 2010: 421). Sie schließt die Analyse von Teilnetzwerken ein, um Zugehörigkeitsnetzwerke abzubilden (Wassermann/Faust 1994) und um jene Muster zu identifizieren, die Auskunft über die Beziehungen zwischen Personen und Begegnungsstätten geben. Dazu greife ich auf die bimodale Netzwerkanalyse zurück. Folgende Sachverhalte sollen im Rahmen des Kongresses diskutiert werden: Welche Verschiebungen der Öffentlichkeiten ereignen sich in beiden Arenen durch neue Teilöffentlichkeiten? Welche Reichweite haben sie? Und welche Referenzebenen (z.B. lokal, regional, global) verbinden sie. Zum Schluss wird arenenbezogen resümiert, welche Wirkungen von den neuen Beziehungsarrangements für den Umgang mit Sturmfluten und die Entwicklung von Küstenschutz ausgehen. Dieser Beitrag entsteht im Rahmen des BMBW-Projekts „ZukunftHallig“. Literatur: Rausch, A. (2010) Bimodale Netzwerke. In: Stegbauer, Ch./ Häußling, R., 2010: Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden: VS Verlag, S. 421-432 Wassermann, St./Faust, K. (1994) Social Network Analysis: Methods and Application, Cambridge: Cambridge University Press



Diskursexperimente – Öffentlichkeitsbeteiligung im Zeitalter nachlassender Beteiligungsansprüche

Alexander Bogner, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgen-Abschätzung, Wien, abogner@oeaw.ac.at

Plenum IV: Politik ohne Öffentlichkeit

Öffentlichkeitsbeteiligung gilt als Garant für die Qualität politischer Willensbildung. Gerade in komplexen Materien (wie z.B. Technik- und Umweltfragen) hängt die Qualität der Willensbildung freilich immer stärker an der Qualität kollektiver Wissensbildung. Expertise, mit anderen Worten, erhält einen zentralen Stellenwert, und zwar nicht nur die der (akademisch zertifizierten) Experten, sondern auch jene der (betroffenen, besorgten oder einfach nur interessierten) Laien.

Die Hoffnung auf Rationalitätsgewinne durch Laienbeteiligung besteht gerade auch in den Bereichen von Technik und Umwelt. Angesichts mangelnder Beteiligungsbedingungen „von unten“ setzt man daher verstärkt auf die Durchführung von Diskursexperimenten in verschiedenen Formaten. Ob diese Formen einer „von oben“ initiierten und organisierten Öffentlichkeitsbeteiligung indes zu Rationalitätsgewinnen führen, ist eine empirische Frage. Ihre Beantwortung steht im Zentrum meines Beitrags.

Meine zentrale These lautet: Laienpartizipation realisiert sich in aktuell relevanten Technologiekontexten charakteristischerweise als „Laborexperiment“. Das heißt: Diese von „Partizipationsprofis“ (aus der Wissenschaft) organisierte und unter kontrollierten Bedingungen statt findende Beteiligung von Laien vollzieht sich weitgehend ohne Bezug auf öffentliche Kontroversen, reale politische Teilhabebestrebungen und individuelle Betroffenheiten. Anhand empirischer Studien wird gezeigt, dass diese (von politischen und lebensweltlichen Bezügen abgeschottete) Laborpartizipation in der Praxis zu paradoxen Effekten führt: Die erfolgreiche Durchführung dieser Experimente resultiert in einer systematischen Enttäuschung jener Hoffnungen auf Rationalitätsgewinne, die typischerweise mit Öffentlichkeitsbeteiligung verbunden sind.

Dieses Ergebnis lässt sich in einen weiteren Kontext stellen. Folgt man den diversen industrie-, medizin- oder professionssoziologischen Diagnosen einer zunehmenden Einbeziehung von Beschäftigten im Betrieb oder von Patienten im klinischen Alltag, so scheint es fast, als seien wir auf dem Weg in die Partizipationsgesellschaft, und zwar in dem Sinne, dass Bürger in vormals partizipationsverschlossene, expertendominierte Bereiche eindringen – oder heute meist: zur Partizipation eingeladen werden. Welche Folgen dies für bestehende Politik- und Legitimationsmuster hat und welche neuen Verantwortungszuschreibungen sich daraus ergeben, bleibt zu diskutieren.

Die Analyse des Formwandels von Öffentlichkeitsbeteiligung ist Teil meines Habilitationsprojekts, das durch ein APART-Stipendium finanziert und Ende 2010 abgeschlossen wurde. Die Habilitationsschrift wird im Herbst 2011 unter dem Titel „Die Ethisierung von Technikkonflikten“ bei Velbrück Wissenschaft erscheinen.

„Postsäkulare Gesellschaft“, postsäkulare Öffentlichkeit?

Gerda Bohmann, WU-Wien, Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, gerda.bohmann@wu.ac.at

Stream 07: Habermas - Panel III: Nach 50 Jahren: Strukturwandel der Öffentlichkeit revisited

Seit seiner Friedenspreis-Dankesrede „Glauben und Wissen“ (2001) hat Jürgen Habermas sich in die Reihe der Kritiker der „Säkularisierungsthese“ der klassischen Soziologie gestellt und ausgehend von Phänomenen „entgleisender“ Säkularisierung und Modernisierung den Begriff der „postsäkularen Gesellschaft“ eingeführt. Wie er wiederholt betont hat, um auf einen „Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit“ zu reagieren, der durch die abnehmende Überzeugungskraft der Säkularisierung, der zunehmenden Bedeutung der Religionen und Religionsgemeinschaften in der öffentlichen Sphäre sowie durch die Herausforderungen von Migrationen aus traditionellen Kulturen gekennzeichnet ist. Habermas geht, im Einklang mit den Prämissen seiner kritischen Gesellschaftstheorie, wohl von einem Prozess weitergehender Säkularisierung aus sowie er explizit im Rahmen nachmetaphysischen Denkens verbleibt, aber er hat nunmehr den Religionen eine neue Rolle zugewiesen. Das unausgeschöpfte semantische Potenzial der religiösen Überlieferungen sei in der Lage, deren Entgleisungen ein „Bewusstsein von dem was fehlt“ (Habermas 2008) entgegenzusetzen und die erforderlichen normative Bindungskräfte zu mobilisieren. Es sollen in diesem Beitrag einige der jüngeren Schriften Jürgen Habermas' kurz rekonstruiert werden, um zu zeigen, dass 1. sich darin die Schwerpunktsetzungen seiner Theorie sukzessive verschoben haben; der Religion nunmehr eine gleichberechtigte Partnerschaft im Dialog um die praktische Vernunft und somit prinzipielle Wahrheitsfähigkeit attestiert wird; und 2. das Konzept der post-säkularen Gesellschaft weder theoretisch überzeugen, noch hinreichende empirische Evidenz für sich beanspruchen kann.



Schexing liegt am East River

Stefan Brocza, Universität Wien, stefan.brocza@univie.ac.at

Stream 03: Unterhaltung - Panel II: Unterhaltende Politikangebote in den Medien – Merkmale des neuen Strukturwandels

Der Beitrag präsentiert einen Vergleich der beiden Fernsehserien „Chaos City“ und „Der Kaiser von Schexing“. Anhand der Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse werden medial kreierte Steriotypen von Politikern erarbeitet. Mit welchen Problemen sind Politiker konfrontiert, wie sieht ihr Arbeitsalltag aus, wer unterstützt sie wie in ihrer Arbeit? Welche Bilder und Vorstellungen von Politik werden durch Unterhaltungsserien geschaffen? „Chaos City“ ist eine US-amerikanische Sitcom, die von 1996 bis 2002 erstausgestrahlt wurde. Im deutschsprachigen Raum lief sie erstmals von 1997 bis 2002. Die Serie erzählt vom Arbeitsalltag im New Yorker Rathaus. Im Mittelpunkt steht der Spin-Doctor Mike Flaherty, der stellvertretende Bürgermeister von New York, rechte Hand seines Chefs, Bürgermeister Randall Winston. Seine Untergebenen sind der tollpatschige Pressesprecher Paul Lassiter, der sexistische Schürzenjäger Stuart, der homosexuelle Minderheitenbeauftragte Gordon, der schüchterne Hinterwäldler James und Nikki, die stets nach dem Mann fürs Leben Ausschau hält. Neben dem Privatleben der Charaktere ist das politische Tagesgeschäft Handlungsschwerpunkt. Oft gilt es für alle Beteiligten, einen Fauxpas des Bürgermeisters auszumerzen oder geschickt kleinzureden. „Der Kaiser von Schexing – Ein Bürgermeister aus Bayern“ ist eine bayerische Fernsehserie, die in der fiktiven Gemeinde Markt Schexing spielt. Die Serie wird seit Februar 2008 im Bayerischen Fernsehen gesendet. Im Serien-Mittelpunkt steht Andreas „Andi“ Kaiser. In Schexing geboren, tingelte er 15 Jahre durch die Welt. Er kehrt gerade zu dem Zeitpunkt zurück, als seine Heimatstadt Schexing einen Bürgermeister sucht. Geeignete Kandidaten gibt es nicht und so hieven Stadtkämmerer Hermann Nelz und Geschäftsleiterin Rosi Specht den heimgekehrten Sohn ins Amt. „Andi“ Kaiser soll ihre Marionette sein und wird doch ihre größte Herausforderung, da er Probleme auf seine eigene, unkonventionelle Art löst und sich so nicht nur Ärger in Schexing, sondern auch mit der höheren Politik, z.B. dem Landrat einhandelt. Oft erscheint Kaiser daher naiv und dilettantisch, gegen Ende der Folge zeigt sich aber meist, dass er alle Klippen umschiffen kann.

Wie Bad Tölz und Rosenheim unser Bild von Politik beeinflussen

Stefan Brocza, Universität Wien, stefan.brocza@univie.ac.at

Stream 03: Unterhaltung - Panel II: Unterhaltende Politikangebote in den Medien – Merkmale des neuen Strukturwandels

Der Beitrag präsentiert – auf Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse – Politikertypen, die im Rahmen deutscher Fernsehserien regelmäßig präsentiert werden. Aufgrund der Popularität der ausgewählten Serien („Der Bulle von Tölz“, „Rosenheim-Cops“, „Um Himmels Willen“) werden dadurch nachhaltige Steriotypen von Politikern in den Köpfen der Mediennutzer erschaffen. Alle drei Serien sind darüber hinaus in Bayern verortet. „Der Bulle von Tölz“ ist eine von den Sendern Sat.1 und ORF in Auftrag gegebene, deutschsprachige Krimiserie. Die Handlung der Serie spielt in und um Bad Tölz. Folgende wiederkehrende Figuren werden untersucht: Staatssekretär Berthold von Gluck, Bürgermeister Wegener, Bundestagsabgeordneter Meidenbauer. „Die Rosenheim-Cops“ ist eine Vorabend-Krimiserie im Auftrag des ZDF. Sie spielt im Chiemgau und in Rosenheim. Folgende wiederkehrende Figur wird untersucht: Marie Hofer, Schwester von Korbinian Hofer und Stadträtin. „Um Himmels Willen“ ist eine deutsche Fernsehserie, die im Auftrag des MDR produziert, in der fiktiven Kleinstadt Kaltenthal in Niederbayern spielt. Folgende wiederkehrende Figur wird untersucht: Wolfgang Wöller, langjähriger Bürgermeister von Kaltenthal; Besitzer eines Autohauses, jetzt Oberbürgermeister.

Öffentlichkeitsnormen und Internet. Herausforderungen für die Medienregulierung

Hans-Bernd Brosius, LMU München, Inst. f. Kommunikationswissenschaft u. Medienforschung, brosius@ifkw.

lmu.de

Michael Meyen, LMU München, Inst. f. Kommunikationswissenschaft u. Medienforschung, meyen@ifkw.lmu.de

Manuel Wendelin, LMU München, Inst. f. Kommunikationswissenschaft u. Medienforschung, wendelin@ifkw.

lmu.de

Alexander Haas, LMU München, Inst. f. Kommunikationswissenschaft u. Medienforschung, haas@ifkw.lmu.de

Stream 12: Deregulierung - Panel II: Öffentlichkeit und Medienregulierung

Ziel des Vortrags ist die Entwicklung einer Heuristik, die medienpolitisch relevante Dimensionen des gegenwärtigen Strukturwandels der Öffentlichkeit aufzeigt. Dabei wird vorgeschlagen, Öffentlichkeitswandel über die Verteilung von Aufmerksamkeit auf und die Relevanzzuschreibungen für Themen empirisch fassbar zu machen. Die klassischen Öffentlichkeitstheorien haben keine Antworten auf Fragen nach möglichen Folgen der beinahe unendlichen Vielfalt an Kommunikationsangeboten im Internet. Öffentlichkeit verändert sich vor allem dadurch, dass immer mehr Inhalte produziert werden, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen und die auch nach Jahren noch abrufbar sind. Hier stellt sich die Frage, wie lange man die allgemeine synchrone Bekanntheit von Themen, deren Relevanz normativ begründet ist, weiterhin unterstellen kann. Zwar mag es unter den etablierten Qualitätsmedien weiterhin selektierende »Leuchttürme« in der Content-Flut geben. Allerdings potenzieren sich aber auch die Möglichkeiten des Publikums, an diesen Leuchttürmen vorbei zu navigieren. Gleichzeitig ist der Bedeutungsgewinn öffentlicher Kommunikation für alle Gesellschaftsbereiche ungebrochen. Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit hat sich verschärft und Politiker sowie Unternehmen oder auch Massenmedien sehen sich stärker als bislang zur Anpassung ihres Kommunikationsverhaltens an Publikumspräferenzen gezwungen. Die »media logic« mit professionellen journalistischen Normen verliert an Einfluss. Solche Anpassungsprozesse sind der Motor des gegenwärtigen Strukturwandels der Öffentlichkeit. Medienpolitiker und die entsprechende Forschung zu Öffentlichkeit und Öffentlicher Meinung können sich diesen Herausforderungen nicht mehr allein mit einem (massen-)medienzentrierten Modell stellen. Es ist stattdessen notwendig, Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Öffentlichkeits-ebenen und Gesellschaftsbereichen zu erforschen und dabei unterschiedliche Kommunikationsmodi interpersonaler, interpersonal-öffentlicher und öffentlicher Kommunikation über Themenagenden und Themeninterpretationen zu untersuchen. Wir schlagen ein Modell vor, das Öffentlichkeit als das Ergebnis ganz unterschiedlicher Kommunikationsbeziehungen begreift. Zentral ist dabei die Menge der Kommunikationsbeziehungen, die bezogen auf ein Thema erzeugt werden kann. Öffentlichkeit bemisst sich mehr und mehr an der Aufmerksamkeit, die ein Thema tatsächlich erzeugen kann, ganz unabhängig von einem bestimmten Kommunikationsmodus.

Im Beichtstuhl der Medien

Hannelore Bublitz, Paderborn, bublitz@uni-paderborn.de

Stream 09: Privat - Panel I: Digitale Konstitution öffentlicher Subjekte – neue informelle Öffentlichkeiten

Im ‚Beichtstuhl der Medien‘ verkehrt sich „der Begriff des Beichtstuhls in sein Gegenteil“ (Eco 2007, 81): Scheinbar Privates und Inneres werden öffentlich, Selbstbeobachtung und -konstruktion erscheinen im Rahmen eines medialen Spiegels. Produktion und Präsentation des Selbst erfolgen sichtbar, im Auge des medialen Betrachters. Hier bilden sich Kriterien für soziale Verortung und Selbstadjustierung im Rahmen einer anonymen Öffentlichkeit (vgl. Bublitz 2010). Die feuilletonistische Pathologisierung öffentlich-medialer Formen der Selbstpräsentation verkennt die konstitutive Bedeutung medialer Anordnungen für Subjektivierung und Selbstdarstellung. Die Diskussion über den Angriff digitalisierter Datenströme einer verwalteten Gesellschaft und Machtnetze einer globalisierten Ökonomie auf das Private, die in einer Verfallsrhetorik mündet, unterstellt, es gäbe ‚das Private‘ als „das geheimste aller Geheimnisse“ (Eco 2007: 81), wie auch das Öffentliche gewissermaßen als anthropologische Konstante, zeitlos, immer schon. Tatsächlich entsteht aber der vom Bereich der Öffentlichkeit abgetrennte Bereich des Privaten in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Bereits der Einzug einer Grenze zwischen beiden Bereichen war ein Instrument der Machtsicherung (in diesem Fall des Bürgertums), nicht erst ihr Einsturz. Medien sind nicht nur ‚voyeuristische Apparate‘, sondern soziale Bänder, über die das exponierte Subjekt sich im doppelten Wortsinn produziert, immer wieder anders konfiguriert und positioniert. Das ‚unternehmerische Subjekt‘ (Bröckling 2007) gleicht sich unablässig mit anderen – und indirekt mit statistisch ermittelten Massen- und Normalverteilungen – ab, um sozial anschlussfähig zu bleiben und sich individuell ‚autonom‘, optimal zu entfalten (vgl. dazu auch Reckwitz 2006). Die hier gewählte Perspektive auf Subjektivierung führt über Determinanten der Disziplinar- und Kontrollgesellschaft hinaus zu Koppelungsdispositiven, für die der ‚Medien-Beichtstuhl‘ steht. Er gewährt einen Überblick über das Normale und seine porösen Grenzen und ermöglicht Individualisierung durch flexiblen Anschluss. Der Effekt des ‚medialen Beichtstuhls‘ besteht in der Produktion verschiedener Normal-Monaden. Dabei wird jedes Subjekt in einer sozialen Matrix und hier in einer „Zelle“ plziert. Es tritt nur mit solchen Individuen in Austausch, die ebenfalls flexibel normal(isiert) sind und in ihrer Subjektivierung mit Normalverteilungen verkoppelt sind.



Globale Märkte, wirtschaftliche Öffentlichkeiten: Zu den Möglichkeitsbedingungen globaler Märkte

Martin Bühler, Universität Bielefeld, Institut für Weltgesellschaft, martin.buehler@uni-bielefeld.de

Tobias Werron, Universität Bielefeld, tobias.werron@uni-bielefeld.de

Stream 05: Märkte - Panel I: Öffentlichkeit und (Finanz-)Märkte

Die Entstehungsvoraussetzungen globaler Märkte und die historische Reflexion wirtschaftssoziologischer Konzepte zählen zu den Desiderata der neueren ökonomischen Soziologie (Swedberg 2009; Quack 2010; Aspers 2011). Unser Vortrag verbindet das Interesse an beiden Fragen, ausgehend von der Vermutung, dass die Ausdifferenzierung wirtschaftlicher Öffentlichkeiten im 19. Jahrhundert entscheidend zur Entstehung globaler Märkte beigetragen hat. Dabei stützen wir uns auf zwei weitgehend unabhängige, aber – wie wir denken – kompatible Trends in Wirtschaftssoziologie und Globalisierungsforschung: (1) Viele Beiträge zur neueren Wirtschaftssoziologie deuten darauf hin, dass sich Märkte nicht nur in der Vernetzung und wechselseitigen Beobachtung der Teilnehmer konstituieren, sondern auch im öffentlichen Vergleich und der öffentlichen Evaluation von Angeboten. Entsprechend sind Konzepte wie Öffentlichkeit und Publikum ins Zentrum nicht nur der Reflexion der Beziehungen von Wirtschaft und Politik, sondern auch der Marktanalyse selbst gerückt (z.B. Zuckerman 1999; Baecker 2006; Mützel 2009). (2) Ein analoger Trend ist in einem kommunikationstheoretischen Zweig der Globalisierungsforschung zu verzeichnen: Hier werden Teilöffentlichkeiten – und die durch sie eröffneten Vergleichs- und Evaluationsmöglichkeiten – als Möglichkeitsbedingung der Globalisierung gesellschaftlicher Teilbereiche seit Mitte des 19. Jahrhunderts analysiert (Werron 2010; Heintz/Werron 2011). Diese Sicht erschließt gesellschaftstheoretische Vergleichsoptionen, die in einer ausschließlich wirtschaftssoziologischen Perspektive nicht zur Verfügung stehen. Unser Beitrag geht davon aus, dass die historisch-vergleichende Analyse wirtschaftlicher Teilöffentlichkeiten (die die Rolle öffentlicher Kommunikation in der Konstitution globaler Märkte erst erklären könnte) in beiden Forschungstraditionen noch aussteht. Wir verbinden die beiden Linien daher, indem wir nach Formen öffentlicher Wirtschaftskommunikation seit dem späten 19. Jahrhundert fragen – Börsenticker, Werbung, Marken u.ä. –, die als Konstitutionsbedingungen globaler Märkte in Betracht kommen. Diese Formen und die von ihnen erschlossenen Vergleichs- und Evaluationsmöglichkeiten vergleichen wir mit analogen Strukturen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen. Ziel ist die Entwicklung eines Erklärungsmodells zu den Möglichkeitsbedingungen globaler Märkte, das medien-, wirtschafts- und globalisierungssoziologische Erklärungsressourcen integriert.

Die Politisierung und Ökonomisierung des Forschens: Think-Tanks im Spannungsfeld zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Interessen

Andrea Bührmann, Universität Göttingen, Institut für Soziologie, andrea.buehrmann@uni-goettingen.de

Dieter Plehwe, WZB, Berlin, plehwe@wzb.eu

Stream 01: Kommunikatoren - Panel III: Das ambivalente Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit

Die Moderne ist mit Blick auf die politische Öffentlichkeit bisher insb. durch zwei Kritiktradition geprägt: Während sich die liberale Öffentlichkeitskritik gegen eine drohende Verstaatlichung der Öffentlichkeit wendete, kritisierte man im Sinne der Kritischen Theorie eine drohende Re-Feudalisierung der Öffentlichkeit und monierte nicht nur sich formierende Vermachtungszusammenhänge zwischen Staat, Parteien und organisierten Privatinteressen, sondern auch auftauchende Verblendungszusammenhänge, bei denen der Diskurs der bürgerlichen Öffentlichkeit durch eine kommerzielle Unterhaltungsorientierung – die Kulturindustrie - drohte abgelöst zu werden. Beide Theorietraditionen reflektieren freilich noch nicht neuere gesellschaftliche Entwicklungen wie fortschreitende Globalisierungsprozesse der Wirtschaftsströme, inter- und supranationale staatliche Regulierungen und eine damit verbundene zunehmende Transnationalisierung der individuellen Lebenswelten auf der einen Seite, aber auch grassierende Kommerzialisierungsprozesse der Medienorganisationen und der Wissenschaftssysteme auf der anderen Seite. In diesem Beitrag möchten wir nun auf eine weitere Entwicklung eingehen, nämlich die Ausbreitung und Ausweitung so genannter Think tanks bzw. Denkfabriken. Diese Organisationen existieren zwar schon relativ lange – hier sei nur auf die Kaiser-Wilhelm Gesellschaften in Deutschland verwiesen. Freilich nimmt ihre Anzahl zu, die von ihnen bearbeiteten Themen weiten sich aus und auch die von ihnen ausgehenden (Aus-)Wirkungen auf die bürgerliche Öffentlichkeit scheinen immer bedeutender zu werden. Haben sie nämlich früher vor allen (nationalstaatlichen) Militärinteressen gedient, so geht es nunmehr nicht nur darum, die Öffentlichkeit mit Wissen zu ganz unterschiedlichen Themenfeldern zu versorgen. Vielmehr geht es auch darum, die Problematisierungsweisen der bürgerlichen Öffentlichkeit selbst zu strukturieren. Anhand von zwei unterschiedlichen Themen – nämlich die Durchsetzung ‚neoliberaler‘ Politiken und die Unterstützung des so genannten ‚green deal‘ - untersuchen wir gerade in international vergleichender Perspektive das wuchernde Feld der Think-tanks. Dabei betrachten wir Think tanks als Dispositive und fragen insbesondere wie in ihnen das Verhältnis zwischen öffentlichen und privat(wirtschaftlichen) Interessen zu bestimmen ist. Zudem interessieren wir uns dafür, wie Think-tanks praktisch arbeiten und mit wem sie wie zusammenarbeiten.



Privatheit im Web 2.0: Zum Wandel der interpersonalen, gruppenbezogenen und medialen Kommunikation

Steffen Burkhardt, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften, mail@steffenburkhardt.com

Stream 09: Privat - Panel II: Mediale Refigurationen von Öffentlichkeit und Privatheit im Web 2.0

Während die soziologische Forschung auf theoretisch ausdifferenzierte Bestimmungen traditioneller Öffentlichkeiten zurückgreifen kann, ist das Konzept Privatheit bislang nicht hinreichend analysiert worden. Dieses Desiderat erschwert die notwendige Diskussion über die Chancen und Risiken im Zuge der Rekonfiguration der Schnittstelle zwischen den privaten und den öffentlichen Gesellschaftssphären. Der Vortrag soll zu ihrer Bestimmung und Neubestimmung beitragen, indem er die Ursprünge, Funktionen und Strukturen der dezisionalen, informationellen und intimen Privatheit als zentralen Konzepten des bürgerlichen Selbstverständnisses in Europa und in den USA diskutiert. Es werden dazu Ergebnisse aus einem wissenssoziologischen Forschungsprojekt vorgestellt, das die transparente Vernetzung privater Kommunikationsstrukturen durch individualisierte Suchmaschinen, nutzergenerierte Enzyklopädien, soziale Netzwerkplattformen, Metadienste der Blogosphäre, Social-News-Plattformen sowie Microblogging-Dienste historisch einordnet und ihre gesellschaftliche Bedeutung im historischen Kontext untersucht. Einen Untersuchungsschwerpunkt bilden dabei der Wandel der Funktionen und Strukturen der interpersonalen, gruppenbezogenen und medialen Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern in einem sozial- und kulturhistorischen Rahmen. Der Vortrag folgt der Annahme, dass Gesellschaftsgeschichte eine Geschichte der Kommunikation ist, und fokussiert die wechselhafte Beziehung von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen, Kommunikationsstrukturen und Intimität in der privaten Lebenswelt. Die Vorstellung der Refiguration der Schnittstelle zwischen Privatheit und Öffentlichkeit erfolgt in zwei Kontexten: Erstens werden die Genese privater und öffentlicher Kommunikationsstrukturen und ihre funktionale Ausdifferenzierung in der bürgerlichen Gesellschaft der Neuzeit sowie ihre institutionellen Kopplungen diskutiert; und zweitens werden der soziale Strukturwandel sowie der ökonomische und der politische Funktionswandel der Privatheit in der Gegenwart unter dem Einfluss der neuen medialen Öffentlichkeiten (also vor allem des Web 2.0) kontextualisiert. Dabei sollen aus diachronisch und synchronisch vergleichender Perspektive erste Antworten auf die Fragen gegeben werden, wie private Kommunikationsstrukturen entstanden sind, wie sie mit öffentlichen Kommunikationsstrukturen vernetzt sind und wie sich ihre Schnittstellen durch das Web 2.0 strukturell und funktional verändert haben.

Abschied von der bürgerlichen Öffentlichkeit? Zum Strukturwandel der Privatheit

Steffen Burkhardt, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften, mail@steffenburkhardt.com

Stream 07: Habermas - Panel III: Nach 50 Jahren: Strukturwandel der Öffentlichkeit revisited

Ausgangspunkt für diese Auseinandersetzung mit Habermas' Strukturwandel der Öffentlichkeit ist die Überlegung, dass die durch partizipative Massenmedien ermöglichten gesellschaftlichen Transformationsprozesse zunächst vor allem die Strukturen der privaten Lebenswelt betreffen. Habermas' Publikation kann auch 50 Jahre nach ihrem Erscheinen zu einem umfassenden Verständnis dieser Veränderungen beitragen, wenn ihre Potentiale für eine Theorie der Privatheit (als Keimzelle der bürgerlichen Öffentlichkeit) genutzt werden, die durch die einseitige Fokussierung der Rezeption auf die öffentlichkeitstheoretische Innovation des Werks bislang nahezu ungenutzt blieben. Der Klassiker soll daher auf zwei Aspekte untersucht werden: erstens, welche Möglichkeiten und Grenzen die Öffentlichkeitstheorie für die Analyse des Strukturwandels durch partizipative Öffentlichkeiten hat; und zweitens, wie sich das Verhältnis von neuen Medien und der von Habermas skizzierten bürgerlichen Öffentlichkeit darstellt. Der Vortrag argumentiert dazu auf Basis einer wissenssoziologischen Diskursanalyse zum Wandel der Privatheit. Er analysiert die Veränderungen der dezisionalen Privatheit als ein vor unerwünschten Eingriffen geschützter Handlungs- und Entscheidungsraum, der durch die digitale Automatisierung des Alltags und dem persönlichen Zuschnitt von Informationsangeboten im Internet (u. a. im Web 2.0) neuen Steuerungsprozessen, Risiken und Chancen begegnet; den Wandel der informationellen Privatheit (v. a. im Sinne von Datenschutz), die in den neuen Medien und ihren mobilen Empfangsgeräten zunehmend öffentlicher wird; und vor der intimen Privatheit als dem vor unerwünschtem Eingriff geschützten lokalen Kommunikations- und Handlungsraum des Körpers, der Partnerschaft und der Familie, der im Internet nicht nur neue Entgrenzungen erfährt, sondern auch die Virtualisierung von Beziehungen und Sexualität. In Auseinandersetzung mit Habermas wird das soziale Konstrukt des Privaten als institutionelle Ordnung der bürgerlichen Lebenswelt öffentlichkeitstheoretisch differenziert und problematisiert. Der Vortrag gibt damit Antworten auf die Frage, wie sich die partizipativen, privat genutzten und öffentlich zugänglichen Kommunikationsforen und sozialen Netzwerke im World Wide Web einerseits und die professionell produzierten öffentlich-rechtlichen Medien und privatwirtschaftlichen Medien-öffentlichkeiten andererseits im Kontext des Strukturwandels der Öffentlichkeit soziologisch verorten lassen.



Lehr- oder Leerevaluation? Zur Diskrepanz zwischen Diskurs und Praxis von Lehrevaluationen an Hochschulen

Nicole Burzan, Technische Universität Dortmund, Fakultät 12, Institut für Soziologie, nicole.burzan@fk12.tu-dortmund.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel II: Schöne Images statt reflexiver Praxis? Zur Diagnose des Verhältnisses von öffentlichem Diskurs und Praxis des Bildungssystems

Der Vortrag beleuchtet das Verhältnis von öffentlichem Diskurs und der Praxis des Bildungssystems am Beispiel der Evaluation von Lehrveranstaltungen an Hochschulen und stützt dabei die These einer Entkopplung dieser Bereiche. In einem ersten Schritt wird die Fragestellung konzeptionell in den Zusammenhang des Panels gestellt. Vor dem Hintergrund eines politischen Drucks zur Qualitätssicherung (inkl. gesetzlicher Verankerung) sind Hochschulen zur Evaluation der Lehre und damit von Lehrveranstaltungen aufgerufen. Auch Wissenschaftler/innen legen ihren Bewerbungen als Ausweis ihrer Lehrkompetenz teilweise Ergebnisbögen von Veranstaltungsevaluationen bei. In unserer Analyse (basierend auf Vorarbeiten zusammen mit Isa Jahnke) wird der Evaluationsprozess dabei durch das Modell einer Wissensschleife (von der Planung und Durchführung/Auswertung einer Evaluation bis zur Implementation von Maßnahmen und einer weiteren Evaluation der veränderten Situation) beschrieben. Unsere Hypothese lautet, dass diese „Wissensschleifen“ im Zuge der Lehrevaluation oft unterbrochen werden und damit Evaluationen derzeit nicht entscheidend zur Verbesserung der Hochschullehre beitragen. Als Ursachenkomplexe kommen a) eine geringe Rückführbarkeit von Mängeln in der Lehrqualität auf konkrete Ursachen (ist z.B. die Didaktik oder ein geringes studentisches Vorwissen verantwortlich?), b) methodische Umsetzungsprobleme und c) damit im Zusammenhang institutionelle Umsetzungsprobleme in Frage. Letztere schließen den Aspekt der (vorrangigen?) Legitimationsfunktion von Evaluationen und ihren Folgen (z.B. welche Entscheidungskompetenzen und Ressourcen verantwortliche Stellen erhalten) ein. Im zweiten Schritt präsentiert der Vortrag Befunde einer explorativen Untersuchung. Anhand einer Inhaltsanalyse von Evaluationsfragebögen zu Lehrveranstaltungen an Hochschulen wird geprüft, welche Aspekte der Lehrqualität solche Befragungen beinhalten und ob sich überhaupt ein Verbesserungspotential für Lehrende daraus ergibt oder die Wissensschleife an dieser Stelle Unterbrechungen aufweist. Die Ergebnisse stützen eine skeptische Sichtweise der Lehrevaluationen in ihrer derzeitigen Form. Drittens werden abschließend Schlussfolgerungen diskutiert, welches Potential Lehrevaluationen haben und welche Bedeutung diese Analyse generell für Qualitätssteigerungen der Hochschullehre hat.

Rechtsextremes Politainment

Christoph Busch, Universität Siegen, Institut für Soziologie, busch@soziologie.uni-siegen.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel III: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populär-kultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (II)

Rechtsextremismus in Deutschland stellt sich schizophren dar. Während einerseits rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung relativ weit verbreitet sind, ist die Stigmatisierung rechtsextremen Verhaltens ein wesentliches Element der politischen Kultur. Aus der Stigmatisierung folgt, dass rechtsextreme Akteure aus der politischen Öffentlichkeit ausgegrenzt werden. Seit ungefähr Mitte der 1990er Jahre versuchen rechtsextreme Akteure nunmehr nicht mehr alleine die Politik in den Mittelpunkt ihrer Kommunikation zu stellen, sondern zunehmend Unterhaltung, Freizeitbedürfnisse und politische Botschaften miteinander zu verbinden – mithin Rechtsextremismus als Politainment (Dörner 2001) zu präsentieren. Ziel dieser Strategie ist es, mit vermeintlich unpolitischer Kommunikation die politische Ideologie „nebenbei“ zu vermitteln und damit die Ausgrenzung aus der politischen Öffentlichkeit zu unterlaufen. Insbesondere zielt dies auf jugendkulturelle Öffentlichkeiten ab. Diese Strategie entspricht dem in der rechtsextremen Bewegung vielfach diskutierten Theorem Antonio Gramscis, wonach die Erringung kultureller Hegemonie die Voraussetzung politischer Hegemonie sei. Insofern scheint die subkulturelle Praxis des rechtsextremen Politainments die demokratische Hegemonie der politischen Öffentlichkeit herauszufordern. Der Beitrag geht deshalb der Frage nach, wie die extreme Rechte Politainment praktiziert und welchen Einfluss sie damit auf die politische Öffentlichkeit nimmt. Dazu sollen wesentliche Politainmentpraxen in den Bereichen Musik, (Computer-)Spiel und Sport anhand von Fallbeispielen dargestellt, hinsichtlich ihrer Funktion für die extreme Rechte analysiert und bezüglich der Folgen für die politische Öffentlichkeit diskutiert werden.



Rechtspopulistische Protestevents am Beispiel der „Anti-Islam-Kongresse“

Christoph Busch, Universität Siegen, Institut für Soziologie, busch@soziologie.uni-siegen.de

Stream 15: Populismus - Panel I: Skandalisierung und Dramatisierung politischen Protestes

Die rechtsextreme Bewegung bekommt nur schwer Zugang zu einer größeren politischen Öffentlichkeit. Demokratische politische Akteure grenzen Rechtsextremisten in der Regel aus und die Massenmedien berichten entweder kritisch oder gar nicht über rechtsextreme Aktivitäten. Eine Möglichkeit, Öffentlichkeit zu generieren, nehmen rechtsextreme Akteure durch Protest-Events wahr. Eine Besonderheit rechtsextremer Protest-Events ist, dass diese oftmals staatliche oder zivilgesellschaftliche Gegenreaktionen hervorrufen. Diese reaktive Mobilisierung verstärkt die Konfliktodynamik und stellt oftmals die von den Rechtsextremen angestrebte größere Öffentlichkeit erst her. Insbesondere für die populistisch agierende rechtsextreme Organisation pro Köln sind Protest-Events ein wesentliches Element ihrer Öffentlichkeitsarbeit, weswegen sie diesbezüglich ein relativ hohes Professionalisierungsniveau erreicht haben. Dabei folgt ihr Protest den zwei typischen Argumentationsfiguren des Rechtspopulismus. Zum einen wendet er sich gegen das „Establishment“, zum anderen gegen Migranten (Decker 2006: 16f.). Bei den Protest-Events verfolgt pro Köln die Strategie, die Gegenproteste der demokratischen Akteure - des vermeintlichen „Establishments“ - zu skandalisieren sowie Konflikte zwischen der autochthonen und der muslimischen allochthonen Bevölkerung zu dramatisieren. In dem Beitrag soll der Prozess von rechtspopulistischen Protestevents hinsichtlich des Einflusses auf die Öffentlichkeit rekonstruiert werden. Dies geschieht am Beispiel der beiden sogenannten Anti-Islam-Kongresse, die pro Köln 2008 und 2009 veranstaltete. Die Analyse rekurriert auf die Bewegungstheorie und bezieht sich dabei vor allem auf die opportunity Structures sowie das Framing (Neidhardt 1994: 33). Dazu wird Material aus teilnehmender Beobachtung und Bewegungsmedien mittels der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse untersucht.

Die Kraft des Vergessens – Über die Notwendigkeit und die Unmöglichkeit einer vergessenen Kulturtechnik am Rande der totalen Digitalität

Joël Luc Cachelin, St. Gallen, cachelin@wissensfabrik.ch

Stream 10: Vergessen - Panel III: Konkurrierende Vergangenheiten und Sinnfindung

Ausgangspunkt bildet die Annahme einer Symmetrie der Aussen- und Innenwelt des Ichs. Als vermittelnde Instanz konstruiert das Bewusstsein eine gedankliche Innenwelt, die es dem Ich ermöglicht, seine Aussenwelt zu bewältigen. Das Internet beschleunigt die exponentielle Vervielfältigung unserer Denk-, Erlebens- und Handlungsmöglichkeiten. Es formiert sich eine digitale Welt voller vernetzter Erkenntnisse, die das Ich unter Druck setzt. Die späte Wissensgesellschaft zeigt sich als de-materialisierte Gesellschaft, die dem analogen Leben durch die Digitalität eine neue Dimension hinzufügt. Seine neue Dimension lernt der Mensch gerade erst kennen. Rasch stellt er fest, dass die Digitalität neue Kulturtechniken verlangt. In Mitten der sich vervielfältigenden Erkenntnisse wird die Fähigkeit des Vergessens immer wichtiger. Ist der Mensch nicht fähig zu vergessen, misslingt die Reduktion der in Aussen- und Innenwelt gleichermaßen gestiegenen Komplexität. „Die Kraft des Vergessens“ ist eine Hommage an das Vergessen, die in der Form einer Meditation vorgetragen wird. Sie schildert die Umrisse einer Welt zum Vergessen, in der durch die Explosion der Erkenntnisse der Wunsch nach Vergessen und Selbstvergessen immer grösser wird. Die Entdeckungsmission des digitalen Raums hinterlässt ein verwirrtes, vernetztes, verführtes aber verzweifelter Ich. Der Text versucht durch die Beschreibung der gefühlten Innenwelten eine Anthropologie des frühen digitalen Menschen. Die Anthropologie mündet in die Beschreibung von vier Teilaspekten der Kulturtechnik des Vergessens. Durch das Fantasieren, das Reisen, das Berauschen und das Löschen hat der Mensch vier Möglichkeiten, um sich durch das Vergessen selbstbestimmt von den Qualen des digitalen Zeitalters zu befreien. Am Rande seiner Digitalisierung entdeckt der Mensch eine Kulturtechnik wieder, welche die Religionen schon immer als Instrument der Reinigung der Seele eingesetzt haben. Normativ argumentiert die Kraft des Vergessens, dass der Mensch zur Maschine wird, wenn er des Vergessens nicht mehr mächtig ist. Je mehr sich der Text von der Oberfläche der Zeitdiagnose löst, desto subjektiver argumentiert er. Die Kraft des Vergessens ist ein Essay, der sich zwischen den Textgattungen der wissenschaftlichen Beobachtung und dem persönlichen Tagebuch bewegt. Er führt vor, was er zu beobachten glaubt. Die Erkenntnis der späten digitalen Wissensgesellschaft ist uneindeutig, hypervernetzt, disziplinlos und subjektiv eingefärbt.



Die Einbürgerungsdebatten in den Medien der verschiedenen sprachlichen schweizerischen Gemeinschaften (1983-2008)

Spartaco Calvo, University of Lugano, spartaco.calvo@usi.ch

Ruth Hungerbühler, University of Lugano, ruth.hungerbuhler@usi.ch

Stream 15: Populismus - Panel III: Medienpopulismus und politischer Populismus

Auch heute noch ist es möglich, dass man jungen Ausländerinnen und Ausländern das Schweizer Bürgerrecht verweigert auf Grund einer Gesetzgebung, die den Gemeinden eine grosse Macht zugesteht im Entscheidungsprozess regulärer Einbürgerungsverfahren (Steiner/Wicker, 2004). In einigen Gebieten der Zentral- und Ostschweiz wird die Gewährung der Nationalität gar als direktdemokratischer politischer Entscheid betrachtet, der eine Volksabstimmung erfordert. Die diesbezüglichen Volksabstimmungen sind oft von einer tendenziösen politischen und medialen Kampagne begleitet und können damit die Einbürgerung der Antragsteller erschweren und komplizieren (Helbling, 2008). Der Bundesrat und das Parlament haben dreimal im Verlaufe der letzten 30 Jahre eine entsprechende Neuregelung des Gesetzes angeregt, die jungen Ausländerinnen und Ausländern eine erleichterte Einbürgerungsprozedur gewähren würden. In allen drei Fällen wurde jedoch gegen den jeweiligen Gesetzesvorschlag ein Referendum ergriffen, was die Erleichterung der Einbürgerung in den betreffenden Volksabstimmungen (1983, 1994, 2004) zu Fall gebracht hatte. Im Jahre 2008 hatte die Schweizerische Volkspartei eine Initiative lanciert mit der Absicht, die Macht der Gemeinden insofern zu stärken, indem diese Rekursmöglichkeit gegen die Erteilung des Bürgerrechts erhalten sollten. Auch diese Initiative wurde aber abgelehnt. Die Ergebnisse dieser Abstimmungen, die einen tiefen Graben zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz aufweisen (Kriesi und Andere, 1996), hat uns veranlasst, die entsprechenden medialen Abstimmungsdebatten zu erforschen. Die Framinganalyse der entsprechenden Artikel der wichtigsten Tageszeitungen und die Diskursanalyse der Diskussionen einiger Fernsehsendungen (Véron, 1985) haben in zweierlei Hinsicht interessante Ergebnisse gezeigt: Die Mediendiskurse unterscheiden sich je nach Sprachregion und weisen damit auf unterschiedliche politische Identitätskonstruktionen in den jeweiligen Sprachregionen hin (Widmer, 2004). Zudem wurde klar, dass sich die öffentlichen Diskurse derjenigen, die sich gegen die Erleichterung der Einbürgerungsprozeduren stellten, auf ideologische Gegenüberstellungen "identitärer Unterschiede" stützen, womit sie sich den strategischen Diskursen der derzeitigen populistischen Bewegungen der westlichen Länder anpassen.

Verhandlungen von Geschlecht und Feminismus im Web 2.0

Tanja Carstensen, TU Hamburg-Harburg, Arbeit-Gender-Technik, carstensen@tu-harburg.de

Stream 11: Gender - Panel II: Doing Gender und (Un)Doing Feminism in „neuen“ Öffentlichkeiten

Mit Wikis, Weblogs, Twitter und Sozialen Netzwerken sind zahlreiche Möglichkeiten der Beteiligung von User_innen an der Gestaltung des Internets entstanden. Dies hat auch vielfältige neue, oft kontroverse Thematisierungsweisen von geschlechterrelevanten und feministischen Fragestellungen hervorgebracht. Queer-feministische Aktivist_innen nutzen das Web 2.0 zum Austausch, zur Vernetzung und zur öffentlichkeitswirksamen Mobilisierung von Protest – deutlich stärker als zu früheren Zeiten des Internets. Gleichzeitig sind ihre öffentlichen Äußerungen auf Weblogs, Twitter, Wikipedia oder Facebook mit massiven antifeministischen, rassistischen und homophoben Angriffen von „Trollen“ konfrontiert. In Wikipedia werden Einträge zu feministischen Themen zur Löschung vorgeschlagen, müssen verteidigt und in ihrer Relevanz begründet werden. Innerhalb von Sozialen Netzwerken wie studiVZ oder Facebook kämpfen User_innen (erfolglos) gegen männliche Sprachformen und zweigeschlechtliche Anmeldeformulare. Genderrelevante und feministische Themen werden damit in einer weit verzweigten, dezentral strukturierten Blogosphäre, aber auch an den zentralen Treffpunkten des Web 2.0 diskutiert. Neben einer größeren Sichtbarkeit steigert dies die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Feminist_innen und Gegner_innen, aber auch innerhalb feministischer Szenen. In der Konsequenz werden wiederum neue Strategien und Umgangsweisen erforderlich. Ich möchte in meinem Vortrag einige dieser Auseinandersetzungen, in denen Geschlecht und feministische Themen verhandelt werden, vorstellen. Vor dem Hintergrund eines Verständnisses von Gender, Feminismus und Web 2.0 als Ko-Konstruktionen, die sich wechselseitig konstituieren, möchte ich der Frage nachgehen, inwiefern sich mit dem Web 2.0 Veränderungen, Verschiebungen, aber auch Verfestigungen der bestehenden Geschlechterverhältnisse sowie Konstellationen feministischer Politik ergeben.



Raumpioniere und ihre sozialen Netzwerke – soziale Exklusionen und Inklusionen in sozial benachteiligten Großstadtquartieren

Gabriela B. Christmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner, gabriela@christmann.eu

Stream 06: Räume - Panel I: Stadträume als (öffentliche) Machträume – Planung, Steuerung und Entwicklung von Stadt und Raum zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit

Im Beitrag wird aus einem laufenden Forschungsprojekt berichtet, das die Aktivitäten von Raumpionieren in sozial benachteiligten Stadtquartieren Berlin-Moabits untersucht. Diese Quartiere sind ausgesprochen heterogen strukturiert, durch vielfältige soziale Problemlagen, Konflikte, soziale Exklusionen und nicht zuletzt durch öffentliche Diskurse gekennzeichnet, die die Stadtteile negativ thematisieren und dem Problemkomplex ein weiteres Problem in Form von Stigmatisierungen bzw. Negativ-Images hinzufügen. Dennoch gibt es in den Stadtquartieren auch Entwicklungspotenziale. „Raumpioniere“ begreifen wir als einen wichtigen Faktor in diesem Zusammenhang. Charakteristisch für Raumpioniere ist, dass sie für den Raum – wenn auch häufig zunächst nur Freiräume nutzend – in der Selbst- und Fremdwahrnehmung etwas Neues einbringen, dass sie den Raum neu nutzen, denken, Visionen entwickeln, darüber kommunizieren bzw. andere Bürger zur Kommunikation darüber anregen, mittelfristig alternative Deutungen vom Quartier bzw. gemeinsame Identitätsbildungsprozesse befördern und, sofern sie sich in öffentliche Diskurse einbringen können, Außenwahrnehmungen bzw. Images beeinflussen. Sie treiben soziale, organisatorische oder infrastrukturelle Neuerungen ‚bottom-up‘ voran und entwickeln damit gleichzeitig Lösungsansätze für sozialräumliche Probleme, treten aber auch gegen bestehende Planungen an und betreten damit ein (öffentliches) Konfliktfeld. Im Forschungsprojekt wird erstens ein Augenmerk auf die Art der Projekte gerichtet, mit denen sich die Raumpioniere einbringen. Zweitens wird betrachtet, wie die Raumpioniere vernetzt sind, wer beteiligt und wer nicht beteiligt ist, aber auch wie die Raumpioniere selbst ausgeschlossen werden. Und drittens werden Kommunikationsprozesse untersucht, da wir annehmen, dass es auch die abwertenden Deutungsmuster in Bezug auf die Quartiere und auf (bestimmte) Bewohner sind, die als wichtige Ansatzpunkte für Integrationsprozesse und Quartiersentwicklungen betrachtet werden müssen. Diese Deutungsmuster entstehen in kommunikativen Aushandlungsprozessen und können nur in Kommunikationen transformiert bzw. modifiziert werden. Im Forschungsprojekt ist im Anschluss an den neueren Sozialkonstruktivismus und die wissenssoziologische Diskursanalyse ein Ansatz entwickelt worden, um derartige Prozesse theoretisch fassen zu können. Der Vortrag berichtet sowohl von dem theoretischen Ansatz als auch von ausgewählten empirischen Ergebnissen.

Infrastrukturen der öffentlichen Meinung

Marek Czyzewski, Uniwersytet Łódzki, Instytut Socjologii, marek_czyzewski@uni.lodz.pl

Plenum I: Grenzen und Entgrenzung der politischen Öffentlichkeit

In Strukturwandel der Öffentlichkeit rekonstruierte Jürgen Habermas den Typus der liberalen Öffentlichkeit, d.h. einer sozialen Sphäre, in der aufklärerisch gesinnte und an öffentlichen Themen interessierte Bürger ein diskussionsfreudiges Publikum darstellen, das eine „öffentliche Meinung“ ausarbeitet. Nach einem relativ unbekannten Konzept von Susan Herbst und James Beniger (1994) kann der von Habermas untersuchte komplexe Zusammenhang als geradezu paradigmatische „Infrastruktur der öffentlichen Meinung“ bezeichnet werden bzw. als multidimensionale gesellschaftliche Einrichtung, in der eine öffentliche Meinung produziert wird. Zugleich, so die Autoren, ist nach möglichen anderen Infrastrukturen der öffentlichen Meinung zu fragen. Diese Idee möchte ich aufgreifen und weiterentwickeln. Im nächsten Schritt des Vortrags möchte ich die Typologie der Infrastrukturen der öffentlichen Meinung mit den Varianten des „Geistes des Kapitalismus“ (im Sinne von Luc Boltanski und Ève Chiapello, 1999) konfrontieren. Dabei wäre auf die Analogien hinzuweisen, die zwischen den Varianten der Infrastruktur der öffentlichen Meinung und den Varianten des „Geistes des Kapitalismus“ bestehen. Für den abschließenden Schritt des Vortrags ist Boltanskis und Chiapellos These aufschlussreich, der „neue“, auf Netzwerke und Projekte fokussierte „Geist des Kapitalismus“ sei im Zuge der neutralisierenden Verarbeitung früherer Einwände gegen die technokratische Mentalität entstanden. Argumentierte beispielsweise die kritische Theorie der 60er Jahre (u.a. Habermas), der „Dialektik der Aufklärung“ von Horkheimer und Adorno folgend, gegen die Vergegenständlichung der sozialen Beziehungen im Rahmen der anonymisierten und standardisierten Arbeitsorganisation, so wird im „neuen Geist des Kapitalismus“ u.a. für „Autonomie“, „Initiative“, „Flexibilität“, „Innovation“, „Empowerment“ und „Agency“ plädiert. Es ist zu bezweifeln, ob der „neue Geist des Kapitalismus“ und die mit ihm zusammenhängende, auf die Stimmungsexpression im Internet angewiesene Infrastruktur der öffentlichen Meinung in der Lage sind, eine kritische Reflexion über sich selbst zu entwickeln. Zu überlegen wäre, ob es für diesen Zweck einer „zweiten“ Dialektik der Aufklärung bedarf und wo diese ihre Anhaltspunkte finden könnte. In dieser Hinsicht erweisen sich paradoxerweise die Ideen und Analysen Michel Foucaults, eines programmatischen Gegners der Tradition der Aufklärung, als hilfreich – insbesondere seine Konzepte der disziplinären Macht, der Gouvernamentalität und des Dispositivs. Mit diesen Konzepten wird auch ein distanzierter Blick auf die geschichtliche Sequenz von Infrastrukturen der öffentlichen Meinung und die parallelen Veränderungen des „Geistes des Kapitalismus“ ermöglicht.



Zum Spannungsverhaeltnis zwischen Politik und Oeffentlichkeit in real existierenden modernen Gesellschaften

Harry Dahms, University of Tennessee, Knoxville, hdahms@utk.edu

Plenum IV: Politik ohne Öffentlichkeit

Letztendlich besteht das Problem der Politik ohne Öffentlichkeit darin, dass es sich bei sogenannten modernen Demokratien um inhärent widersprüchliche politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kraftfelder handelt, deren vielfältige Widersprüchlichkeit sich in der Abwesenheit angemessener Austragungsorte, in denen die Spannungen zwischen verschiedenen Dimensionen moderner Gesellschaften gelöst oder befriedet werden können, weiterhin intensiviert. Bereits die Klassiker der Soziologie, vor allem Marx und Weber, wiesen auf ihre entsprechende Art und Weise darauf hin, dass es sich bei modernen Gesellschaften grundlegend um unversöhnliche Organisationsformen handelt, die unter günstigen Umständen, gar über Jahrzehnte hinweg, den Eindruck aufrechterhalten können, nicht nur der Versöhnung und Überwindung gesellschaftlicher Konflikte und Unterschiede zuträglich zu sein, sondern die einzige Gesellschaftsform darzustellen, die in sich das Potential birgt, der rationalen Lösung struktureller und systemischer Herausforderungen zuträglich zu sein, und einer rationalen Ordnung der Gesellschaft zuzusteuern. Freilich stimmt dieser Eindruck selbst in Zeiten allgemein geschätzter und gepriesener gesellschaftlicher Harmonie nicht mit den soziologisch zu bestimmenden Tatsachen überein. Stattdessen fungiert die Öffentlichkeit in allen modernen Gesellschaften, empirisch gesehen, viel eher als Projektionsfläche multipler Konfliktlinien und strukturell begründeter Spannungen, denn als Gelegenheit der vernünftigen kollektiven Willensbildung (wie von Habermas konzeptualisiert). Politik ist das Medium, das diese Konfliktlinien und Spannungen zugleich zu steuern und zu manipulieren trachtet, auf sie angewiesen ist und auf sie reagiert – und gleichzeitig stetig Anstrengungen unternimmt, deren qualitative Veränderung oder Überwindung zu verhindern, aus der zugegebenermassen berechtigten Beobachtung heraus, dass diesseits qualitativer Veränderungen wenigstens die Chance besteht, ein gewisses Mass an Kontrolle über konkrete gesellschaftliche Prozesse auszuüben. Insofern ist die an der Realität orientierte Sozialforschung belastet von der Einsicht – deren Notwendigkeit sich immer weniger leugnen zu lassen scheint – dass ein ganzer Katalog von Leitfragen und Hypothesen bezüglich des Verhältnisses von Politik und Öffentlichkeit angesichts immer enger verknüpfter sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Trends neu formuliert werden muss. In der gegenwärtigen Situation muss einer der Fluchtpunkte solcher neuen Leitfragen und Hypothesen insbesondere auch darin bestehen, ob und inwieweit Annahmen hinsichtlich der Errungenschaft (und Errungenschaften) der Demokratie als der Selbstorganisationsform moderner Gesellschaften par excellence, die in der Nachkriegszeit als unproblematisch und gegeben betrachtet wurden, weiterhin in ähnlicher Form als Orientierungsgrundlage für soziologische Forschung fungieren können – und dürfen.

Vom Bohren dicker Bretter. »Öffentliche Soziologie« als Arbeit am gesellschaftlichen Erwartungshorizont.

Ralf M. Damitz, Universität Kassel, damitz@uni-kassel.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel II: Die Funktion soziologischen Wissens in gesellschaftlichen Gestaltungsdiskursen

Eine zeitgemäße kritische Theorie ist mehr denn je auf die Öffentlichkeit angewiesen. Nach dem Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Steuerungsprojektes, der Etablierung von Postdemokratien und der sukzessiven Akkomodation gesellschaftlicher Bereiche an die Anforderungen einer Marktgesellschaft, rückt verstärkt die Öffentlichkeit als Adressat in den Blick, der über die Bedrohung des Sozialen durch die ökonomische Verfasstheit der Gesellschaft unterrichtet werden soll (W. Streeck). Soziologie bzw. soziologisches Wissen wird in dieser Situation als Rettungsinstanz entdeckt, als Soziologie, die sich auf ihre kritisch-aufklärerische Tradition besinnt, damit in Opposition zum Mainstream (der öffentlich verfügbaren Erklärungen) geht und der Gesellschaft Begriffe und Deutungsangebote zur Verfügung stellt, mit denen dem herrschende ökonomischen Denken, also dem neoklassischen Ökonomismus und seiner derivaten Begriffsnomenklatur, die Schranken aufgezeigt und so alternative Sichtweisen eröffnen werden können. Es geht diesem Beitrag um die Problematisierung des Verhältnisses von kritischer Soziologie (in aktuellen deutschen Diskursen) und Burawoys Thesen. Erstens wird mit Rekurs auf Nelson, Deutschmann und Vogl darauf hinweisen, dass es sich beim herrschenden ökonomischen Wissen nicht einfach um ein Wissen handelt, das (nach der Finanzkrise) als fehlerhaft oder mangelhaft dasteht, sondern den Charakter eines quasi-religiösen Glaubenssystems besitzt; das hat zur Folge, dass kritisches soziologisches Wissen als Häresie erscheint, was die Anschlussfähigkeit nicht vereinfacht. Zweitens gilt es öffentliche Soziologie gesellschaftstheoretisch zu verorten. Die Produktion soziologischen Wissens ist in zwei Extreme eingespannt: Die Konzeption einer lernfähigen Gesellschaft (Habermas) auf der einen Seite, in der normative Strukturen oder Weltbilder durch institutionelle Verkörperung allgemein-gesellschaftlich wirksam werden und einer an der Luhmann orientierten Perspektive andererseits, in der gesellschaftliche Kommunikation differenzierungstheoretisch gebrochen gedacht wird und (damit auch soziologisches Wissen) auf Partikularität verpflichtet ist. Schließlich wird drittens dafür plädiert, dass öffentliche Soziologie keinen privilegierten Adressaten kennen und stattdessen darauf bedacht sein sollte, in den verschiedenen Sphären der Öffentlichkeit(en) eine »moral community« (Walzer) zu etablieren, bei der die Begriffe und Deutungsangebote als Argumente Anerkennung finden.



„Designing out“ sozialer Problematik durch Architektur und Städtebau

Jens S. Dangschat, Technische Universität Wien, jens.dangschat@tuwien.ac.at

Stream 06: Räume - Panel II: Strittiger Städtebau. Politische Öffentlichkeit und Integration in der Stadt

Im zunehmenden Wettbewerb der Städte um ‚foreign direct investments‘, internationale Tagungen und Tourismus werden zunehmend städtebauliche und architektonische Mittel eingesetzt, um sich im stadteigenen USP zu positionieren. Dabei entstehen nicht nur austauschbare Orte, weil die städtebaulichen Moden globalisiert werden und ArchitektInnen der oberen Liga ihre „Handschrift“ ohne Rücksichtnahme auf die Spezifik der ‚longue duree‘ des Ortes einsetzen und einsetzen sollen, sondern es entstehen auch „aufgeräumte“ Orte. ArchitektInnen (sowie PlanerInnen und LokalpolitikerInnen) ist dabei häufig nicht bewusst, dass Ästhetik nach Kategorien sozialer Ungleichheit wahrgenommen und bewertet werden - also sozial höchst selektiv, während die Raumschaffenden im Sinne „des Schönen“ glauben unterwegs zu sein. Was uns mittelschichtigen Touristen bisweilen an fremden Orten gefallen mag, erzeugt vor Ort jedoch differenziertere und eher negativ zu bewertende Prozesse. Denn das designerische „Aufmascherln“ geht Hand in Hand mit der Forderung, die „Visitenkarten“ der Städte einladend zu gestalten (Bahnhöfe, zentrale öffentliche Plätze) und das ungetrübte Einkaufserlebnis in den Malls und Fußgängerzonen zu ermöglichen. Anhand der Geschichte des Karlsplatzes in Wien im Umfeld einer zentralen Wiener Umsteige-Situation mehrerer Linien soll nachgezeichnet werden, wie sich die Verortung sozialer „Problematik“ zugespitzt hat, wie das gesetzliche Regelwerk verändert wurde, um das Vorhandensein bestimmter sozialer Gruppen an einem Ort (nicht anderswo) als Ordnungswidrigkeit einstufen zu können. Es geht also darum, nicht soziales „Fehlverhalten“ zu sanktionieren, sondern Orte von diesen Verhaltensmustern zu „säubern“. Um diese „Säuberungsaktion“ zu verstetigen wurde der Ort schließlich erst städtebaulich, dann architektonisch überarbeitet, um so die Möglichkeit zum Aufenthalt „Unerwünschter“ (an diesem Ort) zu verhindern. Die abschließende soziologische Reflexion spiegelt Erscheinungsform (und Ort) vor den Ursachen des Entstehens und der Rolle der „im Namen der Öffentlichkeit“ agierenden Politik und planenden Verwaltung, soziale „Probleme“ durch Verdrängung und mit architektonischen Mitteln zu „lösen“.

Language of Conflict in Presentation of Social Inequalities in Public Discourse

Oksana Danylenko, Charkiver Nationalen W.N.Karasin-Universitaet, Kharkiv, oksadan@gmail.com

Svitlana Babenko, Kyiv National Taras Shevchenko University, svet_ok@mail.ru

Stream 15: Populismus - Panel IIIa: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (II)

One of the key factors of social conflict emergence is social inequality. This almost axiomatic statement may look quite different if, in addition to the actual conflict, we consider linguistically constructed conflicts: social inequality can be constructed through its consolidation as such in the course of social conflicts through the legitimization of a certain discourse about these inequalities. On the one hand, the inequalities manifest themselves through the language of conflict, but on the other hand, the language of conflict marks the existing inequalities, fixes and typifies ideas about them. We propose to consider development of ideas about the inequalities through the analysis of the characteristics of the language of conflict. Language of conflict and linguistic construction of social conflict are the central concepts of linguaconflictological approach to the investigation of processes of social communication, which was developed and grounded in the book „The Language of Conflict in Transforming Society: from History Construction toward Forming of Social and Cultural Identities“ (O.Danylenko, 2007). The linguistic construction of social conflicts acts as a variant of construction of social reality. A set of specific characteristics of the language of conflict defines a particular type of discourse, which constructs representations not only of potential conflicts, but also about social inequalities. Particular meanings and values are is typifying and the legitimizing through the language of conflict. This is due to the fact that the conflict intensifies perception, introduces new horizons values. The main hypothesis is that the idea of social inequalities can be fixed by the linguistically constructed conflicts. Public discourse of inequalities is tested via analysis of the language of conflict methodology within two cases ethnic inequalities resulted from the repatriation of Crimean Tatars in Ukraine (Crimea) and several waves of migration of Turkish people in Germany (Berlin). The empirical data were collected within the INTAS 04-79-7018 „Comparing Societal Integration of Turkish and Related Minorities“. Studying the specific features of the repatriation of the Crimean Tatars to Crimea and Turkish migration to Germany we identify the typical characteristics of the language of conflict, which are clearly marking social inequalities and related social conflicts.



Akteure der Ambivalenz: Typen von Experten und ihre Bedeutung für das Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit am Beispiel der RAND Corporation

Christian Dayé, Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Soziologie, ch.daye@uni-graz.at

Stream 01: Kommunikatoren - Panel III: Das ambivalente Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit

Die RAND Corporation wird gerne als prototypisches und frühes Beispiel für jene Organisationsform genannt, für die sich mittlerweile die Bezeichnung Think Tank eingebürgert hat. Entstanden kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs aus einer Kooperation zwischen der U.S. Air Force und der Douglas Aircraft Company, prägte sie in den 1950er und 1960er Jahren maßgeblich das öffentliche Bild dessen, was ein Think Tank sei, und wurde selbst zum Gegenstand einiger populärkultureller Darstellungen. Die amerikanische Folksängerin Malvina Reynolds beschrieb beispielsweise in der 1961 aufgenommenen „The RAND Hymn“ die Arbeit der RAND-Wissenschaftler wie folgt: „They sit and play games about going up in flames; For counters they use you and me (...) We'll be saved at one blow from the designated foe, but who's going to save us from Rand, dear Lord?“ Freilich ist das Verhältnis zwischen Think Tanks und Öffentlichkeit diffiziler, als dies in den Lyrics einer Friedensaktivistin erscheinen mag. Speziell für die RAND Corporation lässt sich historisch nachvollziehen, dass ihre Rolle innerhalb des national security state in den 1950er Jahren in populärkulturellen Darstellungen kaum problematisiert wurde, sondern RAND als Ort der wissenschaftlichen Kreativität dargestellt wurde. Erst zu Beginn der 1960er Jahre wurde RAND in öffentlichen Diskursen als Beispiel für viele ähnliche Orte kritisiert, an denen heimlich potentiell bedrohliches Wissen produziert wird. Ich werde diesen Wandel anhand von ausgewählten Beispielen veranschaulichen. Die daran anschließende These lautet, dass dieser Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung der RAND Corporation (und verallgemeinernd von Think Tanks) zu einem beträchtlichen Teil von dem Auftauchen eines neuen Typs von Experten ausging. Gestützt auf die Typisierung von Stephen P. Turner (2001) werde ich argumentieren, dass RAND-Wissenschaftler ihre Rolle als Experten auf verschiedene Weise konzipierten und werde diese verschiedenen Selbstkonzepte beispielhaft diskutieren. Entscheidend ist dabei, dass der neu auftretende Typus des Experten sich nicht mehr exklusiv an elitäre Entscheidungsträger wandte, sondern die Medienöffentlichkeit mit bewusst provozierenden Thesen adressierte. Ich werde zeigen, dass das Auftauchen dieses neuen Typus des Experten die Geburtsstunde der populärkulturellen Skepsis gegenüber Think Tanks markiert.

Schneller, höher, weiter, besser - Positionierung durch Mobilität

Elisabeth Donat, Universität Salzburg, Fachbereich Soziologie, elisabeth.donat@sbg.ac.at

Stream 06: Räume - Panel I: Stadträume als (öffentliche) Machträume – Planung, Steuerung und Entwicklung von Stadt und Raum zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit

„Nichts fürchtet der Mensch mehr als die Berührung durch Unbekanntes“, so beginnt Elias Canetti „Masse und Macht“ (1992), in dem Canetti den Emotionsausbruch von Massen als Solidarisierung verschiedenster sozialer Zugehörigkeiten abbildet. Der (öffentliche) Raum, der durch Mobilität und Verkehr „erobert“ wird, ist hingegen Schauplatz eines täglichen Ellbogenkampfes von VerkehrsteilnehmerInnen. Emotionen schlagen hoch, wann immer Mobilität in ihre Schranken gewiesen wird, ist sie doch der Schlüssel zur Erweiterung verschiedenster Arten von persönlichem Kapital und dient damit der nachhaltigen Positionierung im sozialen Raum. Jegliche Art von Störfällen (Stau, Betriebsausfälle, Baustellen), bei denen sich Einzelne in ihrem Mobilitätsverhalten eingeschränkt sehen, zeigen mit welcher Emotion Verkehr und Mobilität heute belegt sind. Im Verkehr sind Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammengewürfelt und können oftmals die gewünschte Distanz zum/zur Nächsten nicht selbst bestimmen. Soziale Distinktion wird über die Wahl des Verkehrsmittels als Prestigeobjekt deutlich gemacht, und Abgrenzung durch die Benutzung eines eigenen kleinen Raumes im Raum (Auto) ermöglicht. Der öffentliche Verkehr wird dabei von Menschen genutzt, die darauf angewiesen sind, und ist Basis einer breiten Schicht Mobilität zu ermöglichen. Wer kann, nutzt hingegen die Möglichkeiten der individuellen Fortbewegung. Während der motorisierte Individualverkehr bereits seit langem verbindliche Verhaltensregeln für die VerkehrsteilnehmerInnen aufweist, wird im öffentlichen Personennahverkehr nun zunehmend der Ruf nach Fahrgastregeln und OrdnungshüterInnen laut. Die Motivation Konflikte interindividuell zu lösen sinkt ebenso wie die Nutzung von positiven Kontaktchancen in Form von Reisebekanntschaften. Piktogramme vermitteln Ge- und Verbote - im Vorteil ist, wer sich artikulieren kann und eine Lobby hinter sich weiß. Sozialwissenschaftliche Studien zur Verkehrsmittelwahl und zum Mobilitätsverhalten waren bislang stark durch Rational Choice Modellierungen geprägt. Die vorliegende Erhebung, die in zwei Städten (Innsbruck und Salzburg, N= 600) durchgeführt wurde, versucht verstärkt emotionale Bedeutungen und Bewertungen von Mobilität aufzugreifen. In einer qualitativen Vorstudie werden Emotionen im Straßenverkehr mittels „Blitzlichtern“ (Bilder als Erzählstimulus) besonders während „Störfällen“ erfasst. Dabei stehen insbesondere Konfliktlösungsarten und beteiligte AkteurInnen im Mittelpunkt.



Die Gouvernmentale Stadt – Hamburg Hafencity und Wilhelmsburg als Vorboten des neuen Urbanen.

Thomas Dörfler, Universität Göttingen, thomas.doerfler@sowi.uni-goettingen.de

Stream 06: Räume - Panel II: Strittiger Städtebau. Politische Öffentlichkeit und Integration in der Stadt

Gegenwärtige Stadtumbauprozesse werfen ein Licht auf die politischen Antagonismen einer modernen Gesellschaft im Wandel. An städtischem Wandel, so eine Ausgangsthese, lassen sich deshalb die Konflikte um die zukünftige soziale Verfaßtheit der Gesellschaft analysieren. Stadtumbau, als sozio-räumliches Gestaltungsfeld dieses Wandels, offenbart dabei die Ideologien und Wunschbilder der Epoche (W. Benjamin) und ihrer Protagonisten. Diese fungieren wiederum als Camouflage jener Konflikte, damit die angesprochenen Antagonismen nicht erscheinen. Es fällt dabei auf, daß Stadtumbauprojekte in Namen des Demokratischen und Gerechten, der höherwertigen Sache, vorgetragen werden, unabhängig der tatsächlichen Intentionen und latenten Klassenlagen der Protagonisten. Der Konsens, der dabei produziert werden soll, ist derjenige eines »ausgewogenen Urbanismus«, der soziale Schiefenlagen vermeiden soll. Nichtsdestotrotz sind dies die Interessen der diese Projekte vorantreibenden Individuen. Damit aber deren Werte, Normen und Vorstellungen implementiert werden können, müssen sie im Namen des Demokratischen als benefits for all eingeführt werden, sonst läßt sich der demokratische Anspruch nicht aufrechterhalten. Das Resultat ist aber eine »demokratische Exklusion«, die mittels gouvernementaler Praktiken das Wahrsprechen (Foucault) der Diskursmächtigen etabliert. Die neuen urbanen Landschaften sollen dabei zum Repräsentationsraum derjenigen werden, die sich als »die Mitte« thematisieren, wohlwissend, daß in diesem imaginären Szenario nur wenige der tatsächlichen BewohnerInnen aufgehoben sein werden. Mein Beitrag möchte diese Antagonismen und ihre ideologische Funktion untersuchen, indem am Beispiel der HafenCity Hamburg und HH-Wilhelmsburg jenes einer praktischen Untersuchung unterzogen wird. Es soll deutlich werden, das diese Urbanität als erwünschtes Soziotopia auf die Exklusion bestimmter, als randständig/problematisch geführter Gruppen angewiesen ist, was ihren allgemeinverbindlichen Anspruch konterkariert und entgegen der Strukturlogiken des Urbanen operiert.

Zukunftswege von Schulkindern. Muster sozialer Ungleichheit von Lehrkräften in Italien und Deutschland

Claudia Dreke, Universität Potsdam, cldreke@uni-potsdam.de

Stream 15: Populismus - Panel II: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (I)

Welche Lebenswege eröffnen sich Schülern aus der Sicht von Lehrkräften in ihrer weiteren Schulkarriere und nach der Schule? Welche Handlungen und Eigenschaften sollen zu sozialem Aufstieg führen, welche zum Ausschluss aus bestimmten Lebenschancen oder zum Abstieg? In welchem Verhältnis stehen entsprechende Deutungen zum jeweiligen Bildungssystem? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Untersuchung zur Herstellung sozialer Ungleichheit in den Primarschulen Italiens und Deutschlands. Grundlage sind Leitfadeninterviews mit und ethnographische Beobachtungen von Primarschullehrkräften in Italien und Deutschland. Ausgangspunkt ist die schultheoretische Annahme, dass Lehrkräfte (legitime) soziale Ungleichheit herstellen sollen. Die beiden Bildungssystem bieten dafür, in der Folge historischer Auseinandersetzungen, andere organisatorische Möglichkeiten. In einer phänomenologisch-konstruktivistischen Perspektive (P. L. Berger; Th. Luckmann) wurden "objektive" schulische Strukturen mit "subjektiven" Interpretationen konfrontiert. Analysiert wurden die Äußerungen der Lehrkräfte im Hinblick auf die ihnen zugrundeliegenden Wahrnehmungskonzepte und deren institutionelle, kulturelle und politisch-historische Kontexte (M. Douglas, W. H. Goodenough, R. Koselleck). Methodisch folgt die Analyse den Prinzipien der Grounded Theory (A. Strauss). Die Untersuchung zeigt, wie die Lehrkräfte Schüler nach sozialen Kategorien klassifizieren und bewerten, deren künftige soziale Positionen als Erwachsene antizipieren und hierarchische sozialräumliche Ordnungen projizieren. Erkennbar werden die sozialräumlichen Ordnungen in der Verwendung von Weg- und Ortsmetaphern sowie von Begriffen wie Bildung, Bedürfnis oder Leistung. Die historisch-politischen Auseinandersetzungen um die Schule bilden den Kontext für vier Deutungsmuster sozialer Ungleichheit in beiden Ländern: das „erhaltende“, das „dynamisierende“, das „beschützende“ und das „individualisierende“ Muster. Je nachdem, wie und wo sich Lehrkräfte mit ihren sozial strukturierten „Weltbildern“ (M. Weber) positionieren, werden andere Handlungsorientierungen und Interessen erkennbar, die erfolgreich verwirklicht werden sollen. In die Konstruktion dieser Weltbilder gehen Elemente sozialwissenschaftlichen Wissens ein. Im Vortrag sollen die Deutungsmuster sozialer Ungleichheit exemplarisch anhand der Klassifikation von „Migrantenkindern“, „ausländischen“ und „einheimischen“ Kindern gezeigt werden.

Ist die Wahlbeteiligung der transnationalen MigrantInnen wirklich so niedrig?

Cédric Duchêne-Lacroix, Universität Basel, c.duchene@unibas.ch

Stream 13: Netzwerke - Panel III: Lokale Öffentlichkeiten und ihre Herausforderungen durch multilokale Teilnehmer_innen / durch multilokal Wohnende

Nach lokalen bzw. europäischen Wahlen wird häufig die geringe Beteiligung der europäischen BürgerInnen im europäischen Ausland bemängelt. Diese niedrige lokale Wahlbeteiligung wird als Indikator für die fehlende Integration der europäischen MigrantInnen wahrgenommen. Die Feldforschung stellte diese Annahme in Frage. Hätte man nicht da den Fehlschluss einer lokalen Container-Perspektive? Wie wäre die gesamte Wahlbeteiligung einer bestimmten wahlberechtigten europäischen Gruppe an einem bestimmten Ort, wenn man die multilokalen Wahlmöglichkeiten kumulieren würde? Die Studie, eine eigene quantitative Erhebung, fokussiert auf die Wahlbeteiligung der Franzosen in Berlin. Die Ergebnisse der Studie zeigen tatsächlich eine deutlich höhere Wahlbeteiligung als offizielle Wahlstatistiken vorweisen. Die angebliche geringere Wahlbeteiligung der Franzosen könnte auch aus der Verteilung ihrer Stimmen zwischen drei unterschiedlichen Wahlorten resultieren. Außerdem kann die Entscheidung für einen der drei Abstimmungsorte durch Pragmatismus, Identität und Gewohnheiten beeinflusst werden. Die vorliegende Studie ergibt, dass bei den Wahlen zum Europa-Parlament die Entscheidung für einen Wahlort für mit dem Alter, dem Ankunftszeitpunkt in Berlin, der Berufsgruppe, der Nationalität des Haushalts, dem territorialen Zugehörigkeitsgefühl und dem Wahlort für andere Wahlen zusammenhängt.

Stabilisierung und Differenzierung - Bedeutungszuschreibungen christlicher Kirchengebäude in der Öffentlichkeit

Stefanie Duttweiler, Universität Basel, stefanie.duttweiler@unibas.ch

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel I: Religionen und Religionsgemeinschaften in öffentlicher Kritik

Immer mehr christliche Kirchen verlieren ihre religiöse Funktion und werden umgenutzt. Meist wird diese Umnutzung heftig debattiert, nicht selten regt sich Widerstand. Der Vortrag stellt Teilergebnisse eines empirischen Projektes zum Gestalt- und Bedeutungswandel christlicher religiöser Räume vor und fragt nach den Reaktionen auf diesen Wandel. Von Seiten der Kirche ist nicht jede Umnutzung gleichermaßen willkommen: kirchliche, gemeinschaftsstabilisierende, kulturelle Nutzung wird präferiert, eine nicht-christliche religiöse Nutzung (insbesondere als Moschee) wird kategorisch ausgeschlossen. Im Fokus des Vortrags stehen allerdings die Bedeutungszuschreibungen der Kirchengebäude für die Öffentlichkeit. Dazu wurden die Debatten der Kirchenumnutzung einer Diskursanalyse unterzogen, um die Bedeutungszuschreibung und den Bedeutungswandel, den Kirchengebäude heute erfahren, zu verstehen. Gerade die Öffentlichkeit – so eine entscheidender Befund – zeigt großes Interesse am Erhalt der Kirchen und schreibt ihr Bedeutungen zu, die weit über die religiöse Funktion hinausgehen: sie gelten als Geschichts- und Kulturträger sowie als Garanten von Tradition und Kontinuität, sie dienen der Identitätsstiftung und Identifikation und nicht zuletzt der sozialen Stabilität und der Stadtteilentwicklung. Dass bei Umnutzung und Aufgabe von Kirchengebäuden auch physikalischer Raum abgegeben und Platz für anderes gemacht werden müsste, schürt Ängste und erhöht die Brisanz der Thematik. Es zeigt sich, dass mit der Frage nach dem Stellenwert christlicher Kirchen in der Öffentlichkeit zugleich die Frage der abendländischen Kultur und der europäischen Stadt verhandelt wird. Bricht die Verbindung von Materialität und Symbolfunktion einer Kirche, wie im Falle der Kirchenumnutzung, auseinander, scheint mehr als die Verortung der christlichen Religion in der Gesellschaft auf dem Spiel zu stehen. Dieser Vortrag formuliert so zum einen eine Gegenthese zur Arbeitshypothese des Panels: Wie die Forschungsergebnisse zeigen, wird den christlichen Gebäuden integrative Kraft zugeschrieben, zum anderen wird die Arbeitshypothese bestätigt: An der Umnutzungsdebatte und dem Verbot, Kirchen als Moscheen umzunutzen, zeigt sich auch die Grenzarbeit, mit der Differenzen zu anderen Religionen hergestellt werden.

Die zunehmende Unübersichtlichkeit gesellschaftlicher Wissensverteilungen

Thomas S. Eberle, Universität St. Gallen, Seminar für Soziologie, thomas.eberle@unisg.ch

Stream 09: Privat - Panel III: Was ist „der gut informierte Bürger“ heute? Renovierungen einer Sozialfigur

Mit der Sozialfigur des „gut informierten Bürgers“ schuf Schütz einen Idealtypus, dessen Wissen über seine unmittelbaren Alltagsangelegenheiten hinaus geht und daher breiter und umfassender ist als das Wissen des „Mannes von der Straße“, doch nicht so spezialisiert wie das Wissen des „Experten“. Brisant war vor allem der Konnex zwischen Wissensverteilung und politischer Öffentlichkeit, kritisierte Schütz doch die Gallup-Umfragen, die sich auf die politischen Meinungsäußerungen nicht-informierter Bürger stütz(t)en. Der „gut informierte Bürger“ repräsentiert den klassischen Typus des Bildungsbürgers, der sich in den Lesegesellschaften des 18. und 19. Jh. formierte. Die Lesegesellschaften konstituierten eine demokratisch legitimierte politische Öffentlichkeit, wurden aber später zunehmend von politischen Parteien verdrängt. Die Lesegesellschaften bildeten schon in Habermas' klassischer These des Strukturwandels der Öffentlichkeit eine Kontrastfolie, die idealisiert und – weil nicht empirisch erforscht – wenig realistisch war. Schütz wurde noch Zeuge der neuen massenmedialen Öffentlichkeit, setzte ihr aber den Idealtypus des „gut informierten Bürgers“ entgegen – allerdings ohne die politischen Implikationen seiner Kritik weiter zu elaborieren. Mittlerweile hat sich mit dem Internet und Web2.0 der Strukturwandel weiter verschärft bzw. erneuert, und die gesellschaftlichen Wissensverteilungen sind immer unübersichtlicher geworden. Ist der „gut informierte“ Citoyen ein Auslaufmodell? Für eine Basisdemokratie wie die Schweiz, in der die Bürger nicht nur Parlamentarier und Regierungsangehörige wählen, sondern auch regelmäßig über Sachfragen abstimmen, stellte sich die Frage in besonderer Schärfe. Dies soll mit Blick auf die jüngste politische Entwicklung, die nicht nur durch massenmediales Infotainment, sondern auch durch zunehmende populistische Komplexitätsreduktionen geprägt ist, näher analysiert werden.

Neue Greedy Institutions wandeln die Struktur der Öffentlichkeit

Marianne Egger de Campo, HWR Berlin, marianne.egger@hwr-berlin.de

Plenum I: Grenzen und Entgrenzung der politischen Öffentlichkeit

Als Lewis Coser in den 1960er Jahren erstmals den uneingeschränkten Zugriff von Organisationen und Institutionen auf das Individuum mit dem Begriff der gierigen Institution (Greedy Institutions) problematisierte, waren Entwicklungen wie Social Media (Facebook, Twitter, Flickr, YouTube usw.) noch nicht abzusehen. Eine gierige Institution i.S. Cosers verlangt ungeteilte und exklusive Aufmerksamkeit, Zeit und Loyalität vom Einzelnen, der sich freiwillig von ihr beherrschen lässt, weil ihm besondere Belohnungen dafür winken. Die Forderung der Greedy Institutions führt in der modernen differenzierten Gesellschaft notwendigerweise zu Konflikten, da jedes Individuum über ein Rollen-Set (Merton) verfügt, das sein Wirken in den unterschiedlichen sozialen Sphären bestimmt und die Ansprüche der konkurrierenden Organisationen oder Institutionen auf das Individuum mithilfe von Normen beschränkt werden müssen. Die Auffassung von Öffentlichkeit in der modernen Gesellschaft setzt ein stabiles Raster von solchen Normen voraus, durch die jeweils die Freiheit des Individuums garantiert wird – seien diese Arbeitszeitgesetze oder etwa das Recht sich vor Gericht der Aussage zu entziehen. Cosers Beispiele für Greedy Institutions muten dementsprechend vormodern an: Eunuchen oder Hofjuden als Fremde im Dienst eines Herrschers, Dienstboten oder Hausfrauen, deren Arbeitskraft sich die gierige Familie einverleibt und Sekten oder Zölibat, die aus einer spirituellen Bindung den Anspruch auf die Körper ableiten. Coser scheint uns zu vermitteln, dass wir die dunklen Zeiten der gierigen Institutionen hinter uns gelassen haben, selbst wenn er den Sekten auch die politische Sekte der Leninisten zufügt – haben wir doch das Zeitalter des marxistisch-leninistischen oder stalinistischen Sektierertums auch längst überstanden. Ich werde an ausgewählten Beispielen der Gegenwart zeigen, dass im späten Kapitalismus einzelnen Repräsentanten der Öffentlichkeit der gierige Zugriff auf das Individuum gestattet wird: der Wohlfahrtsstaat in Deutschland, Österreich und der Schweiz toleriert seit Jahren wieder Dienstbotenverhältnisse in Form der sogenannten Rund-um-die-Uhr-Pflege und sichert damit sein Weiterbestehen ohne größere Reformen, die eine Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes erfordern würden. Die modernen Arbeitsverhältnisse brauchen den „flexiblen Menschen“ (Sennett), dessen außerberufliche Tätigkeiten im Rahmen von Wissensmanagementstrategien und der sogenannten Corporate Social Responsibility zunehmend vom Arbeitgeber vereinnahmt werden. So wird das außerberufliche ehrenamtliche Engagement von Angestellten zunehmend zum Kapital für das Unternehmen. Und nicht zuletzt die neuen Social Media Angebote von Facebook u.a. verlangen Zeit und Energie des Einzelnen für seine Präsenz in der virtuellen Öffentlichkeit. Dabei akzeptieren Sie seinen Rückzug – im Gegensatz zu herkömmlichen Greedy Institutions – nicht einmal im Fall seines physischen Ablebens. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die Befunde der Psychologie zur Beeinträchtigung der individuellen Wahrnehmungs-, Reflexions- und Konzentrationsfähigkeit durch langjähriges Multi-Tasking: Der Preis für den Widerstand gegen die gierigen neuen Medien scheint im Verlust jener Ratio zu bestehen, die den Diskurs der Öffentlichkeit in der Moderne kennzeichnen sollte.

Wandel der Medienlogiken im Bereich der Wirtschaftsberichterstattung

Mark Eisenegger, Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, Univ. Zürich, mark.eisenegger@foeg.uzh.ch

Mario Schranz, Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, mario.schranz@foeg.uzh.ch

Plenum III: Medienlogiken und politische Kommunikation

Sowohl in der kommunikationswissenschaftlichen als auch in der mediensoziologischen Forschung liegen bisher erst wenige empirische Befunde zum langfristigen Wandel der Wirtschaftsberichterstattung vor. Das ist bemerkenswert, lässt der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit – verstanden als die Ausdifferenzierung eines eigenlogischen, und sich an kommerziellen Imperativen orientierenden Mediensystems – doch gerade im Zusammenhang der medienvermittelten Kommunikation über das Teilsystem Wirtschaft einen fundamentalen Wandel der entsprechenden Medienlogiken erwarten. Unser Beitrag antwortet auf dieses Forschungsdesiderat. Gestützt auf eine Langzeituntersuchung (1962-2010) wird am Beispiel der Schweiz der Wandel der Wirtschaftsberichterstattung aufgezeigt. Erwartet wird, dass der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit sowohl einen quantitativen wie auch qualitativen Wandel der Wirtschaftsberichterstattung auslöst. Daran schliessen sich die folgenden Subthesen an:

1)Quantitativer Wandel der Wirtschaftsberichterstattung

1.1) Postuliert wird erstens eine markante Expansion der Wirtschaftsberichterstattung ab den 1980er Jahren parallel zur fortschreitenden Kommerzialisierung des Mediensystems.

1.2) Zweitens muss sich die Bedeutungssteigerung wirtschaftlicher Inhalte auch an der Entstehung neuer Wirtschaftsmedien aufzeigen lassen.

2) Qualitativer Wandel der Wirtschaftsberichterstattung

2.1) Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit führt nicht nur zu einer Expansion der Wirtschaftsberichterstattung, er verändert auch die Art und Weise, wie über das Ökonomische berichtet wird. Postuliert wird in diesem Zusammenhang erstens die Verschiebung des medialen Aufmerksamkeitsfokus' von der Makroebene (u.a. Konjunkturentwicklung, Volkswirtschaften) auf die Meso-/Mikroebene (Unternehmen, Rollenträger). Als Folge dieser Bedeutungszuwachses der Meso-/Mikroebene gelingt es dem Wirtschaftsjournalismus zunehmend weniger, rechtzeitig krisenhafte makroökonomische Entwicklungen – wie jüngst im Kontext der Finanzmarktkrise beobachtbar – anzumahnen.

2.2) Zweitens postulieren wir, dass die Wirtschaftsberichterstattung die Distanz zu ihrem Objekt, - der Wirtschaft in Teilen einbüsst. Die Folge davon ist eine Reduktion der kritischen-distanzierten Reflexionsfähigkeit des Wirtschaftsjournalismus bezüglich ökonomischer Vorgänge. Dieser Vorgang lässt sich unter anderem an der Bedeutungssteigerung des Dienstleistungsjournalismus aufzeigen.

2.3) Drittens postulieren wir eine Zunahme der emotionalisierenden und moralisierenden Gehalte in der Wirtschaftsberichterstattung. Daraus resultiert eine Tendenz zu einer entweder euphorisch-unkritischen oder aber pessimistisch-skandalisierenden Interpretationslogik des Wirtschaftsgeschehens.

Populismus in der Deutschschweiz am Beispiel der Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen»

Florian Elliker, Universität St. Gallen, Soziologisches Seminar,, florian.elliker@unisg.ch

Stream 15: Populismus - Panel III: Medienpopulismus und politischer Populismus

Am 1. Juni wurde in der Schweiz über die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» abgestimmt, welche von der Schweizerischen Volkspartei lanciert wurde und die im Kern aus einer veränderten Regelung bestand, wer in welcher Form über Einbürgerungen entscheiden soll und wem in diesem Prozess welche Rechte zugestanden werden sollen. Zwei Gegensatzpaare standen in der Debatte im Vordergrund: die Gegenüberstellung von «uns» (Einheimischen) und den «Anderen» (Fremden) und die Gegenüberstellung von «uns» (dem «Volk») und «denen da oben» (der politischen Elite). Die an diesem Fallbeispiel mit interpretativ-qualitativer Methodik durchgeführte wissenssoziologische Diskursanalyse zeigt auf, welche Diskurse die in der medialen und politischen Öffentlichkeit der deutschsprachigen Schweiz geführte Debatte strukturierten: 1) Demokratie als (absolute) Volksherrschaft, 2) Ausländer(massen), die nicht passen, 3) Demokratie in rechtsstaatlichem Rahmen und 4) integrierende Demokratie. Die Studie fokussierte nicht die Strategien der Akteure im Abstimmungskampf, sondern die typologische Ausdifferenzierung und Rekonstruktion der von den Akteuren aufgegriffenen Diskurse, so wie sie sich gleichsam «feldübergreifend» in den Medien und der Politik artikulierten. Der Beitrag analysiert die rekonstruierten Diskurse, die über den untersuchten Abstimmungskampf hinausweisen: Sie stellen zeitgenössische Varianten schweizerischer Traditionen politischen Denkens dar. Die interpretative Verortung in diesen Traditionen kann auf Kontinuitäten und Akzentverschiebungen hinweisen: Die ehemals im konservativen Denken angesiedelte Warnung von den Gefahren einer «Tyrannei der Mehrheit» ist nun Bestandteil des politisch liberalen Diskurses zur integrierenden Demokratie sowie des Rechtsstaatsdiskurses. Der konservative Diskurs zur «(absoluten) Volksherrschaft» erscheint im Hinblick auf die plebiszitäre Auffassung demokratischer Mitbestimmung als radikalisiert. Wird Populismus nicht nur als rhetorisches Stilmittel verstanden, so liegt sein «ideologischer» Gehalt vor allem in dieser radikalisierten Vorstellung plebiszitärer Mitbestimmung. Der Nichtpassungsdiskurs wird hingegen nicht nur von Akteuren verwendet, welche gemeinhin als populistisch gelten, sondern findet sich auch bei Positionen, die gleichzeitig vom Rechtsstaatsdiskurs strukturiert sind.

Staatsdiener oder Dienstleister? – Deutungsmuster und berufliches Selbstverständnis von Mitarbeitenden öffentlicher Verwaltungen

Kathrin Englert, Universität Siegen, Philosophische Fakultät, englert@soziologie.uni-siegen.de

Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Universität Siegen, Philosophische Fakultät, ludwig-mayerhofer@soziologie.uni-siegen.de

Ariadne Sondermann, Universität Siegen, sondermann@soziologie.uni-siegen.de

Stream 12: Deregulierung - Panel I: Im Dienst öffentlicher Güter: Akteure, Institutionen, Praktiken

„Service-Wüste? Nicht bei uns!“ – mit diesem Leitspruch wirbt nicht etwa ein Dienstleistungsunternehmen, sondern ein Bürgeramt einer süddeutschen Großstadt. Die öffentliche Verwaltung ist seit längerem mit einem erheblichen Wandel konfrontiert, der nicht nur die internen Organisationsstrukturen und die Beschäftigungsverhältnisse, sondern – wie die Eigenwerbung des Bürgeramtes deutlich zeigt – gerade auch die normativen Vorstellungen betrifft, denen die Verwaltung und ihre Mitarbeitenden gerecht werden sollen. Ein dezidiert „obrigkeitliches“ Auftreten von Beamten wird heute kaum mehr akzeptiert; unter dem Stichwort der Modernisierung geht es neben Effizienzsteigerung vor allem um mehr Dienstleistungs- und Kundenorientierung. Was aber sind die Folgen für das berufliche Selbstverständnis und für die Deutungsmuster des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger/innen auf Seiten der handelnden Akteure? An diesem Punkt setzt unser DFG-Projekt an, in dem wir sowohl bei Post und Bahn wie auch in der öffentlichen Verwaltung Interviews mit Mitarbeitenden (und Bürger/innen) durchführen und zudem die Interaktionen vor Ort beobachten und aufzeichnen, um folgende Fragen in den Blick zu nehmen: Wie nehmen Mitarbeitende die Veränderungen in ihrem Arbeitsalltag wahr? Welche Rolle schreiben sie sich zu – sind sie noch Staatsdiener/innen oder mehr Dienstleister/innen? Mit welcher Haltung begegnen sie in ihrem beruflichen Alltag den Bürger/innen und was erwarten sie im Gegenzug von diesen? In unserem Vortrag möchten wir erste Ergebnisse aus Bürger- und Standesämtern vorstellen. Die Mitarbeitenden stehen dort vor einer widersprüchlichen Situation: Sie haben nach wie vor hoheitliche Aufgaben zu erfüllen, gleichzeitig kommen die Bürger/innen mit neuen Ansprüchen und fordern sie stärker heraus, die einst selbstverständlichen (Bürger-)Pflichten und Verfahren zu begründen. Ihre Deutungen und Handlungsweisen spiegeln diese Ambivalenz wider. Sie grenzen sich deutlich vom Rollenmodell des früheren Staatsdieners ab, indem sie sich daran messen lassen wollen, zu „helfen“, „die Ruhe zu bewahren“, „flexibel“, „höflich“ und „freundlich“ zu sein sowie „gute Laune zu haben“ (so einige in-vivo-Codes). Dieser modernisierte Verwaltungshabitus stößt jedoch an Grenzen, wenn das im Kern nach wie vor staatliche Handeln von den Bürger/innen nicht mehr „im Großen und Ganzen akzeptiert“, sondern als unbotmäßiges Prozedere in Frage gestellt bzw. durch offene Respektlosigkeit zu sehr entwertet wird.

Öffentlichkeit und Inklusion. Wege der Ermöglichung?

Sophia Ermert, Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, ermert@rewi.hu-berlin.de

Stream 11: Gender - Panel I: Öffentlichkeitstheorien und Ungleichheiten: Eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Gender Studies

„Das eigentliche Problem aller feministischer Theoriebildung zum Öffentlichen scheint mir (...) seine permanente und explizierte Bezugnahme auf den privaten Gegenpart zu sein. Der Begriff des Öffentlichen wurde zu lange und ausschließlich aus dem Blick des Privaten thematisiert.“ (Barbara Holland Cunz, 1994: 240) Barbara Holland-Cunz kritisiert den Fokus feministischer Theorie auf die Debatten um die Trennung von privat und öffentlich und spricht sich dafür aus, die Frage nach dem Öffentlichen breiter anzulegen. Dieser Hinweis scheint mir nach wie vor sehr wichtig und sehr sinnvoll. In den Debatten um die Trennung von privat und öffentlich ist die Frage nach Inklusion und Exklusion zentral. Wem wird Zugang zum Öffentlichen im Sinne eines Kommunikationsraums zum verhandeln allgemeiner Angelegenheiten gewährt und wem nicht? Wem wird Mitbestimmung bei der Artikulation politisch Gegenständlichem gegeben und wem nicht? Im Vortrag möchte ich die Erweiterung der Perspektive auf das Öffentliche anhand Gayatri Spivaks Auseinandersetzung mit ‚arbeiten für‘ die Subalterne verdeutlichen. Losgelöst von der Debatte um privat und öffentlich geht es hier um die Frage, wie vom Öffentlichen maximal Marginalisierte „in die Kreisläufe der parlamentarischen Demokratie hineinzubringen“ sind (Gayatri Spivak, 2007: 146). Hieran lässt sich die Frage nach dem Zugang zum Öffentlichen stellen mit Bezug auf die Diskussionen um das postmoderne Subjekt als dezentriert. In diesem Sinne stellt sich die Frage nach dem Öffentlichen auf spezifische Weise. Welche Formen der Bindung, der Kollektivität sind für das Öffentliche vorstellbar? Wie ‚materialisiert‘ sich das Öffentliche sinnvoll und Gleichheit ermöglichend? In welchem Verhältnis stehen Öffentlichkeit und Gleichheit? Ist Gleichheit Konstitutionsbedingung des Öffentlichen (Aristoteles) oder vielleicht gerade die Aushandlung von Gleichheit Gegenstand des demokratischen Prinzips (Rancière)? Aus feministischer Perspektive scheint mir eine Position problematisch, die die Aushandlung von Gleichheit allein den einzelnen Individuen oder von Ungleichheit negativ Betroffenen überlässt. Daher versuche ich anhand Spivaks Ausführungen diese Problemstellung nachzuvollziehen und Überlegungen zu möglichen weiterführenden Ansätzen vorzustellen.



Schwächung des deliberativen Moments des Politischen? Effekte des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit auf die Politikberichterstattung

Patrik Ettinger, fög - Universität Zürich, patrik.ettinger@foeg.uzh.ch

Sarah Zielmann, fög - Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, sarah.zielmann@foeg.uzh.ch

Plenum III: Medienlogiken und politische Kommunikation

Der hier vorgeschlagene Beitrag analysiert die im call for paper formulierten Veränderungen der innenpolitischen Berichterstattung am Beispiel Schweizer Printmedien über die letzten 50 Jahre. Im Zentrum des Beitrags steht der postulierte Aufmerksamkeitsverlust der Legislative gegenüber der Exekutive und die damit verbundene Schwächung des deliberativen Moments des Politischen.

In demokratischen Gesellschaften ist der Begriff des Parlaments untrennbar mit jenem der Öffentlichkeit verbunden. Die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen durch auf Zeit gewählte Repräsentanten als zentrale Parlamentsfunktion kann nur dann Legitimität beanspruchen, wenn sie transparent und an die Interessen und Willensbildungsprozesse der Bevölkerung gekoppelt ist.

Da politische Handlungen und Entscheidungen nicht allein in der parlamentarisch-administrativen Arena ausgehandelt werden, sondern massgeblich durch die Auseinandersetzungen in der öffentlichen Arena geprägt sind, sind politische Akteure in diesem Prozess einer diametralen Anforderung ausgesetzt: sie sollen politischen Verhandlungslogiken folgen und zugleich eine medientaugliche Themenbewirtschaftung ausführen.

Aus diesem Spannungsfeld ergibt sich die zentrale Fragestellung des Beitrags: Inwieweit, in welcher Form und in welchen Kontexten erhalten parlamentarische Prozesse und die sie maßgeblich verantwortenden Akteure unter den neuen Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken der Öffentlichkeit herstellenden Massenmedien noch Resonanz und bleiben dadurch für die Bürgerinnen und Bürger beobachtbar?

Um den in den Thesen postulierten Resonanzverlust resp. die Resonanzverschiebung mit den veränderten medialen Selektions, Interpretations und Inszenierungslogiken erklären zu können, wird auf die Indikatoren Konfliktstilisierung, Eventisierung und Personalisierung zurückgegriffen.

In Kombination der Indikatoren zur Akteursresonanz mit jenen zu den veränderten medialen Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken wird ein Beitrag zu der in der Literatur kontrovers diskutierten aber noch zu wenig erforschten Frage geboten, wie sich die im Zuge des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit veränderten Medienlogiken auf die Beobachtbarkeit parlamentarischer Prozesse auswirken – eine Frage, die für die Qualität demokratischer Entscheidungsfindung vor dem Hintergrund einer drohenden Konversion von Medienpopulismus und politischem Populismus von zentraler Bedeutung ist.

Die Konstruktion der muslimischen Minderheit in der öffentlichen Kommunikation der Schweiz

Patrik Ettinger, fög - Universität Zürich, patrik.ettinger@foeg.uzh.ch

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel I: Religionen und Religionsgemeinschaften in öffentlicher Kritik

Dieser Beitrag zeigt anhand der Ergebnisse einer empirischen Analyse der öffentlichen Kommunikation in repräsentativen Medien der Schweiz und im eidgenössischen Parlament die Dynamik der Thematisierung des Islam resp. muslimischer Akteure von 1998 bis 2010. Die Bedeutung religiöser Zuschreibungen für die Konstruktion von Identität und Alterität lässt sich anhand der muslimischen Minderheit in der Schweiz anschaulich zeigen. Denn die Musliminnen und Muslime in der Schweiz sind eine äusserst heterogene Gruppe, die - soweit sie organisiert ist - sich vor allem entlang ethnischen, d.h. auf die nationalen Herkunftskontexte rekurrierenden Kriterien strukturierte. Die Mehrheit von ihnen kommt darüber hinaus aus Staaten mit einer klaren Teilung von Politik und Religion. Die Wahrnehmung als (homogene) muslimische Minderheit in der Fremd- wie in der Selbstbeschreibung ist daher als Ergebnis eines Prozesses zu beschreiben, der durch folgende Aspekte gekennzeichnet ist: · Die Problematisierung muslimischer Akteure in der Schweiz entwickelt sich im Kontext internationaler Konflikte und Kriege. Als Schlüsselereignisse erweisen sich die Anschläge in Madrid und London sowie die Auseinandersetzungen über den sogenannten Karikaturenstreit 2006. Im Kontext dieser Schlüsselereignisse können rechtskonservative und rechtspopulistische Akteure solchen Differenzsemantiken Resonanz verschaffen, die die Muslime in der Schweiz als Bedrohung, vereinzelt sogar als fünfte Kolonne beschreiben. · Dadurch etablieren sich in der öffentlichen Kommunikation generell pauschalisierende und essentialistische Beschreibungen des Islam. · Ab 2006 etabliert sich die Deutungsperspektive eines „clash of civilizations“. Zwar teilen die Mehrzahl der Medien und der politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteure dieses Bedrohungsbild nicht und betonen die Bedeutung der Religionsfreiheit oder thematisieren Muslime in der Opferrolle, aber die Existenz eines grundsätzlichen Wertekonflikts wird dadurch nicht bestritten und implizit durch die pauschalisierende und Distanz erzeugende Typisierung der Muslime gestützt. Zur Etablierung dieser Deutungsperspektive eines „clash of civilizations“ trägt auch bei, dass die kritische Auseinandersetzung mit ihr nach 2006 abnimmt. Im Zuge dieser Entwicklung wird in kurzer Zeit nicht nur eine neue Minderheit in der Schweiz konstruiert, sondern diese Minderheit erscheint auch als substantielle Gefahr für die Schweiz.

Vergangenheit als behauptete Gegenwart. Begriffsinstrumentalisierung im politischen Diskurs

Thilo Fehmel, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, fehmel@sozio.uni-leipzig.de

Stream 10: Vergessen - Panel I: Öffentlichkeit als Sphäre kollektiver Sinnproduktion

Ein Befund der Kulturwissenschaftlichen Linguistik ist: sozialstrukturelle und semantische Entwicklung vollziehen sich ungleichzeitig. Sprachwandel folgt sozialem Wandel zeitversetzt nach; die soziale Erfahrung – so Koselleck – geht ihrer Versprachlichung zwingend voraus. Folge dieses zeithierarchischen Verhältnisses von sozialem Wandel und seiner nachfolgenden sprachlichen Verarbeitung ist das Etablieren neuer Begriffe einer-, das „Vergessen“ alter Begriffe andererseits, also das Zurückdrängen und Verschwinden von Begriffen aus dem aktiven Sprachschatz oder der Wandel ihrer Bedeutung. In diesem Verständnis ist „Erinnern“ im öffentlichen Kontext in der Tat die explizite Thematisierung der Vergangenheit – und zwar als Vergangenheit! Diese Sichtweise ist plausibel, vernachlässigt aber die Bedeutung von Institutionen und interessierten Akteuren. Divergierende Interessen können zu Konflikten um die Geltungskraft einer Institution führen. Solche Konflikte erfassen dann auch die Begrifflichkeiten, die als verbalisierte Leitdiffenzen, Leitideen, Rationalisierungskriterien etc. für die Wirkmächtigkeit einer Institution und damit für gesellschaftliche Selbstbeschreibungen insgesamt von zentraler Bedeutung sind. Konflikte um Institutionen sind damit immer auch Konflikte um Begriffe. Soll ein offener Konflikt widerstreitender Akteure um die Institution vermieden werden und der Institutionenwandel unterhalb der allgemeinen Wahrnehmungsschwelle stattfinden, dann müssen veränderungswillige Akteure sich affirmativ der positiv konnotierten institutionellen Begrifflichkeiten bedienen. Diese Instrumentalisierung der Legitimationskraft eines Institutionenbegriffs zum Zwecke institutioneller Veränderung ist strategisch kalkulierte Kommunikation: Auch sie ist „Erinnern“ als explizite Thematisierung der Vergangenheit – aber als Gegenwart! Mit dem Ziel institutionellen Wandels wird so durch Begriffsinstrumentalisierung der Gegensatz Vergessen/Erinnern neu konstituiert: die faktische Gegenwart wird verdrängt, mithin vergessen; die erinnerte Vergangenheit zur Gegenwart erklärt, gleichsam vergegenwärtigt. Daraus folgt: Erinnern, also das Abrufen positiv konnotierter Vergangenheitsbeschreibungen als Gegenwartsbehauptungen, kann begünstigender Faktor institutioneller Flexibilität, semantische Kontinuität eine Erfolgsvoraussetzung struktureller Veränderungsbestrebungen sein. Der Vortrag will Beispiele dieser Form strategischer Kommunikation demonstrieren und ein Analysemodell entwerfen.

Zwischen Vermachtung und Boulevarisierung - Demokratie und Massenmedien in Ostmitteleuropa

Helmut Fehr, Universität Kattowitz, fehrhf@arcor.de

Plenum II: Legitimation und Legitimitätsdefizite sozialer Ordnung

Die Massenmedien in den Transformationsgesellschaften Ostmitteleuropas unterlagen nach 1989 Entwicklungstendenzen, die die Legitimität der neuen Demokratien beeinträchtigen: So stehen vor allem die elektronischen Massenmedien unter manipulativen Einflussnahmen durch die Machteliten, die bis in die Gegenwart in Konflikten über Medien und Recht kumulierten (Ungarn, Polen). Daneben zeichnen sich in den letzten Jahren Tendenzen der Selbstgefährdung der Öffentlichkeit ab, die in Prozessen der Boulevarisierung zum Ausdruck kommen. In den Gesellschaften, die Gegenstand meiner vergleichenden Untersuchungen sind (Polen, Tschechische Republik und Ungarn), praktizieren Journalisten v. a. in den elektronischen Massenmedien ein Rollenverständnis, das auf Intra-Rollenkonflikte des neuen Typs Journalist/Publizist deutet: Die widersprüchlichen Rollen als Journalisten, als Politiker und als „Experten“ für Reklame haben zur Erosion des journalistischen Ethos und zum Niedergang kritischer Publizität beigetragen. Diese Ausgangsüberlegungen werde ich an exemplarischen Konflikten über das Recht und die Medien bestimmen. Fragen der Legitimität des demokratischen Gemeinwesens stehen hierbei im Mittelpunkt. Durchgängig geht es um den Stellenwert demokratischer Verfahrensregeln und normativer Maßstäbe der politischen Kultur; die Unabhängigkeit der Journalisten erscheint als Prüfstein für die Geltung von Recht. Auf der Grundlage von empirischem Datenmaterial (wie Partei- und Regierungsprogramme, Artikel, Interviews und Kommentare polnischer und tschechischer Printmedien, wie „Gazeta Wyborcza“, „Polityka“, „Rzeczpospolita“, „Lidové Noviny“, „Mlada fronta Dnes“, „Respekt“; ferner übersetzte Artikel aus ungarischen Zeitungen) werde ich Legitimationskonflikte im Verhältnis von Eliten und Öffentlichkeit diskutieren. Im ersten Teil werde ich Konflikte über rechtliche Rahmenbedingungen von Massenmedien beleuchten: den „Medienkrieg“ in Ungarn (1990-1992), den „Prager Fernsehstreit“ (Winter 2000/2001) und die jüngsten Elitenkämpfe zur Reformulierung von Mediengesetzen in Polen und Ungarn. Der Kampf der neuen Eliten um einflussreiche Positionen in der Öffentlichkeit wurde von Tendenzen der Instrumentalisierung und Vermachtung der Massenmedien begleitet, die in unterschiedlichen Konflikten nach 1989 bis in die Gegenwart zum Ausdruck kommen. Im zweiten Teil werde ich Fragen nach dem Wandel des Selbstverständnisses der neuen Medieneliten beleuchten. Genauer zu untersuchen ist, in welchen Kontexten Tendenzen der Boulevarisierung und Skandalisierung von Politik mit der Selbstentleerung journalistischer Wertstandards einhergehen. Manipulative Einflussnahmen der politischen Führungsgruppen auf die Autonomie der Massenmedien wurden durch interne Wandlungen der Medienkultur begünstigt, die heute in Ungarn und Polen in Tendenzen des Verfalls des öffentlichen Lebens einen Ausdruck finden. Dem strategischen Handeln der Machteliten entspricht vielfach der Rückzug von Journalisten in eine „Grauzone“ massenmedialer Selbstvermarktung. Im Spektrum der neuen Macht- und der Medieneliten dominieren Haltungen selbstinteressierter Akteure, die die Eigenprofilierung über die Suche nach normativen Regeln des demokratischen Gemeinwesens stellen.



Raumaneignung und Vertreibungsmechanismen jugendlicher Gruppierungen im öffentlichen Raum

Karina Fernandez, Graz, karina.fernandez@uni-graz.at

Stream 06: Räume - Panel I: Stadträume als (öffentliche) Machträume – Planung, Steuerung und Entwicklung von Stadt und Raum zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit

Die Zentren großer Städte werden seit jeher von verschiedenen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichster Weise genutzt, wobei auch heute noch die klassen- und gruppenspezifischen Formen der Aneignung und der Nutzung des öffentlichen Raumes in vielfacher Konkurrenz zueinander stehen. Die Störung der öffentlichen Ordnung durch jugendliche Subkulturen beginnt häufig bereits mit der Verunsicherung besser situierter Erwachsener, die Vertrautes besetzt vorfinden. Zunehmend wird der Ruf nach Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen wie Videoüberwachung oder verstärkte Polizeipräsenz immer lauter (Simon, 2001). In diesem Beitrag soll anhand zweier Studien zu Jugendszenen, die den öffentlichen Raum nutzen, Prozesse der Raumnahme seitens Jugendlicher und Vertreibungsmechanismen seitens öffentlicher Kontrollinstanzen aufgezeigt werden. In den beiden Studien wurden zwei Jugendszenen in der steirischen Landeshauptstadt Graz untersucht, die sich unterschiedliche öffentliche Plätze aneigneten und als Szeneorte nutzten. Im Jahr 2004 eskalierte in Graz ein vor allem medial sehr präsenter Konflikt um den Hauptplatz der Stadt, der von einer Gruppe von Punks als Aufenthaltsort gewählt wurde. Geschäftsleute fürchteten um ihre Umsatzqualität, politische Gruppierungen forderten je nach Couleur vehement Unterstützung dieser Szene oder die sofortige Beseitigung vom Hauptplatz, Polizei und Sozialarbeit versuchten zu kalmieren. Zeitgleich sorgte auf einem anderen Grazer Platz eine optisch weniger auffällige Gruppierung von Jugendlichen, die mit zahlreichen Gewaltdelikten in Verbindung gebracht wurde, für ein diffuses Bedrohungsgefühl der Grazer Bevölkerung. Diese Ereignisse stellten den Ausgangspunkt der präsentierten Studien dar, in welchen die Mechanismen des Wechselspiels zwischen ordnungspolitischen Aktionen und den Reaktionen der Jugendlichen stadtsociologisch analysiert wurde. So folgte beispielsweise auf das Inkrafttreten von Sicherheitsgesetzen die Eroberung neuer öffentlicher Plätze, die zum Teil mit Augé als Nichtorte bezeichnet werden können, während frei werdende Plätze von anderen Gruppierungen besetzt wurden. Für die beiden Studien, die an der Universität Graz durchgeführt wurden, wurde ein ethnographischer Mehrmethodenansatz in der Tradition der Grounded Theory, bestehend aus teilnehmenden Beobachtungen, Interviews mit Szenemitgliedern, SozialarbeiterInnen, PolizistInnen und PolitikerInnen und einer Befragung von Grazer PassantInnen, angewandt.

Kultur und Praxis bei Habermas

Urbano Ferrer, Universität Murcia, ferrer@um.es

Josemaría Carabante, Madrid, jmcabantem@yahoo.es

Stream 07: Habermas - Panel I: Öffentlichkeit und Alltag. Vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert

In seinem berühmten Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ unternahm Habermas eine sehr pessimistische Diagnose über den Status der Öffentlichkeit in Beziehung zur politischen Macht. Die zunehmende Vermachtung der Öffentlichkeit, ja der Verfall ihrer liberalen Substanz sei von der Einmischung des Staates in den öffentlichen Raum begünstigt, weil der Staat als ein neuer Wettbewerber steuernd und regelnd in den privaten Bereich der individuellen Bedürfnisse (wie Gesundheit, Kultur oder Ausbildung) eingreife. Dabei korreliere die Einschränkung der Öffentlichkeit auf bloße Reklame für eventuelle Konsumenten mit der Verengung der privaten Sphäre durch die Bürokratisierung kommunikativer Prozesse durch soziale Dienste einerseits und der Verminderung der primordialen Rolle der Familie in der Sozialisierung ihrer Glieder. Im Ergebnis stand die auch psychosoziale Zersetzung der politischen Öffentlichkeit, wie sie sich in den so heterogenen Meinungserhebungen ebenso zeige wie im Falle, wenn politische Repräsentanten ganz ohne Einbezug oder Kontakt zur politischen Willensbildung seitens verschiedener Interessen der Bürger entscheiden. Auf dieser Grundlage setzen wir Habermas folgend die Abgrenzung zwischen den privaten und öffentlichen Bereichen als Schlüssel der Kultur fest. Aber in einer zweiten Annäherung berücksichtigt Habermas die Kultur als bewegliches strukturelles System der Lebenswelt, aber zugleich als Schnittstelle zweier anderer Systeme (Persönlichkeit und Gesellschaft) und fähig dazu, sich selbst symbolisch zu reproduzieren. Unserer Meinung nach macht dies fraglich das Modell des Ganzen und der Teile in Bezug auf die Relation Kultur-Lebenswelt. Wir vermissen also im Habermas' Ansatz ein Kriterium hierarchischer Ordnung zwischen den drei Systemen. Im dritten Abschnitt prüfen wir einige Merkmale, die die eigenartige Platz der Kultur in der Kommunikation zeigen. Sie ermöglicht nämlich die Universalitätsanspruch der argumentativen Sprache, ebenso wie eine ausdrückliche Funktion ihr verdankt und sie auch sich in den Regeln des institutionalisierten Verhaltens belegt. In diesem Sinn vertritt unsere These das vorsprachliche Charakter der Kultur. Und so sind wir instande, die Kultur als Mittel mit den ethischen Zielen der Praxis zu dualisieren.



Erforderlichkeit und Ansätze für ein Re-Design lokaler BürgerInnenbeteiligungsprozesse – Hemmfaktoren und Ansatzpunkte zur Stärkung der Partizipation junger Frauen im ländlichen Raum

Tatjana Fischer, BOKU Wien, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, tatjana.fischer@boku.ac.at

Gerlind Weber, BOKU Wien, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, gerlind.weber@boku.ac.at

Stream 13: Netzwerke - Panel III: Lokale Öffentlichkeiten und ihre Herausforderungen durch multilokale Teilnehmer_innen / durch multilokal Wohnende

Basis für den geplanten Beitrag bildet die im Jahr 2010 vom Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung fertig gestellte Studie über die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. In zehn ausgewählten steirischen Landgemeinden unterschiedlicher wirtschaftlicher Strukturstärke und demographischer Profile gelang es, durch transdisziplinäre methodische Vorgangsweise in enger Kooperation unter Anderem mit den (politischen) GemeindevertreterInnen, Einblick in die Lebensumstände und Lebensqualitäten junger Frauen – im Alter von 20 bis 29 Jahren – zu gewinnen, wobei die räumliche Fragmentierung der Lebensmittelpunkte – ausgedrückt durch „Bi- und Multilokalität“ in Form wechselweisen Wohnens in Stadt und Land, hoher (Auto-)Mobilität und permanenten Unterwegsseins infolge aufwändiger Ausbildungswege bereits in sehr jungen Jahren sowie permanenten Zeitdrucks und Zeitnot – eine Kernherausforderung in der dritten Lebensdekade darstellt. Diese führt letztlich zu fehlender Wahrnehmung und Betroffenheit von „Problemen vor Ort“ in den Herkunftsgemeinden sowie der Möglichkeit und tatsächlichen Bereitschaft, sich aktiv an der Gestaltung der Gemeinde zu beteiligen. Dass Identität und Identifikation mit der subjektiven Ortsgebundenheit eng zusammen hängen, wird durch die Ergebnisse der standardisierten, schriftlichen Befragung der jungen Frauen (Grundgesamtheit: 555, auswertbare Fragebögen: 97, Rücklaufquote: 17,4 %) sowie die Ergebnisse der flankierenden mündlichen Befragung junger Frauen, der BürgermeisterInnen, Hebammen sowie sonstiger ExpertInnen belegt. Der geplante Beitrag fokussiert auf zwei Kernaspekte: 1. Erläuterung des Zusammenhangs von Multilokalität der Lebensorte und aktiver Beteiligung junger Frauen an Partizipationsprozessen 2. Diskussion der Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Hemmnisse, junge Frauen durch ein „Re-Design“ von Bürgerinnenbeteiligungsprozessen zu diesbezüglich höherer Aktivität anzuregen. Ergänzt wird der geplante Beitrag durch die Diskussion der Frage nach der prinzipiellen Möglichkeit, durch Ansätze der Governance die Entscheidung junger Frauen zu gehen oder zu bleiben, beeinflussen zu können.

Neue Politik-Netzwerke zwischen Belanglosigkeit und Partizipation

Ute Luise Fischer, Fachhochschule Dortmund, ute.fischer@fh-dortmund.de

Stream 13: Netzwerke - Panel I: Netzwerke öffentlicher Kommunikation

Politik-Netzwerke als soziale Arenen neuer Öffentlichkeiten haben nicht zuletzt durch die Umwälzungsprozesse in den arabischen Ländern an Aufmerksamkeit gewonnen. Insbesondere deren inhärente Formen „digitaler Demokratie“ lassen neue Muster politischer und sozialer Partizipation erkennen. Von Einfluss und Belang scheinen sie in latent schwelenden Transformationsprozessen zu sein. Doch wie sieht es in den etablierten Demokratien aus? Wie lassen sich Einfluss und Bedeutung von politischen Teilöffentlichkeiten beschreiben? Netzwerkanalysen wie sie in den Sozialwissenschaften sowohl als neue Form koordinierten (politischen und sozialen) Handelns als auch als Analyseinstrument verstanden werden, wendet der angebotene Beitrag auf ein spezielles Netzwerk an: Am Beispiel des aktuell diskutierten sozialpolitischen Modells des „bedingungslosen Grundeinkommens“ wird der den Dreiländer übergreifende Diskurs deutscher, schweizerischer und österreichischer Aktivistinnen und Aktivisten daraufhin untersucht, inwiefern sich neue Politikformen zeigen, neue (und alte) soziale Beziehungsstrukturen und ein spezielles Politikverständnis, das sich von den außerparlamentarischen Bewegung in den 1960er und 70er Jahren deutlich unterscheidet. Die Netzwerkanalyse wird dabei zugleich methodisch auf ihre Erklärungskraft hin untersucht wie sie auch inhaltlich als Analyseinstrument verwendet wird, das eine hermeneutische Diskursanalyse fundiert und rahmt. Ziel des Beitrags ist eine kritische Einschätzung von Einfluss und Reichweite dieser neuen Formen koordinierter Interessenvertretung. Wie sind Widerstände und Durchsetzbarkeit neuer Ideen zu charakterisieren, wie stellen sich politische Gestaltungsspielräume innerhalb gesetzter demokratischer Verfahrensweisen dar? Insbesondere die Äußerungsformen im Internet werden zur Beantwortung der Frage genutzt, ob hier Beliebigkeit und Belanglosigkeit als neues Moment des Aktivismus auszumachen sind oder ob sie sich als Neuformierung politischer Artikulation und Gestaltung bezeichnen lassen.



Defining “agoraphilia” – the problem of intellectual support for public art

Karol Franczak, Uniwersytet Lodzki, Instytut Socjologii, karol.franczak@wp.pl

Stream 07: Habermas - Panel II: Habermas und Foucault erneut ins Gespräch gebracht: Annäherungen an den Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

The paper analyses the changes in modern forms of public life which include an increasingly frequent public presence of artistic activities. The traditional self-image of artists as largely passive observers of the public sphere has resulted in growing aspirations of critical modern art to broaden the scope of public communication. The current tendency towards an active participation of the so-called public art in public space is often referred to as “agoraphilia”. Public art is, by definition, anti-Habermasian – it contests the rationalist view of the public sphere and undermines the requirement for translatability of messages into arguments. It proclaims an emancipation from the limits of rationalism and lays emphasis on visuality, imagination and emotions. To put it in Foucauldian terms, public art attempts to free the notion of „art” from the constraints of “power-knowledge” of theoretical discourses. Paradoxically, the practical implementation of this programmatically anti-rationalist endeavor results in a close relationship between public art and intellectual milieu. My intention is to show how theorists from outside of the world of art support “agoraphilia” by means of discourses of modern humanities, especially with regard to definition of the role of art in political life. Due to this kind of engagement, artists gain advocacy from numerous recognized academics, as e.g. Pierre Bourdieu, Rosalyn Deutsche and Chantal Mouffe. Consequently, nonverbal artistic productions are often virtually surrounded by verbal intellectual messages: academic theorizing, texts in gallery catalogues and newspaper articles. Therefore, visual artistic messages and discursive knowledge produced in the field of art usually reach the public in the form of complex sets of multimodal (artistic/intellectual) texts. Following the writings of Michel Foucault and Nikolas Rose I propose to consider “intellectualisation” of public art as a new version of “power-knowledge”. The paper purports to show that intellectual “supporters” play a fundamental part in designing the image of citizen that artists are ready to pursue. In this sense “intellectualisation” of public art appears to be another example of Foucauldian “subjectification”.

Best practise oder Sackgasse? Wissensproduktionen zu Prekarisierung/Prekarität als „public sociology”

Magdalena Freudenschuß, Berlin, m_freudenschuss@web.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel II: Die Funktion soziologischen Wissens in gesellschaftlichen Gestaltungsdiskursen

Militante Untersuchungen, media sociali und derivas sind drei wissensgenerierende und mobilisierende Methoden aus dem Umfeld der MayDay-Bewegungen, die in vielerlei Hinsicht als „public sociology” im Sinne Burawoys gelesen werden können. Alle drei Ansätze adressieren prekarierte Menschen als Involvierte, Betroffene und (potentiell) Handelnde, alle drei Ansätze zielen auf die Schaffung herrschaftskritischen, emanzipatorischen Wissens. Gleichzeitig ist die Mehrzahl der hier aktiven Wissenschaftler_innen nicht im akademischen Feld institutionalisiert. Sie bewegen sich an den Rändern desselben oder gänzlich außerhalb. Seit 2006 wird Prekarisierung/Prekarität – im deutschsprachigen Raum – auch medial verstärkt diskutiert. Viel mehr als dem aktivistischen Spektrum gelingt es den institutionalisierten Wissenschaftler_innen, insbesondere zu Prekarisierung forschenden Arbeitssoziolog_innen, hier ihre Perspektiven zu platzieren. Als akademischer Forschungsgegenstand wurde Prekarisierung/Prekarität erst in den letzten fünf Jahren breiter aufgenommen. Ein herrschaftskritischer Ansatz liegt auch diesen Wissensproduktionen zu Grunde. Eine andere Form von „public sociology” also? Mit Blick auf diese zwei Felder von Wissensproduktion und Wissensdiffusion zu Prekarisierung/Prekarität möchte ich in meinem Beitrag ausloten, inwiefern soziologisches Wissen der Hinterfragung, Kritik und Gestaltung aktueller Wandlungsprozesse im Feld von Arbeit dient. Aktivistische und institutionalisiert soziologische Wissensproduktion zu Prekarisierung/Prekarität operieren beide mit Ansprüchen und Fragen, die sich in das Profil von „public sociology” einordnen lassen. Gleichzeitig arbeiten sie sehr unterschiedlich, auch hinsichtlich ihrer Bezugnahme auf Öffentlichkeit(en). Ihr Verhältnis ist in weiten Teilen eines wechselseitiger Nicht-Wahrnehmung. Stellen die bewegungsorientierte und die arbeitssoziologische Wissensproduktion zu Prekarisierung/Prekarität zwei Wege einer „public sociology” dar? Welche Denkräume erschließt das Konzept der „public sociology” in diesem Fall für die Reflexion gesellschaftspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten von soziologischem Wissen? Überprüft werden sollen diese Fragen anhand des Beitrags, den soziologisches Wissen in den öffentlichen, gesellschaftspolitischen Debatten zu Prekarisierung leistet.

An welche Öffentlichkeit richten sich politische Interviews?

Jürgen Friedrichs, Universität zu Köln, Forschungsinstitut für Soziologie, friedrichs@wiso.uni-koeln.de

Plenum II: Legitimation und Legitimitätsdefizite sozialer Ordnung

Eine der häufigsten journalistischen Formen, die Öffentlichkeit zu informieren, ist das Interview. Hierunter sind die Interviews mit Politiker/innen von besonderer Bedeutung, weil sie die Öffentlichkeit a) über ein aktuelles Problem, b) über die Position oder Entscheidung der Partei des Interviewten, und c) über die Beweggründe für die getroffene Entscheidung informieren (sollen). Der Vortrag behandelt die Frage, an welche Öffentlichkeit sich Interviews mit Politikern richten. Im ersten Teil werden knapp die grundlegenden Merkmale politischer Interviews dargestellt. Es folgt ein theoretischer Teil, in dem drei Öffentlichkeiten unterschieden werden: die der Politiker, die der Journalisten und die allgemeine Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft, die ihrerseits die Journalisten vertreten (sollen). Zu den schwierigen Beziehungen zwischen diesen Öffentlichkeiten werden Hypothesen formuliert. Es folgt ein dritter Teil; hier wird anhand von Hörfunk- und Fernseh-Interviews aus der ARD, dem ZDF und dem ORF die Form der Kommunikation untersucht und auf die im theoretischen Teil formulierten Annahmen bezogen. Ein wichtiger Befund ist, dass Politiker/innen versuchen, ihre Botschaft – oft ungeachtet der Ziele des Interviews, die sich der/die Journalist/in gesetzt hat – zu vermitteln. Dabei ignorieren sie die Interessen der Empfänger. Damit verbunden ist der zweite Befund, dass sich diese Interviews aus der Sicht der Politiker meist nicht darauf richten, die Empfänger zu informieren, kritische Gegenstrategien der Journalisten aber als von Politikern und Rezipienten als unhöflich angesehen werden. Wie können Journalisten dann ihre Aufgabe, Öffentlichkeit zu repräsentieren, wahrnehmen? Das Verhältnis der Öffentlichkeit, d.h. die der Journalisten und der Rezipienten ist zwiespältig: Der Status des Journalisten steigt mit dem Status des Politikers – ungeachtet dessen, was er/sie sagt. Die Rezipienten reagieren ebenfalls ambivalent: Sie glauben nicht, etwas Neues zu erfahren, hören oder sehen solche Interviews aber dennoch, weil sie meinen, der befragte Politiker „könnte ja etwas sagen“. Aus diesen und weiteren Ergebnissen werden folgende Frage erörtert: 1. Wem nutzen diese Interviews? 2. An welche Öffentlichkeit richten sich diese Interviews? Ist es die von Habermas unterstellte informierte Öffentlichkeit? Oder wäre eben diese der Tod der meisten politischen Interviews, weil sich die Politiker darin irren, in welchem Maße sie die Empfänger täuschen und/oder uninformiert lassen können, wenn sie ausweichende Antworten geben? 3. Ist die Öffentlichkeit nicht vielmehr „gefiltert“ durch die Journalisten? 4. Die Journalisten sind formal die Stellvertreter/innen der Empfänger / Rezipienten. Ist der/die Journalist/in das im Einzelfall wirklich? Geht es nicht darum, den eigenen Status durch den Status der befragten Person aufzuwerten? Und geht es der Redaktion nicht darum, zu sagen „Wir haben ihn (als erste) gehabt!“ Und geht es dem Politiker nicht darum, überhaupt zu einer guten Sendezeit um 7.15 im Deutschlandfunk oder Ö1, bündels im „heute journal“, den „Tagesthemen“ oder „ZIB2“ gewesen zu sein? Jede der drei Gruppen hätte einen Nutzen von dem Interview, völlig ungeachtet der Inhalte oder dem Informationsgehalt des Interviews. Ist das also die „neue“ Öffentlichkeit? Der letzte Teil enthält eine knappe Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Vorschläge für weiterführende Studien.

Die Orientierung am öffentlichen Diskurs als Kopplung von Legitimations- und Leistungsstrukturen im Hochschulsystem – Ergebnisse des BMBF-Forschungsprojekts Organisation und Öffentlichkeit

Andres Friedrichsmeier, WWU Münster, Institut für Kommunikationswissenschaft im BMBF-Forschungsprojekt

Organisation und Öffentlichkeit von Hochschulen, friedrichsmeier@wwu.de

Sarah Eberhard, WWU Münster, Institut für Kommunikationswissenschaft im BMBF-Forschungsprojekt Organisation und Öffentlichkeit von Hochschulen, sarah.eberhard@uni-muenster.de

Silke Fürst, WWU Münster, Institut für Kommunikationswissenschaft im BMBF-Forschungsprojekt Organisation und Öffentlichkeit von Hochschulen, silke.fuerst@uni-muenster.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel II: Schöne Images statt reflexiver Praxis? Zur Diagnose des Verhältnisses von öffentlichem Diskurs und Praxis des Bildungssystems

Dreht man die Betrachtung des Calls um, gelangt man zur Frage, wie ein Untergewicht von Darstellungsstrategien gegenüber feldinhärenten Praxislogiken aussähe. „Feldinhärent“ sind Logiken dann, wenn die Legitimation gegenüber anderen Feldern keine Rolle spielt und Leistung unabhängig von externen Anforderungen definiert wird. Dieser Zustand wird pejorativ als Elfenbeinturmideal bezeichnet oder analytisch z.B. als mode 1 knowledge production bestimmt. Ausgehend davon, dass die These der Entkopplung von Image-Diskursen und Praxis in den ideologisch aufgeladenen Gegensatz von Elfenbeinturm und entwissenschaftlichem Eigenmarketing führen kann, interessiert sich der hier vorgeschlagene Beitrag dafür, wie man die Veränderung der Kopplung von Eigenmarketing und Organisationspraxis empirisch untersuchen kann. Leitende Grundannahme ist dabei, dass nicht allein die gesellschaftsweit zunehmende PR-Orientierung als Hintergrundtrend von Relevanz ist (vgl. Diskurs zu Medialisierung), sondern auch die Erosion des Bürokratiemodells (vgl. Diskurse zu Governance und Postdemokratie). In dem im Beitrag analysierten Feld, der Hochschulorganisation, ist das Problem der Kopplung von Leistung und öffentlicher Legitimation virulent, seit der früher Teilbereiche bürokratisch steuernde Staat nicht länger als Übermittler aller wesentlichen gesellschaftlichen Anforderungen auftritt. Die Hochschulen empfinden in der Folge einen vervielfältigten Legitimationsbedarf und sehen sich in einem allseitigen Wettbewerb, der nicht nur Leistungsoptimierung, sondern zugleich öffentliche Imagebildung erzwingt. Legitimations- und Leistungsstrukturen werden über diesen Mechanismus miteinander verkoppelt. Der Beitrag diskutiert diese Annahmen entlang von empirischen Ergebnissen einer standardisierten Befragung aller deutschen Hochschulleitungen, Hochschullehrer in den Senaten und Hochschul-PR-Abteilungen. Analysiert wird das heutige Verhältnis von Hochschulorganisation und Selbstdarstellungsaktivitäten, und zwar: Beziehungen zwischen personellem und budgetrelevantem PR-Aufwand auf zentraler Hochschulebene, Drittmittelaufkommen, Lehraufwand und Typus der Hochschulsteuerung, Veränderungen der Wissenschaftspraxis (Reputationsmechanismen, bürokratischer Aufwand) in Zusammenhang mit dem PR-Aufwand und der Wettbewerbsausrichtung der jeweiligen Hochschule sowie das Verhältnis zwischen Zielgruppen der Legitimationsbemühungen und den dabei eingesetzten Modi (Kennzahlen, Praxisbezüge, Prominenz, Wettbewerbserfolge)



Wenn Gitanos sich „outen“ ... – „Arte Flamenco“ als Unterhaltung, Homosexualität und öffentliche Kommunikation.

Wolfgang Fritscher, Diedorf, WolfgangFritscher@t-online.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel III: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populärkultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (II)

Das Konzept einer Unterhaltungsöffentlichkeit macht empirisch Sinn, wenn es sich nicht im populärkulturellen Gegenentwurf erschöpft, statt dessen sensibilisiert für öffentliche Belange – gerade solche emanzipatorischer Art – die aus angebbaren, lokalen oder globalen Gründen in einem Unterhaltungsambiente „besser“ artikulierbar sind, somit für bestimmte Publika besser erfahr- und verarbeitbar, ohne dass damit andere Formen der Öffentlichkeit irrelevant werden müssen. Eine solche Unterhaltungsöffentlichkeit lässt sich an einigen Phänomenen der massenmedialen Präsentation des Flamenco (als Unterhaltung) in andalusischen Medien (Canal Sur) zeigen. Gerade „heikle Themen“ (hier: die unter Gitanos weiter stark tabuisierte Homosexualität) werden in Kontexten problemloser erfahrbar/akzeptierbar, die zum einen sozusagen mit der Unverbindlichkeit der Unterhaltung abgesichert sind, die aber den Bezug zu anderen, „seriöseren“ Formen der Öffentlichkeit nicht verlieren. Auszuführen ist, wie aus einer „Arte“, die landläufig als Identitätsmedium der andalusischen Gitanos verstanden wird, Unterhaltung werden kann – „Mainstream“ im Sinne Hans Otto Hügels. Es wird argumentiert, dass ein Flamenco als Unterhaltung neben einem Flamenco als Identitätsmedium, als „hohe Kunst“ und als Wissenschaft tritt – ohne dass er zur Unterhaltung abgewertet wird. Flamenco behält seinen Ernst (auch im Sinne Hügels), darf aber zugleich als „belanglose Unterhaltung“ erlebt werden. Gezeigt wird das an drei Beispielen: am neuen Repertoire des Flamencosängers José Mercé, an der Sendung „Se llama Copla“ (ein DSDS-Format für Flamenco-Sänger) und an der Sendung „Menuda noche“ (pure Unterhaltung, mit Kindern als Flamencostars). Es ist dieser Flamenco als Unterhaltung, der dann Akteuren zur Verfügung steht, um dort ihre öffentlichen Anliegen zu platzieren. Ist der Flamenco einmal als Unterhaltung etabliert, ohne Abwertung, so können die damit entstandenen neuen Arenen genutzt werden, um auch ein so stark tabuisiertes Thema wie Homosexualität unter Gitanos in der Öffentlichkeit zu etablieren. Denn es geht zunächst nur um ein unterhaltendes, also im Notfall unverbindliches Angebot, dass freilich so unverbindlich nicht gemeint ist. Verbindlichkeit erlangt es, weil es geeignete Akteure in den passenden Arenen unterbreiten. Das wird erläutert an der Talkshow von Jesús Quintero, die die Bühne ist sowohl für den homosexuellen Gitano-Sänger Faletó wie für zwei lesbischen Gitanas.

Konventionelle Digitalisierung behindert wissenschaftliche Kommunikation oder Open Access ist unverzichtbar

Gerhard Fröhlich, Inst. f. Philosophie und Wissenschaftstheorie JKU Linz, Gerhard.Froehlich@jku.at

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel III: Open Access in den Sozialwissenschaften - versäumte Gelegenheiten und Chancen (Sonderveranstaltung)

Digitalisierte Wissenschaftskommunikation hätte viele Vorteile: Links zu zitierten Publikationen, die sofort überprüft werden können/Links zu Auswertungen bzw. Originaldaten/Links zu Korrekturen und Retractions (die in Papierversion grobteils unbeachtet bleiben)/Anwendbarkeit von Suchmaschinen und Prüfprogrammen (Bildfälschungen, Plagiate)/Links von medialen Wissenschaftsreportagen zu den Originalstudien. Digitale Medienkompetenz vorausgesetzt, steigt die intersubjektive Überprüfbarkeit.

Doch unter restriktiven rechtlichen Bedingungen und Verwertungsmodellen verschlechtert die Umstellung von Papier auf Online die Informationssituation. Die digitalen Kontrollmöglichkeiten sind enorm. Britische Untersuchungen dokumentieren die Behinderungen von Lehrenden und Forschenden aufgrund des Copyrights: So darf eine Musiksoziologin ausgewählte Musikbeispiele nicht auf eine CD brennen, sondern muss während der Vorlesung alle Original-CDs einlegen und die richtigen Stelle finden. Die digitale Analyse von Musik ist nicht erlaubt. Kommerzielle Closed-Access-Dienste (Journale, Archive) gestatten ihre Nutzung nur unter massiven Restriktionen. Im Gegensatz zu früheren Papierversionen dürfen britische Bibliotheken Artikel aus den Online-Journalen nicht mehr NutzerInnen andere Bibliotheken zugänglich machen. Das Archiv JSTOR verbietet, alle Artikel eines Themenheftes herunterzuladen. Der Börsenverein des deutschen Buchhandels haben erfolgreich Bibliotheken verklagt, die CampusnutzerInnen und Fernleihverkehr digital mit Informationen versorgen wollten. In der juristischen Grauzone anzusiedeln sind Aktivitäten von Plagiatsjägerinnen (wenn sie plagierende und plagiierte Werke ins Netz stellen), sondern vielfach auch kollegialer wissenschaftlicher Informationsaustausch (wenn AutorInnen über Listen ihre eigenen Aufsätze versenden, deren Rechte sie abgetreten haben).

Der wichtigste Vorteil von Open Access-Dokumenten ist die Freiheit ihrer Verwendung. OA-Dokumente sind rechtlich gegen Plagiat geschützt, sowie (wenn gewünscht) gegen kommerzielle Verwertung. OA-Dokumente dürfen aber weitergereicht, über Listen vervielfältigt, auf der eigenen Webseite gepostet werden etc. Für digital gestützte wissenschaftliche Kommunikation ist daher Open Access unverzichtbar.

Nachhaltigkeit und ökonomischer Gewinn: Ideen, Märkte und Institutionen in der Entwicklung des Marktes für Erneuerbare Energien

Gerhard Fuchs, Universität Stuttgart, gerhard.fuchs@sowi.uni-stuttgart.de

Stream 05: Märkte - Panel III: Ideen als Treibmittel des Wandels von Märkten

Das Paper setzt sich mit dem dritten im Call for Papers genannten Thema auseinander: dem Einfluss nicht-ökonomischer Wertideen. Ausgehend von allgemeinen Überlegungen zur Rolle von neuen Ideen für wirtschaftlich relevantes Handeln, die an die Arbeiten von Somers/Block (2005) und Lawrence/Phillips (2004) anschließen, wird versucht die Bedeutung von Ideen in Zusammenhang mit der Theorie der Strategic Action Fields (Fligstein 2011) zu bestimmen. Als Beispiel für einen Markt, dessen ursprüngliche Entwicklung auf nicht-ökonomischen Wertideen und Leitbildern beruhte, werden die Erneuerbaren Energien in Deutschland untersucht. Die neuere wirtschaftssoziologische Diskussion (z.B. Beckert 2007) verweist darauf, dass die Zuweisung von Wert eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung eines Marktes ist. Der Prozess der Wertzuweisung ist dynamisch und kann sowohl zum Verschwinden traditioneller Märkte (etwa für Froschschenkel) führen oder auch zur Entstehung neuer (vgl. das Beispiel der Walbeobachtung Lawrence/Philipps 2004). Die Ideen, die zur Entwicklung von neuen Märkten führen sind an Veränderungen im makro-gesellschaftlichen Diskurs rückgekoppelt und können auf nicht-ökonomische Wertideen bezogen sein. So ging es den frühen Unterstützern der Photovoltaik um eine gangbare Alternative zur Atomtechnik, eine dezentralisierte Form der Energiegewinnung und später um eine klimafreundliche Form der Energiegewinnung. Einer ursprünglich kleinen Gruppe bestehend aus wenig machtvollen Akteuren gelang es über Jahre hinweg die Entstehung eines Marktes für Solarenergie signifikant zu beeinflussen. Damit sich aus den nicht-ökonomischen Wertideen ein standardisierter Massenmarkt entwickeln kann, ist aber eine Anpassung der Begründungen an essentielle Marktlogiken notwendig. Die sozial erwünschte Marktentwicklung muss auch ökonomisch vertretbar sein, was die Bildung von Koalitionen notwendig macht, die über die ursprünglichen Bewegungsakteure und deren Ideen hinausgeht. Der Erfolg der Entwicklung des Marktes für erneuerbare Energien hängt damit nicht nur davon ab, die soziale Erwünschtheit der entsprechenden Praxis zu legitimieren, sondern auch davon diese nicht nur als „grüne, nachhaltige“ Praxis anzupreisen, für die es „wert“, ist einen höheren Preis zu bezahlen oder finanzielle Einbußen zu tolerieren, sondern auch als „profitable“ Praxis. Dies wird am Beispiel der Photovoltaik nachgezeichnet und die Tragfähigkeit der Hypothesen von Fligstein/McAdam (2011) überprüft.

Verrechtlichung jenseits des Wohlfahrtsstaates? Die rechtliche Regulierung faktisch bestehender Pflege-, Abhängigkeits- und Vertretungsverhältnisse

Walter Fuchs, Universität Wien, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, walter.fuchs@irks.at

Andrea Kretschmann, Universität Bielefeld, andrea.kretschmann@irks.at

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

In seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ hat Jürgen Habermas vier Verrechtlichungsschübe unterschieden, die vom vormodernen über den bürgerlichen Staat zum Rechtsstaat sowie in weiterer Folge zum demokratischen Rechtsstaat und schließlich zum sozialen und demokratischen Rechtsstaat führen. Mit jeder epochalen Verrechtlichung geht auch ein Strukturwandel des Öffentlichen einher. Habermas hat diese Prozesse der Vermehrung und Verdichtung geschriebenen Rechts seinerzeit als exemplarische Veranschaulichung seiner These von der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ dargestellt. „Verrechtlichung“ trug denn auch häufig eine negative Konnotation mit sich: sei es, wie bei der Regulierung des Arbeitsrechts, als Kritik einer bloßen Pazifizierung sozialer Konflikte zu Ungunsten der Arbeitnehmer_innen, sei es, wie in vielen anderen Bereiche des Sozialrechts, im Sinne eines übermäßig paternalistisch-protektiven Staates, der die lebensweltlich-kommunikativen Handlungszusammenhänge überformt. Zumindest die Kritik des Paternalismus lässt sich heute nicht mehr so leicht anbringen. Das Programm einer wohlfahrtsstaatlichen Verrechtlichung scheint in Ablöse begriffen. Diese Ablösung, die dennoch rechtsförmig geschieht, möchten wir am Beispiel gegenwärtiger Verrechtlichungen im Bereich der Pflege und Rechtsvertretung hochaltriger Menschen in Österreich (Regularisierung der 24-Stunden-Betreuung durch migrantische Pflegekräfte, Einführung neuer „privater“ Vertretungsformen im Zivilrecht) als „postwohlfahrtsstaatliche Verrechtlichung“ kennzeichnen. Normativ gesehen mag es Sinn machen, diesen Übergang als neoliberalen Sozialabbau oder der Deregulierung zu bezeichnen. Analytisch greifen diese Begriffe indes zu kurz. Durch aktuelle Verrechtlichungen findet zwar ein Strukturwandel des Öffentlichen nach Art eines „aktivierenden Sozialstaats“ statt. Soziale Unterstützungen werden vom Staat aber immer noch gewährt und zum Teil sogar neu geschaffen. Auch von Deregulierung lässt sich nur eingeschränkt sprechen, denn auch mit „postwohlfahrtsstaatlicher“ Verrechtlichung wird reguliert. Als Versuch, mit den Folgeproblemen der vorangehenden sozialstaatlichen Verrechtlichung umzugehen, sind aktuelle Neuregulierungen faktisch bestehender Pflege-, Abhängigkeits- und Vertretungsverhältnisse – so argumentieren wir in unserem Beitrag – vielmehr innerhalb eines Spannungsfeldes von Sozialstaatslogik, Kommodifizierung und Autonomiediskursen zu beschreiben.



Das publizierte Publikum der Medien. Eine empirische Studie zur intermedialen Referenz auf Kennzahlen der Mediennutzung

Silke Fürst, WWU Münster, Institut für Kommunikationswissenschaft, silke.fuerst@uni-muenster.de

Stream 08: Medien - Panel I: Öffentlichkeit als statistisches Ereignis

Medien veröffentlichen nicht nur Zahlenwerke über verschiedene gesellschaftliche Bereiche, sondern produzieren und kommunizieren statistische Daten ihrer eigenen Nutzung und Verbreitung. Auflagen, Reichweiten, Quoten und Klicks machen das unsichtbare Publikum in Form unserer längst eingeübten „statistischen Denkweise“ (Desrosières 2005) sichtbar. Die Debatte um die fortschreitende ‚Medialisierung‘ der Gesellschaft kann nicht befriedigend geführt werden, wenn unterbelichtet bleibt, dass sich mit diesen Formen der öffentlichen Sichtbarmachung des Publikums Vorstellungen von gesellschaftsweiter Nutzung etablieren und Medien so als Vermittler gesellschaftlicher Kommunikation präsent werden. Die Bedeutung von Kennzahlen der Mediennutzung ist nicht zu erfassen, wenn Kennzahlen vorwiegend im Lichte der Generierung einer ‚Währung‘ für den Werbekundenmarkt gesehen werden. Vielmehr werden sie als Strategien von sich sozial-dynamisch steigernder Vermarktung und Verbreitung eingesetzt („Bestseller“ bzw. Onlineverweise wie ‚meistgesehen‘/ ‚meistverkauft‘) und dienen als Strategien der intermedialen Thematisierung und Wertung von Unterhaltungs- und Informationsangeboten (insb. in der publizistischen Medienkritik). Dabei läuft offenbar stets die Unterstellung mit, dass eine hohe Quantität des ‚publizierten Publikums‘ (im besten Fall: ‚Millionenpublikums‘) bei Nutzern als starker Attraktor wirkt, weil sie dem Orientierungsbedürfnis des Sehen-was-andere-Sehen entgegenkommt und Vorstellungen eines Nutzerkollektivs mit Evidenz ausstattet. In der Kommunikationswissenschaft ist die Selbstreferentialität der Medien zumindest für den journalistischen Bereich untersucht worden (vgl. Malik 2004). Mediensoziologische und kulturwissenschaftliche Beiträge haben die „numerische Inklusion“ (Wehner 2010) des Publikums herausgearbeitet und die Bedeutung von „medialen Infografiken“ (Stauff/Thiele 2007) zu Fernsehquoten aufgezeigt. Es mangelt bislang aber an Studien, die die genannten Annahmen empirisch untersuchen und die Thematisierung jeglicher Kennzahlen der Mediennutzung in den Blick nehmen. Der hier angebotene Beitrag setzt bei den genannten Überlegungen an und untersucht, inwieweit und auf welche Weise sich Medien mit Zahlenwerken wechselseitig zum Ereignis machen. Empirische Grundlage ist eine Inhaltsanalyse ausgewählter deutscher Printmedien (Bild, FAZ, Spiegel), die jegliche Referenzen auf statistische Daten zur Nutzung von Print-, Rundfunk- und Onlinemedien berücksichtigt.

Family goes public: Zum Gestaltwandel der Familie

Beat Fux, Universität Salzburg, FB Politikwissenschaft und Soziologie, beat.fux@sbg.ac.at

Stream 13: Netzwerke - Panel II: Experimentelle Netzwerke: Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Lobbyarbeit und Realexperimenten

René König charakterisiert die Gemeinde als „das bedeutendste intermediäre Sozialgebilde zwischen der Familie und gesellschaftlichen Großgebilden. ... Damit halten wir nun ein neues Motiv für Gemeindeforschung in Händen, das diese in nächste Nähe zur Familiensoziologie rückt, wenn sie auch wegen des globalen Charakters ihres Gegenstandes weit über den relativ engen Rahmen der Familiensoziologie hinausgreift“ (König 2006a: 271). Die Familie gilt gemeinhin als Leitkonzept für Intimität und Privatheit. Die jüngere Familiensoziologie belegt einen ausgeprägten Pluralisierungsprozess der Familie. Ein bislang wenig beachteter Sachverhalt der Pluralisierung familialer Lebensformen besteht darin, dass die sozialen Bande (Ligaturen) ebenso wie die Interaktionsnetze über den häuslichen Bereich auf semiöffentliche und öffentliche Nahräume hinausgreifen: also Family goes public. Anknüpfend an obige These von René König untersuchen wir in einem Dreiländervergleich die Frage, ob und in welchen Bereichen die Institution Nachbarschaft jene der Familie zumindest teilweise ablöst. Es lässt zum einen anhand der sozialen Netzwerke von Familien zeigen, dass die Aussen- und Öffentlichkeitsorientierung im Laufe des Lebenslaufs ebenso wie bei neuen und/oder prekären Familienformen (Alleinerziehende, Geschiedene) deutlich stärker ausgeprägt ist. Dieser sowohl räumlichen wie sozialen Entgrenzung steht der Befund gegenüber, dass sich in Städten Quartiere und Milieus finden lassen, in denen nach Massgabe von Sozialkapitalausstattung sowie Struktur und Beschaffenheit der sozialen Netze Solidaritätspotentiale entstehen, die sich von solchen in familialen Lebensformen immer weniger unterscheiden. Im Rahmen des vorgeschlagenen Plenumsbeitrags soll in einem ersten Schritt und anknüpfend an König die Relevanz dieses „in-die-Öffentlichkeit-Tretens“ der Familie ausgelotet werden. Sodann werden einschlägige empirische Befunde aus Vorstudien für das eingangs erwähnte Dreiländerprojekt vorgestellt, welche auf die sozialpolitische Relevanz dieses Gestaltwandels von primordialen Solidaritätssystemen hinweisen.

C. Wright Mills-oder was sich in 50 Jahren alles nicht geändert hat

Manfred Gabriel, Universität Salzburg, FB für Politikwissenschaft und Soziologie, manfred.gabriel@sbg.ac.at

Stream 04: Intellektuelle - Panel II: Die Funktion soziologischen Wissens in gesellschaftlichen Gestaltungsdiskursen

Michael Burawoy zitiert in seinen Schriften zur public sociology immer wieder C. Wright Mills. Dessen „sociological imagination“ ist eine kritische Bestandsaufnahme der Soziologie seiner Zeit. Eine Wiederbefragung dieses Texts mit Blick auf die gegenwärtige deutschsprachige Soziologie könnte (unerfreuliche) Antworten zur Frage liefern, warum der Typus des „public intellectuell“ in der deutschsprachigen Soziologie nicht mehr vorhanden ist. Dazu kann man in folgenden Schritten argumentieren: Vordergründig kann man genügend Belege dafür finden, dass Mills Diktum von der geistlosen Empirie und der abstrakten Theorie weiterhin gültig ist. Allein durch Verweis darauf wird klar, dass die Soziologie ein riesiges Vermittlungsproblem zwischen professional -und public sociology hat. Mills „cheerful robots“, die sich durch zunehmende Spezialisierung und vermehrte Zuwendung zu ökonomisch verwertbarer Forschung gebildet haben, haben durchaus Ähnlichkeit mit den „academic manager“ der Gegenwart. Diese managen als Nomaden ihre eigene Karriere, in einer Doppelmühle aus Wissenschaftsbükratie und Nützlichkeitslegitimation. Fragestellungen werden in Anlehnung an Projektzeiträume und befristete Arbeitsverträge formuliert. Über all dem steht ein interessantes Paradoxon: Wissen das für eine public sociology interessant sein könnte, steht unter Populismusverdacht. Innerhalb der professional sociology ist aber eine Orientierung am mainstream (also so etwas wie binnendisziplinärem Populismus) eine durchaus erfolgsversprechende Strategie und allzu große Abweichungen davon sind im karriererelevanten peer-review –Betrieb sogar riskant. Mills vorrangiges Ziel für eine public sociology war es „private troubles and public issues“ in Verbindung zu bringen. Was können (wollen) Soziologen einer interessierten Öffentlichkeit heute über den Zusammenhang „ihrer“ privaten Lebensbedingungen und den Funktionsbedingungen „ihrer“ Gesellschaft noch „erzählen“? Wäre da Macht kein interessantes Phänomen? Mills jedenfalls trug mit seiner „Machttrilogie“ einiges zum Verständnis der tatsächlichen Machtverhältnisse in den USA bei. Demgegenüber ist die zeitgenössische Soziologie geradezu machtblind, bzw. die die einen kritischen Blick darauf werfen sind Außenseiter der Profession. Bleibt nach 50 Jahren nur ein polemisch-resignatives Resümee: Die Voraussetzungen für eine public sociology sind denkbar schlecht geblieben

Angst, Schuld, Ansteckung. Die mediale Berichterstattung über den Amoklauf von Winnenden

Marco Gerster, Universität Konstanz, marco.gerster@uni-konstanz.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel I: Symbolische Kommunikation im öffentlichen Diskurs

Amokläufe sind in der westlichen, modernen Welt zur Chiffre für unerklärbare, »sinnlose« Gewaltereignisse geworden. Die »auffällig unauffälligen« Täter werden als (sozial) unsichtbare Gefahr zum Gegenstand kollektiver Ängste, die sich in verschiedenen Diskursen und Rhetoriken der öffentlichen Berichterstattung äußern. Das vorliegende Vorhaben will sich dem Problem der Wahrnehmung und Diskursivierung von Amokläufen in und durch die Öffentlichkeit auf mehreren Ebenen nähern. Aus einer theoretischen Perspektive gilt es den Zusammenhang zwischen Ereignis und Narration bzw. die Funktion von (Anschluss-) Kommunikation für die kollektive Bewältigung derartiger Katastrophen herauszuarbeiten (I). Die erschütterte Gesellschaft verlangt nach schnellen Entscheidungen und Erklärungen, was zu stark emotionalisierten Debatten und einfachen Kausalitätsunterstellungen führt. »Sündenböcke« (René Girard) werden ausgemacht, als Verantwortliche und sichtbare Risikoherde enttarnt und insofern exkludiert, als man zunehmend mehr über sie, anstatt mit ihnen redet und sie nicht in bestimmter Hinsicht, sondern in ihrer Existenz als solche Teil des Problems sind. Medial orchestrierte »moral panics« (Stanley Cohen) branden in Aufmerksamkeitswellen auf und ab und stilisieren beispielsweise »Waffen« und »Killerspiele« zu Symbolen des Bösen, und schaffen somit Solidaritäten unter den Betroffenen. In einem zweiten, empirischen Schritt soll die mediale Berichterstattung über den Amoklauf von Winnenden hinsichtlich der Konstruktion derartiger Akteure/Objekte analysiert werden (II). Insbesondere »Waffen«, »Killerspiele« und »Medien« allgemein werden mit kollektiven Ansteckungsängsten besetzt. Diese äußern sich beispielsweise in den Vorstellungen, virtuelle Gewalt könne zu realer Gewalt führen oder die zu explizite Berichterstattung über Amokläufe begünstige die Wahrscheinlichkeit von Nachahmern. Abschließend soll der Beobachtung Rechnung getragen werden, dass sich der Begriff »Amok« oder »Amok-Laufen« durch die verstärkte mediale Präsenz von Amokläufen vom konkreten Gewaltereignis lösen und andere Sachverhalte besetzen kann (III). »Amok« selbst wird hier als Metapher und »Verstärkungsgenerator« gebraucht, der sich parasitär an andere Diskurse anheftet und als Symbol des Exzesses, der Schrankenlosigkeit und der Willkür im Kontext unkontrollierbar und maßlos gewordenen Bonussystemen von Managern oder sprachlichen Verfehlungen von Politikern benutzt wird.



Unter Strom – wenn die Öffentlichkeit Markttransparenz verlangt

Sebastian Giacobelli, Universität Bielefeld / Ruhr-Universität Bochum, sebastian.giacovelli@uni-bielefeld.de,
sebastian.giacovelli@rub.de

Stream 05: Märkte - Panel I: Öffentlichkeit und (Finanz-)Märkte

In der Selbstbeschreibung der deutschen Strombörse (Leipzig) wird eine der zentralen Anforderungen an einen organisierten Markt hervorgehoben: Markttransparenz. Diese Anforderung an börsliche wie außerbörsliche Märkte findet sich analog in der energiewirtschaftlichen Literatur wieder. Auch in eigens durchgeführten, leitfadengestützten Interviews mit Entscheidungsträgern der Energiewirtschaft wird die Notwendigkeit der börslichen Transparenz betont. Die Börse selbst hat, angeregt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, im Jahr 2009 eine so genannte Transparenz-Initiative ins Leben gerufen, an der unter anderem Stromproduzenten in Österreich, in der Schweiz und in Deutschland teilnehmen. Ziel dieser Initiative ist es, handelsrelevante Daten, wie etwa Kraftwerkskapazitäten, über die Webseite der Strombörse öffentlich zugänglich zu machen. Transparenz ist nicht als Selbstzweck der Börse anzusehen. Vor allem ist es ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu dem außerbörslichen Strommarkt. Der außerbörsliche Strommarkt (auch Over-the-Counter-Markt genannt) wird häufig als intransparent beschrieben, auch wenn die diversen privaten Handelsplattformen zunehmend auf Einsehbarkeit der Handelstransaktionen setzen. Aufgrund des im Vergleich zur Börse geringeren Standardisierungsgrades und der Konkurrenz zwischen den privaten Plattformbetreibern werden die verhandelten Volumina und Preise jedoch nur eingeschränkt veröffentlicht. Die zwischen Energieversorgungsunternehmen direkt verhandelten Konditionen sind hingegen, formal abgesichert durch vertragliche Datenschutzklauseln, für Dritte nicht einsehbar. Ich gehe in meinem Vortrag der Frage nach, inwiefern die Strombörse, als Symbol eines transparenten Marktes, als Blitzableiter der öffentlichen Kritik an einem weiterhin für den Laien intransparenten außerbörslichen Strommarkt interpretiert werden kann. Dabei stelle ich die These auf, dass die Transparenz des börslichen Stromhandels primär für Politiker, Verbraucher und Verbraucherschützer und eben nicht für den Handel selbst relevant ist. Denn den Marktteilnehmern des Stromgroßhandels sind Preise und Volumina der diversen außerbörslichen Handelsplattformen hinlänglich bekannt. Das häufig vertretene Argument, dass Markttransparenz zu niedrigeren Transaktionskosten führt, und deshalb die Einführung eines börslichen Stromhandels plausibel ist, überzeugt bezogen auf die bereits informierten Marktteilnehmer des Großhandels nicht.

Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit: Semantiken, Trägergruppen, Institutionen

Claudia Globisch, Universität Innsbruck, Institut für Soziologie, Claudia.Globisch@uibk.ac.at

Yasemin Niephaus, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, niephaus@sozio.uni-leipzig.de

Stream 15: Populismus - Panel IIIa: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (II)

Versteht man soziale Ungleichheit als Ungleichverteilung von Lebenschancen, die qua Institutionen ermöglicht und begrenzt werden, sind Institutionen sowie die ihnen zugrunde liegenden Semantiken zentral für die Konstruktion und Bewertung sozialer Ungleichheit. In unserem Beitrag werden wir aufzeigen, welche Semantiken den migrations- und sozialpolitischen Umbauten der letzten Jahre zugrunde liegen und von wem diese mit welchem Interesse getragen werden. Unser Vortrag wird ausgehend von historischen Ungleichheitssemantiken (würdige/unwürdige Arme seit Mitte des 14. Jahrhunderts, Pauperismusdebatte, Eugenikbewegung) die gegenwärtigen „Eliten vs. Unterschichten“-Debatten, die bereits erwähnten institutionellen Umbauten und die individuellen Einstellungen zu migrations- und verteilungspolitischen Fragen in den Blick nehmen, um Kontinuität und Wandel der Deutungsgrundlage sozialer Ungleichheit, der Strukturen sozialer Ungleichheit und ihrer Legitimation aufzuzeigen. Als zentral erweisen sich dabei zwei miteinander verknüpfbare Semantiken sozialer Selektion: eine der aktivierenden Selektion und die eines rassistischen Selektions- und Elitedenkens. Das Produkt der Verknüpfung beider ist die normative Unterscheidung zwischen legitimen und nicht-legitimen (Staats-)bürgerInnen, die insbesondere von den konservativen Eliten propagiert und einkommensstarken Bevölkerungsgruppen angenommen wird.



Vom Intellektuellen zum Universal-Experten – Überlegungen zum strukturellen Hintergrund einer Transformation

Andreas Göbel, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Soziologie, andreas.goebel@uni-wuerzburg.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel I: Aufstieg und Fall des Intellektuellen. Zum Wandel der Sozialfigur des public intellectual

Die klassische Figur des Intellektuellen, selbst erst ein Produkt des 19. Jahrhunderts (sieht man von der Figur des Universal-Gelehrten ab), prägt die öffentlichkeitsrelevante Diskussionskultur der frühen Nachkriegsgesellschaft wahrscheinlich bis hinein in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, wird danach aber in vielerlei Weise fragil und brüchig: sie inflationiert, sie umgreift immer mehr Professionen (und rekrutiert sich nicht mehr allein aus Literaten und Wissenschaftlern), sie reduziert sich nicht mehr allein auf kontrollierte moralische Interventionen, in summa: sie ‚expertokratisiert‘ sich. Das kann man sehen, diagnostizieren, begrüßen oder bedauern. Aus soziologischer Perspektive freilich stellt sich die Frage nach den möglichen gesellschaftsstrukturellen Hintergründen für diese Erosion. Sie hat, so wird der Vortrag argumentieren, zu tun mit einer Transformation des Systems der Massenmedien und einer damit einhergehenden Transformation dessen, was man in anderer Perspektive einen neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit nennen mag. Zumindest fällt auf, dass – zeitgleich zu dieser Erosion der Intellektuellenfigur – die Dominanz des Leitmediums Fernsehen auch durch die Einführung privater Fernsehprogramme sich stärkt und das Leitmedium der Zeitung ablöst. Das hat verbreitungsmediale Implikationen (von der Schrift zum Bild), es geht mit sich ändernden Aufmerksamkeitsrelevanzen (Telegenität) einher, es impliziert andere Zeittaktungen. Der Vortrag will diese Facetten bündeln und in differenzierungstheoretischer Einstellung erörtern.

Emotionale Identitätsproduktion in Protesträumen

Tatiana Golova, Universität Magdeburg, Institut für Soziologie, tatiana.golova@ovgu.de

Stream 15: Populismus - Panel I: Skandalisierung und Dramatisierung politischen Protestes

Soziale Bewegungen bieten an und fordern sowohl bestimmte kognitive Interpretationen der Welt als auch ihr radikales emotionales Re-Framing: Sie wollen die Öffentlichkeit aus dem emotionalen Regime der Nichtbeachtung bewegen (Flam/King) und dadurch politische Unterstützung sichern. Das mobilisierende Framing der Bewegungsakteure bezieht sich nicht nur auf ihre Aktivitäten gegenüber der „Außenwelt“, sondern bildet einen Weg, das System des kollektiven Handelns zu definieren. Der Beitrag geht davon aus, dass die Emotionen nicht den kognitiven Orientierungen entgegengesetzt werden sollen. Stattdessen werden diese beiden Aspekte der Sinn- und Identitätskonstruktion in Bewegungsnetzwerken im Zusammenspiel untersucht. Der Schwerpunkt wird dabei auf Protestereignisse gelegt, weil sie einen wichtigen Fokus des emotionalen Framings seitens der Bewegungen und anderer Akteure der Öffentlichkeit wie Massenmedien bilden. Dies geschieht u.a. bei der Produktion von Protesträumen, die sowohl in unmittelbaren Interaktionen als auch virtuell und massenmedial vermittelt stattfindet. Räume werden im Beitrag als relationale Anordnungen von Menschen und sozialen Gütern verstanden, deren Produktion zum größten Teil im routinisierten Alltagshandeln verläuft (Löw). Im Vortrag wird gezeigt, dass auch die eher außergewöhnlichen Protesträume Routinisierung erfahren, d.h. Bewegungsdiskurse werden mitunter auf der Ebene des praktischen Bewusstseins konstituiert und erlebt. Es lassen sich räumliche Proteststrukturen identifizieren, auf die Akteure zurückgreifen und die immer wieder „Normalität“ herzustellen helfen. Zugleich macht die emotionale Intensität und der körperliche Charakter dieser räumlichen Anordnungen sie – und in ihnen realisierte symbolische Oppositionen – besonders einprägsam und fördert so Entwicklung kollektiver und individueller Identitäten auf eine spezifische Art und Weise. Der Beitrag zeigt am Beispiel der linksradikalen Szene, dass der Aufbau von bestimmten räumlichen Anordnungen von Bewegungsakteuren als eigenständiger Ausdruck ihrer Handlungsfähigkeit begriffen und bewusst betrieben wird. Die emotional-körperliche Raumsynthese wird als eine Variante des emotionalen Framings bei Protestereignissen untersucht.



Glaube, Stimmung - und Wissenschaft? Der stillschweigende Abschied der Soziologie von der Kritik der öffentlichen Meinung

Peter Gostmann, Goethe-Universität Frankfurt a. M., peter.gostmann@web.de

Stream 16: Vorläufer - Panel II: Ferdinand Tönnies' Kritik der öffentlichen Meinung - systematische Grundlagen der Öffentlichkeitssoziologie

Die öffentliche Meinung zum Deutschen Soziologentag 2010 prägte nicht zuletzt der Befund, das Fach verfüge „derzeit über keinen Stand der Erkenntnis“ (J. Kaube in der FAZ). Die These des Vortrags lautet, dass diese Kritik, die die Soziologie seitens der öffentlichen Meinung erfährt, ihren Grund darin hat, dass sie ihrerseits sich von der Kritik der öffentlichen Meinung verabschiedet hat – was nur auf den ersten Blick wie eine Paradoxie erscheint. Auflösen lässt sie sich mithilfe von Tönnies' Bestimmung des Verhältnisses von öffentlicher Meinung und Wissenschaft. Tönnies hatte den „Aggregatzustand“ wissenschaftlich begründeter Meinungen idealtypisch als „tropfbar flüssig“ gekennzeichnet und damit ebenso vom „festen“ Zustand religiös begründeter Meinungen unterschieden wie auch von Stimmungen, die „wie Luftblasen in einem Kessel“ hervorwirbeln und vergehen. Der Idealtypus des Tropfbar-Flüssigen spiegelt, so Tönnies, den Anspruch, dass wissenschaftliche Begriffe einerseits nach dem Vorbild von „Zahlwörtern“ eine hinreichend gefestigte Bedeutung haben sollen, andererseits der Zweifel an der eigenen Begriffsarbeit die „besondere Pflicht des wissenschaftlichen Menschen“ sei. Der quantifizierende Mainstream der heutigen Soziologie hat sich dem Vorbild der Zahlwörter in Form von Regressionskoeffizienten, Signifikanztests etc. so weitgehend angenähert, dass mit Tönnies zu fragen ist, ob nicht aus dem Anspruch, mit Methode einen rationalen Begriff der sozialen Wirklichkeit zu gewinnen, der feste Glaube an die eigenen Methoden, d.h. etwas Religiöses geworden ist – zumal man auch die Pflicht zum Zweifel in Form litaneihaft vorgetragener Popper-Referenzen vollständig institutionalisiert hat. Eine Soziologie, deren Meinungen sich zuerst auf den Glauben an die eigenen Messverfahren stützen, ist zugleich umso anfälliger für das Wirbeln und Vergehen der Stimmungen, die sie ja nur noch misst, nicht versteht: die sie glauben muss, weil sie an die Methoden glaubt, mit denen sie gemessen sind; zu denen sie keine eigenständige, rational begründete Meinung mehr gewinnt – womit sie auch keinen originär soziologischen Beitrag zur öffentlichen Meinung mehr leistet. Dieses Szenario spiegelt der Befund, die Soziologie verfüge derzeit über keinen Stand der Erkenntnis. Ist, was darin zum Ausdruck kommt, am Ende selbst nur Glaube oder Stimmung? In ihrem Mainstream vermag die heutige Soziologie diese Frage nicht zu klären, sondern höchstens, auch dieser Stimmung hinterherzumessen.

„It's not TV“ - Der konsumentenseitige Umgang mit differenten Bezugskanälen massenmedialer Inhalte am Beispiel des (TV-)Serienkonsums

Miriam Gothe, TU Dortmund, miriam.gothe@tu-dortmund.de

Stream 05: Märkte - Panel II: Medienmärkte und Medienkonsum in Konkurrenz

Die Serie gilt als eine dem Fernsehen besonders angemessene Gattung, insofern das Prinzip der Serialität für diese konstitutiv und desgleichen für das Medium charakteristisch ist. Der aktuelle Erfolg insbesondere der jüngeren Generation US-amerikanischer Serien allerdings geht auch mit Bezugsquellen einher, die zu einem nicht geringen Maß vom eigentlichen Zielmedium Fernsehen bzw. dem Fernsehprogramm abweichen. D.h. für den Konsum einer Serie stehen außer der klassischen Fernsehausstrahlung längst weitere Bezugskanäle zur Verfügung. Hierzu gehören Möglichkeiten des Downloads oder des Video-on-Demand-Abrufs im Internet sowie die Nutzung produktionsseitig offerierter Archivierung in Form von DVDs. Eingedenk allein der Möglichkeiten, Serien im deutschen Free-TV, im deutschen Pay-TV, auf DVD oder anhand internetbasierter Distributionskanäle auf dem Stand der US-amerikanischen Fernsehausstrahlung anzusehen, wird das aktuelle Ausmaß des optionalisierten Konsums ersichtlich. Hinzu kommen die verschiedenen Möglichkeiten, die die konkrete Ausgestaltung der Rezeptionssituation betreffen: Serienepisoden lassen sich (um fernsehprogrammtypische Elemente wie Werbeunterbrechungen befreit) nicht nur wahlweise konsumieren gemäß der internationalen oder der nationalen Fernseherstrahlung bzw. der Veröffentlichung auf DVD, sondern auch hinsichtlich des konkreten Zeitpunkts sowie ggf. der Zahl unmittelbar rezipierter Episoden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird im Vortrag auf der Basis nicht-standardisierter Daten der Frage nachgegangen, wie unter Zuschauern Diskussionen um verschiedene Bezugsmöglichkeiten von Serieninhalten und die Nutzung dieser ausgestaltet und so konsumentenseitig Praktiken der Mediennutzung angesichts höchst optionalisierter Konsummöglichkeiten beschrieben und begründet werden.



Menschenrechtsnormen als treibende Subjekte des Strukturwandels der Welt-Öffentlichkeit: Hin zum Pluralismus

Benjamin Gregg, University of Texas at Austin, USA, bgregg@austin.utexas.edu

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Nach der zunehmenden Hegemonialisierung der Welt unter dem liberalen Normenkomplex abendländischer Prägung verlieren auch die Menschenrechte an Bedeutung, sofern sie nicht im Sinne des Westens konzipiert sind. Gerade dieser Bedeutungsverlust bietet jedoch die Möglichkeit, einen Menschenrechtspluralismus zu verwirklichen. Ich entwickle zwei komplementäre Methoden zur Durchsetzung einer nicht hegemonial geprägten Menschenrechts und Normstruktur. Beide Methoden fassen Menschenrechte als soziale Konstruktionen auf -- als positiv gesetzte Normen -- und fördern das Projekt von Habermas, eine Politik der normativen Verständigung durch nachmetaphysisches Denken voranzubringen.

(1) Ein kognitiver Ansatz ermöglicht die Menschenrechte als Rechte, die der Kultur einer gegebenen Gemeinschaft inne wohnen: Menschenrechte als ein Lernprozess, der lokale kulturelle und politische Elemente in einer Weise kognitiv so fasst, dass diese Elemente menschenrechtsfreundlicher werden. Diese Methode nenne ich „cognitive re-framing.“ Die Argumentation gliedert sich in fünf Schritte: (a) ich lehne essentialisierende Ansätze zur Kultur ab und (b) stattdessen unterscheide zwischen kognitiven und normativen Aspekten der Kultur. (c) Dann zeige ich, wie ein kognitiver Ansatz Menschenrechte als Rechte ermöglicht, die der Kultur der lokalen Gemeinschaft intern sind. Die Menschenrechte lassen sich dann als einen Lernprozess verstehen, der sowohl (d) auf die „kognitive Gemeinschaft“ als auch (e) auf das gesellschaftliche System anwendbar ist. Auf diese Weise können Menschenrechte über kulturelle und politische Grenzen hinweg eine Gültigkeit erlangen, die dennoch jeder lokalen Gemeinschaft mehr oder weniger eigen ist.

(2) Die Methode der „Übersetzung“ unterscheidet zwischen lokalen Verständnissen und nicht-lokalen Menschenrechtsideen in einer Weise, die die lokale Authentizität und Legitimität bewahrt. Die Argumentation gliedert sich in fünf Schritte: (a) durch eine Art Übersetzungsarbeit können lokale Auffassungen menschenrechtskompatibler gemacht werden; (b) eine solche Änderung kann mit lokaler Authentizität und Legitimität kompatibel sein; (c) sie kann mit der lokalen Kultur in Resonanz sein und sie gleichzeitig herausfordern; (d) eine solche Änderung ist auf der lokalen Ebene über ein „duales Bewusstsein“ möglich (e) und verfährt zweigleisig: durch die Arbeit externer Vermittler sowie die der lokalen Akteure.

Gegen politische Alltagesentfremdung und –asymmetrie: Zur Bildung einer kritischen Internet-Öffentlichkeit

Benjamin Gregg, University of Texas at Austin, USA, bgregg@austin.utexas.edu

Stream 07: Habermas - Panel I: Öffentlichkeit und Alltag. Vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert

Zweifelsohne hat das Internet die Basis einer egalitären Öffentlichkeit von Autoren und Lesern reaktiviert. Dennoch kann computervermittelte Kommunikation im Web eindeutig demokratische Verdienste nur für einen besonderen Kontext beanspruchen: gegen die Zensur bei autoritären Regime, wie z.B. jüngst in Ägypten. Das heisst, einerseits kann computervermittelte Kommunikation die Zensur autoritärer Regime, die versuchen, die öffentliche Meinung zu kontrollieren und zu unterdrücken, untergraben. Im Rahmen liberaler Regimes, andererseits -- und innerhalb etablierter nationaler Öffentlichkeiten -- fördern Online-Debatten der Web-Nutzer politische Kommunikation nur, wenn Nachrichtengruppen um die Schwerpunkte der überregionalen Zeitungen und politischen Zeitschriften von Rang und Qualität kristallisieren. Für demokratische Verdienste in liberalen Regimes reicht das aber nicht. Denn der Aufstieg von Millionen von fragmentierten „chat rooms“, über die ganzen Welt verstreut, führt zur Fragmentierung des großen, politisch fokussierten Massenpublikums in eine Vielzahl von Öffentlichkeiten, die zwar an ökonomischen und politischen Krisentendenzen wie einhergehenden Legitimationsproblemen orientiert sind, dennoch von einander isoliert bleiben. Durch eine an Habermas anknüpfende kritische Gesellschaftsanalyse versuche ich aufzuzeigen, wie eine Wiedereinführung deliberativer Elemente in die elektronische Kommunikation die Defizite zum Teil ausgleichen könnte, die aus dem unpersönlichen und asymmetrischen Charakter des Internets entstehen. So kann nur eine neue Analyse der Alltagswelt des Internets (jenseits solcher soziologischen Grundbegriffe wie Klasse, Status und Partei) aufzeigen, wie eine kritische Internet-Öffentlichkeit ohne alle Entfremdung, Verdinglichung und Anomie eventuell möglich ist.

Religiöse und säkulare Gründe: Theoretische und empirische Beobachtungen zu ihrer Rolle in säkularen politischen Systemen

Jens Greve, Universität Kassel, greve@uni-kassel.de

Plenum II: Legitimation und Legitimitätsdefizite sozialer Ordnung

Der Vortrag setzt sich mit der bei Jürgen Habermas mit dem Begriff des Postsäkularen verbundenen These auseinander, dass auch säkulare Gesellschaften – also solche, die eine (zumindest weitgehende) konstitutionelle Trennung von Staat und Kirche vollzogen haben – sich auf die Persistenz religiöser Überzeugungen einstellen müssen.

Unter dieser Prämisse stellt sich Habermas die Frage, welche Rolle religiöse Gründe in der Begründung politischer Ordnung spielen können und er hat im Bezug darauf einen Vorschlag formuliert, der jenseits zweier Alternativpositionen situiert ist. Die erste besagt, dass religiöse Gründe in politischer Hinsicht nur dann Geltung beanspruchen können, wenn sie zugleich als nicht-partikulare Gründe formuliert werden können. Die zweite Position sieht hierin eine zu restriktive Fassung der Rolle des Religiösen für das Politische. Habermas' eigener Vorschlag nimmt Elemente beider Positionen auf. Zugrunde liegt ihm eine Differenzierung von unterschiedlichen Arenen des Politischen: Einer zentralen Arena, den staatlichen Institutionen (Regierungen, Parlamenten, Gerichten, Verwaltungen etc.) stehen die dezentrale politische Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft gegenüber. In den dezentralen Arenen können nach Habermas religiöse Gründe als religiöse Gründe genannt werden, in den zentralen Arenen müssen diese Habermas zufolge aber durch den Filter eines „Übersetzungsvorbehaltes“ hindurch. Dieser besagt, dass religiöse Gründe, sofern sie im zentralen Bereich der politischen Arena Geltung beanspruchen können, eine säkulare Begründung erfordern.

Empirisch werde ich das Modell anhand der Debatte über die Präimplantationsdiagnostik untersuchen. Die sich dabei abzeichnenden Beobachtungen legen nahe, dass Habermas' Vermutungen über die Rolle der Religion in säkularen politischen Systemen in einigen Teilen zutreffen, in anderen aber revidiert werden müssen. 1) Auch im parlamentarischen Kontext spielen religiöse Gründe eine Rolle. 2) Eine unmittelbare Begründung politischer Forderungen aus einer unbestrittenen Autorität des Religiösen findet sich nicht, wohl aber häufig der Rekurs auf religiöse Experten. 3) Explizite Übersetzungsversuche finden nicht statt, betont wird aber in der Regel die Vereinbarkeit von religiösen und säkularen Werten. 4) Religiöse Überzeugungen werden häufig als individuelle Überzeugungen, als Ausweis individueller Konsequenz und Glaubwürdigkeit vorgetragen. 5) Dort, wo Religion als kollektiv verbindliche Quelle verstanden wird, tritt dies in Gestalt der Behauptung einer spezifischen Traditionsgebundenheit der politischen Ordnung auf.

Die Rolle von Suchmaschinen, Microblogging Plattformen und Social Networks bei der Konstituierung feministischer Öffentlichkeiten in der deutschsprachigen Blogosphäre

Laura Gruber, Universität Salzburg, FB Kommunikationswissenschaft, laura.gruber@sbg.ac.at

Stream 11: Gender - Panel II: Doing Gender und (Un)Doing Feminism in „neuen“ Öffentlichkeiten

Heute kann sich im Prinzip jede_r ein Weblog kostenlos einrichten (zum Beispiel auf <http://wordpress.com>). „A PC and an internet connection are the only technical requirements, do not cost much to acquire and are, for many, already available at home“ (Gerhards / Schäfer 2010: 145). Diese Chance nehmen nicht wenige Menschen wahr, darunter auch viele Frauen: „Eine Besonderheit des noch vergleichsweise jungen Formats ‚Weblogs‘ ist das nahezu ausgeglichene Geschlechterverhältnis unter den Nutzern“ (Schmidt 2008: 75). Doch ein Weblog zu führen, ist das Eine; Leser_innen (und Kommentator_innen und Mitstreiter_innen) zu finden, das Andere. Erst wenn „Botschaften“ rezipiert werden, kann von der Konstituierung einer Öffentlichkeit die Rede sein. Während bei traditionellen Massenmedien von Journalist_innen in Anschlag gebrachte Selektionskriterien darüber entscheiden, ob eine „Botschaft“ ein (größeres) Publikum erreicht – was einhergeht mit der Marginalisierung bestimmter Themen –, übernehmen diese Funktion im Internet heute die Suchmaschinen als technische Gatekeeper – so die oft vertretene These (vgl. Gerhards / Schäfer 2010: 146). Dem entspricht, dass man, wenn man bei der viel genutzten Suchmaschine Google (<http://google.de>) das Stichwort „Feminismus“ eingibt, das derzeit wohl bekannteste feministische Weblog, die „Mädchenmannschaft“ (<http://maedchenmannschaft.net>), erst auf der zweiten Trefferseite findet, das linksalternative feministische Weblog „Mädchenblog“ (<http://maedchenblog.blogspot.de>) gar nicht erst unter den 100 ersten Treffern auftaucht (24.04.2011). Nichtsdestotrotz haben beide Weblogs viele Leser_innen. Wie aber finden und finden die Leser_innen (und Kommentator_innen und Mitstreiter_innen) zu den Weblogs? Zur Beantwortung dieser Frage wird derzeit eine Onlineumfrage durchgeführt, deren Ergebnisse auf der Tagung präsentiert werden. Befragt werden hierbei Leser_innen deutschsprachiger feministischer Weblogs. Die Ergebnisse werden Aufschluss darüber geben, welche Rolle Suchmaschinen, aber auch (virtuellen) Multiplikator_innen bei Microblogging Plattformen und Social Networks bei der Konstituierung feministischer Öffentlichkeiten in der deutschsprachigen Blogosphäre zukommt.

Schattenreligionen: Neue Heiden als ‚Retter des Glaubens‘?

René Gründer, Pädagogische Hochschule Freiburg i.Br., rene.gruender@ph-freiburg.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel I: Religionen und Religionsgemeinschaften in öffentlicher Kritik

Nicht nur die etablierten, so genannten Weltreligionen unterliegen der kritischen Wahrnehmung seitens einer säkularistischen Medien-Öffentlichkeit, sondern insbesondere auch alternative Religionsformen mit neuzeitlich-europäischen Wurzeln (wie etwa Wicca-Hexentum, Asatru-Götterkult, und neukeltische Naturreligion). Der von politischen wie kirchlichen Akteuren oft massiv betriebene Ausgrenzungsdiskurs gegenüber allem „Neuheidnischen“ konnte es aber nicht verhindern, daß beispielsweise in skandinavischen Staaten die Religionsgemeinschaften der Asatru (zeitgenössische Anhänger altnordischer Götter) in den vergangenen zehn Jahren eine staatliche Anerkennung erlangten. Für eine diskurstheoretische Analyse gegenwärtiger Konfliktzonen des Religiösen im öffentlichen Raum können die von dortigen Neopaganen als Anpassungsleistungen im Sinne gesellschaftlicher Akzeptanz entwickelten Strategien überaus instruktiv sein. Basierend auf religionsethnografischen Studien zum germanischen Neuheidentum in Deutschland und der Schweiz sowie einem internationalen Publikationsprojekt zur Einbindung neopaganer Religionen in unterschiedliche europäische Gesellschaftsformationen (Niederlande, Italien, Ukraine, Lettland) sollen die Diskursstrategien der ‚Skandalisierer‘ und ‚Normalisierer‘ im öffentlichen Diskurs zu solchen minoritären ‚Schattenreligionen‘ herausgearbeitet und systematisiert werden. Es kann gezeigt werden, daß insbesondere Prozesse der Organisation von ursprünglich nicht institutionalisierten Religiositäten für deren systemische Einbindung in Gesellschaft unabdingbar sind. Trotz berechtigten Vorbehalten gegenüber manchen neopaganen ‚Volkstumsreligionen‘ haben solche relativ jungen und unverbrauchten Glaubensformen doch nicht Anteil am klerikalen ‚Sündenregister‘ ihrer ‚weltreligiösen‘ Konkurrenz. Abschließend ist daher danach zu fragen, in wiefern es in westlich-pluralistischen, zunehmend „spirituellen Gesellschaften“ (Knoblauch) paradoxerweise gerade ‚heidnischen‘ Religionsentwürfen (für bestimmte Zeit) gelingen kann, das öffentliche Mißtrauen gegen DIE Religion zu umgehen und somit an Duldung, Akzeptanz und Möglicherweise gar an Attraktivität für bestimmte Gesellschaftsgruppen zu gewinnen.

Wiener Praxis: Sozialraumanalysen im öffentlichen Raum

Udo Wolfgang Häberlin, Stadt Wien, MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung, udo.haebelin@wien.gv.at

Stream 06: Räume - Panel II: Strittiger Städtebau. Politische Öffentlichkeit und Integration in der Stadt

In der Öffentlichkeit nimmt die Bedeutung und Wertschätzung von öffentlichen Räumen stetig zu. Die Stadtplanung und -entwicklung reagiert auf den gesellschaftlichen Wertewandel a.u. mit sozialräumlichen Betrachtungsweisen in der Raum- und Stadtforschung. Durch die anwachsende Zahl der BewohnerInnen in Wien nimmt auch die Nutzungsdichte zu. Die Nutzungsansprüche werden umfassender und vielfältiger. Ziel der Stadtentwicklung und der Präzisierungen im Wiener Leitbild für den öffentlichen Raum ist es, die Interessen der Benutzerinnen und Benutzer stärker zu berücksichtigen. Die Untersuchung dieser vielfältigen Ansprüche der Öffentlichkeit mit Hilfe von sozialwissenschaftlichen Methoden und Raumanalysen ist Voraussetzung, um Planung und Gestaltung zu optimieren. Der sich abzeichnende Weg mit „Sozialraumanalysen“ ist eine sozialwissenschaftliche Arbeitsweise, die ausgehend von der Grundlage der quantitativen Bevölkerungsstatistik potentielle NutzerInnen und deren Bedürfnisse in einem jeweils zu definierenden Einzugsradius analysiert. Darauf aufbauend wird in einer Feldforschung, über teilnehmende Beobachtungen bis hin zu ExpertInnen- und Zielgruppeninterviews, ein Bild von Nutzungszusammenhängen, potentiell Nutzungsdruk und etwaigen –konflikten erhoben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einem eher kleinräumigen, anwendungs-orientierten Ansatz, über den sowohl gegenwärtige als auch mögliche zukünftige Nutzungsverhältnisse erfasst werden können.

In Wien versuchen wir die Betrachtungsweise verschiedener Öffentlichkeiten möglichst differenziert zu erheben und zu bewerkstelligen. Sensibilisiert auf Bedürfnisse von Benachteiligten, auf „leise Stimmen“ entdecken wir ungenutzte Potentiale und deren Einbettung in räumlichen Beziehungen. Diese Sensibilität verdeutlicht (neue) gesellschaftliche Bedürfnisse und Ansprüche, auch hinsichtlich demokratischer Prozesse, sowie funktionale Optimierungen für eine zeitgemäße, integrative Planung. Als Ergebnis dieses sozialraumorientierten Analyseprozesses lassen sich bessere Planungskriterien ausarbeiten z.B. Schwerpunkte innerhalb des Planungsprozesses, zur Stärkung der lokalen Besonderheiten und der Alleinstellungsmerkmale und auf differenzierte Angebote für die identifizierten unterschiedlichen Zielgruppen. Ein Leitfaden zeigt die Implementierungspraxis hinsichtlich eines praxisnahen und ergebnisbezogenen Methoden settings. Die bisherige Anwendung wird anhand der Grundlagenanalyse zu Planungsprozessen zur Meidlinger Hauptstraße und Mariahilfer Straße exemplarisch vorgestellt. Eine generelle Darstellung von sozialraumorientiertem Planungs Handeln im internationalen Vergleich / Benchmarking wird zur Praxis anderer Städte gegeben.

Sterben in Deutschland und der Schweiz die Zeitungsleser aus?

Jörg Hagenah, Universität zu Köln, Medienwissenschaftliches Lehr- und Forschungszentrum, hagenah@wiso.

uni-koeln.de

Erwin Weibel, Universität Zürich, erwin.weibel@gmx.net

Stream 05: Märkte - Panel II: Medienmärkte und Medienkonsum in Konkurrenz

Zeitungsmärkte sind in der Krise: Auflagenschwund und rote Zahlen bestimmen die Lage (Meyer-Lucht 2003; Kolo & Meyer-Lucht 2007). Nach Haller (2009: 20) sind die Zeitungsmärkte in vielen europäischen Staaten seit der „Veralltäglicung“ des Internets einem Schrumpungsprozess ausgesetzt. Es werden Leserentwicklungen in Deutschland und der Schweiz untersucht. Ein derartiger Vergleich bietet sich an, da die Pressesysteme einerseits aufgrund ihrer traditionell weitreichenden Versorgung ähnlich strukturiert sind und gleichermaßen von einer wachsenden Online-Konkurrenz umgeben sind. Andererseits haben sich in der Schweiz – anders als in Deutschland – Gratiszeitungen auf dem Markt etabliert und bieten zusätzliche Lesequellen vor allem für regelmäßige Pendler. Als Datenbasis für die Untersuchungen dienen die Media-Analysen der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse in Deutschland und der WEMF AG für Werbemedienforschung in der Schweiz. Beide Quellen bieten repräsentative Stichproben mit hohen Fallzahlen und können gleichermaßen die Leseentwicklungen der letzten zehn Jahre für einzelne soziale Gruppen nachbilden. Reichweitenanalysen zeigen ähnliche Entwicklungen in beiden Ländern. Der Anteil an Lesern von Abonnement- oder Kaufzeitungen an der Gesamtbevölkerung ist gleichermaßen zurückgegangen von ca. 80% im Jahr 2000 auf ca. 70% im Jahr 2009. Kohortenanalysen - bei denen jeweils fünf Geburtsjahrgänge zusammengefasst wurden - zeigen zudem drastische Lesereindebußen insbesondere bei den jüngsten Kohorten, die mit linear absteigender Tendenz deutlich geringere Leseranteile aufweisen. Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn in der Schweiz das Lesen von Gratiszeitungen dazugerechnet wird. Demnach sind die Zeitungsleseranteile insgesamt konstant geblieben und in jüngeren Kohorten sogar gewachsen. Weitere Analysen sollen zeigen, wie sich die Zeitungsleseranteile in Deutschland und der Schweiz in anderen sozialen Gruppen entwickelt haben.

Der Diskurs des manipulierten Publikums: Varianten einer Kritik an der Herstellung von Öffentlichkeit

Jens Hälterlein, Universität Potsdam, jens.haelterlein@uni-jena.de

Stream 07: Habermas - Panel II: Habermas und Foucault erneut ins Gespräch gebracht: Annäherungen an den Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

Die Anwendung manipulativer Techniken zur strategischen Beeinflussung des Publikums (Werbung im Falle des Publikums der Konsumenten – Public Relations im Falle des Publikums der Wähler) bildet eines der Kernelemente in Habermas' These eines Strukturwandels der Öffentlichkeit. Diese Formen der sozialtechnokratischen „Herstellung von Öffentlichkeit“ stehen aus Habermas' Sicht im Kontext der Kommerzialisierung der journalistischen und literarischen Produktion, der industriellen Massenproduktion von Waren und der Herausbildung der wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratien bzw. eines sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus. Im Hinblick auf diese Aspekte möchte der Beitrag Habermas' Strukturwandel der Öffentlichkeit nicht auf seine empirische Angemessenheit oder argumentative Stichhaltigkeit prüfen, sondern als Teil einer diskursiven Formation analysieren, die mit der Durchsetzung des Massenkonsums und der Entstehung post-ideologischer Volksparteien im Nachkriegsdeutschland entsteht und ihre Gegenwart – zunächst aus konservativer (Gehlen, Schelsky, Freyer etc.), später dann vor allem aus neo-marxistischer Perspektive (Adorno, Marcuse, Fritz-Haug etc.) – einer radikalen Kritik unterzieht. Von besonderer historisch-soziologischer Bedeutung ist dieser Diskurs indes nicht nur, so meine These, weil er in den Gegenkulturen und neuen sozialen Bewegungen auch „lebensweltliche“ Relevanz erlangt, sondern weil er zugleich eine legitimatorische Ressource für ein neoliberales Programm des Regierens darstellt. Die der linken und der neoliberalen Kritik gemeinsame, ablehnende Haltung gegenüber einer durch „Konsumzwang“, „Passivität“ und „Autonomieverlust“ gekennzeichneten Gesellschaft bildet eine Brücke über den tiefen politischen Graben, der beide Seiten voneinander trennt. Foucault selbst hat in Die Geburt der Biopolitik auf diesen genealogischen Zusammenhang zwischen der linken Kritik an der Vermassung der Individuen durch Massenkonsum und expandierende Staatstätigkeit einerseits und der neoliberalen Gouvernamentalität andererseits hingewiesen, um daran anschließend das neoliberale Programm als Antwort auf die Abhängigkeit und Vermassung produzierenden Effekte einer anti-ökonomischen Sozialpolitik zu analysieren. Im Kontext dieser diskursiven Praktiken und Diskurseffekte gilt es Habermas' kritische Rekonstruktion eines Strukturwandels der Öffentlichkeit zu situieren und ihren normativen Anspruch zu reflektieren.

Kollaborative Formen der Mediengovernance im „Web2.0“ - De-Regulierung oder Re-Regulierung?

Heidemarie Hanekop, Universität Göttingen, heidi.hanekop@uni-goettingen.de

Stream 12: Deregulierung - Panel II: Öffentlichkeit und Medienregulierung

Ausgehend von dem Strukturwandel von Öffentlichkeit, der sich in den neuen Medien des „web2.0“ manifestiert, soll in dem Beitrag diskutiert werden ob dies den Trend der De-Regulierung verstärkt oder zur Herausbildung einer neuen Form von Regulierung in diesem Bereich beiträgt. Die These des Beitrags ist, dass sich in einer Reihe dieser neuen Medien (für die zunächst zu begründen ist, dass und inwiefern sie Öffentlichkeit konstituieren) kollaborative Formen der Mediengovernance entwickeln, die sich grundlegend von der Regulierung der Massenmedien unterscheiden (müssen). Kennzeichnend für kollaborative Formen der Regulierung ist, dass sie nicht durch externe Kontrollinstanzen geprägt ist, vielmehr ist sie Teil der Selbst-Governance der beteiligten Contentproduzenten (Benkler 2006, Elkin-Koren 2011). Sie basiert auf entsprechenden Leitbildern, Normen und Institutionen in diesen Nutzer-Produzenten-Communities; sie entstehen, reproduzieren und verändern sich im Prozess der collaborativen Contentproduktion. Grundmerkmale kollaborativer Governance sind: 1. die generelle Offenheit für die Beteiligung an Contentproduktion und Meinungsbildung und Regeln für diese Beteiligung. 2. Leitbilder/Ziele der jeweiligen Internetcommunity und allgemeine Regeln für die Strukturierung des Contents. Prinzipien, an denen sich solche Regeln orientieren, entstammen z.B. der OSS oder der CC Bewegung. Allerdings spielen Web2.0-Plattformbetreiber - meist kommerzielle Unternehmen – in einer wachsenden Zahl von Fällen eine zentrale Rolle. Diese setzen viele dieser Regeln (Terms of Use), gleichzeitig sind sie auf die Nutzer der Plattform angewiesen (z.B. Konflikte bei facebook). Bisher nur unzureichend untersucht ist, ob die plattformbezogene „interne“ Regulierung hier hinreicht oder ob es zusätzlicher, auch politisch-legislativer Maßnahmen bedarf. Dabei geht es darum, wie genau eine solche kollaborative Governance im Interesse der Konstitution von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinungsbildung dauerhaft institutionalisiert werden soll? Anhand von Fallbeispielen (z.B. facebook, wikipedia) sollen Merkmale kollaborativer Medienproduktion und Governance im „Web2.0“ diskutiert werden.

Die Entstehung transnationaler Öffentlichkeiten durch Privatisierungsprozesse

Eva Hartmann, Universität Lausanne, e.hartmann@unil.ch

Stream 02: Transnationalisierung - Panel I: Europa zwischen transnationaler Öffentlichkeit und politischer Diskurskultur

Die Privatisierung wird in der Regel mit einem Rückbau öffentlicher Räume gleichgesetzt. Auch wenn dieser Beitrag dieser Einschätzung aus demokratietheoretischen Gründen in vielerlei Hinsicht zustimmt, will er zugleich zeigen, dass sie die öffentlichkeitskonstituierende Wirkung der Privatisierung übersieht. Zwei wesentliche Gründe können für diesen blinden Fleck verantwortlich gemacht werden: Erstens die Gleichsetzung von Vermarktlichung mit Entpolitisierung, die den politischen Regulierungsbedarf von Märkten sowie deren soziale Fundierung unterschätzt; zweitens ein Begriff von Öffentlichkeit, der diese als immer schon nationale Öffentlichkeit konzipiert. Wird Öffentlichkeit jedoch transnational gedacht, gewinnt die Privatisierung eine neue Bedeutung. Dieser Beitrag will zeigen, wie durch die Privatisierung von Dienstleistungen und deren Regulierung, diese sich viel leichter internationalisieren lassen. Diese Entwicklung soll exemplarisch in zwei Bereichen nachgezeichnet werden, die eng mit dem öffentlichen Sektor verbunden sind: dem Bildungs- und dem Gesundheitssektor. Beide sind gegenwärtig von einer Vermarktlichung und zugleich von einer Internationalisierung gekennzeichnet. Die Fallbeispiele zeigen, dass hierdurch nicht nur transnationale Märkte, sondern auch postnationale Regulierungsformen entstehen, die neue, transnationale soziale Räume schaffen. Diese öffentlichkeitskonstituierende Effekte haben weit reichende Konsequenzen, wie wir das Verhältnis von sozialer Integration, Markttransaktion und Öffentlichkeit theoretisch begreifen. Der Beitrag will hierzu einige Vorschläge machen, die demokratietheoretische Überlegungen stark machen und entsprechend eine Macht- und Herrschaftsanalyse in den Mittelpunkt stellen. Hierbei werden integrationstheoretische Ideen aus der Wirtschaftssoziologie und der politischen Soziologie aufgegriffen, um einen herrschaftstheoretischen Ansatz der Internationalen Beziehungen (IB) weiterzuentwickeln.



Empfehlungen für einen wissenschaftsfreundlichen Urheberrechtsschutz

Thomas Hartmann, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft,
 ENCES e.V. (European Network for Copyright in Support of Education and Science)
 thomas.hartmann@ibi.hu-berlin.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel III: Open Access in den Sozialwissenschaften - versäumte Gelegenheiten und Chancen (Sonderveranstaltung)

Vor allem die Vertragspraxis vieler Verlage hindert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran, ihre Arbeiten (auch) Open Access zu veröffentlichen. Einen Rechteevorbehalt, den die Autorinnen und Autoren gegenüber den Verlagen einsetzen sollten, enthält eine neue Broschüre des DFG geförderten Projekts IUWIS (Infrastruktur Urheberrecht für Wissenschaft und Bildung). Welche urheberrechtlichen Erfahrungen und Probleme die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemacht haben, soll diskutiert werden.

Konkrete Handlungsempfehlungen zielen auch auf urheberrechtliche Schwachstellen, wenn etwa in Autorenteams oder grenzüberschreitend publiziert wird. Eingegangen wird ferner auf freie Lizenzen wie zum Beispiel Creative Commons, deren rechtliche Wirksamkeit vor kurzem erstmals durch ein deutsches Gericht bestätigt wurde. Welche Nutzungen auf gesetzlicher oder lizenzrechtlicher Basis möglich sind, ist ebenfalls ein praktisch relevanter Urheberrechtsaspekt.

Europaweit engagieren sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ENCES (European Network for Copyright in Support of Education and Science). Bei der Konsultation zu „scientific information in the digital age“ der EU-Kommission Anfang September monierte ENCES Defizite im wissenschaftsbezogenen Urheberrechtsschutz. In einem Überblick werden Forderungen nach einem wissenschaftsfreundlicheren Urheberrecht auf nationaler und europäischer Ebene vorgestellt.

Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Publikumssport Fußball - Exklusionsmechanismen und subkulturelle Strategien zur Re-Aneignung

Stefan Hebenstreit, Universität Innsbruck, stefan.hebenstreit@gmx.net

Stream 03: Unterhaltung - Panel III: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populärkultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (II)

Mein Vortrag reflektiert den zunehmenden Konflikt um Zugang zu bzw. Teilhabe an der Öffentlichkeit im Publikumssport Fußball, der häufig als Spiegelbild für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen beschrieben wird. Grundsätzlich argumentiere ich, dass Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Erfahrungshorizont, in dem Regeln, Interessen und Handlungsmöglichkeiten kommuniziert und verhandelt werden können und demokratische Sozialisation, sowie Meinungs- und Willensbildung möglich sind, sich prinzipiell auch im und durch den Zuschauersport Fußball verwirklicht. Beeinträchtigt wird diese normative Funktion jedoch insbesondere im Männer-Profifußball, der als Kristallisationspunkt der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie einer zunehmenden ökonomischen, aber auch politischen Vermachtung unterworfen ist. Diese ‚Refeudalisierung‘ der Öffentlichkeit im Profifußball skizziert und diskutiert mein Vortrag zunächst exemplarisch anhand einzelner Entwicklungslinien, wobei damit verbundene Ausschlussmechanismen und Blockierungszusammenhänge im Fokus der Analyse stehen. Begleitumstände der Kommerzialisierung (Preissteigerungen bei Eintrittskarten, Einfluss der Medien auf Anstoßzeiten, polizeiliche Repression als Konsequenz massenmedialer Dramatisierung) haben die Marginalisierung bzw. Exklusion einzelner Fangruppen lanciert. Gleichzeitig entwickelte sich aus Protest gegen derartige Entwicklungen vielerorts eine solidarische Bewegung kommerzialisierungskritischer Fußballfans, deren Akteure darauf abzielen, durch subkulturelle Proteststrategien Einfluss auf die Vereinnahmungen des Sports und der darin vorhandenen Öffentlichkeit zu nehmen. Dabei dient Fußball auch als Projektionsfläche für politische oder soziale Proteste über den Sport hinaus. Im zweiten Teil meines Vortrags referiere ich empirische Ergebnisse zu Agitationsmustern und Kommunikationsstrategien dieser Faninitiativen sowie zu Form und Inhalt einer sich hierauf gründenden Gegenöffentlichkeit, deren Gestaltungsweise von der gezielten Einwirkung auf die gegebene Öffentlichkeit im Fußball (z.B. Proteste im Stadion) bis zur Schaffung einer alternativen, oppositionellen Öffentlichkeit reicht. Die Grundlage hierfür bilden Interviews mit Schlüsselpersonen aus Faninitiativen sowie qualitative Inhaltsanalysen so genannter Fanzines, subkultureller Magazine mit einzelnen Charakteristika alternativer Medien (Basis- und Betroffenenberichterstattung bzw. Gegenthematisierung, Aufbrechen der Sender-Empfänger-Einbahnstraße etc.).



Der Raum im Ort. Öffentlichkeit und Partizipation in kontextbezogenen Kommunikationsmedien

Jessica Heesen, Universität Tübingen, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW), jessica.

heesen@izew.uni-tuebingen.de

Stream 06: Räume - Panel III: Postterritoriale Räume politischer Partizipation

Nachdem für den Öffentlichkeitsbegriff seit dem 20. Jahrhundert vor allem Presse, Hörfunk und Fernsehen prägend gewesen sind, gehen zukünftig ebenfalls prägende Kommunikationsdienste aus den technischen Möglichkeiten des Internets, mobiler Endgeräte und so genannter intelligenter Umgebungen hervor. Sie werden beispielsweise genutzt, um Menschen aufzufinden (Friendfinder), Umgebungsinformationen zu erhalten (Location Based Services) oder Navigationshilfen zu beanspruchen. Sie lassen insofern vermeintlich neutrale dingliche Umgebungen in einer neuen Qualität zum Mittel und Gegenstand der Kommunikation werden. Der Beitrag erläutert, wo sich welche Formen von Öffentlichkeit in den elektronischen Massenmedien (insbesondere Fernsehen), im Internet und in informatisierten Umgebungen befinden. In diesem Zusammenhang wird eine Differenzierung zwischen Ort (Place) und Raum (Space) entwickelt, die bestehende Forschungsansätze aus Philosophie und Humangeografie (z.B. H. Lefèbvre 1991, A. Giddens 1995) für den Medienbereich verschärft und modifiziert (J. Heesen 2008). Räume und Orte konstituieren jeweils unterschiedliche Wirklichkeiten, in denen einmal die Erzeugung intersubjektiver Geltungsansprüche (Raum) und das andere Mal die jeweiligen Anmutungsqualitäten (vgl. G. Böhme 1998) einer gegenständlichen Präsenz im Vordergrund stehen (Ort) - anders ausgedrückt, der besondere „Sense of Place“ (Y.-F. Tuan 1979). Öffentliche Orte substantiieren die lebensweltlichen und kulturellen Determinanten einer sozialen Gemeinschaft. Solche Orte sind „lesbar“ und auch gestaltbar. In dem Vortrag soll erstens der Frage nachgegangen werden, inwiefern Partizipationsmodelle für Orte und Räume durch die neuen Typen der Medienkommunikation transformiert werden und zweitens trotz oder gerade wegen dieser Transformation demokratischen Interessen zugänglich gemacht werden können. Vermeintlich problematische Phänomene der interaktiven und netzartigen Kommunikation im allgemeinen wie etwa „Privatisierung der öffentlichen Kommunikation“, „Fragmentierung des Publikums“ oder „Delokalisierung“ als Auseinanderfallen von territorialen Partizipationsräumen und Öffentlichkeit, werden nach ihrem Potenzial für die Herstellung partizipatorischer Öffentlichkeiten durch kontextbezogene Medien befragt. Darüber hinaus werden praktische Maßnahmen für die Verwirklichung des partizipatorischen Potenzials der mobilen und umgebungsbezogenen Medien vorgestellt.

Selbstdarstellung und professionelle Öffentlichkeit

Michaela Heid, Pädagogische Hochschule Thurgau, michaela.heid@phtg.ch

Stream 09: Privat - Panel I: Digitale Konstitution öffentlicher Subjekte – neue informelle Öffentlichkeiten

Der Wandel des Verhältnisses zwischen Privatheit und Öffentlichkeit zeigt sich nicht nur an der Präsentation des Selbst im Web 2.0, sondern kann auch an sogenannten Selbstlernarchitekturen beobachtet werden. Dazu zählt beispielsweise die Portfolioarbeit an Pädagogischen Hochschulen, in der Studierende und bereits praktizierende Lehrpersonen gegenüber ihrer Berufsgruppe neben ihrer Lerngeschichte, auch Elemente ihrer privaten Biographie präsentieren. Lernprozesse sollen sichtbar gemacht werden, gleichzeitig aber auch das lernende Subjekt selbst. Wie bei der religiösen Beichte geht es darum, die bei der Selbstbeobachtung und Reflexion gewonnenen Erkenntnisse anderen gegenüber mitzuteilen d.h. um die Selbstdarstellung in einem Text (Geschichte/Erzählung) über sich selbst. Diese Form der Selbstbeschreibung und Selbsterkenntnis vollzieht sich in institutionellen Kontexten und ist zumindest teilweise, nämlich im Ausbildungskontext, verpflichtend. Indem man sich dem „Beobachtet-werden“ aussetzt, kommt es zu einer Dominanz der Performanzdimension und damit gerät die Frage zum zentralen Thema, ob die Darstellung gelingt oder misslingt. Welches Ziel verfolgt die Lehrerinnen- und Lehrerbildung mit dem Portfolio? Geht es vielleicht weniger um die Individualisierung der Ausbildung als vielmehr darum, sein Selbst zum öffentlichen Gegenstand zu machen, auf sich aufmerksam zu machen, gut rüberzukommen? Geht es weniger um Selbstthematisierung und Selbstfindung (wer bin ich?) als vielmehr um deren expressiven Aspekt, d.h. die gelungene Selbstdarstellung. Nicht mehr die Frage: Wer bin ich? würde demzufolge im Mittelpunkt stehen, sondern Wie stelle ich mich überzeugend und möglichst authentisch dar? Geht es im Portfolio am Ende nur um den performativen Modus des Sich-Darstellens? Diesen Fragen geht der Beitrag anhand der Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojektes nach. Diskutiert werden soll auch, inwiefern die dominante Rolle der Person bei der Portfolioarbeit in die Debatte um die Subjektivierung von Arbeit und zur Logik der Subjektivierung passt. Das Portfolio legt zumindest nahe, dass die Selbstthematisierung, die Innenorientierung in der Aussendarstellung, zu einem normativen Ideal wurde, dem sich nur wenige entziehen möchten bzw. können.

Zeitdiagnosen der Konsumforschung und Resonanzeffekte der Gesellschaftstheorien

Kai-Uwe Hellmann, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, kai-uwe.hellmann@gmx.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel III: Public Sociology und Gesellschaftstheorie

Soweit es Zeitdiagnosen betrifft, tut sich gerade die Konsumforschung in diesem Genre seit Jahren hervor und unternimmt einiges, um Gehör und Aufmerksamkeit zu finden, und dies durchaus mit Erfolg. Insbesondere in den angelsächsischen Ländern wie England und den USA, inzwischen aber auch hier in Deutschland, erinnert sei nur an „Generation Golf“ von Florian Illies (2000) oder „Habenwollen“ von Wolfgang Ullrich (2006), beansprucht die Konsumforschung oftmals Deutungshoheit, nach dem Motto: Heutzutage ist moderne Gesellschaft primär Konsumgesellschaft. Dabei werden derartige, konsumtheoretisch orientierte Zeitdiagnosen von den Unternehmen, Medien und dem Publikum stark hofiert und nachgefragt. Freilich bleiben fraglich, welche gesellschaftstheoretische Wirkung und Geltung diese Initiativen haben. Denn schaut man auf die großen Gesellschaftstheorien der letzte Jahrzehnte, fehlt darin häufig ein expliziter, dem Selbstverständnis der Konsumforschung nach angemessener Bezug auf Konsumphänomene als zentrale Bezugsgrößen gesellschaftlicher Selbstbeschreibung. Woran liegt diese Diskrepanz zwischen öffentlicher Aufmerksamkeit und gesellschaftstheoretischer Vernachlässigung? Dieser Problemstellung möchte der Beitrag nachgehen. Hierzu soll einerseits aufgezeigt werden, welche zeitdiagnostischen Beiträge die Konsumforschung leistet, worin ihre Kernaussagen bestehen und worauf diese gründen. Die öffentliche Debatte soll dabei ausdrücklich mitberücksichtigt werden. Andererseits soll, soweit es der Rahmen zulässt, auf blinde Flecken in einigen Gesellschaftstheorien eingegangen werden, die sich bezüglich des Konsumthemas aufzeigen lassen, und danach gefragt werden, woran dies theorieimmanent liegen mag. Möglicherweise führt eine solche Konfrontation zweier sehr heterogener Perspektiven auf die moderne Gesellschaft ja wechselseitig zu fruchtbaren Irritationen.

Gesellschaftliche Ortsbestimmung der Soziologie

Anna Henkel, Universität Bielefeld, Institut für Wissenschafts- und Technikforschung, anna.henkel@uni-bielefeld.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel II: Die Funktion soziologischen Wissens in gesellschaftlichen Gestaltungsdiskursen

Mit der Diskussion einer öffentlichen Aufgabe der Soziologie greifen Gans, Agger oder Burawoy ein traditionelles Thema auf. Bereits bei Mannheim impliziert Wissenssoziologie soziologische Selbstreflexion: Wenn Wissen notwendig partikular ist, können politische Kontroversen durch die Perspektiven klassenloser Intellektueller harmonisierend informiert werden. Luhmann radikalisiert diese Überlegungen. Partikularität wird als Beobachtung zweiter Ordnung zum Charakteristikum jedweder Aussage, Soziologie zur Instanz gesellschaftlicher Selbstreflexion. Während Ökonomie oder Politologie auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche spezialisiert sind, beobachtet Soziologie die Gesellschaft insgesamt. Die These der Soziologie als Instanz gesellschaftlicher Selbstreflexion impliziert zwei Erfordernisse soziologischer Gesellschaftsirritation. Das erste Erfordernis liegt darin, einer Gesellschaft im Zeitalter von Nichtwissen, Kontingenz und Katastrophen den (partikularen) soziologischen Blick auf die Partikularität der Perspektiven beizubringen. Schon Schelsky bestimmte den Ort der Soziologie auch dahingehend, dass sie die Ausbildung von Ökonomen, Juristen oder Ingenieuren um den Umgang mit der Kontingenz bereichern soll. Das zweite Erfordernis ist, gerade bezüglich drängender gesellschaftlicher Fragen einen Gegenpol zu oft scheinbar zwingenden ökonomischen Argumentationsgängen zu schaffen. Beide Aspekte sprechen dafür, ein analytisch-abstrakt hohes Niveau einer Popularisierung vorzuziehen: nur so kann die Soziologie mit der Stringenz betriebswirtschaftlich fundierter Argumentationen mithalten und ein ernsthaftes Gegenangebot machen. Die Soziologie steht als partikulare Sichtweise im Widerstreit mit anderen, vom Anspruch her entscheidungsanleitenden Wirklichkeitskonstruktionen. Statt über Popularisierung eine „bottom-up-Soziologisierung“ anzustreben, gilt es, dieser Konkurrenz bei ihren eigenen Adressaten und auf demselben analytischen Niveau zu begegnen – gerade dann, wenn es sich um „rein betriebswirtschaftliche“ oder „rein technische“ Fragen zu handeln scheint. Ob auch die interessierte Öffentlichkeit diese andere Perspektive hören will, hängt nicht zuletzt von gelingender Denkstil-Diffundierung im Sinne Schelskys ab.



Transnationale Öffentlichkeit und politische Diskurskulturen in Europa

Andreas Hepp, Universität Bremen, Andreas.Hepp@uni-bremen.de

Michael Brüggemann, Universität Zürich, IPMZ, m.brueggemann@ipmz.uzh.ch

Katharina Kleinen-von Königslöw, Universität Wien, mail@katharinakleinen.de

Swantje Lingenberg, Universität Bremen, s.lingenberg@uni-bremen.de

Johanna Möller, Universität Bremen, johanna.moeller@uni-bremen.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel I: Europa zwischen transnationaler Öffentlichkeit und politischer Diskurskultur

Inhaltsanalysen der europäischen Zeitungsberichterstattung zeigen, dass sich eine zunehmende Transnationalisierung der Öffentlichkeiten europäischer Länder vor allem in Form eines geteilten Beobachtens der EU-Politik in Brüssel ausmachen lässt. Gleichwohl bleibt eine solche europäische Öffentlichkeit „mehrfachsegmentiert“: Erstens besteht eine nationale Segmentierung, indem Brüssel vor allem aus nationalstaatlicher Perspektive verfolgt wird, und zweitens haben wir eine transnationale Segmentierung unterschiedlicher Typen von Zeitungen der Qualitäts-, Boulevard- und Regionalberichterstattung. Ziel unseres Vortrags ist die Erklärung der Mehrfachsegmentierung europäischer Öffentlichkeit mittels einer Untersuchung journalistischer Produktionsmuster. Wir argumentieren, dass einerseits nationale politische Diskurskulturen als „sozio-kulturelle“ Unterbauten von Öffentlichkeit bestehen. Wenn Journalisten über Auslands- und Europathemen berichten, dann tun sie dies in einer „nationalen Weise“. Andererseits lassen sich aber auch im Hinblick auf Typen von Zeitungen für Europa insgesamt Ansätze von politischer Diskurskultur ausmachen. Ausgehend von diesen Gedanken gliedert sich unser Vortrag in drei Teile: In einem ersten Teil präsentieren wir einige ausgewählte Ergebnisse einer inhaltsanalytischen Untersuchung von Qualitäts- und Boulevardzeitungen in sechs EU-Ländern (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Polen) für die Jahre 1982 bis 2008 (Polen seit 1989), anhand derer wir das Muster einer mehrfachsegmentierten Transnationalisierung von Öffentlichkeit verdeutlichen. Diese lässt sich, so können wir anhand von Redaktionsstudien und Interviews mit den betreffenden Journalisten zeigen, durch das Bestehen unterschiedlicher politischer Diskurskulturen im oben beschriebenen Sinne erklären. Der zweite Teil des Vortrags geht auf Momente politischer Diskurskulturen auf Ebene der Länder ein. Im dritten Teil des Vortrags befassen wir uns dann mit transnationalen Momenten politischer Diskurskultur auf Ebene der Zeitungstypen. Insgesamt ermöglicht ein solcher Zugang, der Inhaltsanalysen mit Redaktionsstudien koppelt, ein differenziertes Verständnis transnationaler Öffentlichkeit in Europa bezogen auf Fragen der Kultur: Mit der Transnationalisierung von Öffentlichkeit lösen sich nationale politische Diskurskulturen nicht auf. Aber es treten an ihre Seite Muster europäischer Diskurskultur, die im Hinblick auf bestimmte Typen von Medien differieren.

Prägräfte statt Medienlogiken: Zum ‚Einfluss‘ von Medienkommunikation in mediatisierten Welten

Andreas Hepp, Universität Bremen, Andreas.Hepp@uni-bremen.de

Plenum III: Medienlogiken und politische Kommunikation

In der Kommunikations- und Medienforschung hat die Beschäftigung mit Mediatisierungsprozessen in den letzten Jahren einen nachhaltigen Entwicklungsschub erfahren. Ein wichtiger Zweig befasst sich hierbei mit der Frage, wie die Medien einen ‚Einfluss‘ auf andere soziale Systeme – insbesondere die Politik – entwickeln. Das zentrale Konzept, das dabei Verbreitung gefunden hat, ist das der „Medienlogik“, wie es auf David L. Altheide und Robert P. Snow (1979) zurückgeht. Im Kern besagt das Konzept der „Medienlogik“, dass institutionalisierte Massenmedien über ihre ‚Grenzen‘ hinaus spezifische ‚Weisen‘ der Kommunikation und damit der Konstruktion sozialer Wirklichkeit etablieren. Oder wie es die aktuelle Mediatisierungsforschung formuliert (siehe u.a. Hjarvard 2008; Mazzoleni/Schulz 1999): Politik passe sich an „institutionalisierte Inszenierungsweisen“ der Medien an, greife deren „Zielgruppenorientierung“ auf, „personalisiere“ immer mehr.

Trotz solcher zentralen Leistungen ist dieser Ansatz allerdings nicht (mehr) angemessen, um die heutige Mediatisierung von Politik im Speziellen bzw. die Mediatisierung des Sozialen im Allgemeinen zu erfassen. So haben wir es gegenwärtig mit einem weiteren Mediatisierungsschub zu tun, der es nicht hinreichend erscheinen lässt, dass wir uns „die Medien“ alleinig als Institutionen und Organisationen der Massenkommunikation vorstellen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung, der Etablierung des Internets und der Mobilkommunikation haben sich Medien institutionell „entgrenzt“ und durchdringen zunehmend die gesamten Kultur und Gesellschaft insgesamt (Krotz 2007; Livingstone 2009; Lundby 2009). Dies betrifft nicht zuletzt auch den Bereich der Politik bzw. der politischen Öffentlichkeit: Analysiert man das Wechselverhältnis von Medien und Politik heutzutage, muss man mit der Gleichzeitigkeit von „klassischen Massenmedien“, „Web 2.0“, „WikiLeaks“, „mobile campaigning“ usw. eine Komplexität unterschiedlicher ‚Einflussnahmen‘ von Medien auf die soziale Konstruktion von dem, was wir Politik nennen, in den Blick rücken. Wir haben es nicht einfach mit „einer Medienlogik“ zu tun, sondern mit einer Vielfalt von unterschiedlichen „Prägräften“ in mediatisierten Welten, die es in ihren Wechselverhältnissen zu analysieren gilt (Hepp 2011). Solche Überlegungen sollen in dem hier vorgeschlagenen Plenarvortrag in drei Schritten näher argumentiert werden. In einem ersten Schritt wird die bestehende Forschung zu Mediatisierung von Politik als Durchsetzung einer Medienlogik kritisch gewürdigt. In einem zweiten Schritt soll dann das Konzept der „Prägräfte von Medien“ entwickelt werden. In einem dritten Teil wird dann an Fallbeispielen gezeigt, was ein solcher Beschreibungsansatz für eine interdisziplinäre Medien- und Kommunikationsforschung zum Strukturwandel von Öffentlichkeit leistet.



Einverständnis zum Lachen: Komische Kommunikation in der politischen Unterhaltungsöffentlichkeit

Martin R. Herbers, Universität Münster, Institut für Kommunikationswissenschaft, martin.herbers@uni-muenster.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel I: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populärkultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (I)

Komische Kommunikation ist eine der ältesten institutionalisierten Möglichkeiten, Kritik an politischen Machthabern und deren issues zu üben. In ihren Ausdrucksformen wie Witzen, Satiren oder Parodien ist es, sozial geschützt und nahezu „straffrei“, erlaubt, Umstände auf eine Art und Weise anzusprechen, die so, etwa in der journalistischen Berichterstattung, nicht möglich ist. Komische Kommunikation leistet somit einen Beitrag zur politischen Öffentlichkeit und weist das Potential auf, bestehende Machtverhältnisse zu kommentieren, möglicherweise zu subvertieren, auf jeden Fall aber in ihrer Kontingenz zu visibilisieren (sensu Siegfried J. Schmidt). Diese Unterform der Unterhaltungskommunikation ist somit eine alternative Form der politischen Kommunikation, welche die politische Öffentlichkeit erweitert. Der Idealfall der politischen Öffentlichkeit ist aber nach der Konzeption von Habermas als Sphäre zu begreifen, in der rationale Teilnehmer Argumente austauschen, um einen Konsens zu erzielen. Die komische Kommunikation ist allerdings eher emotional geprägt und zielt nicht primär auf den Austausch von Argumenten oder gar Konsensbildung ab, ist aber gerade deshalb ein Element der politischen Meinungsbildung, welches durch diese Eigenschaft der „Narrenfreiheit“ einen wirkmächtigen Effekt erzielen kann. Das jedwede Unterhaltungskommunikation ein gewichtiges Forum neben der rationalen Konsensbildung der politischen Öffentlichkeit darstellt, ist somit unbestritten und wird etwa in Göttlichs Entwurf der Unterhaltungsöffentlichkeit theoretisch ausgefeilt und empirisch belastbar analysiert. Ziel des Beitrags ist daher, diese Forschungsperspektive zu erweitern und einen Entwurf einer Theorie der komischen Kommunikation in der politischen Unterhaltungsöffentlichkeit vorzulegen. Die linguistisch orientierten theoretischen Entwürfe zur komischen Kommunikation (vor allem die Inkongruenztheorie) deuten die Möglichkeiten der Beeinflussung der politischen Öffentlichkeit an, nehmen jedoch keine Eingliederung ihrer Erkenntnisse in diesen Kontext vor. Die Erkenntnisse der Komik-Theorie werden daher mit den sprachpragmatischen Überlegungen von Habermas zum rationalen politischen Diskurs in Verbindung gebracht. Die Kombination dieser theoretischen Perspektiven erweist sich auf Grund ihrer linguistischen Kopplungspunkte als fruchtbar und erweitert die theoretische wie empirische Reichweite beider Positionen.

Exproprierte Identitäten – Diskursive Exklusionsmechanismen und deren Wirkungsweise

Francesc Jesús Hernández, Universitat de València, Departamento de Sociología, francesc.j.hernandez@uv.es

Benno Herzog, Universitat de València, Departamento de Sociología, benno.herzog@uv.es

Stream 15: Populismus - Panel IIIa: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (II)

Diskursanalytische Perspektiven, welche die Marginalisierung von Migranten in den Blick nehmen, haben grosse Schwierigkeiten das Versagen von Integrationsleistungen in einem Bereich wie der Schule zu erklären, der von gut gemeinten, multikulturellen Diskursen dominiert wird. Es fehlt an konkreten Untersuchungen welche das systematische Ineinandergreifen von pädagogischem und öffentlichem Diskurs auf der einen Seite und dessen Rezeption durch Heranwachsende auf der anderen in den Blick nehmen. Ziel unseres Beitrages ist es die Wirkungsweisen diskursiver Exklusionsmechanismen anhand empirischer Forschungsergebnisse aus Spanien aufzuzeigen. Unter diskursiver Exklusion verstehen wir die Herstellung und Aufrechterhaltung einer spezifischen migrantischen Identität innerhalb der Gesellschaft. Diese Identität führt dazu das Migranten (als physische Personen) von der gesellschaftlichen Produktion des öffentlichen Bildes der Migranten (als soziale Objekte) ausgeschlossen werden; sie werden somit von ihrer Identität enteignet. Mit Hilfe empirischer Forschungsergebnisse in Anlehnung an Kellers Wissenssoziologische Diskursanalyse werden wir verschiedene Ausschlussmechanismen in Diskursen und deren Produktionsbedingungen darstellen und das Konzept der diskursiven Exklusion herausarbeiten. In einem zweiten Schritt zeigen wir, wie pädagogisches Handeln diese Exklusionsmechanismen systematisch verdrängt und somit zu einseitigen Repräsentationen von Seiten der Schüler führt. Der schulische Diskurs welcher versucht, ein positives Migrantenvbild ohne Rückbezug zu existierenden Ausschlussmechanismen herzustellen ist systematisch zum Scheitern verurteilt.



Web 2.0 - Einsatzmöglichkeiten und Potentiale zur Skandalisierung und Dramatisierung politischen Protestes. Dargestellt am Beispiel „Stuttgart 21“

Petra Hiller, FH Nordhausen, petra.hiller@t-online.de

Rudi Ehlscheidt, Berlin, ehlscheidt@googlemail.com

Joscha Vieregge, Bielefeld, joscha4egge@hotmail.com

Stream 15: Populismus - Panel I: Skandalisierung und Dramatisierung politischen Protestes

Durch das interaktive Internet, das sogenannte „Web 2.0“, entstehen neue Formen von Öffentlichkeit im politischen Raum. Damit sind auch veränderte Möglichkeiten der Skandalisierung und Einflussnahme des Publikums auf politische Entscheidungsprozesse verbunden. Der Vortrag geht von der These aus, dass Protest gegen politische Entscheidungen nicht mehr in herkömmlichem Maße auf die Organisationsmacht politischer Institutionen angewiesen ist. An die Stelle der Protestmobilisierung durch politische Parteien und Interessenorganisationen tritt das interaktive Internet, das insbesondere im Kontext sozialer Bewegungen für Zwecke der Dramatisierung und Skandalisierung politischer Entscheidungen genutzt wird. Am Beispiel der Proteste um das Großprojekt „Stuttgart 21“ wird rekonstruiert, wie ein Thema zur Protestkommunikation im politischen System avanciert, indem das Publikum über das Internet aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingreift. Es wird herausgearbeitet, welche Bedingungen zur Skandalisierung und Dramatisierung beigetragen und wie sie die politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik verändert haben. Insbesondere interessiert im Vortrag, welche Funktion den Web 2.0-Technologien hierbei zukommt. Der Fall „Stuttgart 21“ exemplifiziert, wie sich politischer Protest mittels netzbasierter Kommunikationsformen organisiert und dabei weitestgehend ohne Rückgriff auf die Organisations- und Skandalisierungsmacht politischer Organisationen auskommt. Dies spricht für die Ausgangsthese unseres Vortrags: Mit den Möglichkeiten des Web 2.0 bilden sich funktionale Äquivalente zur Mobilisierungsfunktion formaler Organisation im politischen System heraus. Neben diesen strukturellen Veränderungen in der Protestorganisation des politischen Systems möchte der Vortrag zeigen, wie digitale Partizipationsmöglichkeiten mit Techniken der empirischen Sozialforschung erforscht werden können. Die Ausführungen stützen sich auf empirische Daten, die Anfang 2011 erhoben wurden. Es handelt sich um qualitative Interviews mit Schlüsselpersonen der Protestorganisation von „Stuttgart 21“ und dem Internetfernsehen „Flügel.tv“, dessen Bilder für die mediale Dramatisierung bedeutsam waren. Diese Daten wurden ergänzt durch quantitative Linkanalysen und qualitative Analysen relevanter Homepages der Bewegung. Wie das Internet die Emotionalisierung und Dramatisierung politischer Entscheidungen um „Stuttgart 21“ vorangetrieben hat, wird am Beispiel von Webseiten der Bewegung veranschaulicht.

Konkurrierende Vergangenheiten? – Zum Zusammenhang zwischen strukturellen und inhaltlichen Ausprägungen bei der Vergangenheitschreibung der deutschen Agrarpolitikprofessoren nach 1945

Katrin Hirte, Universität Linz, Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, katrin.hirte@jku.at

Stream 10: Vergessen - Panel III: Konkurrierende Vergangenheiten und Sinnfindung

„Vergessen“ ist ein Vorgang, der gerade im Kontext von politischen Umbruchphasen auftritt, hier spezifisch im Zuge von gewolltem Nichtwissen (Wehling 2002), denn erst dieses gewährleistet bei politischen Umbrüchen eine zeitnahe Anschlussfähigkeit der Akteure. Aufgrund dessen, dass eine jeweilige Science Community ihre eigene Geschichtsschreibung vornimmt (Würdigungen, Festschriften, Dogmenhistorie), wird so eine bestimmte Öffentlichkeit dieser hergestellt. Meist erst zeitversetzt wird das gewollte Nichtwissen an anderen Orten wieder aufgearbeitet und so in der Öffentlichkeit vor dem Vergessen bewahrt, wodurch dann konkurrierende Vergangenheiten entstehen. Zwar ist Geschichtsschreibung generell als intentional aufzufassen, weit gefasst aufgrund des letztlich generell nur selektiv möglichen und ordnenden Zugriffs auf die Vergangenheit. Sinnproduktion kann so als Ergebnis von Deutungskämpfen von miteinander konkurrierenden Vergangenheiten aufgrund differenzierter Zugangsweisen gesehen werden. Aber im Fall von gewolltem Nichtwissen ist Vergessen nicht die unabdingbare Folge des nur selektiv möglichen Zugriffs auf Vergangenheit und damit „Konkurrenzprodukt“. Sondern Konkurrenz muss bei gewolltem Nichtwissen nahezu ausgeschaltet sein, (um es der Öffentlichkeit vorenthalten zu können). Hier tritt der Zusammenhang zwischen strukturellen und inhaltlichen Ausprägungen besonders deutlich hervor: Erst nach Aufbrechen der Struktur (komplementäre Science Community oder neue Wissenschaftsgeneration) werden die Inhalte (Vergangenheitsschreibung) geändert. Dies kann am Beispiel der Vergangenheit der Nachkriegsgeneration der deutschen Agrarpolitikprofessoren deutlich gezeigt werden. Über die spezifische Form des Vergessens aufgrund gewollten Nichtwissens hinaus soll im geplanten Beitrag zudem nach den Konsequenzen dieses Beispiels gefragt werden, insbesondere danach, ob mit einem wissenschaftssoziologischen Zugang, bei dem Inhalt und Struktur (Paradigma und Science Community) eng verknüpft gesehen werden, aufgrund von jeweiliger Paradigmenherrschaft generell von (zumindest temporär) nur eingeschränkter Konkurrenz bei der Vergangenheitschreibung ausgegangen werden muss.



Netzwerke im Internet – eine neue kritische Öffentlichkeit? Das Beispiel Guttenberg

Katrin Hirte, Universität Linz, Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, katrin.hirte@jku.at

Stream 13: Netzwerke - Panel I: Netzwerke öffentlicher Kommunikation

Der „Fall Guttenberg“ hat u.a. eine Debatte zur Rolle der neuen Internetmedien ausgelöst. Als „Crowdsourcing“ oder „Schwarmintelligenz“ bezeichnet, (wenn Internetnutzer im Netz interaktiv und kollektiv Wissen generieren), kulminierte diese in die Frage: „Hat das Netz Guttenberg gestürzt?“ Am „Fall Guttenberg“ waren aber sowohl Massenmedien als auch Internetmedien beteiligt und dies gleich mehrfach – als „Geisterdebatte“ in den Massenmedien lange vor dem Plagiatsvorwurf; als „Guttenplag“, wo innerhalb kürzester Zeit der Plagiatsvorwurf bearbeitet wurde; als massenmedialer Diskurs zum Rücktritt Guttenbergs und als Pro- und Kontra-„Abstimmungen“ zum Rücktritt Guttenbergs sowohl in den Massen- als auch Internetmedien. Beide Öffentlichkeitsmedien wirkten hier also im Verbund, ein Umstand, den auch der Netzaktivist Markus Beckedahl selbst ausdrücklich hervorhob. In Bezug auf ältere und neuere Erklärungen zur Transformation und Entwicklung von Öffentlichkeit (wie der Verschiebung von Öffentlichkeit durch die neuen Internetmedien; dem Niedergang kritischer massenmedialer Öffentlichkeit usw.) wirft dieser Fall Fragen auf. Wie genau gestaltete sich das Verhältnis zwischen Massenmedien und Internetmedien in diesem Prozess und welche Zeitverläufe der gegenseitigen Beeinflussung sind erkennbar? Welche Beziehungsstrukturen liegen hier vor, wenn für solch Plattformen wie Guttenplag im Gegensatz zu anderen Internetmedien gerade Subjektivität (aufgrund der Anonymität) keine Bedeutung hat, sondern statt interpersonelle hier Interaktionen mit Texten bzw. symbolischen Repräsentationen typisch sind? Wie ist die Wirkungsentfaltung des Vorgangs zu erklären? Wurden die Massenmedien, lt. Rousseau die „vierte Macht“ im Staate, durch Guttenplag unterstützt oder hat Guttenplag eher zur Refixierung anerkannter Plagiatsnormen und Plagiatsrechte beigetragen? Tritt also die Informations- bzw. Kommunikationstechnologie als viertes Regularium neben andere Regelinstanzen (Markt, Recht, Norm) – wie diskutiert wird? Oder ist eine bestimmte Kommunikationstechnologie jeder Regelinstanz inhärent und der Erfolg dieser neuen Form von Internetmedien liegt nur in der spezifischen Kommunikationstechnologie (Zeitdimension, Öffentlichkeitsdimension)? Ziel des Beitrags ist es, sowohl fallanalytisch als auch netzwerkbezogen den „Fall Guttenberg“ als spezifische Form von Öffentlichkeit in seiner theoretischen Verortung und möglichen Bedeutung zu hinterfragen.

Wirkungen veröffentlichter Wahlumfragen und ihrer Fernsehberichterstattung im Vorfeld der Bundestagswahl 2009

Hanna Hoffmann, Heinrich-Heine Universität Düsseldorf, hanna.hoffmann@uni-duesseldorf.de

Stream 08: Medien - Panel II: Orientierung und Fehlorientierung der Öffentlichkeit durch empirische Sozialforschung

Im Vorfeld von nationalen Parlamentswahlen in modernen Mediendemokratien nimmt die mediale Berichterstattung über Parteien und Kandidaten zu. In zahlreichen Fällen werden Umfragewerte im Hinblick auf Aussagen über Wahlchancen der Parteien und möglicher Koalitionsbildungen zugrunde gelegt. Insgesamt wird dadurch das politische Stimmungs- und Meinungsbild innerhalb der Gesellschaft medial vermittelt. Mit Bezug auf die Erkenntnisse der Medienwirkungsforschung wird angenommen, dass veröffentlichte Wahlumfragen und ihre Berichterstattung in den Fernsehnachrichten kognitive Wirkungen auf den Wähler haben. Es wird davon ausgegangen, dass die Bürger, durch diesen medialen Informationskontext, in der Willensbildung ihrer Wahlentscheidung, aber auch in den Einschätzungen zu Parteien und Kandidaten, beeinflusst werden. Theoretisch lassen sich hier beispielsweise Effekte entsprechend der Mobilisierungs-, Bandwagon- oder Underdoghypothese annehmen. Dies gilt auch und nicht zuletzt für die Bundestagswahl 2009. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Wirkungen von veröffentlichten Umfrageergebnissen und ihrer Fernsehberichterstattung auf die Entscheidung zur Wahlteilnahme, die Parteienwahl und Koalitionserwartungen der Bürgerinnen und Bürger ausgehen. Bisher wurde die Wirkung von Umfragen, auf Grundlage der ersten deutschen Rolling Cross-Section (RCS) Studie, anhand einfacher Regressionsmodelle geschätzt (siehe Faas et al. 2008). Es scheint daher plausibler, die Umfrageergebnisse und auch die mediale Berichterstattung als eine Art Informationskontext zu behandeln, innerhalb dessen die Wählerinnen und Wähler agieren. Die statistisch angemessene Art der Modellierung wäre dementsprechend ein Mehrebenenmodell, in dessen Rahmen die Befragten die Level-1-Einheiten und die Erhebungszeitpunkte der RCS-Befragung die Level-2-Einheiten darstellen. Solch komplexere Modelle können beispielhaft – hier für die Bundestagswahl 2009 – geschätzt werden. Dabei werden grundlegend die Daten der Rolling-Cross-Section-Studie aus der GLES (German Longitudinal Election Study) verwendet, die es erlauben, die Umfrageergebnisse auf der Kontextebene tagesgenau zu modellieren. Darüber hinaus sollen diese Kontextdaten durch die Informationen aus der Medieninhaltsanalyse der Fernsehnachrichten (ebenfalls aus der GLES) ergänzt werden. Dies ermöglicht, der Wirkung der allgemeineren Berichterstattung über veröffentlichte Umfragen in einer angemesseneren Modellspezifikation nachzugehen und diese zu prüfen.

Theodor Geigers ‚Immunisierung der Rezipienten‘

Nicole Holzhauser, TU Braunschweig, Institut für Sozialwissenschaften, n.holzhauser@tu-bs.de

Stream 16: Vorläufer - Panel I: Sozialwissenschaftliche Forschung über Öffentlichkeit vor dem Strukturwandel der Öffentlichkeit

Theodor Geiger wird heute am ehesten für seine sozialstrukturellen Studien als Klassiker gewürdigt. Daneben schätzt ihn als wissens- und kulturosoziologischen Theoretiker und Empiriker allenfalls noch eine Hand voll interessierter Experten. Zu Unrecht, hat Geiger doch – wie gezeigt werden wird – beachtenswerte frühe und heute noch gehaltvolle empirische Beiträge zur Propaganda- und Werbeforschung sowie zum Wandel von Presse und Öffentlichkeit geleistet. Geiger nahm mit seiner empirischen Studie Kritik an der Reklame (1943) und kritischen Werken wie Aufgaben und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft (1949) teilweise Thesen und Analysen der Frankfurter Schule zum Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit vorweg bzw. hätte ihr ein guter Dialogpartner sein können, wäre er nicht schon 1952 gestorben. Seine bisher nur als Manuskript 1985 von Rainer Geißler und Horst Pöttker in Siegen ins Deutsche übersetzte Reklamekritik wird im Beitrag detailliert dargestellt und vor dem Hintergrund seiner öffentlichkeitsrelevanten Schriften diskutiert. Interessanterweise verfiel Geiger in seinen Analysen dabei weder einer kulturpessimistischen Sichtweise sensu Adorno noch einer normativen Kritik sensu Habermas. Perfide fand Geiger, dass die Presse, deren Verfall er nüchtern konstatierte, die Illusion aufrechterhalte, sie sei ungebrochen aufklärerisch in ihrem Engagement. Er forderte in Konsequenz jedoch keine Umstürzung des Mediensystems, keine Abschaffung der Reklame oder moralische Läuterung der Journalisten, sondern eine „Immunisierung der Opfer“ durch „Intellektualisierung“ des einzelnen Rezipienten. Hierin sah er eine Chance, das Mediensystem (und damit auch die Demokratie) durch individuelles ideologiekritisches Nutzungsverhalten zu einem besseren zu erziehen. Geiger stellte damit die Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation des Rezipienten in den Vordergrund, setzte auf ein lernfähiges Publikum und suchte nach den Orten bzw. der Umgebung, an denen und in welcher sich der Einzelne diese medienkritische Kompetenz aneignen könne (die Presse selbst und z.B. auch die damalige Schule hielt er nicht für befähigt, diese Bildungsaufgabe zu übernehmen). Wie ein solches Immunisierungs-Programm unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen umzusetzen wäre, bleibt ein (damals wie heute) ungelöstes, aber umso spannenderes soziologisches Problem, zu dessen Bearbeitung Geiger noch immer einen aktuellen und relevanten Beitrag leisten kann.

Geschlechtsspezifische Freiraumnutzungen im Kontext machtvoller Identitätskonstruktionen – Die Rolle der Freiraumplanung

Sandra Huning, TU Dortmund, Fakultät Raumplanung, sandra.huning@tu-dortmund.de

Stream 06: Räume - Panel I: Stadträume als (öffentliche) Machträume – Planung, Steuerung und Entwicklung von Stadt und Raum zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit

Öffentliche Räume gelten als zentrale Medien städtischer Integration und werden deshalb häufig mit dem Ziel gestaltet, Nutzungs- und Nutzer/innen-Vielfalt zu ermöglichen. Dennoch findet sich hier keineswegs immer und überall eine bunte Vielfalt an Nutzerinnen und Nutzern, sondern es werden soziale Differenzierungen und Machtungleichgewichte wirksam. Geschlecht ist in diesem Zusammenhang eine relevante Kategorie. Erkenntnisse aus Studien über geschlechtsspezifische Formen der Raumanneignung bereits im Kindes- und Jugendalter wurden seit den 1980er Jahren in den Kontext der Freiraumplanung übersetzt, um eine größere Geschlechtergerechtigkeit mit Blick auf die Nutzbarkeit und Nutzung öffentlicher Räume zu bewirken. Den Fokus richten Beispielprojekte häufig auf die Förderung „frauen- und mädchengerechter“ Freiraumplanung. Als Norm gelten vielfach „männliche“ Raumanneignungs- und -nutzungsformen, während „weibliche“ Formen als defizitär und veränderungsbedürftig beschrieben werden. Forderungen nach Intersektionalität erscheinen noch kaum umsetzbar. Da viele Projekte sich an empirisch beobachteten Geschlechterunterschieden orientieren, sind sie nur selten darauf ausgerichtet, Wandel vorwegzunehmen oder in neuen Freiraumkonzepten direkt konstitutiv anzulegen. In diesem Beitrag möchte ich eine Brücke schlagen zwischen den empirischen Beobachtungen geschlechtsspezifischer Freiraumnutzungen und den normativen Ansprüchen der Freiraumplanung, öffentliche Räume für alle (Geschlechter) nutzbar zu machen. Viele Untersuchungen, so werde ich argumentieren, beziehen sich auf vergleichsweise starre Konzeptionen von (Behälter-) Räumen und (heterosexuell konnotierter) Zweigeschlechtlichkeit, die den Blick versperren auf vielfältige Konstituierungen von Räumen und Identitäten und damit auch auf widerständiges Verhalten, Brüche und Optionen, aus denen immer wieder neue Raumkonstellationen hervorgehen, die ein Potenzial für progressive Stadt- und Freiraumplanung bedeuten können. Eine stärkere Berücksichtigung des Wechselverhältnisses von Identitäten und Räumen in Projekten der Freiraumplanung, so die These, könnte die Gefahr der Zementierung von Geschlechterrollen und Machtbeziehungen verringern und die Chancen auf die Entstehung uneindeutiger und weniger hierarchischer Geschlechterverhältnisse erhöhen.



Populistische Politik in und durch Medien - Lehren aus Europa und Lateinamerika

Peter Imbusch, Bergische Universität Wuppertal - FB G - Soziologie, pimbusch@uni-wuppertal.de

Stream 15: Populismus - Panel III: Medienpopulismus und politischer Populismus

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich ein bedeutender Wandel in den Strukturen und Funktionsprinzipien der politischen Öffentlichkeit vollzogen, der es Populisten aller Art erleichtert, sich medial Gehör zu verschaffen. Wie ein Vergleich der europäischen mit den lateinamerikanischen Erfahrungen zeigt, ist allerdings die Resonanz der Medien auf populistische Vorstöße höchst unterschiedlich gewesen: Sie hängt nicht nur von den unterschiedlichen Konstitutionsbedingungen des Populismus und einer politischen Öffentlichkeit ab, sondern auch von den Rollenverständnissen und Funktionsprinzipien der Medien. In meinem Vortrag möchte ich in vergleichender Perspektive zunächst den jüngsten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit in seinen Grundzügen nachzeichnen und sodann die jeweiligen Einfallstore für populistische Akteure und ihre Diskurse verdeutlichen. Dabei werde ich wesentlich am Beispiel des Fernsehens und ausgewählter Printmedien zeigen, wie einerseits populistische Akteure sich ein Forum für ihre Themen schaffen können, und andererseits verdeutlichen, warum und inwiefern bestimmte Medien geneigt sind, ein Forum für populistische Diskurse zu bieten. In einem zweiten Schritt werde ich an einigen konkreten Beispielen zeigen, wie populistische Diskurse und Rhetoriken wirken und dabei den Modus öffentlicher Selbstverständigung verändern. Darüber soll gezeigt werden, welche Machtverschiebungen in der Öffentlichkeit mit Populismus verbunden sind. In einem dritten Schritt werde ich die Folgewirkungen von Populismus für die politische Öffentlichkeit analysieren und wesentliche Unterschiede, aber auch einige Gemeinsamkeiten zwischen den genannten Regionen herausarbeiten. Ausgehend von der unterschiedlichen Virulenz des Populismus und den höchst verschiedenen Bedingungen für populistische Akteure wird sich etwa zeigen, dass es einen erheblichen Unterschied macht, ob Populisten an der (Regierungs-)Macht die Medien direkt instrumentalisieren können oder populistische Akteure aus der politischen Öffentlichkeit heraus mediale Aufmerksamkeit erlangen müssen. Für den Erfolg bzw. Misserfolg populistischer Diskurse ist zudem eine demokratische Konstitution von Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung.

Astroturf als strategische Instrumentalisierung von bürgerschaftlichem Engagement

Anna Irmisch, Universität Jena, Institut für Soziologie, anna.irmisch@uni-jena.de

Stream 13: Netzwerke - Panel II: Experimentelle Netzwerke: Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Lobbyarbeit und Realexperimenten

Astroturf: Der englische Begriff für Kunstrasen bezeichnet Initiativen, die nur scheinbar auf basispolitischer Ebene agieren. Tatsächlich werden sie v.a. durch Public-Affairs-Dienstleister, Unternehmen, oder Wirtschaftsverbände konzipiert, gegründet und/oder finanziert, um das Erreichen ihrer spezifischen Organisationsziele zu unterstützen. Astroturf – Begriff und Phänomen – entstammt der US-amerikanischen, also pluralistischen politischen Interessenvertretungspraxis, d.h. allein dessen Vorkommen in Deutschland könnte darauf hindeuten, dass das hiesige korporatistische Modell der Interessenvertretung Wandlungsprozessen unterliegt und involvierte Akteure aktiv nach Alternativen dazu suchen. Ein Beispiel: Der Name der seit 1980 in Deutschland aktiven Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung kann leicht irreführend mit einer NGO aus dem Umweltschutzbereich assoziiert werden. Allerdings sind dessen Mitglieder größtenteils Unternehmen und Verbände der Straßenbau- und Automobilindustrie, d.h. die Umweltschutzassoziation soll strategisch evoziert werden, denn indem Bürgermeister, Landräte und Straßenbaumeister gezielt durch die GSV in orchestrierte Bürgerinitiativen eingebunden werden, sollen Straßenbauvorhaben vorangetrieben werden. Die GSV-Bundesländerbeauftragten formieren und „betreuen“ Bürgerinitiativen via Kontaktvermittlung, Beratung, Informationsmaterial, Argumentationshilfen, Plakate usw.. Im Vortrag wird die Studie zum Thema Astroturf als Lobbyingstrategie in Deutschland (Irmisch 2011) vorgestellt. Es wird gezeigt, wie drei verschiedene Akteursgruppen politischer Interessenvertretungspraxis (NGO, Wissenschaft, Public Affairs) Astroturf wahrnehmen, deuten und darauf reagieren. Hierbei werden sowohl theoretische Implikationen politischer Responsivität, Interessenvertretung und Öffentlichkeit, als auch empirische Sachverhalte aufgegriffen.

Transnationale Öffentlichkeit am Beispiel des Klimawandels – Reichweite und Bestimmungsfaktoren

Ana Ivanova, Universität Hamburg, Exzellenzcluster „CliSAP“, Forschungsgruppe ‚Media Constructions of Climate Change‘, ana.ivanova@zmaw.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel III: Medienevents und Medienskandale als Verdichtungen transnationaler Öffentlichkeit

Die Globalisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche hat zur Frage nach der Entstehung einer globalen, genauer transnationalen, Öffentlichkeit geführt. Bisherige Studien fokussieren vor allem auf Existenz und Ausmaß einer europäischen bzw. westlichen Öffentlichkeit (aktuelle Beispiele sind Wessler et al. 2008, Koopmans & Statham 2010). Ihren Ergebnissen zur Folge stellt die Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten kein themenübergreifendes, lineares Phänomen dar, sondern ist stark themenabhängig. Stärkere Transnationalisierung lässt sich vor allem bei Themen feststellen, bei denen supranationale politische Akteure und Institutionen verstärkt eine Rolle spielen. Eine globale, über den Westen hinausgehende Öffentlichkeit wäre demnach bei Themen mit weltweiter Relevanz zu erwarten, wie z.B. globaler Terrorismus, Weltwirtschaftskrise oder Klimawandel, deren Lösung ein gemeinsames Handeln vieler Länder erforderlich macht. Vor diesem Hintergrund wird die Transnationalisierung von Öffentlichkeit am Beispiel des Klimawandels untersucht. Datengrundlage ist die Berichterstattung von Leitmedien aus ca. zwanzig Ländern zwischen 1996 und 2010. Neben Westeuropa und Nordamerika, sind dabei auch Asien, Ozeanien, Afrika und Mittelamerika repräsentiert. Der geplante Vortrag fokussiert auf die Analyse eines Aspektes transnationaler Öffentlichkeit – die zeitgleiche öffentliche Relevanz von einem Thema (issue attention) in den verschiedenen Ländern (vgl. Eder & Kantner 2000, Wessler et al. 2008). Konkret wird folgenden Fragen nachgegangen: Lässt sich beim Thema Klimawandel von einer transnationalisierten Öffentlichkeit sprechen und welche geografische Reichweite weist diese auf? Welche Rolle spielen dabei internationale (medien)externe Ereignisse und Entwicklungen (z.B. Klimakonferenzen, wissenschaftliche und Kulturereignisse)? Erste Ergebnisse zeigen, dass die Aufmerksamkeitsverläufe in fast allen Ländern neben nationalen Spezifika auch länderübergreifende (gruppenspezifische sowie globale) Charakteristika beinhalten. Als wesentliche Treiber einer länderübergreifenden Themenaufmerksamkeit erweisen sich internationale politische Ereignisse, vor allem die UN-Klimakonferenzen.

Neue Netzwerke und alte Tragödien

Michael Jäckel, Universität Trier, jaeckel@uni-trier.de

Gerrit Fröhlich, Universität Trier, froe4202@uni-trier.de

Stream 09: Privat - Panel II: Mediale Refigurationen von Öffentlichkeit und Privatheit im Web 2.0

Wenn die Soziologie ihre Aufgabe auch darin sieht, wiederkehrende Muster in Handlungsketten zu identifizieren, dann bietet das Umfeld neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ein aufschlussreiches Betätigungsfeld. Dabei werden insbesondere im Hinblick auf „post-privacy“-Diagnosen von Meyrowitz und auf die vielfach wahrgenommene Überforderung durch eine immer größere Menge an Informationen und Kommunikationskanälen eine Reihe von Widersprüchen deutlich. In Bezug auf das „Ende des Zeitalters der Privatsphäre“ hat man es zunehmend mit einem paradoxen Verhältnis der Sorge um die privaten Daten einerseits und mit einem eigentümlich zwanglosen Zwang zur Preisgabe von privaten Informationen andererseits zu tun. Gleichzeitig weisen die Klagen bezüglich der Überforderung darauf hin, dass Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten jeglicher Natur entweder in zu niedriger oder zu großer Menge zur Verfügung zu stehen scheinen – niemals jedoch in der passenden. Knappheitsphänomene und Partizipationsillusionen bleiben auch in sozialen Netzwerken bestehen. In diesem Spannungsfeld, wie es sich beispielsweise zwischen den Visionen der Schriftsteller Robert Sloss (der in der zunehmenden Vernetzung optimistisch das Ende des Alleinseins erwartete) und Isaac Asimov (für den eher das damit einhergehende Ende der Privatsphäre im Mittelpunkt stand) auftut, spiegelt sich erneut die bereits von Georg Simmel beschriebene Tragödie der Kultur, nunmehr aufgeführt auf den neuen „Bühnen“ des Web 2.0. Die Änderungen im Verhältnis von (Teil-)Öffentlichkeit und Privatheit lassen dabei neue Situationsgeographien entstehen, innerhalb derer der Zwang zur Reziprozität nun auch auf ehemaligen Hinterbühnen vermehrt einen Balanceakt zwischen Nachahmung und Differenzierung verlangt. Preisgabe und Nutzung privater Daten werden von den Mitgliedern der neuen Netzwerke dazu genutzt, im Sinne der Normalismustheorie einen Informationshorizont über „normales Verhalten“ bereitzustellen. Sie sollen so zugleich als Voraussetzung für die Herstellung kommunikativer Anschlussmöglichkeiten dienen. Der Vortrag verdeutlicht zum einen, dass die vielfach beobachteten kulturellen Tragödien nicht so tragisch sein müssen, wie sie auf den ersten Blick scheinen. Zum anderen geht es anhand ausgewählter Fallbeispiele um die Frage, wie sich das Individuum im digitalen Austausch zwischen Privatheit und Öffentlichkeit positioniert.

Die Politikberichterstattung von Nachrichten und Boulevardformaten im Vergleich

Olaf Jandura, München, jandura@ifkw.lmu.de

Katja Friedrich, LMU München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, katja.friedrich@ifkw.lmu.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel II: Unterhaltende Politikangebote in den Medien – Merkmale des neuen Strukturwandels

Die Boulevardsendungen des deutschen Fernsehens werden - obwohl sie auf großes Publikumsinteresse stoßen - in der Kommunikationswissenschaft kaum berücksichtigt. Bezüge zum Boulevard finden sich allenfalls in Analysen von Nachrichten; in diesen Arbeiten fungiert der Boulevard meist als negative Vergleichsfolie, um den Verfall der Qualitätsansprüche im Politikjournalismus deutlich zu machen. Methodisch decken Inhaltsanalysen der Informationsangebote Boulevardtendenzen auf, ohne dass diese durch vorgeschaltete Analysen der Boulevardgattungen als typische Boulevardmerkmale identifiziert wurden. So bleibt unklar, was die eigentliche Medienlogik des Boulevards ausmacht. Um mehr Klarheit über typische Merkmale boulevardesker Politikberichterstattung zu gewinnen, sind Vergleiche klassischer Informationsangebote mit Boulevardformaten nötig; dazu gibt es aber keine empirischen Studien. An dieser Stelle setzt der Vortrag an: Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Politik in Boulevardsendungen des deutschen Fernsehens vermittelt wird und inwiefern sich diese Sendungen vom Politikangebot klassischer Nachrichten unterscheiden. Methodisch werden in einer explorativen Studie zwei Inhaltsanalysen deutscher TV-Nachrichtensendungen und Boulevardmagazine miteinander verschränkt. Die Inhaltsanalyse der Boulevardformate zeigt, dass Politik durchaus Gegenstand der Boulevardberichterstattung ist. Das Genre thematisiert Politik primär auf Ebene der Sachthemen und politischen Organisationen (policy-, polity-Dimension), nur selten sind politische Akteure Gegenstand der Berichterstattung. Der Vergleich der Nachrichtensendungen und Boulevardformate deckt eine genreübergreifende Medienlogik der Politikberichterstattung auf: Die Genres besitzen eine kleine, thematisch jedoch klar umrissene Schnittmenge von einfach zu visualisierenden und personalisierbaren politischen Themen mit Bezug zu Deutschland, die sich zudem gut als Konflikt darstellen lassen und beträchtliche negative Folgen haben. Besonders stark ist diese Schnittmenge durch Elemente symbolischer Politik geprägt: Häufig thematisieren Nachrichten und Boulevardmagazine dieselben ritualisierten politischen Ereignisse, die aufgrund ihrer stereotypen Handlungsabläufe und Symbole auch ohne politisches Vorwissen leicht verständlich sind. Die Befunde machen deutlich, dass es an der Zeit ist, mit der häufig verwendeten Dichotomie aufzuräumen, dass Boulevardangebote im Gegensatz zum Informationsjournalismus Politik weitgehend ausblenden.

Der Fall dortmund-project – zur praxeologischen Analyse einer konflikt- und konsensorientierten Durchsetzung eines high-tech fokussierten Stadtentwicklungsprojektes

Michael Jonas, Institut für Höhere Studien Wien, jonas@ihs.ac.at

Stream 06: Räume - Panel II: Strittiger Städtebau. Politische Öffentlichkeit und Integration in der Stadt

Spätestens seit Mitte der 1970er Jahre gerieten die damaligen Kernindustrien des Ruhrgebietes – Kohle und Stahl – unter erheblichen Wettbewerbsdruck. In Dortmund, einer der größten Städte des Ruhrgebietes, wurde 1987 die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die im Jahr 1997 vollzogene Fusion der Stahlkonzerne Krupp und Thyssen rückte auch das Aus für den Stahlstandort Dortmund in unmittelbare Nähe. Ab 1970 waren nicht nur etwa 80.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Weite Teile der Stadt drohten nunmehr aus kontaminierten Industriearealen mit nutzlosen Produktionsanlagen zu bestehen, die die Wohnquartiere weiterhin voneinander abgrenzten und den öffentlichen Raum zerschnitten. Angesichts dieses Niedergangsszenarios engagierte sich aber seit Ende der 1990er Jahre eine heterogene Akteurskonstellation in einem Revitalisierungsdiskurs, in dessen Verlauf im Jahr 2000 ein auf 10 Jahre angelegtes Stadtentwicklungsprojekt – das so genannte dortmund-project – in Form einer Public-Private-Partnership implementiert wurde. Zentrale Vorhaben dieses Projektes bestanden in Flächensanierungen, dem Bau eines großen Sees und neuer Wohnquartiere für die Mittelschicht, der Durchführung von Unternehmensgründungswettbewerben und der Eröffnung technologiespezifischer Industrieparks mit entsprechender Infrastruktur. Dadurch – so die involvierte Unternehmensberatung McKinsey – könnten binnen zehn Jahren 70.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und die Lebensqualität in der Stadt erheblich gesteigert werden. Auf der Grundlage eines praxistheoretischen Ansatzes wird in dem geplanten Beitrag die Genese dieses Stadtentwicklungsprojektes in den Blick genommen, in der Partizipationsmöglichkeiten Stück für Stück eingeschränkt und Entscheidungsaktivitäten zuletzt expertokratisch und elitär durchgeführt wurden. Auf der Basis mehrjähriger empirischer Forschung wird argumentiert, dass die konflikt- und konsensorientierte Entwicklung und Durchsetzung des dortmund-projects nicht nur auf die doings und sayings der involvierten AkteurInnen zurückgeführt werden kann, sondern maßgeblich von den kontextualisierenden Effekten hierbei in Szene gesetzter Praktikenbündel der Konzeptentwicklung, Implementation und Legitimation eines so genannten ‚Neuen Dortmund‘ einerseits und betroffener soziomaterieller Arrangements andererseits abhängig war.



Finanzmarktöffentlichkeit

Jürgen Kädtler, Universität Göttingen, SOFI, juergen.kaedtler@sofi.uni-goettingen.de

Stream 05: Märkte - Panel I: Öffentlichkeit und (Finanz-)Märkte

Das Übergewicht, das Finanzmarktorientierung seit den 1990er Jahren in kapitalistischen Gesellschaften erlangt hat, geht weder auf die tatsächliche Generalisierung von Koordination über Marktmechanismen zurück, wie – mit gegensätzlicher Bewertung – neoliberale Ökonomen oder kritische Vermarktlichungstheoretiker annehmen. Noch geht es unmittelbar auf die Übermacht bestimmter „institutioneller“ Finanzmarktakteure zurück, wie Theorien eines Finanzmarktkapitalismus unterstellen. Die Dominanz von Finanzmarktorientierung beruht vielmehr auf der organisatorischen Konsolidierung und Institutionalisierung von Finanzmärkten als spezifische Öffentlichkeit. Wie die bürgerliche Öffentlichkeit den eigenständigen Herrschaftsanspruch des Bürgertums dem absolutistischen Staat gegenüber begründet, so begründet die Formierung einer Finanzmarktöffentlichkeit aus Pensionsfonds und Anlagegesellschaften, Deutungsautoritäten wie Analysten und Rating-Agenturen, Medien und Finanzanlegerpublikum einen entsprechenden Anspruch gegenüber den übrigen wirtschaftlichen Akteuren. Bestimmte Deutungen setzen sich – mit unterschiedlichen Halbwertszeiten - in der Finanzmarktöffentlichkeit als allgemein oder zumindest mehrheitlich geteilte Überzeugungen durch, als konventionell begründete Handlungsorientierungen also – wenn man so will: die herrschende Meinung der financial community. Sich auf diese herrschende öffentliche Meinung beziehen zu können, ist eine bedeutende Machtressource, die die Finanzmärkte bereitstellen. In dem vorgeschlagenen Beitrag soll es um drei Punkte gehen: -die Akteurskonstellationen und die politisch-soziale Gelegenheitsstruktur, die die Konsolidierung und Institutionalisierung einer Finanzmarktöffentlichkeit mit globaler Reichweite ermöglichen; -die sozialen Binnenstrukturen und Meinungsbildungsmechanismen der Finanzmarktöffentlichkeit; - das Zusammenspiel von Finanzmarktöffentlichkeit und anderen politisch relevanten Teilöffentlichkeiten bzw. Meinungsbildungsarenen. Der Beitrag schließt v. a. an Literaturen zu Konventionenökonomie, Cultural Economies und zur Theorie sozialer Felder an.

Ethnographisches Forschen im Medium der Schrift

Herbert Kalthoff, Universität Mainz, Institut für Soziologie, herbert.kalthoff@uni-mainz.de

Stream 08: Medien - Panel III: Is the Research-Medium the Message? Zur Medialität der Forschungspraxis

Aufgeschreckt und irritiert durch die „Krise der Repräsentation“ hat sich die methodenreflexive Debatte in der ethnographischen Soziologie (und in anderen Fächern) im Wesentlichen auf drei Argumente konzentriert. Sie hat ersten den ethnographischen Autor rehabilitiert, durch den die empirisch beobachtete Welt in eine explizierende Sprache transformiert wird. Es sei die besondere Leistung des schreibenden Ethnographen, die Welt so zur Sprache zu bringen, wie sie es selbst nicht kann. Sie hat zweitens die Vorzüge der audio-visuellen Technik als ein nicht-reaktives Verfahren hervorgehoben, mit der soziale Phänomene geradezu neutral registriert werden können. Durch diese Technik verfüge die Soziologie über Dokumente des Sozialen, die nicht auf der Re-Interpretation des schreibenden Soziologen basieren, sondern bloße Aufzeichnungen sind – magnetische oder digitale Spuren. Und sie hat drittens rhetorische Praktiken ethnographischer Darstellungsstrategien problematisiert (etwa am Beispiel der Transkription). Diese drei Argumentationslinien bieten jeweils gewichtige Gründe für die ethnographische Soziologie. Sie betonen etwa die kognitive und begriffliche Leistung der Ethnographen, die ‚ungeschnittene‘ Darbietung sozialer Phänomene, wie sie sich der menschlichen Beobachtung entziehen, und den dokumentarischen Charakter von Darstellungskonventionen. Dennoch ignorieren sie bislang das Medium, in dem Ethnographen operieren: die Schrift zum einen, die Aufzeichnungstechnik zum anderen. Der Beitrag wird sich mit diesem ‚blinden Fleck‘ der Ethnographie beschäftigen und am Beispiel der Schrift analysieren, wie das Medium, in dem die Forschung operiert, in den Aufzeichnungen der Ethnographen seine Spuren hinterlässt. Der Beitrag erörtert insbesondere die Frage, wie die Schrift soziale Phänomene und Sprachlichkeit in Szene setzt. Hiermit will er einen Beitrag zu einer Theorie derjenigen Forschungsinstrumente leisten, die in der qualitativen Soziologie verwendet werden.



Image, Medien, Bildung: Überlegungen zur Konstruktionslogik des schönen Scheins im Bildungssystem

York Kautt, Justus Liebig Universität D-Giessen, Institut für Soziologie, York.Kautt@sowi.uni-giessen.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel II: Schöne Images statt reflexiver Praxis? Zur Diagnose des Verhältnisses von öffentlichem Diskurs und Praxis des Bildungssystems

Die These, dass sich hinter dem schönen Schein der Images (auch) im Bildungssystem eine Praxis verbirgt, die auf verschiedenen Ebenen (u.a. der Interaktion, der Organisation, der Diskurse) wirksam ist, provoziert verschiedene Fragen zum Begriff des Images. Denn nur über eine genauere Bestimmung des als >Image< definierten Kommunikationszusammenhangs kann angegeben werden, inwiefern von einer >Realität< hinter dem schönen Schein gesprochen werden kann bzw. inwiefern das Kommunizieren dies- und jenseits der Images zueinander in Beziehung steht. Der vorgeschlagene Beitrag will in diesem Sinne zur Klärung des Begriffs beitragen. Er geht von der Frage aus, inwiefern Image als eine spezifische moderne Form der Eindrucksmanipulation zu verstehen ist, die sich von historischen Vorläufern der Informationspolitik systematisch unterscheidet. Die Bedeutung der Kommunikations- und Verbreitungsmedien liegt dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Nachfolgend wird die Frage behandelt, wie sich die Identität von Images bestimmen lässt. Zu diesem Zweck werden die Selbstdarstellungen einiger Universitäten exemplarisch einer Analyse unterzogen. In vergleichender Perspektive zu Imagebildungen in anderen Bereichen (z.B. der Konsumgüter) wird gezeigt, inwiefern >Bildung<, >Wissen und >Wissenschaft< als spezifische Güter inszeniert werden. Die theoretischen und analytischen Überlegungen werden abschließend zu einem Modell integriert, das Gesichtspunkte für die Unterscheidung von (Image-)Symbolik und Praxis und der mit zusammenhängenden These der Entkopplung von Diskursen einerseits und tatsächlichen Leistungsstrukturen im Bildungssystem andererseits zur Diskussion stellt.

Konzeptionelle Überlegungen zu (neuen) Öffentlichkeiten

Elisabeth Klaus, Universität Salzburg, Fachbereich Kommunikationswissenschaft, elisabeth.klaus@sbg.ac.at

Ricarda Drüeke, Universität Salzburg, Fachbereich Kommunikationswissenschaft, ricarda.drueeke@sbg.ac.at

Stream 11: Gender - Panel III: Öffentlichkeitstheorien und öffentliche Diskurse in feministischer Perspektive

Im Beitrag fragen wir nach den Möglichkeiten, feministische Öffentlichkeitstheorie und Internet-Öffentlichkeiten aufeinander zu beziehen. Ausgangspunkt ist unsere Beobachtung, dass Mainstream Öffentlichkeitstheorien den Beitrag der Gender Studies (wieder) zunehmend ignorieren. Demgegenüber reflektieren wir, wie zentrale Merkmale feministischer Öffentlichkeitstheorie dazu beitragen können, durch das Internet evozierte und andere Formen von mediatisierter Öffentlichkeit in ihren theoretischen und politischen Dimensionen zu erfassen. Ein Grundpfeiler feministischer Öffentlichkeitstheorie war die Infragestellung des Dualismus von Öffentlichkeit und Privatheit (z.B. Hausen, Benhabib). Hielten traditionelle Theorien gerade diese Grenzverschiebung für indiskutabel, so zeigt sich, dass Öffentliches heute vielfältig in die Privatsphäre eindringt und Privates in neuen Formen öffentlich verhandelt wird. Zweifel meldete die feministische Öffentlichkeitsforschung auch an Vorstellungen von Öffentlichkeit als rationaler Diskurs an. Angesichts emotionalisierter Medienformate ist diese Debatte von neuer Brisanz. Die feministische Bewegung monierte des Weiteren eine Engführung der Forschung auf eine politische Öffentlichkeit. Im Internet wird ein enger Politikbegriff etwa durch zivilgesellschaftliche Partizipation oder Citizen Journalism in Frage gestellt. Das Private ohne Weiteres zum Politischen zu erklären, ist jedoch ebenso problematisch wie die Kritik von schwarzen Frauen und Migrantinnen gezeigt hat (z.B. bell hooks). Die Verschränkung stratifikatorischer Differenzierungen innerhalb vielfältiger Öffentlichkeiten ist mit dem Internet offensichtlicher hervorgetreten und wirft neue Fragen der Konstituierung und Funktion von Teilöffentlichkeiten auf. So ist zu ermitteln, ob es noch ausreicht, zwischen hegemonialen und subalternen (Gegen-)öffentlichkeiten (z.B. Fraser, Gerhards/Wischermann) zu unterscheiden. Das von Fraser festgestellte Theoriedefizit der Öffentlichkeitsforschung, demzufolge meist „empirische Kommunikationsflüsse“ ohne eine konzeptuelle Erfassung untersucht würden, gilt ebenso für die Analyse von Internet-Öffentlichkeiten. Daran anknüpfend möchten wir im Beitrag darlegen, wie die Einarbeitung feministischer Perspektiven als empirischer Test und konzeptionelle Herausforderung verstanden werden kann, um die augenblicklichen Wandlungsprozesse gesellschaftlicher Öffentlichkeit unter herrschafts- sowie geschlechterkritischen Perspektiven zu reflektieren.



Die Startseiten deutscher Freemailanbieter als Einstiegstor zur politischen Öffentlichkeit?

Katharina Kleinen-von KönigsLöw, Universität Wien, mail@katharinakleinen.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel II: Unterhaltende Politikangebote in den Medien – Merkmale des neuen Strukturwandels

Das Interesse an der Politikvermittlung in unterhaltenden Medienangeboten gründet u.a. auf der Hoffnung, dass hier auch politisch desinteressierte Bürger Zugang zu politischen Informationen erhalten. Angesichts der Tatsache, dass ein Viertel der deutschen Bevölkerung keines der klassischen Informationsmedien (Tageszeitungen, Fernsehnachrichten, politische Wochenzeitschriften) regelmäßig nutzt (lt. Media Analyse Intermedia 2007), erscheint es geboten herauszufinden, ob diese „Informationsmedienverweigerer“ auf anderen Wegen an der politischen Öffentlichkeit teilnehmen und auf welche Weise sich das so gewonnene Bild der Öffentlichkeit unterscheidet. Eine Reihe von Studien setzt sich mit dem politischen Potenzial unterhaltender Medienangebote auseinander – der vorliegende Beitrag analysiert eine weitere Gruppe Medienangebote, die ebenfalls überwiegend nicht zur politischen Informationssuche genutzt werden, aber dennoch einen Beitrag zur Öffentlichkeit leisten können: die Startseiten von Freemailanbietern. Diese Webseiten werden von ihren Betreibern zwar als Informations- oder Nachrichtendienst verstanden und deklariert, von ihren Nutzern werden sie primär einem anderen Zweck zugeordnet, nämlich dem Zugang zu interpersoneller Kommunikation. Angesichts der großen Reichweite dieser Webseiten (Rang 11 in Deutschland für web.de (direkt hinter bild.de), lt. Branchendienst Alexa (22.04.2011)) ist ihre Rolle als mögliches Einstiegstor zur politischen Öffentlichkeit für die Verweider politischer Informationsmedien nicht zu unterschätzen. Die Studie vergleicht das Angebot an politischen Informationen auf den Startseiten der Freemailanbieter web.de und t-online.de mit dem von bild.de und spiegel.de für einen Zeitraum von vier Wochen im Frühjahr 2011 mittels einer standardisierten Inhaltsanalyse. Im Rahmen der Auswertungen wird deutlich, dass die Freemailanbieter eine größere Nähe zum Webangebot der Boulevardzeitung in Bezug auf Auswahl und Präsentation der politischen Nachrichten aufweisen. Im Bereich der „Top-Themen“ sind die inhaltlichen Überschneidungen jedoch so groß, dass es zunächst keinen Unterschied macht, auf welchem Wege die Bürger in die politische Öffentlichkeit einsteigen. Die Detailtiefe der Informationen ist allerdings bei den Freemailanbietern geringer als bei bild.de, entsprechend wäre es wichtig in weiteren Untersuchungen zu erheben, ob und wo sich die Nutzer der Freemailseiten bei gewecktem Interesse an politischen Themen weitergehend informieren.

Die Transformation des Alltagswissens

Hubert Knoblauch, TU Berlin, Hubert.Knoblauch@tu-berlin.de

Stream 09: Privat - Panel III: Was ist „der gut informierte Bürger“ heute? Renovierungen einer Sozialfigur

Auf der Grundlage der Schütz'schen Theorie wird sich der Beitrag mit einer wissenssoziologisch-gesellschaftstheoretischen These befassen, die in drei Teile gegliedert ist: (1) Schütz' Figur des gut informierten Bürgers lebt von einer Differenz zwischen einem pragmatischen Alltagswissen und dem strukturell ausgegliederten Sonderwissen der Institutionen - eine Differenz, die übrigens auch den Begriff der Lebenswelt prägt. (2) Die institutionelle Durchsetzung der Wissensgesellschaft und die technischen Veränderungen der Wissensvermittlung bzw. Kommunikationsmittel führen, wie ich meine, zu einer Transformation der gesellschaftlichen Struktur des Wissens, die (3) auch für die Wissenssoziologie selbst Folgen zeitigt.



Die neue Sichtbarkeit des Islams als Integrationsinstitution?

Hermann Köhler, Bauhaus-Universität Weimar, herm.koehler@gmx.de

Stream 06: Räume - Panel II: Strittiger Städtebau. Politische Öffentlichkeit und Integration in der Stadt

Die Errichtung repräsentativer Moscheen hat in jüngster Vergangenheit große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erlangt. Während der Planung der muslimischen Sakralbauten entzündeten sich emotionale Debatten, die auf der Seite der Moscheegegner den Islam als Teil der deutschen Gesellschaft ablehnten, auf der Seite der Moscheebefürworter eben diese Anerkennung einforderten. Das Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Öffentlichkeit und Integration in der Stadt kann folglich für ethnische/religiöse Minderheiten durchaus brisant gesehen werden. Bei derartigem heftigem Widerstand könnte man die Ansicht vertreten, dass an den Bau repräsentativer Moscheen, meist gekennzeichnet durch traditionelle Stilelemente aus den Herkunftsländern der Moscheevereinsmitglieder, deutliche Konzessionen hinsichtlich der Architektur erforderlich seien. Jedoch vertritt ein Teil des wissenschaftlichen Diskurses zum Bau repräsentativer Moscheen die Annahme, dass die Konflikte zur Integration von beiden Seiten beigetragen haben. Eine Untersuchung darüber, ob dieser Integrationsprozess im lokalen Diskurs „nach dem Sturm“ anhält, liegt bislang nicht vor. Aufgrund dessen lautet die zentrale Fragestellung des Forschungsprojektes: Welche Auswirkungen hat die neue Sichtbarkeit des Islam – am Beispiel repräsentativer Moscheen – auf den Integrationsprozess innerhalb der Stadtgesellschaft? Stadtgesellschaft wird hier definiert als bauenden Moscheenverein, ausdifferenzierte Nachbarschaften sowie weitere lokale Akteure. Unter Rückgriff auf Bourdieus Raumbegriff werden die Errichtung einer repräsentativen Moschee und die damit verbundene verstärkte Stellung in der deutschen Gesellschaft als Aneignung von physischem Raum als Symbol und Verstärkung der Position im sozialen Raum gedeutet. Die These der Integration durch Konflikt von Leggewie hilft hierbei, klassische Assimilationsansätze mit pluralistischen Integrationsverständnissen zu integrieren. Über einen kontrastiven Fallstudienvergleich von Moscheen in Duisburg, Berlin sowie Frankfurt/M. wird die forschungsleitende Fragestellung analysiert. Die Auswahl der Fallstudien verfolgt das Ziel, den Aspekt der frühzeitigen Einbindung der städtischen Öffentlichkeit seitens des Moscheevereins im Hinblick auf den Integrationsprozess mit ein zu beziehen. Der Forschungsgegenstand wird über ein Modell der Methodenintegration untersucht, welches die Erkenntnisse einer Expertenbefragung mit denen einer repräsentativen Befragung integriert.

Grenzen der Entgrenzung? Transnationale Öffentlichkeiten und die Entstehung Diskursiver Macht. Eine Untersuchung am Beispiel der internationalen Finanzkrise und den UN-Klimakonferenzen.

Esther Konieczny, Berlin Graduate School of Social Sciences der Humboldt Universität zu Berlin, esther.konieczny@

sowi.hu-berlin.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel III: Medienevents und Medienskandale als Verdichtungen transnationaler Öffentlichkeit

Das Forschungsfeld der Transnationalisierung von Öffentlichkeit weist aktuell drei Desiderate auf: Erstens bleibt es fast ausschließlich auf den politischen Raum Europa begrenzt. Zweitens mangelt es an systematischem Wissen über die Bedingungen, die eine Transnationalisierung von Öffentlichkeit fördern oder hemmen. Drittens wissen wir wenig über transnationale Legitimierungsmechanismen und die Entstehung von Macht und Prestige von transnationalen Akteuren. Um diesen Forschungslücken zu begegnen, werden in der vorliegenden Studie folgende Fragen adressiert: Es wird untersucht, ob globale Ereignisse wie die internationale Finanzkrise und die UN-Klimakonferenzen zu einer Transnationalisierung der amerikanischen und deutschen Öffentlichkeit führen und inwiefern sich das Ausmaß und die Struktur der Transnationalisierung dieser Öffentlichkeitsarenen unterscheiden. Auch wird die Frage nach den Bedingungen von Transnationalisierungs- bzw. Abschottungsprozessen aufgeworfen. Schließlich wird untersucht, ob transnationale Akteure Deutungsmacht und Prestige in einer nationalen Medienarena aufbauen können. Hierfür wird das Konzept der „Diskursiven Macht“ eingeführt, das davon ausgeht, dass Macht in der Interaktion entsteht. Macht gewinnt demzufolge nicht nur der Sprecher, sondern auch der Adressat einer Interaktion durch Zuschreibungen Dritter und deren Unterstützung. Die vorläufigen Forschungsergebnisse zeigen, dass die nationale Konfliktkonstellation einerseits und die globalen Konfliktstrukturen andererseits ausschlaggebend sind für das Ausmaß und die Struktur der Transnationalisierung einer nationalen Öffentlichkeit. Die Zuschreibung von Legitimität an transnationale Akteure, so ein weiteres Ergebnis, ist bedingt durch die jeweils spezifischen nationalen politischen und kulturellen Kontextbedingungen. Zudem können transnationale Akteure Diskursive Macht generieren, wenn ihr Framing an die nationale Deutung eines Diskurses anschlussfähig ist. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein Akteur vor allem dann mächtig ist, wenn er sich an der Zuschreibung von Legitimität, der Konstruktion von Gegner- und Verbündeten Netzwerken und der Benennung von Betroffenen aktiv beteiligt. Positionierungen, die keinen Akteur adressieren, verebben in den „Betriebsgeräuschen“ (Neidhardt 2006) der Öffentlichkeit. Hier offenbart sich also ein Mechanismus öffentlicher Kommunikation: Auf Adressierungen folgen Gegenadressierungen, aus bloßer Sichtbarkeit eines Akteurs wird so Resonanz.



„Integrationsverweigerung“ im neueren öffentlichen Integrationsdiskurs in Deutschland: Das Verständnis von Integration und die Produktion neuer Ausschluss- und Kontrollinstrumente.

Maria Kontos, Institut für Sozialforschung an der Goethe Universität Frankfurt am Main, kontos@soz.uni-frankfurt.de

Stream 15: Populismus - Panel IIIa: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (II)

„Integration“ wird im neueren öffentlichen Diskurs in Deutschland zunehmend dramatischer gerahmt. Es bringt MigrantInnen, insbesondere MuslimInnen, unter den Verdacht der Haupturheberschaft drohender sozialer Desintegration – z.B. durch „Parallelgesellschaften“ – und liefert den Begründungszusammenhang für eine verschärfte Aufenthaltspolitik. Ziel meiner Präsentation ist, am Beispiel der von Politikern benutzten Konzepte der „Integrationsunwilligkeit“, Verschiebungen von Semantiken im Integrationsverständnis zu diskutieren. Des Weiteren, möchte ich fragen, in wiefern mit diesem Konzept Verschärfungen aufenthaltsrechtlicher Regelungen und neue Instrumente der Ausgrenzung begründet werden. Ich gehe insbesondere auf das mit diesem Konzept zum Ausdruck kommende Verständnis von Integration ein. Der Integrationsprozess wurde bislang als von der pragmatisch motivierten Integrationsbereitschaft der MigrantInnen getragen gesehen. Nun wird diese Idee fallen gelassen und die Partikularismen von Kultur und Religion als Grundlagen für Integrationsverweigerung in den Mittelpunkt gestellt. Integration wird jetzt als eine unwahrscheinliche Leistung und ein Prozess ohne motivationales Substrat gesehen, der mit rechtlichen Sanktionen, und mit der Einführung eines bindenden „Integrationsvertrags“ – so der Koalitionsvertrag der regierenden Parteien – gesichert werden soll. Änderungen im Verständnis der motivationalen Ressourcen für das Integrationshandeln gehen mit der Verrechtlichung des Integrationsprozesses einher. Die rechtlichen Sanktionen, welche die Aneignung von sprachlichen und materiellen Wissen über das gesellschaftliche Zusammenleben sichern sollen, enthalten nun als Instrument für die Durchsetzung der Integrationsbereitschaft die Einschränkung des Aufenthaltsrechts. Im zweiten Teil der Präsentation werde ich auf die durch dieses Instrument bestätigte Delegitimation des Daueraufenthaltes von MigrantInnen eingehen und nach seiner Bedeutung für die soziale Position von MigrantInnen fragen. Drittens, werde ich auf die Frage der besonderen Veränderungen in den Integrationsbedingungen eingehen, die diesen Diskurs hervorgebracht haben: das Nachlassen der integrativen Wirkungen des reformierten Wohlfahrtsstaates und des deregulierten Arbeitsmarktes auf der einen Seite und die Stärkung der Bedeutung ethnischer Netzwerke und ethnischer Communities für die Integration der MigrantInnen auf der anderen.

Öffentliche Intellektuelle und Think Tanks in einer supranationalen Öffentlichkeit – Wessen Meinung wird durch Project Syndicate verbreitet?

Philipp Korom, Universität Graz, philipp.korom@uni-graz.at

Stream 01: Kommunikatoren - Panel III: Das ambivalente Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit

Dieser Beitrag betrachtet die Rolle öffentlicher Intellektueller aus zwei Perspektiven. Einerseits wird in Bezug auf die klassische Intellektuellensoziologie danach gefragt, wie autonom wichtige Intellektuelle sind (Gramsci, Mannheim) und wie stark sie sich als Generalisten (Bourdieu) oder Spezialisten (Foucault) verstehen. Andererseits wird der Fokus auf das intellektuelle Feld (space of opinion) insgesamt gerichtet. Von Interesse ist nicht mehr der Intellektuelltypus, sondern die sozialen Standorte aus denen Intellektuelle intervenieren und die Verteilung von Meinungen innerhalb des intellektuellen Feldes. Oftmals versuchen Intellektuelle die Meinungen von think tanks zu verbreiten (Peterson Institute for International Economics, Centre for European Policy Studies, Open Society Institute und andere) – auf diesen Typen und seine Position innerhalb einer supranationalen Öffentlichkeit wird im Besonderen eingegangen werden. Dem Vortrag liegt als empirisches Material eine Gesamterhebung aller Project Syndicate-Kommentare zu Grunde. Alle Kommentare (op-eds) von 50 opinion leaders werden qualitativ analysiert. Das intellektuelle Feld wird mittels Korrespondenzanalyse rekonstruiert. Project Syndicate ist ein Syndikat, in dem zur Zeit 430 Zeitungen und Zeitschriften aus 150 Ländern mit einer Auflage von fast 70 Millionen Exemplaren zusammengeschlossen sind.

Der Verlust kommunikativer Macht. Über Öffentlichkeit und Politik in der Weltgesellschaft

Regina Kreide, Justus Liebig Universität Giessen, regina.kreide@sowi.uni-giessen.de

Stream 07: Habermas - Panel III: Nach 50 Jahren: Strukturwandel der Öffentlichkeit revisited

Die Macht des globalen Privatrechts, der globalen Märkte und politischer Entscheidungsgremien jenseits nationalstaatlicher Demokratie werfen 50 Jahre nach Jürgen Habermas' "Strukturwandel der Öffentlichkeit" erneut die Frage nach dem Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Politik auf. Inzwischen, so die These des Beitrags, ist es zu einem erneuten, schleichenden Strukturwandel der Öffentlichkeit gekommen ist – wenn auch diesmal mit anderen Vorzeichen. Nun ist nicht mehr die "kommunikative Macht" fester Bestandteil der Politik, sondern ist Politik zur vermachteten Kommunikation geworden. Die Philosophie reagiert auf diesen Befund mit Politikkonzeptionen, die – so wird gezeigt - unterschiedlich gut für eine Analyse und Bewertung dieser Entwicklungen gewappnet sind. Der Vortrag analysiert verschiedene Politikkonzeptionen (Politik als Handeln, Governance-Theorien, Politik als Konflikt und als das "Politische") und verteidigt einen "pragmatischen Politikbegriff", der auf die Kritik an bestehenden Institutionen gerichtet ist - ohne jedoch auf die Notwendigkeit zu verzichten, die entscheidende Rolle politischer Aktivität in vielfältigen Öffentlichkeiten zu betonen.

Veränderungen in der Herstellung des öffentlichen Gutes „Gesundheit“ im Krankenhaus und deren Deutung durch die daran beteiligten Berufsgruppen im D-A-CH-Ländervergleich

Manfred Krenn, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), Wien, krenn@forba.at

Michael Gemperle, Soziologisches Seminar der Universität St. Gallen, michael.gemperle@unisg.ch

Lisa Grabe, Hamburger Institut für Sozialforschung, Lisa.Grabe@his-online.de

Tina Maria Willner, tina.willner@gmail.com

Stream 12: Deregulierung - Panel I: Im Dienst öffentlicher Güter: Akteure, Institutionen, Praktiken

Gesundheit gilt nach wie vor als eines der wichtigsten öffentlichen Güter, wenngleich ihre Wiederherstellung im Krankheitsfall in den letzten Jahrzehnten großen Veränderungen unterworfen war. Auf die Herausforderung steigender Kosten wurde europaweit in ähnlicher Weise mit Politiken der Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung reagiert. Wenngleich diese Veränderungen im Herstellungsprozess in den D-A-CH-Ländern unterschiedlich weit gediehen sind, ist es doch überall zu wesentlichen und grundsätzlichen Formveränderungen der Erbringung der Gesundheitsversorgung gekommen. D.h. diese Veränderungen sind nicht ohne Wirkung auf die Arbeit in Krankenhäusern und die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der dort Beschäftigten geblieben, wie verschiedenste Studien zeigen. Inwiefern sich diese Änderungen aber in den Denk-, und Wahrnehmungsweisen und im Handeln der Beschäftigten niederschlagen, ist noch wenig bekannt. Vor allem über die Art und Weise, wie sich Beschäftigte gegenüber den neuen Bedingungen verhalten, liegt wenig Wissen vor. Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von sozialer (Berufs-)Position und subjektiver Wahrnehmung bzw. Deutung dieses Wandels im Krankenhaus am Beispiel ärztlicher und pflegerischer Beschäftigtengruppen und versucht dabei die institutionelle „embeddedness“ (Polanyi) in „welfare cultures“ zu berücksichtigen. Im Zentrum steht dabei zum einen, wie dieser Wandel von den Betroffenen biographisch (deutend) bewältigt wird und zum anderen, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf ihr (Selbst)Verständnis von der normativen Herstellung des öffentlichen Guts Gesundheit haben. D.h. es geht um explizite aber auch implizite oder praktische Auffassungen des „Öffentlichen“ von Beschäftigten im Krankenhaus, die auf Grundlage von (insgesamt 45) biografischen Interviews im D-A-CH-Raum gesammelt und verglichen werden. Dabei soll herausgearbeitet werden, inwiefern die Aneignung von bzw. der Widerstand gegen „neue Spielregeln“ in Abhängigkeit nicht nur von ihrer (beruflichen) Position, sondern auch von ihren Dispositionen erfolgt. Dieses Paper zielt darauf ab, erste Elemente zur Diskussion zu liefern, inwiefern die Änderung der Arbeitsbedingungen im Krankenhaus die Ausbildung von bestimmten Dispositionen begünstigt. Dabei wird versucht eine pluriperspektivische Betrachtung der subjektiven Verarbeitung und Bewältigung des Wandels mit einer komparatistisch-ländervergleichenden zu verbinden.

Kontroversen um ein neues Mediengesetz in Europa. - Eine Fallstudie zur Methodenentwicklung

Henrik Kreutz, Universität Erlangen-Nürnberg, henrik.kreutz@univie.ac.at

Stream 08: Medien - Panel II: Orientierung und Fehlorientierung der Öffentlichkeit durch empirische Sozialforschung

Das Mediengesetz, das am 31.12.2010 vom ungarischen Parlament mit 2/3 Mehrheit beschlossen worden war, sorgte in der EU für große Turbulenzen. Die internationalen Medien griffen Gesetz und Gesetzgeber bereits zu einem Zeitpunkt an, zu dem es erst eine Fassung in ungarischer Sprache gab. Eine Inhaltsanalyse dieser voreiligen Kritiken belegt, dass keiner der Kritiker vor seinem negativen Urteil die 110 Seiten im Magyar Közlöny sorgfältig gelesen hatte. Auch fehlt den Kritiken jede Spur von Erkenntnissen oder Verfahren der bisherigen soziologischen Forschung. Dem entspricht, dass die zahlreichen Versuche, eine ‚Allgemeine Methodenlehre der Empirischen Forschung‘ zu entwickeln, nur zu der Einsicht führten, dass zusätzlich spezielle Messtheorien und Messverfahren für die unterschiedlichen Felder und Prozesse in der Gesellschaft erforderlich sind. Diese werden bis dato nur ad hoc entwickelt und nicht systematisiert. Analog zur ‚grounded theory‘ ist daher eine ‚grounded methodology‘, die auch den inhaltlichen Bezug zur jeweiligen Forschungsfrage herstellt, kumulativ zu entwickeln. Dabei sind speziell im Medienfeld, um das es hier geht, Prozesse und Strukturen sowohl auf den verschiedenen Ebenen (Makro-, Meso-, Mikro-, Pico- Ebene) als auch zugleich auf der ‚Vorderbühne‘ und auf der ‚Hinterbühne‘ in ihren komplexen Wechselwirkungen zu erfassen. Diese Vielschichtigkeit der Wechselwirkungen, soll nachfolgend anhand eines aktuellen Ereignisses verdeutlicht werden : Der durch das Mediengesetz neu geschaffene ungarische Medienrat hat am 14.4.2011 die von den zwei multinationalen Unternehmen, Springer und Ringier, beantragte Fusion mit der Begründung untersagt, dass die nunmehr gesetzlich geforderte ‚Vielfalt der Medienangebote‘ durch den Zusammenschluss gefährdet würde. Die beiden Unternehmen beherrschten im Frühjahr 2010 in 5 Staaten Ostmitteleuropas bereits 107 Periodika und mehr als 70 Online – Angebote. Im Eigentum von der politisch konservativen Axel Springer AG befindet sich aber auch die >Népszabadság<, die als die einzig repräsentative Tageszeitung der MSZP, also der ungarischen Sozialisten fungiert. Die angebahnte Fusion unterstreicht das Bündnis von Großkapital und Sozialistischen Parteien noch dadurch, dass Ringier mit dem im linken Spektrum der Schweiz angesiedelten COOP – Konzern verflochten ist.

Vom Alltag zum mediatisierten Alltag.

Friedrich Krotz, Universität Bremen, IMKI, Friedrich.krotz@uni-bremen.de

Stream 07: Habermas - Panel I: Öffentlichkeit und Alltag. Vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert

Früher – beispielsweise in der Industriegesellschaft wie sie nach dem zweiten Weltkrieg funktionierte – kommunizierten die Menschen in ihrem Alltag überwiegend face-to-face mit anderen. Die Anzahl der Medien und die Funktionen, die sie für die Menschen übernahmen, war überschaubar, wie beispielsweise Tagesablaufuntersuchungen in den 1950er Jahren zeigen. Die Medien waren zudem auf spezifische Sinnprovinzen eingegrenzt, insofern sie zu bestimmten Tageszeiten in bestimmten räumlichen und sozialen Bedingungen für bestimmte vorgegebene Zwecke genutzt wurden. An den Telefonzellen stand nicht: „quatsch dich leer“, sondern „Fasse dich kurz!“, und der Briefträger, der morgens immer zu selben Zeit kam, gehörte irgendwie auch ein wenig zur Familie. Natürlich gelten diese Beobachtungen aus dem späten Industriezeitalter keineswegs generell, aber es war dennoch Konsens, dass so ein angemessenes Leben auszusehen hatte. In den mediatisierten Gesellschaftsformationen von heute hat sich dies radikal geändert, Alltag ist zum mediatisierten Alltag geworden, in den die neuen Generationen auf andere Weise hinein sozialisiert werden. Dafür lassen sich Belege und Indizien in vielen Feldern finden: Das Verhältnis von Politik, Medien, Öffentlichkeit und den Menschen, die früher das Publikum genannt wurden, ist mittlerweile anders geworden, Sozialisationsprozesse müssen heute in medialen Zusammenhängen verstanden werden, Sehen, Hören oder Lesen sind erlernt und damit ebenso Objekt kulturellen und sozialen Wandels im Kontext des Wandels der Medien wie das Sprechen und Denken, Figurationen und Habitus der Menschen wandelt sich, und die „sozialen Welten“, wie sie Anselm Strauss konzipiert hat, sind heute Felder mediatisierten Handelns. Grundlegend ist dabei immer auch, dass an mediatisierte Kommunikation immer kommerzielle Einrichtungen, gesetzliche Regelungen und soziale Institutionen beteiligt sind, die die Rahmenbedingungen kontrollieren und darüber auf Kommunikation Einfluss nehmen. Der Vortrag wird diese Sachverhalte und Entwicklungen illustrieren und sie theoretisch einzuordnen versuchen.



Halbinseln gegen den Strom: Realexperimente intentionaler Vergemeinschaftung

Iris Kunze, Universität Münster, Institut für Soziologie, iris.kunze@uni-muenster.de

Stream 13: Netzwerke - Panel II: Experimentelle Netzwerke: Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Lobbyarbeit und Realexperimenten

„Intentionale Gemeinschaften“ und Ökodörfer sind lokal verankerte, teils autarke Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, die auf Kooperation und freiem Miteinander fußen. Sie nehmen Einfluss auf die Regionalwirtschaft und –politik. Global vernetzt transferieren sie ökonomisches, ökologisches und soziales Wissen über die Gestaltung von Regionalökonomie bis Alltagsökologie zwischen den Kulturen. Intentionale Gemeinschaften können als Realexperimente verstanden werden. Sie üben sich seit einigen Dekaden vermehrt als „Halbinseln gegen den Strom“ darin, selbständige, eigenverantwortliche Strukturen aufzubauen. Sie erzeugen ihre Energie-, Wasser- und Grundnahrungsmittelversorgung teilweise selbst und gründen selbstverwaltete Betriebe oder Schulen. Ihre Ziele sind vor allem ein nachhaltiges, gerechtes und kulturell pluralistisches Miteinander zu schaffen. Dabei isolieren sie sich nicht aus gesellschaftlichen Zusammenhängen, sondern intendieren, diese mitzugestalten. Lobbyarbeit und Werbung werden aufgrund eines non-profit-Ansatzes und der Gemeinschaftsorientierung zu einer neuen kulturellen Bewegung, hinter der keine eindeutigen Akteure oder Label stehen. Im Vortrag werden die Ergebnisse mehrjähriger Forschung in Form von standardisierten Erhebungen, Dokumentenanalysen, teilnehmender Beobachtung sowie Tiefeninterviews aus Fallstudien „intentionaler Gemeinschaften“ vorgestellt und anhand folgender Fragestellungen interpretiert: Wie werden die durch intentionale Gemeinschaften erschaffenen Räume mehr als virtuelle Begegnungswelten und Lobbyarbeit, die auf die Ressourcen von außen in Form von Rekrutierung neuer Investoren oder Konsumenten angewiesen sind? Wie entstehen Realexperimente, die aus sich heraus ökonomische und kulturelle Praktiken schaffen? Können sie die Krisen der Spätmoderne mit einem Mehrgewinn an Lebensqualität im Kleinen lösen? Bilden sich hier im Sinne einer mikrosozialen Fundierung von Gesellschaftsgenese Realexperimente mit der Chance zu nachhaltigen, resilienten „Gesellschaftskeimen“ oder handelt es sich um utopische Aussteiger? In welchen Bereichen wirken diese Realexperimente auf andere gesellschaftliche Bereiche? Welche Aspekte dieser Gemeinschaften wirken unrealistisch und warum?

Segmentierung der Wahlkampföffentlichkeit – Zielgruppen im politischen Marketing

Isabel Kusche, Universität Osnabrück, isabel.kusche@uni-osnabrueck.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel II: Wahlkampföffentlichkeit(en) im Umbruch? Neue Strukturen, Inszenierungen und (Ver-)Wandlungen

Der Beitrag stellt einen Teilaspekt der Hinwendung zu Konzepten des politischen Marketings in den Mittelpunkt, der bei konsequenter Umsetzung die politische Öffentlichkeit in Wahlkämpfen gravierend verändert. Unter dem Stichwort ‚Segmentierung‘ behandelt die Marketinglehre die Möglichkeit, einen politischen Markt, der eine Vielzahl von Wählern mit unterschiedlichen Bedürfnissen hinsichtlich politischer Produkte umfasst, anhand bestimmter Merkmale der Wähler so aufzuteilen, dass sich homogene Teilmärkte ergeben, die mit unterschiedliche Leistungen bedient werden können. Das Publikum wird als Menge von Individuen mit existierenden politischen Neigungen beobachtet mit dem Ziel, sie entsprechend der Wahrscheinlichkeit, dass sie von einem möglichen Angebot der Partei bzw. des Kandidaten überzeugt werden können, in Kategorien zu unterteilen. Dabei ist der Spannweite von Motiven und Werten, die als Ursachen für eine bestimmte Wahlentscheidung in Frage kommen, keine Grenze gesetzt. Alles Mögliche lässt sich prinzipiell als Ursache für die Einstellung zu bestimmten Themen behandeln. Das eröffnet Parteien, die so beobachten, die Möglichkeit, Positionen zu Themen derart zu wählen, dass sie auf durch bestimmte Werte oder Einstellungen charakterisierte Publikumsteile und deren Erwartungen, die ihnen von Experten zugeschrieben werden, abgestimmt sind. In der Konsequenz bedeutet das, einzelnen Segmenten spezifische Programme zuzuordnen, die die Wähler dieses Segments gewinnen sollen und untereinander soweit kompatibel sind, dass die Programmatik einer Partei oder eines Kandidaten keine beobachtbaren Widersprüche aufweist. Im Ergebnis der Marketinglogik hat man es daher nicht mit Teilöffentlichkeiten zu tun, die sich um bestimmte Themen herum bilden, sondern mit der gezielten Adressierung bestimmter, für den Wahlgewinn als entscheidend betrachteter, Wählergruppen. Das beeinträchtigt die von Habermas' Öffentlichkeitsmodell herausgestellte Problematisierungs- und Kontrollfunktion in Bezug auf gesellschaftliche Problemlagen. Wenn angesichts von Instrumenten wie Direct Mail bestimmte Themen und Positionierungen für ein allgemeines Publikum nur noch schwer beobachtbar sind, hat das aber auch Folgen für die Thematisierungsfunktion von Öffentlichkeit, wie sie etwa das normativ weniger anspruchsvolle systemtheoretische Modell in den Mittelpunkt stellt.

The Dynamics of Voters' Left/Right Identification: The Role of Economic and Cultural Attitudes

Bram Lancee, Social Science Research Center Berlin & Department of Sociology, University of Amsterdam,
b.lancee@uva.nl

Armen Hakhverdian, Department of Political Science, University of Amsterdam, a.hakhverdian@uva.nl

Catherine De Vries, Department of Political Science & International Relations, University of Geneva, c.e..deVries@uva.nl

Stream 15: Populismus - Panel III: Medienpopulismus und politischer Populismus

Recent work on the dimensionality of political space suggests that party competition throughout Western Europe has undergone substantial changes over the past decades, leading to the mobilization of culturally rooted issues pertaining primarily to immigration. This study explores the extent to which cultural mobilization has affected the way in which people identify with politics. Specifically, it examines if voters' left/right self-placements over the past decades have become more linked to public attitudes towards immigrants and less so to views about the economy. By examining data from the Netherlands between 1980 and 2006, which constitutes a most likely case design, and employing multi-level analysis, this study demonstrates that as time progresses, voters' left/right self-placements are indeed more strongly influenced by immigrant attitudes, while the opposite pattern emerges for economic perceptions. These findings show how issues define one of the chief ways by which the public identifies with politics, namely through left/right ideology. Moreover, the results demonstrate that the issue basis of left/right identification is dynamic in nature and responds to changes in the political agenda. As a result, this study has important implications for our understanding of stability and change in political attitudes.

Ein sozialtheoretisches Fundament hat noch niemandem geschadet

Henning Laux, Universität Jena, henning.laux@uni-jena.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel III: Public Sociology und Gesellschaftstheorie

Lebensweltliche Diskurse sind für die Soziologie Chance und Gefahr zugleich. Einerseits gehören die Selbstbeschreibungen der Akteure zu den wichtigsten Quellen des soziologischen Wissens über die Gesellschaft. Deshalb muss sich eine zeitdiagnostisch interessierte Forschung, die den Rahmen des disziplinären Sprachspiels transzendieren möchte, mit aktuell zirkulierenden Deutungsangeboten auseinandersetzen. Sie muss also zuhören, um gehört zu werden. Andererseits sind die Auskünfte der Informanten nur in seltenen Fällen homogen. Ein ‚theorielos‘ Beobachter versinkt daher schnell im Datenchaos und degeneriert zum Protokollanten einer komplexen Praxis. Sein Bericht ist dann uninteressant, da ein Beitrag zur soziologischen Aufklärung fehlt. Der geplante Vortrag untersucht diese doppelte Herausforderung (theoretische Fundierung und öffentliche Relevanz) anhand der soziologischen Anverwandlung und Ausdeutung der Netzwerkmetapher. Der Fokus liegt hierbei auf den Arbeiten von Manuel Castells und Bruno Latour. Diese Gegenüberstellung ist lehrreich und interessant, weil an ihr distinkte Begriffsstrategien und alternative Pfade hin zu einer Public Sociology demonstriert werden können. Während Castells mit einer schillernden Zeitdiagnose direkt in den öffentlichen Diskurs interveniert, distanziert sich Latour vom omnipräsenten ‚Netzgerede‘ und geht den Umweg über die Sozialtheorie. Castells ist es gelungen, in erheblichem Maße auf die Alltagssemantik einzuwirken, das welterschließende Potenzial und die Erklärungskraft seiner Texte werden hingegen als relativ gering eingeschätzt. Im Gegensatz dazu hat sich Latour durch seine unorthodoxe Begriffsbildung von Anfang an in eine Nische der akademischen Soziologie manövriert. Erst in der Gegenwart wird die öffentliche Brisanz seiner konzeptionellen Überlegungen anerkannt. Denn offenbar lässt sich mit Latour eine Frage beantworten, auf die Castells noch immer keine Antwort gefunden hat: Warum kommt es in der Spätmoderne überhaupt zur Emergenz von Netzwerken? Der geplante Vortrag markiert zwei Quellen soziologischer Zeitdiagnose und veranschaulicht hierbei die bedeutsame Rolle sozialtheoretischer Überlegungen. Es soll gezeigt werden, dass sich die Soziologie weder in ‚privater‘ Theoriearbeit noch in ‚öffentlichkeitswirksamer‘ Zeitdiagnostik erschöpfen darf. Der Schlüssel für die erfolgreiche Generierung und Vermittlung von soziologischem Wissen liegt vielmehr im methodischen Spiel zwischen Nähe und Distanz zur doxa.



Does Populist Framing Matter? Der Einfluss von medienvermittelten populistischen Kommunikationsinhalten auf das Wahlverhalten im österreichischen Nationalratswahlkampf 2008

Günther Lengauer, Universität Innsbruck, AUTNES Innsbruck, guenther.lengauer@uibk.ac.at

Georg Winder, AUTNES, Innsbruck, georg.winder@uibk.ac.at

Stream 01: Kommunikatoren - Panel II: Wahlkampföffentlichkeit(en) im Umbruch? Neue Strukturen, Inszenierungen und (Ver-)Wandlungen

Vor dem Hintergrund der erhöhten Volatilität des Elektorates wird dem Wahlkampf und dessen medialen Vermittlung eine erhöhte Bedeutung in der Entscheidungsfindung der WählerInnen zugeschrieben (Dalton & Wattenberg 2000; LeDuc, Niemi & Norris 2010). Davon ausgehend untersucht diese Studie die Einflüsse von medienvermittelten, populistischen Kommunikationsinhalten auf (A) die Wahlbeteiligung (Mobilisierung) und (B) die Parteientscheidung. Bisher existieren kaum empirische Befunde, die sich im Speziellen mit der Rolle der Medien im Kontext von Populismus auseinandersetzen (Mazzoleni, Stewart & Horsfield 2003). Besonders vor dem österreichischen Hintergrund greift es jedoch zu kurz, Populismus als ausschließlich partei-initiiertes Phänomen zu sehen (Plasser & Seeber 2010). In unserer Definition erscheint Populismus als Instrument der politischen Kommunikation (Jagers 2007; Jun 2006) und kann somit auf Medien angelegt werden. Dieser Ansatz erlaubt es, (A) Medien auf einem Populismus-Kontinuum zu vermessen und (B) Effekte von populistischen Medieninhalten auf WählerInnen zu messen. Bisherige Studien fokussierten zumeist auf Wahlkampfkommunikate der Parteien (z.B. Walgrave & Jagers 2007), dabei sind letztendlich Massenmedien die primäre Informationsquelle im Wahlkampf (Plasser & Lengauer 2009). Wir begreifen populistisches Medienframing (Plasser 2003) als ein zumindest zweidimensionales Konzept, das auf Inklusions- und Exklusionsangeboten basiert (Canovan 2002; Mudde 2004; Taggart 2000). Unser Ansatz ermöglicht, den Grad des populistischen Framings der einzelnen Medien mit der Mediennutzung zu koppeln, um einen individuellen Populismus-Exposure-Index für jede WählerIn abzubilden, der als unabhängige Variable in logistische Regressionsmodelle zur Erklärung der Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung aufgenommen wird. Dazu dienen eine Medieninhaltsanalyse zur Wahlkampfberichterstattung 2008 in den wichtigsten österreichischen Medien sowie eine repräsentative Nachwahlbefragung. Folgende Forschungsfragen stehen im Zentrum: Welche Medien vermitteln welchen Grad an Populismus im Wahlkampf? Hat die Nutzung von als populistisch identifizierten Medien einen Einfluss auf das Wahlverhalten? Hat Populismus-Framing, gewichtet mit der Mediennutzung, nachweisbaren Einfluss auf das Wahlverhalten? Führt populistische Berichterstattung zu erhöhter Wahlbeteiligung? Welche Parteien werden von populistischer Berichterstattung begünstigt, in dem deren WählerInnen dadurch stimuliert werden?

Integration durch Vergessen? Zur Bedeutung des Gedächtnisses im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche

Nina Leonhard, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften, Hamburg, nina.leonhard@berlin.de

Stream 10: Vergessen - Panel III: Konkurrierende Vergangenheiten und Sinnfindung

Politische Umbrüche wie Revolutionen oder Systemwechsel, zu denen auch der Beitritt eines Landes zu einem anderen gehören, gehen neben veränderten politischen Machtverhältnissen auch mit einem Wandel der Wirklichkeitsordnungen einher, der eine öffentliche Diskreditierung der Vergangenheit impliziert: Was bisher als gut und richtig angesehen wurde, wird nach dem Umbruch unter anderen, zumeist negativen Gesichtspunkten betrachtet und bewertet. Aus politischer Sicht dient diese Abgrenzung von der alten Ordnung dazu, die neue Ordnung zu legitimieren und die Gesellschaft auf dieser Grundlage (neu) zu integrieren. Versteht man unter Integration die Teilhabe an Kommunikationszusammenhängen, die auf der Inanspruchnahme und dem Austausch von Wissensbeständen beruhen, so ist aus soziologischer Perspektive nach den Möglichkeiten und Grenzen einer derartigen Etablierung einer ‚neuen‘ Wirklichkeitsordnung zu fragen, die nicht zuletzt das Vergessen der ‚alten‘ Wirklichkeitsordnung voraussetzt. Ziel des Beitrags ist es daher, die Bedeutung des Gedächtnisses und damit die Rolle von Erinnern und Vergessen für die Integration von Gesellschaften im Kontext eines politischen Umbruchs zu analysieren. Ein umbruchsbedingter Wandel der Wirklichkeitsordnung wird zunächst im Bereich der politischen Öffentlichkeit vollzogen und wirkt sich von da aus auf andere gesellschaftliche Sphären aus – jedoch nicht sofort und nicht überall auf die gleiche Weise. Dies führt zu der Frage, wann bzw. unter welchen Bedingungen die mit der ‚alten‘ Wirklichkeitsordnung verbundenen Wissensbestände ihre soziale Relevanz verlieren und daher ‚abgelegt‘ werden können – und wann nicht. Dies soll am Beispiel der Situation nach der deutschen Vereinigung im Einzelnen diskutiert werden. Dabei soll gezeigt werden, dass aufgrund der asymmetrischen Grundkonstellation der Vereinigung nach 1990 kaum Institutionen zur Verfügung standen, mittels derer spezifisch ‚ostdeutsche‘ Wissensbestände auf legitime Art und Weise öffentlich thematisiert, objektiviert und in diesem Sinne individuell entäußert und somit vergessen werden konnten. Die Ausführungen greifen hierfür in Teilen auf die empirischen Ergebnisse eines von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Berlin) geförderten Forschungsprojektes zurück, das Integrationsprozessen infolge der Vereinigung im Bereich des Militärs nachgeht.



Die Regierung des Alters. Von der öffentlichen Neuverhandlung einer Lebensphase

Stephan Lessenich, Universität Jena, Institut für Soziologie, stephan.lessenich@uni-jena.de

Silke van Dyk, Universität Jena, Institut für Soziologie, silke.vandyk@uni-jena.de

Stream 07: Habermas - Panel I: Öffentlichkeit und Alltag. Vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert

Seit der Rentenreform 1957 wurden alte Menschen in Deutschland in den „wohlverdienten Ruhestand“ entlassen und von gesellschaftlichen Erwartungen weitgehend entbunden. Von ihrer Rolle als „Versorgungsobjekte“ abgesehen, verschwanden sie damit faktisch aus dem öffentlichen in den privaten Raum. Im Zuge der politischen Rede von der drohenden „Überalterung“ der Gesellschaft und der Entdeckung der Ressourcen „junger Alter“ hat sich das Blatt in jüngerer Zeit jedoch gewendet: Dem Rentenbezug korrespondiert nicht mehr die rollenlose Rolle des zurückgezogenen Ruheständlers, sondern die des „best ager“, der durch seine produktive Lebensführung zum öffentlichen Subjekt des idealtypischen „Aktivbürgers“ mutiert. Die Rückführung des Alters in den öffentlichen Raum kann mit dem späten Foucault und den an ihn anschließenden Governmentality Studies als eine neue Form der Regierung des Alters verstanden werden. „Regierung“ gilt diesen als ein ineinander verwobenes und in sich spannungsreiches Verhältnis von Fremdführung und Selbstführung. Sie sensibilisieren damit für den Umstand, dass die adressierten Alten nicht nur zu aktivierbaren Subjekten „gemacht“ werden, sondern dass sie selbst an ihrer Konstituierung als „aktive Alte“ mitwirken. Die damit in den Blick genommenen Techniken der Menschenführung im Modus der Freiheit sind dazu angetan, das komplexe Zusammenspiel von öffentlichen Diskursen einerseits, subjektiven Aneignungen und Umdeutungen andererseits zu erhellen. In diesem Interaktionsverhältnis geht es dann gerade nicht um Prozesse demokratischer Willens- und öffentlicher Meinungsbildung, sondern um die Genese und Geltung von Ordnungen des Wahren und der mit ihnen einhergehenden Subjektivierungsregime. Ziel des Beitrags ist es, ausgehend von Ergebnissen eines qualitativen Forschungsprojektes das Ineinandergreifen von politisch-medialem Altersdiskurs und den Deutungen der diskursiv adressierten Alten in den Blick zu nehmen. Dabei gilt das Augenmerk einer doppelten Bewegung und Verschiebung im Verhältnis des Öffentlichen und Nicht-Öffentlichen: Zum einen werden alte Menschen als Subjekte überhaupt erst zum Gegenstand öffentlichen Interesses (gemacht). Zum anderen lässt sich in der Verknüpfung von gouvernementalitätstheoretisch inspirierter Diskursanalyse und biographischen Interviews aufzeigen, wie der Modus der Menschenführung auf der Basis von „Wahrheitsordnungen“ das klassisch soziologische Modell von öffentlicher Meinung und gesellschaftlichem Publikum durchkreuzt.

Erfolgreiche transnationale Vernetzung - nachhaltiger Schaden? Zur Bearbeitung von sozioökologischen Überflussproblemen durch Tafeln

Stephan Lorenz, Universität Jena, Institut für Soziologie, Stephan.Lorenz@uni-jena.de

Stream 13: Netzwerke - Panel II: Experimentelle Netzwerke: Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen Lobbyarbeit und Realexperimenten

Tafeln und ähnliche Initiativen sammeln überschüssige Lebensmittel um sie wohltätig an Menschen mit wenig Geld zu verteilen. Die European Federation of Food Banks eröffnet ihren Internetauftritt mit „Against hunger and food waste in Europe“ und formuliert damit die zentralen Anliegen solcher Initiativen. In sozialer Hinsicht geht es um die Verringerung von Armut, in ökologischer um ein Engagement gegen die ‚Wegwerfgesellschaft‘. Die erste Food Bank wurde 1967 in den USA gegründet. Seit den 1980er Jahren setzte eine starke Verbreitung in Nordamerika, dann Europa (zuerst 1984 Paris) ein. Heute sind Food Banks fast überall in Europa etabliert oder in Gründung. 1993 wurde die erste Tafel in Berlin gegründet (1999 Wien, 2001 Bern), heute gibt es nach Verbandsangaben bundesweit fast 900 Tafeln und etwa 50.000 Freiwillige, die etwa 1 Mill. Menschen erreichen. Hinzuzurechnen sind zahlreiche Organisationen und Initiativen, die unter anderem Namen nach demselben Prinzip arbeiten. 2006 wurde schließlich The Global FoodBanking Network initiiert, womit heute eine weltweite Dachorganisation mit Mitgliedern auf allen Kontinenten operiert. Aus einer lokalen Initiative entwickelte sich also über vier Jahrzehnte ein globales Netzwerk. Dieser Verbreitungserfolg, ausgehend von den reichen Überflussgesellschaften, ist freilich ein Anzeichen dafür, dass die Probleme in der Sache eher zu- als abnehmen. Meine empirischen Studien zu den Tafeln in Deutschland zeigen u.a. ‚Vermeidungsstrategien‘ gegenüber der Wahrnehmung eigener struktureller Widersprüche (z.B. dass Überschüsse vermieden werden sollen, aber zugleich die Ressource der eigenen Aktivitäten bilden). Daraus folgt eine Fixierung auf das eigene Engagement und den eigenen Erfolg, der nicht an Problemerkriterien bemessen wird. Anstatt als Nachhaltigkeitsakteur erscheinen Tafeln in der Analyse als Symptom, vielleicht sogar Katalysator gesellschaftlicher Polarisierung: einer massiven Überschusserzeugung und konsumistischen Aneignung stehen Menschen gegenüber, die vom gesellschaftlichen Reichtum weitgehend ausgeschlossen bleiben, dafür aber mit Überschüssen versorgt werden. Der Vortrag wird sich mit dieser Spannung zwischen der erfolgreichen Etablierung einer Bewegung und der Zuspitzung von Problemen befassen.

Für einen „Visual Turn“ in den Sozialwissenschaften: Zur Entdeckung latenter Semantik

Peter Ludes, Jacobs University Bremen, p.ludes@jacobs-university.de

Plenum I: Grenzen und Entgrenzung der politischen Öffentlichkeit

Audio-visuelle „Offensichtlichkeiten“ verdrängen in allen Gesellschaften mit einem hohen Anteil des Fernsehens am Zeitbudget mündlich oder in Texten vorgebrachte Argumente. Aus weit verbreiteten Medien-Bildern lassen sich deshalb sonst verborgen bleibende Semantiken erkennen. Sozialwissenschaftliche Konzepte, Methoden und Theorien blenden aber weiterhin audio-visuelle Daten, Konzepte und Theorien ebenso wie entsprechende Präsentationsformate oft aus. Deshalb konzentriert sich dieser Vortrag auf: 1. Visualisierung und visuelle Analysen; 2. Schlüssel zu latenten Semantiken: Key Visuals in Fernsehjahresrückblicken in Brasilien und China im Vergleich zu Deutschland und den USA (2000-2010) und 3. Fernsehweltanschauungen, eine kleine Welt weniger Haupt-Akteure und –Ereignisse. Die computergestützte Inhaltsanalyse von mehr als 40 Stunden Jahresrückblicken von Fernsehsendern in den USA und Deutschland seit 2000, im Vergleich zu Brasilien und China, erlaubt Einsichten in diese televisuellen Welt-Anschauungen: Die visuellen Narrative begrenzen sich auf kurzfristige Horizonte und zeigen nur sehr wenige Perspektiven. Die Konzentration auf das eigene Land und Staatsoberhaupt zeigt, wie national und obrigkeitsorientiert diese Fernsehjahresrückblicke sind. Staatsoberhäupter werden als die einzigen Entscheidenden präsentiert. Damit bleiben nicht ans öffentliche Licht drängende Mächte hinter den Kulissen. Transformationen von Staatlichkeit und nicht direkt politische Akteure werden televisuell kaum beleuchtet. Die massenmediale Selbstbeobachtung moderner Gesellschaften erfolgt in kurzen und oberflächlichen audiovisuellen Narrativen (wenige Akteure, Ereignisse, Orte, Schlüsselbilder und -takte). Es entsteht der Eindruck einer leicht durchschaubaren Welt, die zudem noch unterhaltsam ist. Schwierige Zusammenhänge werden verschleiert. Aber nur wenn weitverbreitete Verhaltensstandardisierungen und Horizonte als „offensichtlich“ gezeigt werden, bilden sie den Rahmen, innerhalb dessen öffentliche Meinung mit Bezug auf gemeinsame Horizonte Diskurse allgemeiner „selbstverständlich“ rahmen kann. Wie Nye (2011) argumentiert: „The ability to get the outcomes we want will rest upon a new narrative of smart power.“ Ein „Visual Turn“ kann daher sonst unterbelichtete Perspektiven eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit erhellen. Denn komplexe Entwicklungen beobachtbar zu machen, erfordert eine stärkere Berücksichtigung immer wichtiger werdender visueller Prozesse, Daten, Analysen und Präsentationsformate.

Migrantinnen im Mediendiskurs - Zum Wandel von Öffentlichkeiten

Margreth Lünenborg, FU Berlin, Institut für Publizistik, margreth.luenenborg@fu-berlin.de

Christine Linke, FU Berlin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, christine.linke@fu-berlin.de

Stream 11: Gender - Panel II: Doing Gender und (Un)Doing Feminism in „neuen“ Öffentlichkeiten

Die Teilhabe an Öffentlichkeiten ist wesentliche Grundlage der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Die Geschlechterforschung problematisiert, wenn in diesen Prozessen soziale Ungleichheit (re)produziert wird. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der medienöffentlichen Repräsentation von Migrantinnen und prüft feministische Modelle von Öffentlichkeit auf ihr Potenzial, Inklusions- und Exklusionsprozesse entlang der intersektionalen Strukturierung von Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen. Ausgangspunkt der Analyse ist das Konzept cultural citizenship (Klaus/Lünenborg 2004), welches die Teilhabe an Medien als eine zentrale Ressource der Identitätsbildung sowie der Entwicklung von Zugehörigkeit beschreibt. Unmittelbar relevant werden damit Forderungen nach angemessener Teilhabe vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen. Mit Blick auf Migrantinnen erweist sich die Verzahnung von Geschlecht und Ethnizität theoretisch und methodisch als bedeutungsvoll. Zunächst wird im Sinne des Konzeptes von Intersektionalität (Knapp 2008) eine Relation der Kategorien umgesetzt. Gender und Ethnie werden als kulturelle Kategorien gefasst; doing gender and doing ethnicity beschreibt komplexe Konstrukte, die sich in sozialen Praktiken, kulturellen Zuschreibungen und subjektivem Handeln ausdrücken (Krüger-Potratz 2007). Dabei ist zu prüfen, wie Mediendiskurse und Medienöffentlichkeiten othering (Fürsich 2010) in Abgrenzung vom ‚Eigenen‘ betreiben oder Grenzen der (geschlechtsgebundenen, nationalen, kulturellen) Zugehörigkeit verhandeln und ausweiten. An ausgewähltem Fernsehmaterial wird diskutiert, wie aktuelle Medienformate Inklusionsangebote formulieren. Unterhaltungsorientierte Formate wie Reality TV greifen dabei in deutlichem Unterschied zu informationsorientierten Angeboten auf lebensweltliche Diversität von Migrantinnen zurück. Dabei bleiben diese jedoch eingebunden in die neo-liberalen Logiken der Formate, die die Unterordnung der Teilnehmerinnen verlangen und ungebremsten Leistungswillen einfordern. Mit Blick auf das Potenzial öffentlichkeitstheoretischer Modellierungen ist kritisch zu diskutieren, in welcher Weise hier in der Konvergenz post-feministischer Ideen mit neo-liberalen Strömungen neue Abhängigkeiten manifestiert werden, die soziale Ungleichheit reproduzieren (Fraser 2009, McRobbie 2009). Der Beitrag ergänzt seine theoretische Problematisierung mit ersten Ergebnissen einer multi-methodischen Studie zur Repräsentation von Migrantinnen in audiovisuellen Medien.



Günther Jauch als Hybrid: Journalismus als Unterhaltungskommunikation

Margreth Lünenborg, FU Berlin, Institut für Publizistik, margreth.luenenborg@fu-berlin.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel I: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populär-kultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (I)

Der Beitrag diskutiert theoretisch und entlang systematisch gewählter Beispiele, warum Journalismus nicht in Distinktion von Unterhaltungskommunikation zu verstehen ist, sondern als ein spezifischer Bestandteil davon. Ausgehend von einer Analyse der Hybridisierungs- und Entgrenzungsprozesse non-fiktionaler Medienangebote wird Unterhaltungsorientierung als integraler Bestandteil identifiziert. Dass es sich dabei nicht um einzelne Formate (Talkshows) oder um einzelne Mediengattungen (Boulevardmedien) handelt, sondern um strukturelle Entdifferenzierungsprozesse, die ökonomisch induziert und für die Konstitution von Öffentlichkeit von nachhaltiger Bedeutung sind, wird systematisch entwickelt. In Anlehnung an van Zoonen (2005) wird das partizipative und inklusive Potenzial dieser Formen geprüft. Das Spannungsverhältnis zwischen entertainer und kritischem Aufklärer wird an den Medienfiguren Günter Jauch und Harald Schmidt diskutiert, bei denen sich die Pole symbiotisch zu verbinden scheinen. Ihre Werdegänge und deren diskursive Rahmung im Medienjournalismus lassen sie als Hybride des deutschen Fernsehens par excellence erscheinen. Es wird analysiert, in welcher Weise in diesen Diskursen spezifische Anforderungen an und Qualitätsmerkmale von aktueller Medienöffentlichkeit sichtbar werden.

Performative Planung öffentlicher Räume – Die Gestaltung des Tempelhofer Felds (Berlin) aus performanztheoretischer Perspektive

Ulrike Mackrodt, Humboldt-Universität Berlin, ulrike.mackrodt@geo.hu-berlin.de

Stream 06: Räume - Panel I: Stadträume als (öffentliche) Machträume – Planung, Steuerung und Entwicklung von Stadt und Raum zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit

Es scheint unbestritten: Urbane öffentliche Räume werden intensiver genutzt und fungieren - vermittelt durch diese Nutzungen - vermehrt als Identitätsressource für Anwohner und Stadtgesellschaft. Angesichts zunehmender sozioökonomischer Polarisierung in der postmodernen Stadt wird der öffentliche Raum somit zum Hoffnungsträger für die verbleibende städtische Integrationskraft. Dabei stellen die freie Zugänglichkeit öffentlicher Räume sowie die damit verbundene Möglichkeit der Begegnung von Fremden wichtige Dimensionen einer postulierten Urbanität dar, welche notwendigerweise an den öffentlichen Raum gebunden ist. Das gesteigerte öffentliche Interesse an den nicht-privaten Räumen der Stadt beschränkt sich nicht allein auf Nutzungen im öffentlichen Raum, sondern umfasst in zunehmendem Maße auch die Planung von öffentlichen Räumen. Die Zahl und Interessenslagen der an Planungsprozessen beteiligten Akteure haben sich im Zuge der partizipativen Stadtentwicklung erhöht und kooperative Stadtplanungsinstrumente sind zunehmend institutionell verankert. Auch können Aneignungsformen in öffentlichen Räumen in die Sphäre der Planung eingeordnet werden, wenn das (strategische) Handeln der Nutzer Auswirkungen auf Planungsprozesse intendiert. Wie lassen sich diese Verschränkungen von Nutzungen und Planungen nun konzeptionell fassen? Das in der Stadtplanungstheorie gängige Kriterium des ‚Verhältnisses zwischen Plan und Markt‘ nach Selle lässt die Perspektive der Nutzen- den nahezu unberücksichtigt. Auch die soziologischen Annäherungen wie de Certeaus Unterscheidung der ‚Strategien‘ und ‚Taktiken‘ und Lefebvres Dualismus aus ‚Nutzung und Produktion von städtischem Raum‘ greifen zu kurz, um Stadtentwicklung unter diesen veränderten Bedingungen analytisch greifen zu können. Der Vortrag skizziert daher mithilfe der Performanztheorie einen veränderten Zugang zum Planungsverständnis öffentlicher Räume am Beispiel der aktuellen Nutzungen und Planungen des Tempelhofer Felds. Der Perspektivwechsel durch den ‚performative turn‘ erlaubt es, Planungsprozesse als soziale Interaktionen zu verstehen, die als bedeutungsvolle öffentliche Ausdrucksformen vor einem Publikum stattfinden und räumlich verortet sind. Diese performative Stadtplanung fokussiert demnach den Aufführungscharakter von Planungsprozessen auf verschiedenen Bühnen mit spezifischen Zugänglichkeiten und Rollenzuweisungen und erlaubt somit einen veränderten und möglicherweise präziseren Blick auf aktuelle Logiken der Stadtentwicklung.



Entkoppelt und personalisiert? Strukturelle und situative Einflussfaktoren auf die Wahlkampfberichterstattung deutscher und österreichischer Tageszeitungen (1949-2006).

Melanie Magin, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, magin@uni-mainz.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel II: Wahlkampföffentlichkeit(en) im Umbruch? Neue Strukturen, Inszenierungen und (Ver-)Wandlungen

Die Organisation von und Berichterstattung über Wahlkämpfe in westlichen Demokratien hat sich in den letzten Dekaden radikal verändert. Ursache dafür ist der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit: Die Medien differenzieren sich vom politischen System aus, koppeln sich an die Marktlogik des ökonomischen Systems und orientieren ihre Selektions- und Interpretationslogiken zunehmend an den Aufmerksamkeitskriterien eines Massenpublikums. Letzteres gilt auch für die politischen Parteien, denn die Wähler lösen sich immer stärker von ihnen und treffen ihre Wahlentscheidungen kurzfristig auf Basis politikferner Kriterien. Somit fokussieren Wahlkämpfe zunehmend auf Aufmerksamkeit statt auf inhaltliche Kontroversen – eine Gefahr für den demokratischen Prozess. Wie sich der neue Strukturwandel auf die Medieninhalte auswirkt, wurde bislang kaum systematisch untersucht. Die vorliegende quantitative Inhaltsanalyse möchte zur Schließung dieser Forschungslücke beitragen. Untersucht wird die Wahlkampfberichterstattung von sieben deutschen und österreichischen Elitetageszeitungen zwischen 1949 und 2006 hinsichtlich eines Merkmals des Strukturwandels, der wachsenden Personalisierung der Berichterstattung. Damit ist gemeint, dass Politiker zunehmend als Deutungsmuster komplexer Sachverhalte und Anker von Bewertungen in Politik, Berichterstattung und Rezipientenwahrnehmung fungieren. Ökonomisch bedeutsam ist Personalisierung, weil sie Publikumsaufmerksamkeit und Verkaufserfolg steigert. Je publikumsorientierter also die Medien sind, desto personalisierter berichten sie. Ein Ländervergleich der Berichterstattung über einen so langen Zeitraum hinweg ist bislang einzigartig. Sein Ziel ist die Identifikation politischer, medialer und journalistischer Strukturen, die das Einsetzen und Fortschreiten des Strukturwandels modifizieren. In Österreich lösten sich die Medien später, dafür aber rascher vom politischen System als in Deutschland, was vermuten lässt, dass die Personalisierung der Berichterstattung dort später, aber rapider steigt. Die Ergebnisse bestätigen das. Für beide Länder zeigen sie eine langfristig, aber nicht linear steigende Personalisierung. Beeinflusst wird der Personalisierungsgrad durch strukturelle, aber auch situative Faktoren: Personalisierungssteigernd wirken die Personalisierung der Kampagnen, das Vorziehen von Wahlen, Fernsehduelle und eine marktdominante Boulevardpresse, personalisierungsmindernd eine starke Parteienzentriertheit des politischen Systems.

Legitimacy and Political Authority as Cultural Performance

Jason Mast, Zeppelin University, Friedrichshafen, jason.mast@zeppelin-university.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel I: Symbolische Kommunikation im öffentlichen Diskurs

In this talk I will incorporate what I feel has been missing in the study of the struggles for power and legitimacy in 21st century democratic politics: namely, a structural approach to culture. But I am suggesting a cultural approach that allows for a contingent, interactional understanding of the relations between political actors, publics, and media institutions and critics, to culture – by this I mean a formulation of the civil sphere that is relatively independent from power in the political, coercive, or administrative sense. Taking into account both structural approaches to culture: what they do AND what they don't do, and Interactional approaches: I'll argue that examinations of legitimacy in complex, highly differentiated societies must become performative. In the democratic civil sphere: power is fought over as persuasion, and by looking at persuasion as exercises in discourse and performance rather than as rhetoric, legitimation can then be seen as an independent process that ALLOWS power to be transferred, contested, and taken, through aesthetic and meaning-laden ways. The word legitimacy appears in neither the Table of Contents nor the Index of 2005's Cambridge Handbook of Political Sociology. The following presentation suggests that it is time to reengage and reexamine these critical concepts – legitimacy, power, authority – in new ways. Weber set up the key problem, indeed the field of political sociology, by establishing the relative autonomy of politics (vis a vis Marxism and idealist or culturalist ideas, too) and also by introducing the critical concept of legitimation. But the field of political sociology has had a very uneven relation to the legitimation problem, and increasingly under the influence of structuralisms of various kinds, the field has not followed up on it effectively. One reason goes back to Weber himself – he defined modern legitimacy primarily as rational-legal, which is way too broad and merely procedural to be of much use in any concrete study (This was so because Weber meant it as an historical category for delineating modernity as such, and he didn't want to distinguish democratic from non-democratic societies). The other reason for legitimacy's opaqueness in contemporary political sociology is the power of "structuralist" approaches to politics, whether Marxist, institutional, or rational choice. In these guises, etc



Wirtschaften - Die Idee des Preises

Andrea Maurer, Universität der Bundeswehr München, Institut für Soziologie und Gesellschaftspolitik, andrea.

maurer@unibw.de

Stream 05: Märkte - Panel III: Ideen als Treibmittel des Wandels von Märkten

Die neue Wirtschaftssoziologie kritisiert an der ökonomischen Theorie unter anderem die völlige Vernachlässigung von Kultur und Ideen. Ich möchte hier nachzeichnen, warum und wie es dazu kam, dass in der modernen Standardökonomik „Ideen“ so gar keine Rolle spielen und was dadurch verlorengeht. Der Blick auf die Geschichte des sozialtheoretischen Denkens über Wirtschaften zeigt, dass in der Staatslehre von Aristoteles die antike Haushaltsökonomie noch als Prototyp eines ethisch gerahmten Wirtschaftens mit dem Ziel normativer Gestaltungsempfehlungen vorgestellt wird. Eine entscheidende Wende markieren die politische Ökonomie und die Kapitalismusanalysen seit dem 17. Jahrhundert, da dort nicht mehr „ethische Kriterien“ sondern objektive, wertschaffende Größen und die Wohlfahrt fördernde Struktur des Wirtschaftens in den Vordergrund treten. Diese Perspektive wurde in der Soziologie vor allem von Max Weber weitergetragen, dessen Erklärung des modernen rationalen Kapitalismus als Versuch interpretiert werden kann, zwar neben sozial-strukturellen auch dessen ideelle Wurzeln aufzuzeigen, insbesondere aber aus den Rationalisierungseffekten des modernen rationalen Kapitalismus deren Bedeutungsverlust abzuleiten. Die spezifischen ideellen Grundlagen des modernen Kapitalismus sind demnach wesentlich für die Rationalisierung des Wirtschaftens und bewirken darüber ihre eigene Bedeutungslosigkeit. Vor diesem Hintergrund kann das Marktmodell der neo-klassischen Wirtschaftstheorie als „Idealtyp“ einer Wirtschaft gelesen werden, die anders als die traditionellen Ökonomien oder der frühe politische Kapitalismus durch den vollkommenen Wettbewerbsmarkt eine rationale Basis für die Koordination vieler Akteure bietet, die weder eine verbindliche soziale Ethik noch gemeinsame Kulturdeutungen teilen müssen. Die moderne Wirtschaftstheorie hat mit dem Modell des vollkommenen Wettbewerbsmarkts einen Mechanismus aufgedeckt, der an die Stelle von Ideen Marktpreise und den Konkurrenzmechanismus setzt und so das wirtschaftliche Handeln vieler fremder Wirtschaftsakteure zu koordinieren verspricht. Aus soziologischer Sicht ist zu folgern, dass kapitalistische Marktwirtschaften immer dann Ideen benötigen, wenn Konkurrenz und Marktpreise wegfallen und gemeinsam definiert werden muss, was als Gut gilt (Liebe, Gesundheit), wie knappe Ressourcen eingesetzt werden sollen (Bildung, Umweltschutz), welche Transaktionen möglich (Spekulationen) und welche Preise adäquat sein sollen (Studiengebühren).

Roman Polanski und das Verhältnis transnationaler und nationaler Öffentlichkeiten

Brian McKernan, State University of New York - Albany, brian.mckernan@gmail.com

Sebastian Moser, Martin-Luther - Universität Halle-Wittenberg, cjmoser@gmx.de

Matthias Revers, State University of New York - Albany, mr364998@albany.edu

Ian Sheinheit, State University of New York - Albany, ian.sheinheit@gmail.com

Stream 02: Transnationalisierung - Panel II: Netzaktivisten, Eliten und Migranten in transnationalen Öffentlichkeiten

Der globale Diskursraum scheint zwar institutionell und vor allem technologisch stabilisiert, er konstituiert sich aber diskursiv um Ereignisse und Umbrüche. Analog zu nationalen Öffentlichkeiten, deren Kapazität in Krisenzeiten essentieller ist als in Zeiten der Stabilität, ist diese gleichsam situativ und als Leistungspotential dauerhaft. Wie Habermas in Faktizität und Geltung anmerkt, kommt es in Zeiten der Mobilisierung zu einem erhöhten Krisenbewusstsein der Zivilgesellschaft. Dieses Bewusstsein kann im Idealfall Druck auf eine vermachtete Öffentlichkeit ausüben und Akteure in deren Zentrum zu einer intensiveren Problematisierung und Konsenssuche bzw. -findung zwingen. Wir argumentieren, dass sich im Falle grenzüberschreitender Kontroversen eine transnationale Öffentlichkeit im Wechselspiel mit nationalen Öffentlichkeiten konstituiert und gewissermaßen als deren Peripherie wirkt. Als Fallstudie dient die Verhaftung Roman Polanskis im Herbst 2009 in der Schweiz, die auf einen internationalen Haftbefehl der USA wegen sexuellen Missbrauchs einer Minderjährigen im Jahr 1977 folgte. Anhand der Berichterstattung in dominanten Tageszeitungen in fünf Ländern (n=618 Artikel), die mehr oder weniger zentrale Rollen in der Diskussion gespielt haben (USA, Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Deutschland) zeichnet sich jeweils ein eigentümliches Zwischenspiel zwischen globaler und nationaler Öffentlichkeit ab. Interkulturelle Kontroversen im Zusammenhang mit der Verhaftung haben zur Folge, dass Fragen nationaler Identität einen wichtigen Stellenwert in der Debatte einnehmen. Auslöser solcher Dispute sind beispielsweise apologetische Bemerkungen einiger französischer Intellektueller gegenüber Polanski oder die anfänglich wahrgenommene Fügsamkeit der Schweizer Behörden gegenüber den USA. Dieser kommunikative Austausch scheint nicht nur der Bestimmung symbolischer Grenzen sondern auch der eigenen moralischen Besserung zu dienen, da die Kritik oft selbstbezogen ist (speziell in den Schweizer Medien). In der Schweiz artet die Verhaftung und bevorstehende Auslieferung Polanskis (die schlussendlich nicht eintritt) zudem in eine innenpolitische Auseinandersetzung aus. Deutlich wird hierbei, dass sich politische Akteure in dieser Situation der Aufgabe ausgesetzt sehen, sich in einer von globalen Diskursen angereicherten nationalen Öffentlichkeit legitimieren zu müssen.

Führungswechsel im tango politique? Eine Langzeitanalyse der Wahlkampfkommunikation in Österreich seit 1970

Gabriele Melischek, Österreichische Akademie der Wissenschaften, gabriele.melischek@oeaw.ac.at

Josef Seethaler, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, josef.seethaler@oeaw.ac.at

Plenum III: Medienlogiken und politische Kommunikation

Das Schlagwort der „Medialisierung“ von Politik prägt seit langem die Diskussion über den Wandel des Verhältnisses von Medien und Politik. Es unterstellt einen Autonomieverlust der politischen Akteure und ihre zunehmende Abhängigkeit von der Handlungslogik der Massenmedien. Von der Entwicklung in Richtung einer „medienzentrierten Demokratie“ ist die Rede; Thomas Meyer hat dafür den Begriff der „Mediokratie“ geprägt. Politik würde nicht nur entsprechend der massenmedialen Handlungslogik „inszeniert“, sondern in zunehmendem Maße auch danach gestaltet. Folgt man jüngsten Umfragen in Österreich, so wird zumindest einzelnen Medien wie der Kronen Zeitung und dem ORF sowohl von journalistischen und politischen Eliten als auch von Seiten des Medienpublikums überproportionaler Einfluss auf die Politik zugeschrieben.

Trotz der Brisanz der befürchteten Konsequenzen sind langfristige Untersuchungen zur Entwicklung des Verhältnisses von Politik und Medien, die eine adäquate Beurteilung der gegenwärtigen Situation erlauben würden, selten. Dies gilt insbesondere für die in demokratischen Ordnungen sensible Zeit des Wahlkampfs, in der Medien und Politik eine besonders enge und folgenreiche Beziehung eingehen. Die – hier in ersten Ergebnissen berichtete – Langzeitstudie geht daher der Frage nach Kontinuität und Wandel des Verhältnisses von Medien und politischen Parteien in den österreichischen Nationalratswahlkämpfen während der letzten vier Jahrzehnte nach. Dabei konzentriert sie sich einerseits auf Agenda-Building-Prozesse, die in zahlreichen internationalen Untersuchungen als zentraler Indikator für die Bestimmung dieses Verhältnisses gelten, und fragt andererseits nach den Strategien im Kampf um die Themenhoheit. Zu diesen Strategien gehören etwa Personalisierung, „Horse race“-Schemata, Metathemen und die Verkürzung von O-Tönen zu „Sound-Bites“.

Eine beide Dimensionen umfassende Zeitreihenanalyse sowohl der Kommunikationsaktivitäten der Parteien als auch der Berichterstattung der Presse und des Fernsehens sollte zumindest eine erste Annäherung an die Frage erlauben, ob in einem Prozess wechselseitiger Beeinflussung politische Akteure journalistische Handlungslogiken adaptiert haben, um ihre Botschaften besser platzieren zu können, oder ob JournalistInnen gegen eine (angesichts rückläufiger Parteibindungen des Elektors notwendig) professioneller agierende Öffentlichkeitsarbeit der Parteien versuchen, an Autonomie zu gewinnen. Als Resümee einer Untersuchung US-amerikanischer Fernsehsender und Nachrichtenmagazine in den 1960er und 70er Jahren hatte Herbert Gans das Verhältnis von Politik und Medien noch mit den Worten charakterisiert: „Although it takes two to tango, either sources or journalists can lead, but more often than not, sources do the leading.“ Kam es seither zu einem Führungswechsel im tango politique?

Die Hyperrealität der Medien, das Ende der Öffentlichkeit - und die Wiederkunft der Religion

Peter-Ulrich Merz-Benz, Soziologisches Institut der Universität Zürich, merz-benz@soziologie.uzh.ch

Plenum I: Grenzen und Entgrenzung der politischen Öffentlichkeit

Unsere Wirklichkeit wird zusehends bestimmt durch Instanzen, Institutionen, soziale Systeme, deren Entscheidungsmacht sich auf nichts weniger als den Bestand des menschlichen Zusammenlebens erstreckt – dies die Diagnose von Günter Anders und Jean Baudrillard. In einem Fall wurde das Urteil indes bereits gefällt: durch die Medien, zuvorderst die Massenmedien, in deren Realität Information als ‚Information über etwas‘ nicht mehr vorkommt. Die Wirklichkeit des kulturellen Lebens hat sich längst in ihrer Simulation, in der sich selbst reproduzierenden Form ihrer technischen Aufbereitung verflüchtigt.

Hier trifft sich Baudrillard mit Niklas Luhmann, denn Luhmanns „Realität der Medien“ ist eine Hyperrealität im Sinne Baudrillards. Information wird einzig im operativ geschlossenen Zirkel der Medien hergestellt und besteht auch nur dort. Einem „äußeren“ Wirklichkeitssinn auf der Spur zu sein beruht auf Suggestion, geschaffen durch die mannigfachen Möglichkeiten, mit späteren Informationen an frühere anzuschließen. Authentisch sind allein die Elemente von Information, nicht aber die Information selbst.

Was heißt dann noch Öffentlichkeit, öffentliche Meinung? Öffentlichkeit ist die generalisierte „andere Seite“ der gesellschaftlichen Teilsysteme, das, was durch Information transparent gemacht werden soll. Öffentliche Meinung dagegen ist ein Übergangsstück in Kommunikationsprozessen. Doch was immer wir wissen und worüber wir uns zu verständigen suchen, wissen wir aus den Medien, kennen es als ein Stück der Hyperrealität medialer Produktion. Noch immer „Idealbedingungen eines Konsenses aller wohlmeinenden Individuen zu normieren“, erscheint daher im wahrsten Sinne des Wortes unrealistisch – womit die Öffentlichkeit im bisher bekannten Sinn an ihr Ende gekommen ist.

Doch dies ist nicht das letzte Wort. Weshalb die Medien eine derartige Macht über unser Wirklichkeitsverständnis besitzen und weshalb die Partizipation am Mediensystem geradezu ein Erwähltein bedeutet, muss erst noch beantwortet werden. Der Weg hierzu führt über Baudrillards Verständnis von Kultur und Ferdinand Tönnies' Theorem der öffentlichen Meinung als der Verkörperung einer Gemeinschaftsreligion.

Kultur steht – so Baudrillard – für das Imaginierte; imaginiert, den realen Verhältnissen enthoben und insofern unsterblich. Kultur ist ein Sinnbild für den Ausschluss dessen, was uns der Wirklichkeit zu entreißen droht – und das ist in letzter Konsequenz der Tod. Ein Imaginiertes ist auch die Hyperrealität der Medien. Durch sie sollen wir über nichts Geringeres als unsere – gemeinsame – Realität informiert werden; das macht ihre besondere Dignität aus. Wir sind in sie eingeschlossen, und gleichzeitig bezeichnet sie eine Sphäre jenseits unseres Begriffsvermögens: dass wir durch sie über das – für uns schicksalshafte – Geschehen in der Welt ins Bild gesetzt werden, nehmen wir hin gleich einer Glaubensgewissheit. Die Hyperrealität der Medien besteht für uns, ja gilt für uns gleich einer archaischen Religion im Sinne von Tönnies. In dieser Realität sind wir angekommen.

Die Öffentliche Meinung als Wert und individuelle Ressource

Timo Meynhardt, Universität St. Gallen, Timo.Meynhardt@unisg.ch

Stream 16: Vorläufer - Panel II: Ferdinand Tönnies' Kritik der öffentlichen Meinung - systematische Grundlagen der Öffentlichkeitssoziologie

In dem Vortrag sollen zwei Gedanken entwickelt werden: Erstens wird argumentiert, dass die Öffentliche Meinung für den Einzelnen eine wichtige Ressource zur Erfüllung individueller Bedürfnisse darstellt und damit funktional wichtig ist. Die Rückbindung an psychologische Realitäten lässt die Öffentliche Meinung als einen wichtigen kollektiven Wert erscheinen, gewissermaßen als einen „Public Value“. Wir möchten aufzeigen, wie in der aktuellen Public Value - Diskussion (cf. Meynhardt, 2009) systematisch auf Tönnies' Kategorien zurückgegriffen werden kann, um psychologische und soziologische Konzepte zu verknüpfen. Öffentliche Meinung ist kein Selbstzweck soziologischer Theoriebildung, sie ist Ausdruck von und eine Bedingung für das Funktionieren eines Gemeinwesens. In Tönnies' Worten: „Da die Öffentliche Meinung eine Form des geistigen Lebens [...ist...] so wirken auf sie alle Elemente des geistigen Lebens“ (2002, S. 667). Vor diesem Hintergrund wird zweitens die Dynamik der Öffentlichen Meinung mit Hilfe einer modernen Selbstorganisationstheorie untersucht. Speziell wird die Synergetik von Hermann Haken angewendet, um die bei Tönnies angelegte Entwicklungsdynamik zu beschreiben. Die Unterscheidung von Tönnies in feste, flüssige und luftartige Öffentliche Meinung lässt sich damit gut interpretieren. Insbesondere aber lassen sich Übergangsphänomene und Eingriffspunkte formal präziser charakterisieren. Die Anbindung der Konzepte von Tönnies an psychologische und selbstorganisationstheoretische Vorstellungen zeigt im Ergebnis des Vortrages auf, dass Tönnies eine hervorragende Basis geschaffen hat, aktuelle Probleme zu analysieren. Abschliessend werden wir dafür einige Beispiele anführen und weiterführende Forschungsfragen formulieren.

Transkulturelle Öffentlichkeitsakteure – ein Ansatz für die Erforschung transnationaler Öffentlichkeiten

Johanna Möller, Universität Bremen, johanna.moeller@uni-bremen.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel II: Netzaktivisten, Eliten und Migranten in transnationalen Öffentlichkeiten

Die breite Diskussion um nationale und transnationale Öffentlichkeiten während der letzten Jahre hat dazu geführt, diese als an multiple Identitäten, Themen, mediale Formate und soziale Kontexte gebunden zu konzipieren. Die Transnationalisierung von Öffentlichkeiten ist daher als Prozess zu begreifen, der im komplexen Netz dieser Bezüge stattfindet. Deren empirische Erforschung stellt Wissenschaftler vor einige Herausforderungen. Designs bleiben notwendiger Weise auf Medieninhalte, Bevölkerungen oder Journalisten in nationalen Kontexten fokussiert. Eine transkulturell vergleichende Perspektive kann hier komplexere Bezüge jenseits nationalstaatlicher Kategorien aufzeigen. Diese aufnehmend kann es darüber hinaus sinnvoll sein, spezifische auf öffentliche politische Kommunikation bezogene Handlungsfelder und darin agierende Akteure in den Blick zu nehmen. Ich möchte argumentieren, dass die Gruppe der transkulturellen Öffentlichkeitsakteure und ihre auf Öffentlichkeiten bezogenen Praktiken eine solche vielversprechende Perspektive darstellt. Solche Akteure sind Intellektuelle, Prominente und Experten, die regelmäßig und über Grenzen hinweg in unterschiedlichen medialen und nicht-medialen Formaten auftreten. Eine Fallstudie aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen kann aufzeigen, dass erstens tatsächlich multiple Öffentlichkeiten auf unterschiedlichen, sowohl nationalen aber auch grenzüberschreitenden Ebenen, parallel und überlappend existieren und, zweitens, wie diese im Handeln der untersuchten Akteure auf unproblematische Weise miteinander verknüpft sind. Auf der Grundlage qualitativer Interviews mit transkulturellen Öffentlichkeitsakteuren und Journalisten sowie Fallstudienanalysen einzelner Medienauftritte, ausgewertet mit Hilfe eines offenen Kodiervorgangs der Grounded Theory, lassen sich auf Öffentlichkeit bezogene Praktiken solcher Akteure auf drei Ebenen abbilden – Aktivierung, Vernetzung und öffentliches Handeln. Die Analyse zeigt: für Aktivierung und Vernetzung spielen vor allem grenzüberschreitende elitär-arkane, aber auch offenere Themenöffentlichkeiten eine wichtige Rolle; auf der Ebene öffentlichen Handelns bilden dagegen in erster Linie nationale mediale Formate und politische Diskurskulturen eine wichtige Orientierung dar. Zwischen diesen Ebenen wechseln Öffentlichkeitsakteure beständig hin und her und bieten so einen Ansatzpunkt für die Abbildung, aber auch ein besseres Verständnis von alltäglich realisierten Transnationalisierungsprozessen.



Sei ein Supermann und spende! Biopolitische Anrufungen in der Organspende

Mona Motakef, Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie, mona.motakef@uni-due.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel I: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populärkultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (I)

Der Ausbau der Transplantationsmedizin scheitert schon lange nicht mehr an medizinischen Aspekten, sondern an sozialen: der mangelnden Organspendebereitschaft der Öffentlichkeit. Gesundheitsökonomisch gesprochen gibt es einen Organmangel, d.h. die Nachfrage nach Spenderorganen übersteigt ihr Angebot. Um dies zu ändern, werden zunehmend Organspende-Kampagnen mit popkulturellen Inhalten lanciert. Organspende soll ins Zentrum der Öffentlichkeit geraten. Mit dem Rekurs auf die SuperheldInnen von DC-Comics platziert zum Beispiel das Deutsche Herzzentrum die Aufforderung, Organspende zu unterstützen, in die Berliner Öffentlichkeit. Auf Bussen und großen Werbetafeln der Stadt lassen sich verschiedene Superhelden-Motive finden: Ein Superheld fliegt in einer entschlossenen Pose über die Dächer des nächtlichen Berlin oder rettet eine Frau aus meterhohen Flammen. „Das kannst Du auch“ so die Botschaft auf den Bildern, denn „Organspende heißt Leben retten“. Und um die Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende gerade bei Jüngeren anzuregen, veranstaltet u.a. die Deutschen Stiftung Organtransplantation einen Song-Contest, in dem sich junge KünstlerInnen aus allen deutschen Bundesländern musikalisch mit Organspende auseinandersetzen sollen. Hier wird über die Segen die Organspende gesungen und gerappt. Der Vortrag problematisiert, wie mit popkulturellen Bezügen versucht wird, die Akzeptanz der Organspende zu steigern. Im Rückgriff auf eine gouvernementalitätstheoretische, biopolitische und gabensoziologische Perspektive wird deutlich, wie bestimmte Gruppen als OrganspenderInnen angerufen werden. Zentral erscheinen hier die Differenzlinien Alter und Geschlecht, wie in den Inszenierungen der übersteigerten Jugendlichkeit, Männlichkeit und Weiblichkeit der SuperheldInnen. An Beispielen der SuperheldInnen-Kampagne und des Song Contests wird gezeigt, dass Organspenden in der Öffentlichkeit als Inbegriff des Guten in Szene gesetzt werden. Das positive Bekenntnis für Organspende wird in der Regel als Aufklärung über Organspende deklariert. Am Beispiel der Organspende zeigt der Vortrag auf, wie ein biopolitisches Thema in der Öffentlichkeit nur noch als Problem der Optimierung verhandelt wird.

Wozu (noch) Intellektuelle? Versuch einer Standortbestimmung

Hans-Peter Müller, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, hpmueller@sowi.hu-berlin.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel I: Aufstieg und Fall des Intellektuellen. Zum Wandel der Sozialfigur des public intellectual

Gibt es noch eine Mission für die Intellektuellen als Träger des „vision business“? Der Intellektuelle, so könnten wir Aron und Sartre zusammenfassen, ist ein „spectateur engagé et enragé“. Als engagierter Beobachter und enragierter Kritiker ist er ein Advokat des Universellen, der angesichts der massiven Realität partikularer Interessenverfolgung im Namen der Menschheit spricht; er ist ein Sachwalter der allgemeinen Moral, der mit Zivilcourage für Freiheit und Toleranz eintritt; und er ist ein Anwalt der Unterprivilegierten, der Ungerechtigkeit artikuliert und Fairness anmahnt. Vier Entwicklungen bedrohen das Wirken dieser idealtypischen Gestalt des Intellektuellen nachhaltig: 1. Die ideologische Dimension: Der Niedergang des Sozialismus scheint nicht nur das Ende der Utopie, sondern auch das „Aus“ für den Typus des Linksintellektuellen zu bedeuten – den „organischen Intellektuellen“ (Gramsci), den „totalen Intellektuellen“ (Sartre) oder den „spezialisierten Intellektuellen“ (Foucault). 2. Die institutionelle Dimension: Die Entwicklung zu einer Informations- und Mediengesellschaft führt zu einer medialen Arenenvielfalt bei verkleinertem Artikulationsraum und zur Steigerung des Kommunikationstempos durch kürzere Umschlagszeiten bei Themen, Problemen und Moden. 3. Die Wissensdimension: Statt der Sachkompetenz für das Allgemeinwohl wird von Wirtschaft und Politik, den „Machern“ der Gesellschaft, immer stärker wissenschaftlich-technische Fachkompetenz für spezifische Probleme eingefordert: Sozialtechnologie und nicht kritische Reflexion. Der Experte und Berater/Coach tritt an die Stelle des Intellektuellen. 4. Die kulturelle Dimension: Die Postmoderne und ihre Ära der Differenz haben den Vernunftglauben der Moderne wohl am nachhaltigsten erschüttert, weil in der pluralistischen Vielfalt die Maßstäbe zur Beurteilung gesellschaftlicher Verhältnisse verloren gehen. Alle diese Entwicklungen – das „Ende der Ideologie“, die Telekratie, die Expertokratie, die Partitokratie und der postmoderne Pluralismus – haben den gesellschaftlichen Raum beschnitten und das Kritik- und Störpotential (Schumpeter) beschnitten. Schrumpfende Mission - die Intellektuellen, ein auslaufendes Modell? Diese Frage soll anhand der vier Dimensionen und anhand von einschlägigen Beispielen beantwortet werden, um Stellung, Status und eventuelle Mission von Intellektuellen heute zu bestimmen.



Eine Soziologie der symbolischen Formen - gibt es das? Einige symboltheoretische Anregungen für die Soziologie

Julian Müller, LMU München, julian.mueller@soziologie.uni-muenchen.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel I: Symbolische Kommunikation im öffentlichen Diskurs

Für Jürgen Habermas besteht die Leistung Ernst Cassirers darin, als erster die Bedeutung der humboldtschen Sprachphilosophie erkannt und zu einer allgemeinen Kulturphilosophie ausgearbeitet zu haben. In der Fokussierung auf Sprache ist ihm Cassirer zweifelsohne ein Vorbild gewesen. Allerdings liegt darin ein entscheidendes Problem, denn Cassirer als Sprachphilosophen heranzuziehen, heißt auch, eine dramatische Verkürzung seiner Symboltheorie vorzunehmen. Wiewohl Sprache für Cassirer im Mittelpunkt steht, ist sie eben nur eine symbolische Form unter anderen. Cassirers Projekt der Philosophie der symbolischen Formen ist kein sprachtheoretisches, sondern ein symboltheoretisches Vorhaben. An der Sprache gilt es, eine „Grammatik“ symbolischer Formen herauszuarbeiten, mit dem Ziel, Prozesse symbolischer Sinnproduktion auch in anderen Zusammenhängen, etwa in Kunst, Wissenschaft oder Mythos auffindbar zu machen. Der Symbolbegriff dient Cassirer dazu, eine Kulturtheorie zu entwerfen, die die Pluralität von Symbolwelten zum Ausgang nimmt und gerade in ihrer Pluralität zu untersuchen imstande ist, ohne diese in Sprache aufgehen zu lassen. Bei aller Bedeutung der Sprache, Cassirer ist ein Autor, der sich für die Sprache gerade nicht in ihrem denotativen Gehalt, sondern in ihrem symbolischen Gehalt interessiert. Dieser Beitrag möchte an einer Auseinandersetzung mit der cassirerschen Symboltheorie deutlich machen, wie gewinnbringend diese für soziologische Argumente, vor allem auch für empirische Forschung sein kann. Für eine Soziologie, die den Kommunikationsbegriff zu ihrem Grundbegriff macht, kann Cassirer zu einem wichtigen und sehr aktuellen Stichwortgeber werden, der das begriffliche und methodologische Instrumentarium liefert, Kommunikation nicht bloß als sprachliche Kommunikation zu verstehen, sondern in erster Linie auch in ihrer symbolischen Qualität. Hieran lassen sich Verbindungen zu praxistheoretischen oder anti-hermeneutischen Positionen andeuten, die Kommunikation in ihrer ästhetischen Qualität, ihrer Medialität, Narrativität oder Performativität untersuchen. Eine Soziologie, die Kommunikatoren in der politisch-medialen Öffentlichkeit in den Blick nehmen möchte, benötigt ein präzises Instrumentarium an Begriffen und Konzepten, um sich der Uneindeutigkeit kommunikativer Praxen - und nicht bloß konstativen Sätzen - zu nähern. Die cassirersche Symboltheorie kann sich hier als Anregung erweisen, deren soziologische Bedeutung noch immer unterschätzt wird.

Die Welt im Futur II - Bilder als Medien der Erinnerung und Bilder als Medien des Vergessens

Julian Müller, LMU München, julian.mueller@soziologie.uni-muenchen.de

Stream 10: Vergessen - Panel II: Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Am Beginn dessen, was wir ‚Moderne‘ nennen, stehen zwei sich scheinbar widersprechende Motive. Die Moderne ist das Zeitalter des Vergessens. Und sie ist das Zeitalter der Erinnerung. Dieses Zusammenspiel von Vergessen und Erinnern genauer in den Blick zu nehmen, soll das Ziel dieses geplanten Beitrags sein. Zunächst: am Beginn der Moderne steht das Vergessen. Dass die Moderne „nicht mehr Vorbildern einer anderen Epoche“ (Habermas) vertrauen will, ist wohl bis heute die prägnanteste Beschreibung einer Epoche, die sich von den Ketten der Vergangenheit gelöst und die Zukunft zu ihrem Spielraum gemacht hat. Die Moderne hat eine dezidiert projektive, keine retrospektive Haltung. Und doch steht am Beginn der Moderne gleichzeitig auch schon die Erinnerung. Die Moderne ist nämlich die erste Epoche, die sich bereits gegenwärtig an sich selbst erinnert, die sich aus der Perspektive einer zukünftigen Gegenwart selbst beobachtet. Pointiert gesagt, die Zeitform der Moderne ist das Futur II und das, was hier als Erinnerung bezeichnet wird, ist eine prospektive Erinnerung. Die moderne Gesellschaft verfügt über ein Bild von sich selbst, und es ist in der Tat die Produktion von Bildern, die diese Form von Erinnerung motiviert. Ein Beispiel, um das es in diesem Beitrag gehen soll, sind die Bilder Jacques Louis Davids, bei denen es sich nicht bloß um schöne Kunstwerke handelt. Bei seinen Bildern etwa Napoleons oder des Ballhausschwurs handelt es sich um etwas Paradoxes: es handelt sich um eine Historienmalerei der Gegenwart. So stilisiert und monumentalisiert wie Jacques Louis David noch vor der Revolution klassische historische Topoi malen konnte, etwa den Schwur der Horatier, so wird er mit der Revolution Chronist einer politischen Gegenwart, die bereits über ein historisches Bild von sich verfügt. Der Beitrag möchte zeigen, dass am Beginn der Moderne sowohl das Vergessen als auch das Erinnern stehen, und er möchte zeigen, dass es Bilder sind, die sich überlagern, verschieben und gegenseitig auslöschen; die also gleichzeitig als Medien des sozialen Gedächtnisses und als Medien sozialen Vergessens fungieren. Es soll sich aber nicht um historische Ausführungen handeln, vielmehr soll es darum gehen, einen theoretischen Rahmen aufzuspannen, der einen soziologischen Zugang zum ikonischen Gedächtnis der Gesellschaft ermöglicht. An dieser Stelle könnten soziologische Gedächtnistheorien, soziologische Zeittheorien und Bildwissenschaften ins Gespräch kommen.



Wissenschaftliche und öffentliche Diskurse um die Beherrschung der deutschen Sprache durch Personen mit Migrationshintergrund - Gradmesser sozialen Integrationswillens und Legitimation sozialer Ungleichheit

Matthias Müller, Deutsches Jugendinstitut e.V., Leipzig, mmueller@dji.de

Stream 15: Populismus - Panel IIIa: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (II)

Im ersten Teil des Vortrags wird der soziologische Gehalt des Populismusbegriffs hinterfragt. Dabei wird untersucht, ob eine vom historischen Fall abgelöste formale und inhaltliche Bestimmung öffentlicher Diskurse als Populismen oder populistisch möglich ist. Verschiedene Untersuchungen zu populistischen Phänomenen weisen neben Definitionen des Begriffs meist unzählige implizite Annahmen auf und bestimmen von (ebenfalls implizit eingenommenen) politischen, historischen oder ideologischen Standpunkten aus, was Populismus oder populistisch ist. Um das Phänomen öffentlich repräsentierter Legitimationsprozesse sozialer Ungleichheit zwischen Teilgruppen der Gesellschaft (z.B. von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund) soziologisch zu untersuchen, sind andere Begrifflichkeiten notwendig, die das komplexe Zusammenspiel zwischen Expertenwissen, politischen und öffentlichen Debatten und daraus entstehenden Deutungsmustern erfassen. Daran anknüpfend werden im zweiten Teil des Vortrags Diskurse um die Beherrschung der deutschen Sprache durch Personen mit Migrationshintergrund betrachtet. Im gegenwärtigen öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs werden Benachteiligungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unter anderem darauf zurückgeführt, dass Personen mit Migrationshintergrund auch in zweiter und dritter Generation die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen. Die Kenntnis der Mehrheitssprache eines Landes trifft als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Erfolg auf dem Arbeitsmarkt jedoch empirisch weder für alle Arbeitsmarktsegmente noch auf alle Migranten zu. Dieser Diskurs lebt von empirischer Ungleichheitsforschung, die Sprachfähigkeit als Ursache für Exklusion bestimmt und einer öffentlichen Debatte, die darin mangelnden Integrationswillen bestimmter Migrantengruppen identifiziert. Beide Diskurse verknüpfen sich zu einer Wertedebatte, die soziale Ungleichheiten mit nicht erbrachten Integrationsleistungen legitimieren und somit der benachteiligten Gruppe ursächlich selbst zuschreiben. Derartige Deutungsmuster verstärken sich besonders, wenn darin kleinere Gruppen der Gesamtgesellschaft stigmatisiert und für soziale Kosten verantwortlich gemacht werden können. Die Besonderheit dieser Debatte liegt demnach darin, über soziale, ökonomische und bildungsbezogene Stratifikationen der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund hinweg, zugewanderte Teilgruppen dieser gegenüberzustellen.

Intellektuelle Deutungskämpfe im Raum publizistischer Öffentlichkeit

Stefan Müller-Doohm, Universität Oldenburg, stefan.mueller.doohm@uni-oldenburg.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel I: Aufstieg und Fall des Intellektuellen. Zum Wandel der Sozialfigur des public intellectual

In dem Beitrag soll auf der Grundlage eine qualitativen Medienanalyse der Frage nachgegangen werden, wie sich im öffentlichen Raum intellektuelle Diskursgemeinschaften mit erkennbaren ‚opinion leader‘ herausbilden bzw. wie Einzelpersonen zu Sammelpunkten von intellektuellen Bewegungen werden. Im Mittelpunkt steht die Dynamik der Debatten zwischen Jürgen Habermas und Hermann Lübbe in ihrer Rolle des öffentlichen Intellektuellen. An Hand dieser exemplarisch ausgewählten Personen soll nicht nur die Funktion des (klassischen) Intellektuellen soziologisch bestimmt, sondern untersucht werden, wie die öffentliche Präsenz dieser Intellektuellen sich ausgewirkt hat auf (1) die Profilierung gegensätzlicher Gruppierungen und auf (2) die Polarisierung zwischen linksliberalen und liberalkonservativen Lagern. Darüber hinaus interessiert (3) die Bedeutung der intellektuellen Zeitkritik für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland und für die Stabilisierung einer kritischen Öffentlichkeit. Im Rahmen der zeitlich begrenzten Ausführungen wird ein Schwerpunkt ausgewählt: Er liegt auf einer zentralen Kontroverse, die unter dem Titel „Deutscher Herbst 1977“ Intellektuellengeschichte geschrieben hat. Bei der Analyse des intellektuellen Wettkampfes um Aufmerksamkeit an Hand dieses Beispiels liegt der Fokus auf- den Themen,- der Argumentationsweise und dem Argumentationsverlauf,- den Differenzsemantiken,- den zeitgeschichtlichen Bezügen. Mit dem Beitrag soll die Perspektive des Panel I vom Aufstieg und Fall des Intellektuellen ergänzt werden durch die zweifache Perspektive, wie sich Intellektuelle der Medien bedienen und in welchem Umfang spezifische Medien intellektuellen Interventionen eine Bühne bieten: Wie beeinflussen die medialen Selektionsmechanismen die Formen der Interventionen? Dieser Ausschnitt einer umfangreicher angelegten Studie setzt beim politischen Handeln des Intellektuellen an, also seiner Tätigkeit des öffentlichen Redens und Schreibens. So lässt sich fragen: Ist die intellektuelle Kritikform eine besondere Form öffentlicher Kritik, die von der Kritikform anderer Personenkreise typologisch abgegrenzt werden kann? Der Beitrag bezieht sich auf erste Befunde eines von der DFG geförderten Projekts über ideenpolitische Kontroversen.

Regieren im Mehrebenensystem - Politik ohne Öffentlichkeit?

Richard Münch, Universität Bamberg, richard.muench@uni-bamberg.de

Plenum IV: Politik ohne Öffentlichkeit

Benchmarking und Monitoring sind wesentliche Instrumente des Regierens im Mehrebenensystem. Internationale Vergleiche bringen Nationalstaaten in einen Wettbewerb um Bestmarken, nicht mehr nur in zentralen ökonomischen Kennziffern wie Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Mit Hilfe der OECD-Statistik wird die Performanz von Nationalstaaten durch ein breites Spektrum weiterer ökonomischer Kennziffern sowie durch Kennziffern insbesondere für Bildung und Wissenschaft gemessen. Der maßgebliche Effekt dieser Kennziffernvergleiche ist die Delegitimierung nationaler Traditionen und die Entmachtung ihrer Träger, der Parteien und Verbände. Im Gegenzug gewinnen transnationale Experten-netzwerke an symbolischer Macht. Sie bieten im Kontext gewachsener Unsicherheit über die richtige Praxis Halt durch transnational diffundierte Reformprogrammatiken. Die nach wie vor überwiegend national konstituierten Öffentlichkeiten und ihre Träger, die Massenmedien, sind an diesem Prozess nicht völlig unbeteiligt. Im Unterschied zum klassischen Modell nationalstaatlicher demokratischer Öffentlichkeiten sind sie jedoch weniger aktive Gestalter der öffentlichen Meinungsbildung, sondern mehr Übermittler von Reformzwängen, die auf heftigen Widerstand der beharrenden, in ihrer Position gefährdeten Kräfte stoßen. In der reinen Übermittlerrolle fehlt es den Massenmedien an konsensbildender Kraft. Umso unversöhnlicher prallen die Kräfte der Reform und die Kräfte der Beharrung aufeinander. Der für die Mittelstandsgesellschaft typische breite Konsens, z.B. über Sinn und Zweck sozialer Sicherheit, bricht auf. Die Mitte schrumpft, oben verabschiedet sich eine global denkende Elite vom Mittelstandskonsens, unten klammert sich eine heterogene Unterschicht an kollektive Identitäten (Nation, ethnische Gruppen, Unterschichtenmilieu). Im Parteiensystem zeigt sich diese Entwicklung in der schrumpfenden Wählerschaft der Volksparteien (CDU, CSU, SPD), der wachsenden Wählerschaft von Parteien, die eher globales und/oder liberales Denken repräsentieren (Grüne, FDP) oder kollektive (klassenorientierte, nationale oder ethnische) Identitäten betonen (Links- oder rechtspopulistische Parteien).

„Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse

Sighard Neckel, Universität Wien, Institut für Soziologie, sighard.neckel@univie.ac.at

Stream 07: Habermas - Panel III: Nach 50 Jahren: Strukturwandel der Öffentlichkeit revisited

In seinem Buch über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ hat Jürgen Habermas an der öffentlichen Sphäre gezeigt, wie sich eine „Refeudalisierung“ ehemals bürgerlicher Kommunikationsformen durch eine Transformation ihrer grundlegenden Institutionen vollzieht. Im Zentrum seiner Analyse steht die Privatisierung gesellschaftlicher Bereiche, die zunehmend unter den Druck wirtschaftlicher Kommerzialisierung und politischer Legitimitätsbeschaffung geraten. Im Vortrag wird die These vertreten, dass wir heute in der ökonomischen Sphäre moderner Gegenwartsgesellschaften einen ähnlichen Prozess beobachten können. Wie in Habermas' Analyse von Öffentlichkeit, so wird auch in der refeudalisierten Ökonomie ein Strukturwandel dadurch vollzogen, dass öffentliche Güter privatisiert werden, ökonomische Beziehungen umfassend einem Vermarktlichungsimperativ unterliegen und eine oligopolistische Vermachtung die Unternehmensstrukturen dominiert. Am Ende obsiegt die „Konkurrenz der organisierten Privatinteressen“ in ähnlicher Weise über die wirtschaftliche Welt wie Habermas dies formal vergleichbar am Fall von Öffentlichkeit beschrieb. In Habermas' Konzept einer Refeudalisierung von Öffentlichkeit wird eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit zum Ausdruck gebracht, die ab bestimmten Schwellenwerten in einer Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben. Gesellschaftliche Funktionssysteme können dadurch im Fortgang ihrer Modernisierung jenen bürgerlichen Charakter verlieren, dem sie einst erst ihren Ursprung verdanken. Die Entstehungs- und Wirkungsmechanismen der refeudalisierten Ökonomie der Gegenwart weisen zahlreiche formale Ähnlichkeiten mit den institutionellen Transformationen moderner Öffentlichkeit auf. Als paradoxe Folge entsteht ein Kapitalismus ohne Bürgerlichkeit, der für die globale Ökonomie des 21. Jahrhunderts jedoch eine kulturelle Voraussetzung darstellen könnte.



Die Legitimität wirtschaftlichen Handelns als umkämpftes Objekt. Zur Bedeutung von Wertvorstellungen als Einflussfaktor ökonomischen Handelns.

Sebastian Nessel, Universität Graz, sebastian.nessel@uni-graz.at

Stream 05: Märkte - Panel III: Ideen als Treibmittel des Wandels von Märkten

Dieser Beitrag soll die Bedeutung von Wertvorstellungen für ökonomisches Handeln erschließen. Um die Wirkung von Ideen auf wirtschaftliches Handeln zu erfassen, wird dabei nicht auf eine substantialistische Deutung von Ideen als kreativer Akt von Unternehmern abgestellt. Gegen eine solche Sichtweise wird vorgeschlagen, Ideen und Leitbilder in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Zu untersuchen sind in dieser Perspektive die sozialen und historisch variablen Prozesse, die die Durchsetzung bestimmter Leitbilder für wirtschaftliches Handeln begünstigen. Die These des Beitrages ist, dass Leitbilder nur dann erfolgreich gesellschaftliche Verbreitung finden, wenn sie nicht nur in Organisationen legitimiert werden, sondern erst dann, wenn sie mit gesellschaftlich akzeptierten Vorstellungen einer breiteren Unternehmensumwelt zusammentreffen. Die spezifischen Wirkungen und Entstehungsbedingungen von Ideen auf ökonomisches Handeln werden in diesem Beitrag am Fallbeispiel des Lebensmittelmarktes nachgezeichnet. Es wird gezeigt, dass wirtschaftlich bedeutsame Leitbilder nicht nur von Unternehmen, sondern zunehmend auch von Konsumenten geprägt werden. Dazu wird in einem ersten Schritt das von Bourdieu vernachlässigte Feld der Konsumenten als Raum konzipiert, indem Ideen ebenso produziert und umkämpft werden, wie im Unternehmenssektor. Im Rahmen einer machttheoretischen Perspektive wird sodann verdeutlicht, dass herrschende Leitbilder als kognitive Rahmungen des Handelns zu verstehen sind, die stets symbolischen Auseinandersetzungen um ihre Legitimität ausgesetzt sind. Der Einbezug von Wertvorstellungen als Handlungsmaxime von Unternehmen – z.B. CSR-Strategien oder soziale Labels – wird damit nicht nur aufgrund der Unsicherheitsstabilisierung erklärt, sondern zudem aus der Suche nach gesellschaftlicher Legitimität. Vorstellungen über legitimes ökonomisches Handeln, die sich sowohl in greifbaren Institutionen als auch in formalen und informellen Organisationsstrukturen äußern, werden so als gesellschaftliche Macht- und Aushandlungsprozesse sichtbar, die nur in Relation zwischen Konsumenten, Unternehmen und staatlichen Akteuren begriffen werden können. Als Beitrag zur Wirtschaftssoziologie werden damit Konsumenten als Einflussvariable des Wandels von Märkten analysiert. Gleichzeitig wird verdeutlicht, wie der bisher unterentwickelte Anschluss wirtschaftssoziologischer Analysen an gesellschaftstheoretische Fragestellungen gedacht werden kann.

Zur Vereinbarkeit des Unvereinbaren. Die Gemeinwohl-idee als Triebkraft von Freiwilligen-Märkten

Daniela Neumann, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, daniela.neumann@soziologie.uni-heidelberg.de

Stream 05: Märkte - Panel III: Ideen als Treibmittel des Wandels von Märkten

Bis heute wird häufig unterstellt, dass nicht-ökonomische Wertideen und utilitaristische Effizienzlogiken bei der Bildung von Märkten unvereinbar seien. Dass dies nicht zwangsläufig der Fall sein muss und gerade über die Gemeinwohl-idee die spezifische Logik der Ökonomie steuerbar erscheint, soll in diesem Beitrag anhand der Formierung eines neuartigen „Freiwilligen-Marktes“ verdeutlicht werden. Dieser kann als ein fiktiver Ort verstanden werden, an dem die Nachfrage nach freiwilligen Leistungen mit dem Angebot potenziell Engagierter diskursiv in Übereinstimmung gebracht wird. Bei der Entstehung des Freiwilligen-Marktes handelt es sich – so die zentrale These – um eine am Gemeinwohl orientierte, diskursive Konstruktion seitens der Politik (White/Godart 2007), in deren Rahmen gerade bürgerschaftliches Engagement zum Inbegriff gemeinnützigen Handelns stilisiert wird. Durch die Rekonstruktion der politischen Krisendiskurse zur Zukunft des Sozialstaats, der Demokratie und der Arbeitsgesellschaft soll gezeigt werden, dass bürgerschaftliches Engagement scheinbar als eine knappe, voraussetzungsvolle Ressource entdeckt wird, um die v.a. Wohlfahrtsverbände konkurrieren. Gleichzeitig betonen politische Veröffentlichungen unter Rekurs auf quantitative Studien, wie dem Freiwilligensurvey, dass es ein ungenutztes Potential an engagementbereiten Freiwilligen gebe, das bei entsprechender Aktivierung diesen (Mehr-)Bedarf befriedigen könne. Die hier kurz umrissene diskursive Konstruktion spezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen spricht für die – im Vortrag ausführlich zu diskutierende – Vermutung, dass es sich beim Freiwilligen-Markt um ein politisches Steuerungsinstrument für dieses scheinbar knappe Gut handelt. Die Gemeinwohl-idee wird im Sinne eines Freiwilligen-Marktes aber erst dann verhaltenswirksam, wenn sie neben der diskursiven Aufwertung eine Institutionalisierung im Rahmen der existierenden Wertsphären erfährt (Schwinn 2009). Die Frage, inwieweit eine marktförmige Institutionalisierung der Gemeinwohl-idee möglich ist, soll anhand einer Inhaltsanalyse der Publikationen von und über Freiwilligenagenturen konkretisiert werden. Diese auf die Vermittlung von Freiwilligen spezialisierten Agenturen versuchen mit ihren „Matching“-Strukturen, die Gemeinwohl-idee in eine für Wirtschafts- oder Sozialunternehmen verständliche Sprache zu übersetzen und scheinen so, eine ideale Antwort auf den gesellschaftspolitisch konstruierten (Mehr-)Bedarf an freiwilligem Engagement zu geben.

Das Konzept der „public sociology“ im Kontext einer kritischen amerikanischen Soziologie

Oliver Neun, Universität Kassel, Oliver.Neun@uni-kassel.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel II: Die Funktion soziologischen Wissens in gesellschaftlichen Gestaltungsdiskursen

In dem Beitrag soll eine geschichtliche Einordnung des Konzeptes der „public sociology“ von Burawoy gegeben werden, die in den Rahmen einer bisher in Deutschland wenig bekannten kritischen Richtung der amerikanischen Soziologie gestellt wird. Zentrale Figuren dieser Tradition sind z.B. David Riesman, C. Wright Mills, aber auch andere Mitglieder der Gruppe der „New York Intellectuals“. Bezüge zu der deutschen Diskussion hat diese Tradition, weil diese wiederum stark durch die vor dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Mitglieder der Kritischen Theorie geprägt ist. In Deutschland wurde diese Richtung u.a. wegen der Fokussierung in der Rezeption auf die amerikanische, „grosse“, soziologische Theorie im Sinne Parsons oder der empirischen Sozialforschung bisher nicht beachtet, da die kritische Gruppe eher „middle-range“-Theorien im Sinne Robert Mertons vertrat.

Protest gegen Olympia – zur Rolle der Medien und der Prominenten beim Widerstand gegen München 2018

Joerg-Uwe Nieland, Deutsche Sporthochschule Köln, Institut f. Kommunikations- und Medienforschung, joerg-uwe.nieland@gmx.net

Holger Ihle, Deutsche Sporthochschule Köln, Institut f. Kommunikations- und Medienforschung, h.ihle@dshs-koeln.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel III: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populär-kultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (II)

Bei der Suche nach einer adäquaten Partizipation an der öffentlichen Kommunikation wurde die Sportkommunikation von der Kommunikationsforschung bislang kaum berücksichtigt. Gleichzeitig vernachlässigen die (sport-)soziologische Forschung sowie die zahlreichen Programme und Initiativen zum Wechselverhältnis von Sport und Zivilgesellschaft die Rolle der Medien. Dabei könnte gerade dem medial vermittelten Sport für das zivilgesellschaftliche Engagement in modernen Gesellschaften entscheidende Bedeutung zukommen. Tatsächlich haben in den letzten Jahren die sportbezogenen Protestformen und -themen deutlich zugenommen. Es sind nicht nur Fanproteste gegen die Kommerzialisierung des Fußballs im Allgemeinen sowie einzelne Entscheidungen der Vereinsspitze oder den Kapitalgebern, sondern auch Protestereignisse, bei denen es nicht im engeren Sinne um sportliche Interessen geht. In diesem Zusammenhang sind die Protestformen um die Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2018 von besonderem Interesse, denn nach „Stuttgart 21“ brach sich ab Herbst 2010 ein weiteres, von unterschiedlichen Medien und Akteuren kontrovers und mit großem kommunikativen Aufwand geführte Debatte Bahn. Diese Debatte fand sich auch in unterhaltenden Kommunikationsangeboten und wurde von einer Vielzahl von Prominenten getragen. Angesichts des großen politischen Engagements durch den Bund, des Landes Bayern und der Stadt München sowie des DOSB aber auch der finanziellen Unterstützung durch eine Vielzahl von Unternehmen, wurde auf den Protest gegen die Bewerbung mit medialen Gegenkampagnen reagiert. Dieser Fall und die dahinterstehende Entwicklung ist unserer Meinung nach geeignet, zu (grundsätzlichen) Erkenntnissen über die Politikdarstellung und die Rolle neuer Akteure und Arenen zu gelangen. In dem projektierten Beitrag wird eine Studie zur medialen Darstellung der Proteste gegen die Bewerbung von München (und insbesondere Garmisch-Partenkirchens) vorgestellt. Für die erstmals vorzustellende Studie wird derzeit eine Inhaltsanalyse von ausgewählten Zeitungen (im Zeitraum Oktober 2010 bis März 2011) durchgeführt. Konkret geben die erhobenen Daten unter anderem darüber Auskunft, welche Medien über die Proteste berichtet haben, welche Akteure und welche Argumente zu Wort kommen, welche Kommunikations-/Imagekampagne Erfolg hatte.

Das Eurobarometer und der Prozess der Europäischen Integration

Sylke Nissen, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, nissen@uni-leipzig.de

Stream 08: Medien - Panel I: Öffentlichkeit als statistisches Ereignis

Seit nahezu 40 Jahren lässt die Europäische Kommission die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft im Spiegel öffentlicher Meinung beobachten. Das Eurobarometer misst die Einstellung der europäischen Bevölkerung zu verschiedenen Europa bezogenen Fragen und erhebt unter anderem, wie die Öffentlichkeit die Institutionen der EU beurteilt. Immer wieder wird betont, welch immenser Schatz an Daten und Informationen in den Statistiken des Eurobarometer enthalten ist, da die Surveys kontinuierlich zweimal im Jahr EU-weit durchgeführt werden und die Zahl der Fragen an die Bevölkerung immer weiter steigt. In meinem Beitrag möchte ich die Rolle des Eurobarometers im Prozess der Europäischen Integration untersuchen. Welches Bild der EU wird durch das Eurobarometer in die Öffentlichkeit transportiert? Wird das Eurobarometer als Instrument zur Unterfütterung oder Unterstützung der Europäischen Integration genutzt oder bringt die Art der Aufbereitung und Publikation der Eurobarometer-Daten anhaltende Orientierung an eher national dominierten Kriterien zum Ausdruck? Welche politische Intention spricht aus den Interpretationen der Umfrageergebnisse? Wird das Eurobarometer durch die Auftraggeber instrumentalisiert, indem Erfolge Europäischer Integration mit Hilfe von Eurobarometer-Daten herbei geforscht werden? Welche Bedeutung spielt das Eurobarometer in der medialen Berichterstattung über die Europäische Union? Mit Hilfe dieser Fragen wird der Beitrag die Relevanz der Eurobarometersurveys für die am Projekt Europa beteiligten Akteure in Politik, Medien und Öffentlichkeit analysieren.

Der Einfluss unterhaltender Fernsehangebote auf die Wahrnehmung politischer Öffentlichkeit. Eine kultivierungstheoretische Untersuchung am Beispiel der „Lindenstraße“

Cordula Nitsch, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, cordula.nitsch@phil.uni-duesseldorf.de

Carsten Wünsch, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wuensch@phil.uni-duesseldorf.de

Christiane Eilders, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, christiane.eilders@phil.uni-duesseldorf.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel I: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populär-kultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (I)

Es ist heute weitgehend unumstritten, dass auch unterhaltende Inhalte des Fernsehens politische Botschaften transportieren können. Allerdings liegen bislang nur wenige inhaltsanalytische Befunde zu den politischen Inhalten von Unterhaltungsangeboten vor (z.B. Eilders/Nitsch 2010; Holbert et al. 2005) und empirische Erkenntnisse zu den Wirkungen solcher Inhalte auf die Rezipienten stehen weitgehend aus. Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob die Nutzung unterhaltender Fernsehangebote politik-relevante Vorstellungen des Publikums beeinflusst. Theoretischen Hintergrund bildet die Kultivierungsforschung (z.B. Gerbner/Gross 1976), die untersucht, welchen Einfluss das Fernsehen auf die Weltbilder der Rezipienten hat. Zahlreiche Studien konnten zeigen, dass auch fiktionale Inhalte die Vorstellungen über Verteilungen von Phänomenen in der Realität prägen (z.B. Anteile bestimmter Berufsgruppen). Neuere Studien belegen auch genre- und sendungsspezifische Kultivierungseffekte (z.B. durch Talkshows oder Arztserien). Wirkungen sind folglich auch durch die selektive Nutzung bestimmter Inhaltstypen möglich. Die Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann 1980) geht ebenfalls davon aus, dass Medieninhalte die Wahrnehmung der Realität beeinflussen. Sie fokussiert allerdings auf journalistische Inhalte und die Wahrnehmung des Meinungsklimas. Überträgt man die Überlegungen im Sinne der Kultivierungsforschung auf fiktionale Fernsehinhalte, so dürften auch unterhaltende Angebote einen Einfluss auf die Vorstellungen von politischer Öffentlichkeit haben. Dies ist vor allem dann zu erwarten, wenn Themen und Ereignisse der politischen Realität explizit aufgegriffen werden, wie bspw. in den TV-Serien „The West Wing“ oder „Lindenstraße“. Diese Annahmen werden im Beitrag empirisch überprüft. Um dem kumulativen Charakter des Kultivierungseffekts gerecht zu werden, wurde ein prolonged exposure-Feldexperiment durchgeführt. 123 Probanden wurden aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen vier ausgewählte Folgen der „Lindenstraße“ anzusehen. Die Kontrollgruppe (N= 54) nahm nur an der Nachbefragung teil. Die abhängige Variable umfasste politik-relevante Realitätsvorstellungen. Alle Probanden mussten das Ausmaß an Politikverdrossenheit (1) und Partizipation (2) einschätzen sowie angeben, wie die Wahlabsichten für die Parteien verteilt sind (3). Die Befunde zeigen, dass die Rezeption der vier Folgen die Verteilungsschätzungen auf allen drei Dimensionen beeinflusste.



Räumliche Zugehörigkeiten und Identifikationen von MigrantInnen der zweiten Generation: Die Netzwerke spanischer Jugendlicher in der Schweiz

Michael Nollert, Universität Fribourg, michael.nollert@unifr.ch

Marina Richter, Universität Fribourg, marina.richter@unifr.ch

Stream 06: Räume - Panel III: Postterritoriale Räume politischer Partizipation

Seit Georg Simmels Metapher von der „Kreuzung sozialer Kreise“ wird die Identität von Menschen in modernen Gesellschaften nicht mehr in singulären sozialen Kreisen bzw. Netzwerken (Stämmen, Familien etc.) gefasst und analysiert. Im Gegenteil: Moderne Menschen sind vor allem Individuen, die über mehr oder weniger multiple Zugehörigkeiten und Identifikationen verfügen (Nollert 2010). Transnationale Migration unterstützt diesen Vielfalt an Zugehörigkeiten insofern, als sich in MigrantInnen zwangsläufig eine Vielzahl von bestehenden Kreisen im Herkunftsland und neuen Kreisen im Zielland kreuzen. Eine besonders interessante Gruppe bilden diesbezüglich Mitglieder der sog. Zweiten Generation (Levitt und Waters 2002) neben den gut erforschten MigrantInnen selbst (z.B. Westwood und Phizacklea 2000, Leitner und Ehrkamp 2006). Die räumlichen Zugehörigkeiten und Identifikationen dieser Nachkommen weisen auf die Frage hin, inwiefern die transnationalen Bezüge auch über Generationen hinweg Bestand haben. Der Vortrag thematisiert Befunde eines Forschungsprojekts, das sich mit den Netzwerken von Nachkommen spanischer MigrantInnen in der Schweiz befasst. Im Vordergrund steht die Frage, inwiefern die Strukturen ihrer transnationalen Netzwerke die räumlichen Zugehörigkeiten und Identifikationen beeinflussen. Dabei hinterfragen wir auf der Basis von Netzwerkdaten und Interviews, die im Rahmen einer multisited ethnography im Herkunfts- und Zielland erhoben wurden, die Annahme, dass transnationale Lebensräume mit transnationalen Zugehörigkeiten und Identifikationen korrespondieren und schlagen eine Typologie von transnationalen Zweitgenerationen-Netzwerken vor. Literatur: Leitner, H. and Ehrkamp, P. 2006. ‚Transnationalism and migrants‘ imaginings of citizenship‘, *Environment and Planning A*, 38: 1615-32. Levitt, P. and Waters, M. C. (eds.) 2002. *The Changing Face of Home: The Transnational Lives of the Second Generation*. New York: Russell Sage Foundation. Nollert, M. 2010. ‚Kreuzung sozialer Kreise: Auswirkungen und Wirkungsgeschichte‘, pp. 159-167 in: C. Stegbauer and R. Häussling (Eds.) *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Westwood, S. and Phizacklea, A. 2000. *Trans-Nationalism and the Politics of Belonging*. London, New York: Routledge.

Keine Alternative. Neoliberale Positionen in den Printmedien nach dem Finanzcrash

Jürgen Nordmann, Johannes Kepler Universität Linz, Juergen.Nordmann@jku.at

Stream 01: Kommunikatoren - Panel I: Symbolische Kommunikation im öffentlichen Diskurs

Im Sept. 2008 brach das Aushängeschild des neoliberal orientierten Kapitalismus, der internationale Finanzmarkt, zusammen und musste sich zur Rettung kurzfristig in die Hände des Staates begeben. Die Interventionspolitik widersprach den Glaubenssätzen der (neo)liberalen Intellektuellen, Ökonomen, Publizisten und Elitennetzwerke. Tatsächlich war eine intellektuelle Verwirrung zu konstatieren. Mit der Kernschmelze des kapitalistischen Wirtschaftssystems oder zumindest mit dem Ende des Neoliberalismus wurde gerechnet. Wie reagierten die Elitennetzwerke in den Medien auf den befürchteten Machtverlust und einen drohenden Systemwechsel? Welche Gedankenspiele fanden statt, um das neoliberale Denken der neuen Realität anzupassen? Die öffentliche Verwirrung und Konsolidierung des neoliberalen Denkens lässt sich an den Reaktionen einschlägiger Verfechter des (Neo) Liberalismus in der bürgerlichen Qualitätspresse nachvollziehen. Als Zentren des neoliberalen Denkens gelten im deutschen Sprachraum die Wirtschaftsressorts der FAZ, der SZ und der NZZ sowie die Schweizer Wochenzeitung ‚Die Weltwoche‘. Sie können idealtypisch als das bezeichnet werden, was F. A. von Hayek unter Second-Hand Dealer of Ideas verstand. Sie vermitteln das Denken der Original Thinker in einer Form, die vor allem den wirtschaftlichen Eliten angemessen erscheint. Gerade darum ging es den einschlägigen Kommentatoren: Dass die Eliten nicht an der neoliberalen Politik zu zweifeln beginnen. Welche Formen, die Finanzkrise in das neoliberale Denkgebäude zu integrieren, wählten die Kommentatoren? Der Vortrag zeigt anhand der Fallbeispiele H. D. Barbier (FAZ), G. Schwarz (NZZ), N. Piper (SZ) u.a., wie die liberalen Kommentatoren im Sept. und Okt. 2008 auf den Finanzcrash reagierten. Deutlich wird vor allem, dass die Verunsicherung in den ersten Wochen so groß war, dass die Kernthese des Neoliberalismus vom absoluten Vorrang des Marktes und vom grundlegenden Staat-Markt-Widerspruch aufgeweicht wurde und erst verhältnismäßig spät die ideologische Brücke zur Krisenintervention als ordnungspolitische Maßnahme im Sinne des Ordoliberalismus beschritten wurde. Nach dem Ausbleiben eines Elitenwechsels konsolidiert sich die neoliberale Argumentation mit dem Thema der Haushaltskonsolidierung und dem Kampf gegen keynesianische Konjunkturprogramme. Der Kreis schloss sich, aber aus dem Material geht hervor, dass der Finanzcrash das neoliberale Denksystem zumindest für wenige Wochen schwer erschüttert hat.

Dispositiv des kollektiven Gedächtnisses als Antwort auf einen öffentlichen Krisenzustand. Zwischen Habermas und Foucault

Magdalena Nowicka, Uniwersytet Łódzki, Instytut Socjologii, indifference2@tlen.pl

Stream 07: Habermas - Panel II: Habermas und Foucault erneut ins Gespräch gebracht: Annäherungen an den Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

Im vorliegenden Beitrag wird versucht, die Prozesse der kollektiven Gedächtnisproduktion in der Öffentlichkeit zu identifizieren und zu analysieren. Der kommunikative und produktive Charakter des kollektiven Gedächtnisses basiert auf einem Ausschluss (im Sinne Foucaults), – und während das kollektive Gedächtnis Bilder und Beurteilungen der Vergangenheit betrifft, die in der Gesellschaft dominieren, schildert das Nicht-Gedächtnis das gesellschaftliche Phänomen des Vergessens, der Auslöschung oder Nicht-Aneignung von „beschämender“ Vergangenheit. Im Vorwort zur Neuauflage von Strukturwandel der Öffentlichkeit (1990) bemerkt Habermas, Ökonomie und Staatsapparat gestalteten „systemisch integrierte Handlungsbereiche“. Der Kampf um ein neues Gleichgewicht bestehe jetzt in der kommunikativ-produktiven Abgrenzung zwischen Wirtschafts- und Herrschaftsmacht und „Gewalten der gesellschaftlichen Integration“. Dieser Vortrag Studie zielt jedoch darauf ab, das kollektive Gedächtnis als strategisches Produkt der ökonomisierten gesellschaftlichen Integration zu untersuchen. Den theoretischen Rahmen der Analyse bilden Begriffe Foucaults, die er im „späteren“ Zeitraum seiner Reflexionen einführt. Seine Kategorie Dispositiv bezeichnet die Machtproduktionsbeziehungen, die zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen entstehen können, z.B. zwischen Diskursen, Institutionen, Gesetzen, wissenschaftlichen Aussagen und administrativen Regulationen. Das Dispositiv schließt an Ereignisse und Phänomene an, die als wirkliche Zustände sozialen Ungleichgewichts anerkannt werden. Es beugt einem problematischen Phänomen nicht vor; seine Aufgabe ist vielmehr, auf einen Notstand zu antworten und die Normalisierung einer Krise zu aktivieren. Das Dispositiv des kollektiven Gedächtnisses wird am Beispiel des innerpolnischen Streits um Jan T. Gross und seine Bücher *Sasiedzi* [Nachbarn], *Strach* [Angst] bzw. *Złote zniwa* [Goldene Ernte] aufgezeigt, in denen Gross der polnischen Bevölkerung u.a. Mord an ihren jüdischen MitbürgerInnen sowie allgemeinen Antisemitismus vorwirft. Die Krise, auf die das Dispositiv antworten sollte, ist hier die öffentliche Kritik des polnischen kollektiven Gedächtnisses mit Rückgriff auf u.a. faktographische Daten. Das Grundmittel zur Beherrschung des „beschämenden“ Gedächtnisses über Polen ist seine „Selbst-Annullierung“ mithilfe diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken des Ungültigmachens einerseits sowie medialer Mechanismen der Öffentlichkeit andererseits.

Vernetzte Öffentlichkeiten? Strukturen und Leistungen der Anschlusskommunikation im Social Web. Ergebnisse einer Inhalts- und Netzwerkanalyse.

Christian Nuernbergk, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, nuernbergk@uni-muenster.de

Stream 13: Netzwerke - Panel I: Netzwerke öffentlicher Kommunikation

Die Leistungen und die Strukturen der auf Medieninhalte bezogenen Anschlusskommunikation im Internet sind bisher wenig erforscht. Anhand der Ergebnisse eines Dissertationsprojekts soll gezeigt werden, welche spezifischen Thematisierungs- und Orientierungsleistungen durch die Anschlusskommunikation in Weblogs erbracht werden. Inhaltlich bezieht sich die in der Empirie ausgewertete Kommunikation auf die Berichterstattung über den G8-Gipfel von Heiligendamm. Aufbauend auf einer (relational angelegten) Inhaltsanalyse wurde eine Netzwerkanalyse durchgeführt. Diese Methodenkombination liefert Erkenntnisse darüber, inwieweit inhaltliche Bezugnahmen und explizite Verweise (über Hyperlinks) zwischen den Kommunikatoren der untersuchten Angebote bestehen. Anschlusskommunikation ist ein soziales Phänomen, das es auch schon vor dem Internet gegeben hat, etwa in Gesprächen der Rezipienten über Medieninhalte. Sie beschränkte sich jedoch auf räumlich gebundene Formen der Präsenzkommunikation oder aber auf wenige Feedbackkanäle (z. B. Leserbriefe). Durch das Internet wird die Mediatisierung dieser Kommunikationsform ermöglicht, wodurch potenziell größere Öffentlichkeiten erreicht werden können. Angesichts der Fülle an verfügbaren Informationen wird die Orientierung über das bereits publizierte zu einer wichtigen Leistung im Internet. Die Resonanz, die in der „Blogosphäre“ oder auf sozialen Netzwerkplattformen erzielt wird, kann als Verstärker für die öffentliche Sichtbarkeit einer Thematisierung wirken. Hiervon können sowohl partizipative wie auch professionelle Angebote profitieren. Vor diesem Hintergrund sollen die unterschiedlichen Formen der Bezugnahme sowie die Diskursivität der Anschlusskommunikation in den Blick genommen werden. Wer kann in der Anschlusskommunikation das Wort ergreifen und selbst Resonanz auslösen? Inwiefern kommt es auch in der partizipativen Anschlusskommunikation zu Exklusionsprozessen? Als symbolisch aufgeladenes, konfliktbehaftetes Ereignis wurde der G8-Gipfel von Heiligendamm gewählt. Die Berichterstattung der Angebote Spiegel Online (professionell) und Indymedia (partizipativ) zu diesem Anlass wurde vergleichend ausgewertet und mit der jeweils auf sie bezogenen Anschlusskommunikation aus 323 Blogs gegenübergestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass es nur wenigen Bloggern gelingt, innerhalb des untersuchten Netzwerks Resonanz auszulösen. Zwischen den Angebotstypen zeigen sich zudem deutliche Unterschiede in der Themenauswahl und in der Bewertung.

Zeitdiagnostik als öffentliche Intellektualität?

Fran Osrecki, Universität Osnabrück, fran.osrecki@uni-osnabrueck.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel III: Public Sociology und Gesellschaftstheorie

Das Thema des Vortrags sind die Argumentationsstrukturen moderner soziologischer Zeitdiagnosen, die als Genre dasjenige Medium verkörpern, mit dessen Hilfe sich SoziologInnen in der Rolle des public sociologist vorrangig an eine breite Öffentlichkeit richten. Wenn im Sinne eines Strukturwandels der Öffentlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass sich Öffentlichkeit vor allem durch Massenmedien konstituiert, dann bedeutet das in diesem Kontext dreierlei. Erstens, dass soziologische Zeitdiagnosen in der Beschreibung sozialen Wandels die Selektionskriterien der massenmedialen Aufmerksamkeitsproduktion kopieren müssen, um ein breites Publikum zu erreichen. Dies impliziert zweitens, dass die Rolle des public sociologist vor allem eine Rolle ist, die in den Massenmedien zur Entfaltung gelangt. Drittens schließlich bedeutet das für die Soziologie, dass das ehemals durchlässige Kontinuum zwischen Fachsprache und öffentlich-intellektuellem Diskurs zerbrochen ist. Der Vortrag gliedert sich in drei Teile. Die Grundaussage des ersten Teils ist, dass es bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund der schwachen Institutionalisierung des Faches unmöglich war, klare Grenzen zwischen soziologischer Fachsprache und öffentlich-intellektuellem Diskurs zu unterscheiden. Dies änderte sich mit dem Strukturfunctionalismus und elaborierten Methoden der empirischen Sozialforschung. Der zweite Teil des Vortrags setzt sich mit Burawoys Konzept der public sociology auseinander, der genau diese Entwicklung einer kritischen Revision unterzieht. Bemerkenswert dabei ist, dass die Diskussion um Burawoys Konzept im Sinne einer Neuauflage des Streits um Werturteilsfreiheit geführt wurde. Das Problem einer öffentlichkeitswirksamen Soziologie ist aus meiner Sicht aber weniger ihr politisches Engagement, als vielmehr, dass eine um breite Rezeption bemühte Soziologie ihre Thesen in der Sprache der Massenmedien wird darlegen müssen. Diesen Punkt soll der dritte Teil des Vortrags verdeutlichen, in dem die Argumentationsmuster zweier Zeitdiagnosen analysiert werden: David Riesmans Lonely Crowd und Ulrich Becks Risikogesellschaft. Für beide Autoren gilt, dass sie erfolgreich die Rolle des public sociologist spielten, dafür aber sozialen Wandel so beschreiben mussten, als sei er ein Ereignis mit Nachrichtenwert. Um dies zu bewerkstelligen, mussten sie auf bestimmte argumentative Figuren zurückgreifen, die aus der Sicht der akademischen Soziologie zu unhaltbaren Thesen verleiten.

Privatheit/Öffentlichkeit 2.0 - zur Einführung

Tanja Paulitz, Universität Graz, Institut für Soziologie, tanja.paulitz@uni-graz.at

Stream 09: Privat - Panel I: Digitale Konstitution öffentlicher Subjekte – neue informelle Öffentlichkeiten

Neben den Strukturwandel politischer Öffentlichkeit ist in der jüngeren Vergangenheit zunehmend ein anderes Phänomen getreten: Die öffentliche Selbstdarstellung von Individuen und Organisationen mit Hilfe von Informationstechnologie. Neben den früheren Internet-technologien, in denen die Selbstdarstellung in Form von Homepages im Zentrum stand, sind mittlerweile andere, 'soziale Technologien' unter der Bezeichnung Web 2.0 getreten, deren Besonderheit gerade darin zu liegen scheint, das Private öffentlich zu machen bzw. öffentliche Inszenierungen von Privatheit zu bieten. Die Internettechnologien der 1990er Jahre wurden mit großen Hoffnungen auf die Entstehung neuer Arenen öffentlicher Auseinandersetzung verknüpft, die sich so kaum eingelöst haben. Hingegen sind vielfältige Formen der öffentlichen und semi-öffentlichen Selbstpräsentation und Vernetzung entstanden, deren soziologische Beschreibung und Bewertung im Hinblick auf die Herausbildung von Öffentlichkeit und neuer Formen der Subjektivierung noch weitgehend aussteht. Im Zentrum des Interesses steht daher die sozialwissenschaftliche Betrachtung digitaler Subjektivierungsprozesse als gegenwärtige Vergesellschaftungsform und als Selbsttechnologie, die zu neuen (semi-)öffentlichen Sphären des Austauschs führen, ohne immer direkt oder nur auf das Funktionsspektrum politischer Öffentlichkeiten bezogen zu sein. Zugleich haben öffentliche Tagebücher im Internet (Blogs) zunehmend Bedeutung in der öffentlich-politischen Arena der Meinungsbildung und der Medien. Diese neuen Arenen stehen außerdem im Kontext einer gegenwärtig beobachtbaren, steigenden Vermarktlichung medialer Wahrnehmung und sozialer Beziehungen. Insofern zielt die Einführung in das Panel auf eine erste, schlaglichtartige, soziologische Inspektion einer Öffentlichkeit, die sich im Kontext des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit quasi als unintendiertes Nebenprodukt mit steigender Wahrnehmung im Politischen herausgebildet hat.

Legal pluralism in public administration - the baltic countries

Karin Hilmer Pedersen, Aarhus University, Department of Political Science, khp@ps.au.dk

Lars Johannsen, Aarhus University, Department of Political Science, johannsen@ps.au.dk

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Transformation of the state apparatus in the former 'Eastern Block' of Europe has not been simple nor straightforward. Challenges are related to the legacy of former Soviet as well as to historically develop administrative practices, but also to ideas of new public management developed in a different context of consolidated democracies and regulated market capitalism. According to insights from theories on policy transfer (Bartlett, 1990; Dolowitz, David P. and David Marsch; 2000) and Europeanization (Schmidt, Vivien A., 2010; Radaelli, Claudio, 2003) the response to these challenges can hardly be expected to follow identical patterns. On the contrary, different responses in different countries and in different sectors are expected. This expectation also follows sociological institutionalism (March and Olson, 1989) as well as traditions in sociology of law arguing that existing norms of appropriate behaviour will have an impact on present conditions. Thus, legal pluralism may be the consequence as different practices in public administration, new ideas and norms seek entrance into established 'ways of administration'. Empirically the paper is based on a survey being conducted by the authors between April and June this year among civil servants in Estonia, Latvia and Lithuania (data includes responses from app. 1500 civil servants). The questionnaire makes it possible to i: detect legal norms of civil servants and their evaluation of public administration' efficiency based on continental traditions or new public management and ii: to contrast the legal norms of civil servants with the actual structure of public administration. The research design facilitates cross-country and cross-sector comparison. The paper discusses if the contour of legal norms and practices in public administration in transitional societies (the three Baltic countries) resembles continental, hierarchical traditions or a plural and flexible legal structure.

Partizipation + kollektive Wissensproduktion = Planung im öffentlichen Interesse?

Verena Peer, Universität für Bodenkultur, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung, Wien, verena.

peer@boku.ac.at

Stream 10: Vergessen - Panel I: Öffentlichkeit als Sphäre kollektiver Sinnproduktion

Der Planung als Profession obliegt die Aufgabe der Entscheidungsvorbereitung d.h. der Aufbereitung von Daten, Informationen und Wissen wonach dieselben auf Basis möglichst geringer Unsicherheiten getroffen werden können. Die Zukunftsorientierung zieht jedoch unweigerlich ein gewisses Ausmaß an Unsicherheit mit sich, wonach Sicherheit und Planung in der Politik als „in Kauf genommenes, akzeptables Risiko“ verstanden werden muss. Dieses Unvermögen ausreichend objektives Wissen generieren zu können wird mit Werten kompensiert. Planung selbst verfügt über keine originären Grundwerte, sondern unterliegt dem Primat gesellschaftlicher Prioritäten. Die Frage nach der Erfassung des kollektiven Konsenses kann mit Kommunikation beantwortet werden. Partizipation als „teilnehmen lassen“ stellt eine Form der Kommunikation dar und in diesem Zusammenhang der Generierung und des Transfers von Wissen. Die Beteiligten bringen als lokale Experten ihre Sichtweisen und ihr Wissen zur Lösungsfindung ein. Die Generierung und Einbindung dieses Wissens in den Entscheidungs- und Willensbildungsprozess sind wesentliche Voraussetzung für eine transparente und wirkungsvolle Planung und Politik. Der gegenwärtige Beitrag befasst sich mit den Herausforderungen, welche den Prozessen der Wissensgenerierung und des –transfers in Partizipationsprozessen inne wohnen: Worin liegen die Hemmfaktoren der Externalisierung impliziten Wissens der lokalen Experten? Warum scheitert der Wissensaustausch zwischen Sender – Empfänger und damit die Kommunikation an Hierarchien? Worin gründet die fehlende Motivation der Beteiligten an Lern- und Austauschprozessen teilzunehmen? Warum verliert Information vor dem Hintergrund persönlicher Präferenzen an Bedeutung? Ist es gerechtfertigt, dass nur der Bürger/ die Bürgerin die Bürde des Gemeinwohls tragen? Wird das Ziel einer kollektiven Wissensbasis im Sinne der Widerspiegelung des öffentlichen Interesses - als Wertgrundlage und Entscheidungsgrundlage wirkungsvoller Planung und Politik - angestrebt, wird es notwendig sein neben Partizipation als Recht auch von Partizipation als Verantwortung aller involvierten Akteure zu sprechen.

Argumente für einen Typ des „Intellektuellen von unten“

Lothar Peter, Universität Bremen, lpeter@uni-bremen.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel I: Aufstieg und Fall des Intellektuellen. Zum Wandel der Sozialfigur des public intellectual

Der heutige Diskurs über die Funktion der Intellektuellen, namentlich des engagierten „public intellectual“, wird noch immer von Idealisierungen und Mystifizierungen beherrscht. Inzwischen haben Prozesse der Vergesellschaftung und Modernisierung geistiger Arbeit, die Dynamiken einer kapitalistisch organisierten „Wissensgesellschaft“ und das Wachstum eines sogenannten „Kognitariats“ (Helmut Willke), aber auch der Verfall der klassischen bürgerlichen Öffentlichkeit und die symbolische Hegemonie der Medien den strukturellen Bedingungen für die soziale Exklusivität und den Elitismus des traditionellen Intellektuellen längst den Boden entzogen. Deshalb ist eine grundlegende Neudefinition dessen angesagt, was heute Intellektuelle sind oder was sie sein können. Ausgehend von den konkreten Erscheinungsformen verwissenschaftlichter Arbeitsprozesse, ihrer Vernetzung und Ausdifferenzierung sowie den ihnen immanenten Konflikten und Widersprüchen möchte ich die Umriss eines neuen Typs des Intellektuellen, eines „Intellektuellen von unten“, beschreiben. Aber ich möchte im Anschluss an Sartre, Foucault, Bourdieu und Habermas auch danach fragen, inwieweit deren Bestimmungen für den von mir ins Auge gefassten neuen Typ des Intellektuellen noch aktuell und relevant sind. Ist der „Intellektuelle von unten“ noch universalistisch orientiert? Ist er legitimiert, zu allen dominanten Fragen öffentlich Stellung zu nehmen? Oder weist er eher Parallelen zu dem „lokalen“ und „spezifischen“ Intellektuellen bei Foucault auf? Ergreift er in der Öffentlichkeit dezidiert Partei oder versteht er sich eher als Mediator konkurrierender Ansprüche und Interessen? An empirischen Beispielen möchte ich schließlich zeigen, welche Akteure den neuen Typ eines „Intellektuellen von unten“ verkörpern, welche Merkmale ihr Handeln aufweist und über welches Veränderungspotential sie verfügen.

Politische Partizipation unter multilokalen Bedingungen - Wie sich Shuttles lokal engagieren

Knut Petzold, Leipzig, knut.petzold@phil.tu-chemnitz.de

Stream 13: Netzwerke - Panel III: Lokale Öffentlichkeiten und ihre Herausforderungen durch multilokale Teilnehmer_innen / durch multilokal Wohnende

Seit geraumer Zeit tritt eine spezifische Mobilitätsform verstärkt in den Fokus der Forschung, die auf vielfältige zyklische Wander- und Wohnformen abzielt und unter dem Sammelbegriff der Multilokalität firmiert. Multilokalität wird dabei oft im Spannungsfeld von Sesshaftigkeit und Mobilität diskutiert. Sesshaftigkeit gilt als Voraussetzung für die Entwicklung stabiler sozialer Beziehungen, kulturell geteilten Wissens und nicht zuletzt für zivilgesellschaftliches, politisches Engagement. Mobilität scheint demgegenüber eine Entbettung aus relevanten lokalen Strukturen und Gemeinschaften zu begünstigen und aufgrund temporärer Abwesenheiten auch zu lokalen politischen Partizipationsmöglichkeiten im Widerspruch zu stehen. Insbesondere bei Multilokalität lassen sich aber häufig ausgeprägte Ortsbezüge nachweisen und es treten gerade aufgrund des zyklischen Charakters parallele Prozesse der aktiven De- und Relokalisierung in den Vordergrund, sodass vor allem die Frage gestellt werden sollte, wieso multilokale Akteure überhaupt am Ausgangsort bleiben bzw. stets zurückkehren. Oft werden dabei gerade die Einbindung in lokale Netzwerke oder soziale Verantwortungen als Bindungsfaktoren deklariert, die jedoch bei multilokalen Akteuren nicht ohne weiteres angenommen werden können. An dieser Stelle setzt der Beitrag an mit der Frage an, welches lokale politische Engagement unter den Bedingungen von Multilokalität in der Ausprägung des beruflichen Shuttels an den verschiedenen Wohnorten überhaupt zu erwarten ist. Hierfür werden in einem ersten Schritt theoretische Überlegungen über das Ausmaß angestellt, in dem Multilokalität die Integrations- und Partizipationsbemühungen in Form lokaler Partei- und Vereinsmitgliedschaft, der Teilnahme an lokalen Veranstaltungen und Bürgerinitiativen oder auch als Spenden seitens der mobilen Akteure behindert oder auch begünstigt. Hierbei werden auch ortsbezogene Einstellungen und Merkmale der Person berücksichtigt. In einem zweiten Schritt werden diese Überlegungen mit nicht-repräsentativen Daten einer Online-Befragung, die der Autor im Rahmen seines Dissertationsprojekts erhoben hat, explorativ konfrontiert. Die nicht generalisierbaren Ergebnisse sollen dabei vor allem zur vorläufigen Bestätigung und Entwicklung neuer Hypothesen hinsichtlich der generellen Frage dienen, welche Bedeutung dabei den infrastrukturellen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Beteiligung der nur temporär Anwesenden bei lokalen Gestaltungsprozessen zukommt.



Zum Verhältnis von Ort, Raum und Territorium am Beispiel des Umweltschutzes

Knut Petzold, Leipzig, knut.petzold@phil.tu-chemnitz.de

Stream 06: Räume - Panel III: Postterritoriale Räume politischer Partizipation

Der viel diskutierte Bedeutungsverlust regionaler und nationaler Bezüge unter globalisierten Bedingungen wird besonders für die Debatte um politische Gestaltungsinstrumente relevant. Dabei finden einerseits die zahlreichen globalen Krisenerscheinungen eine Reaktion in national übergreifenden Kooperationen, wie gerade in jüngster Zeit Klima- und Weltwirtschaftsgipfel zeigen. Andererseits soll eine Stärkung der regionalen und nationalen Ebenen erfolgen, wie es etwa das Schlagwort vom „Europa der Regionen“ vergegenwärtigt. Die Argumentation scheint dabei häufig von der Art und dem maßstäblichen Bezug des jeweiligen Problems abhängig zu sein. Dagegen hebt das vermittelnde Konzept der Glokalisierung die wechselseitige Abhängigkeit der Maßstabsebenen hervor. Eine solche glokale Strategie verfolgen z.B. zivilgesellschaftliche Umweltschutzorganisationen, die globale Ziele unter der Berücksichtigung spezifisch lokaler Gegebenheiten umzusetzen versuchen. Gerade das Themenfeld des Umweltschutzes führt zu theoretischen Überlegungen über das aktuelle Verhältnis von „Ort“, „Raum“ und „Territorium“. Versteht man unter einem Ort einen Ausschnitt der Erdoberfläche, den Raum als eine Relation der Akteure und Dinge zueinander und das Territorium als einen mit staatlichen Ordnungsinstrumenten ausgestatteten Ort, der eine definierte Bevölkerung umfasst, erscheint zunächst eine postmoderne ‚Enträumlichung‘ ökologisch-politischer Handlungen nicht nur empirisch falsch, sondern auch theoretisch unfruchtbar. Der Grund dafür liegt in der Körperlichkeit des Menschen und in der damit einhergehenden materiell basierten Unmittelbarkeit ökologischer Probleme. Zudem können Umweltprobleme nur an konkreten Orten gelöst werden (z.B. Standorte für Endlager), sind in ihren Auswirkungen aber keineswegs darauf beschränkt, sondern betreffen im Gegenteil mehr oder weniger sämtliche Territorien. Umwelthandeln ist demnach stets ortsgebunden und raumbezogen, gleichzeitig in seiner Bedeutung aber a- bzw. überterritorial. Die Integration in lokale, überlokale und nicht-örtliche (z.B. virtuelle) Gemeinschaften ist damit vor allem für zivilgesellschaftliche Organisationen notwendig, eine Beschränkung auf bestimmte Territorien dagegen suboptimal bis hinderlich. Der theoretische Beitrag versucht daher, die Bedeutung räumlicher Aspekte bei gegenwärtiger politischer Partizipation und zugleich auch die Konzeptionen der Begriffe Raum, Ort und Territorium in ihrer theoretischen Fruchtbarkeit zu diskutieren.

Die Liberalisierung und (Teil-)Privatisierung öffentlicher Güter am Beispiel der Postdienstleistungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Andreas Pfeuffer, Hamburger Institut für Sozialforschung, Andreas.Pfeuffer@his-online.de

Maria-Elisabeth Tschernitz, Universität Innsbruck, Tschernitz@forba.at

Constantin Wagner, Universität St. Gallen, constantin.wagner@unisg.ch

Stream 12: Deregulierung - Panel I: Im Dienst öffentlicher Güter: Akteure, Institutionen, Praktiken

Die Liberalisierung im Postwesen und die (Teil-)Privatisierung der Post haben in den vergangenen zwanzig Jahren sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz zu erheblichen ökonomischen und sozialen Veränderungen geführt. Die Mechanismen der Privatwirtschaft haben in allen drei Kontexten – auch ohne vollständige Privatisierung – Einzug in das Postwesen erhalten. In unserem Vortrag soll es um die konkreten Auswirkungen der Kommodifizierung eines (vormals) öffentlichen Gutes gehen. Anhand von ausgewähltem Interviewmaterial aus unserer laufenden Forschung wollen wir darlegen, welche Folgen die veränderte Regulation für die Herstellung von Postdienstleistungen hat. Die komparative Anlage unserer Forschung (D-A-CH) macht es möglich, verschiedene Entwicklungsstufen des Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesses zu vergleichen. Unser Vortrag auf dem Dreiländerkongress soll sich in folgende drei Teile gliedern: Zunächst sollen die bereits stattgefundenen Veränderungen auf institutioneller Ebene bzw. Ebene der politischen Regulation kurz skizziert werden, wobei wir eine vergleichende Perspektive einnehmen werden, welche es uns ermöglicht, sowohl Parallelen als auch Unterschiede herauszuarbeiten. Neben dieser strukturellen Dimension, welche den Hintergrund unserer Forschung darstellt, ist der Fokus auf die Repräsentationen der Praktiken der Beschäftigten gerichtet, die sich mit und gegen den Wandel entwickeln. Auf Grundlage von verstehenden Interviews mit Beschäftigten verschiedener Hierarchiestufen werden ihre Perspektive auf die skizzierten Veränderungen sowie die Veränderung ihrer Praktiken diskutiert werden. In diesem Kontext wird es auch um Widerständigkeiten gehen, nicht nur um „Auswirkungen“ auf die Beschäftigten. Die Veränderungen im Selbstverständnis der Beschäftigten sollen vor diesem Hintergrund dargestellt und analysiert werden, auch unter Berücksichtigung der jeweils zur Verfügung stehenden Arbeitserfahrung und beruflichen Sozialisation. Vor diesem Hintergrund soll abschließend diskutiert werden, welche Auffassungen von „Öffentlichkeit“ bzw. öffentlichen Gütern von den (verschiedenen) Akteuren vertreten wird und wie diese sich damit positionieren.



Transnationale Diskurskoalitionen in der öffentlichen Auseinandersetzung: Zur Rolle und Bedeutung von Think Tank Netzwerken

Dieter Plehwe, WZB, Berlin, plehwe@wzb.eu

Andrea Bührmann, Universität Göttingen, Institut für Soziologie, andrea.buehrmann@uni-goettingen.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel II: Netzaktivisten, Eliten und Migranten in transnationalen Öffentlichkeiten

Im Zuge der intensivierten Globalisierung, insbesondere der stark institutionalisierten Europäisierung von wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen vollzieht sich seit den 1970er Jahren beschleunigt ein weitreichender Strukturwandel der Öffentlichkeit. Gegenüber einer umfassender und systemisch gedachten nationalen Öffentlichkeit, die auch aus anderen Gründen allerlei Fragmentierungsprozessen unterliegt, lassen sich Entgrenzung und Partikularisierung von Öffentlichkeiten aus unterschiedlichen Gründen (Sprache, Reichweite und Vielfalt von Medien, divergierende kulturelle Verständnisse etc.) als Kernmerkmale emergenter transnationaler Öffentlichkeit begreifen. Gleichwohl greift eine einseitige Konzentration auf Auflösungs- und Fragmentierungsprozesse zu kurz, wenn nicht gleichzeitig die Entstehung und Entwicklung neuer Strukturierungen ins Blickfeld gerückt werden. Seit dem zweiten Weltkrieg und beschleunigt seit den 1980er Jahren kann z.B. eine rasche Entwicklung von Think Tank Netzwerken beobachtet werden, deren Verbindungen und Zusammenhänge auf die Entstehung und Entwicklung transnationaler Diskursgemeinschaften und –koalitionen verweisen. Diese sind bislang erst ausnahmsweise im Hinblick auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit beschrieben und im Hinblick auf ihre Effekte diskutiert worden. Am Beispiel von zwei weltanschaulich unterschiedlich ausgerichteten Orientierungen (ökologische Think Tanks und neoliberale Think Tanks) untersuchen wir vergleichend, welchen Beitrag Think Tanks zur transnationalen Restrukturierung von Öffentlichkeit(en) leisten wollen und können.

Transnationale Eliten als Zielgruppe von Stadtpolitik – untersucht am Beispiel der Ausgestaltung eines internationalen Bildungsangebotes

Jörg Plöger, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, joerg.ploeger@ils-forschung.de

Stream 13: Netzwerke - Panel III: Lokale Öffentlichkeiten und ihre Herausforderungen durch multilokale Teilnehmer_innen / durch multilokal Wohnende

Über den Zusammenhang zwischen Transnationalität und Stadtentwicklung liegen bislang kaum empirische Ergebnisse vor. Städte und Regionen versuchen, sich im Kontext eines erhöhten Wettbewerbs als attraktiver Standort für Unternehmen und zunehmend auch für bestimmte Haushalte (wenn möglich einkommensstark, hochqualifiziert und creative) zu positionieren. Ebenso müssen Unternehmen auf sich kontinuierlich verändernde Rahmenbedingungen globaler Wirtschaftsprozesse reagieren, u.a. durch die „Internationalisierung“ der Belegschaft. Solche Anpassungsstrategien verlaufen parallel zur Ausdifferenzierung der Arbeitswelt, gekennzeichnet durch die erhöhten Anforderungen an die Mobilität und Flexibilität von Arbeitskräften. Der Beitrag betrachtet, wie sich städtische Akteure diesen Herausforderungen stellen. Im Besonderen wird diskutiert, ob für die Gruppe der transnationalen, hochqualifizierten Haushalte spezifische Infrastrukturen oder Dienstleistungsangebote geschaffen oder bereitgestellt werden. Beleuchtet wird das am Fallbeispiel eines internationalen Bildungsangebotes in Form von internationalen Schulen bzw. international kompatiblen Bildungsabschlüssen. Auf folgende Fragen wird dabei eingegangen: Welche städtischen Akteure steuern die lokalen Diskurse? Wie sind sie in die einzelnen Maßnahmen involviert? Welche Interessen verfolgen sie? Wurde die Zielgruppe der transnationalen Haushalte in die Ausgestaltung mit eingebunden?



Kulturelle Traumata in der Peripherie – Zwischen beobachteter Sinnfindung und globalen Vergessen?

Dimitri Prandner, Universität Salzburg, dimitri.prandner@sbg.ac.at

Stream 10: Vergessen - Panel III: Konkurrierende Vergangenheiten und Sinnfindung

Der Nationalsozialismus, die Apartheid in Südafrika, der Zerfall des Ostblocks, die Wiedervereinigung Deutschlands oder der Kosovokonflikt stellen nur einige wenige Beispiele für kulturelle Traumata dar. Sie sind Ereignisse, die über ihr eigentliches Andauern hinweg Gesellschaften prägten und über längere Zeiträume Spannungsfelder konkurrierender Vergangenheiten erzeugten. Aber diese Spannungsfelder, die im Verlauf der Sinnfindung in den betroffenen Gesellschaften auftreten, sind längst nicht mehr auf diese Gesellschaften zu reduzieren und oftmals erreichen die jeweiligen Diskurse globale Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund greift der Beitrag die Argumente von Jeffrey C. Alexander auf, dass diese kulturellen Traumata die Grundlage für den Prozess des gesellschaftlichen Erinnerns sind. Denn der dadurch ausgelöste soziale Schmerz („social pain“) führt zu einem fundamentalen Hinterfragen der gesellschaftlichen Identitäten und des historischen Kanons, der von den betroffenen Gesellschaften eine erneute Sinnfindung und Legitimierung verlangt. Dieser Prozess passiert jedoch nicht isoliert, sondern ist in einem kulturraumübergreifenden Kontext eingebettet. Und hier zeichnen die etablierten Massenmedien ein Weltbild, das von Krisen und Katastrophen geprägt ist. Die Erdbebenkatastrophe in Japan und die politischen Aufstände in Nordafrika sind nur die aktuellsten Krisen, die von einer andauernden weltweiten Berichterstattungswelle begleitet werden. Nun stellt sich jedoch die Frage, ob aus einem Ereignis, das oftmals mehrere tausende Kilometer entfernt von der medialen Öffentlichkeit, die Nachrichten darüber empfängt, stattfindet ein kulturelles Trauma entstehen kann oder eine reine Beobachtung erfolgt? Findet eine eigenständige Sinnfindung in der Peripherie über die Darstellung in den Medien statt? Der Beitrag skizziert am Beispiel der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 wie Sinnfindung und Vergessen in der Trägergruppe der Qualitätsprintmedien im Zentrum (USA; Washington Post und New York Times) und Peripherie (Österreich; Die Presse und Der Standard) stattfinden und versucht die Idee einer kulturellen Trauma-Theorie über die Grenzen der Erfahrungsräume der direkt betroffenen Gesellschaften auszudehnen.

Von der Peripherie ins Zentrum: Rechte „Denke“ und politische Kultur in Oesterreich seit 1986

Max Preglau, Universität Innsbruck, Institut für Soziologie, max.preglau@uibk.ac.at

Stream 15: Populismus - Panel III: Medienpopulismus und politischer Populismus

Spätestens seit 1986 – dem Zeitpunkt als J. Haider den Vorsitz der FPÖ übernommen hatte, hat die FPÖ – laut „Weissenbericht“ aus dem Jahre 2000 EU-amtlich eine rechtspopulistische Partei mit radikaler Ausdrucksweise und extremistischen Elementen“ - fremdenfeindliche Einstellungen der Bevölkerung ausgebeutet und damit ein relativ erfolgreiches „Ausländer-Volksbegehren“ und immer erfolgreichere Anti-Ausländer-Wahlkampagnen lanciert, und sie ist dabei von einer Kleinpartei mit unter 10 % Stimmenanteil zu einer Mittelpartei mit fast 30 % Stimmenanteil aufgestiegen. Bis Ende der 1990er Jahre galt die Freiheitliche Partei als Outlaw „jenseits des Verfassungsbogens“ (A. Kohl) im politischen Establishment und als nicht regierungsfähig. 2000 – 2006 hat dann die ÖVP den Tabubruch riskiert, mit den Freiheitlichen eine Regierung zu bilden. Innerhalb der Regierung konnte die FPÖ nun direkt Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen, restriktive Einwanderungsgesetze (zum Beispiel restriktive Zuwanderungsquoten und die sogenannte „Integrationsvereinbarung“) waren die Folge, die den Wählern versprochene Fremdenvertreibung konnte die FPÖ – gebunden an EU-Recht und Verfassung - freilich nicht erreichen. Die Folge: Enttäuschung bei den ProtestwählerInnen, Zerschlagen der Partei, massive Verluste bei den folgenden Wahlen 2003 und 2006. Im Beitrag soll gezeigt werden, dass diese Entwicklung im Gegensatz zum Selbstverständnis verantwortlicher PolitikerInnen in der ÖVP und zur verbreiteten Meinung politischer KommentatorInnen keineswegs eine Geschichte einer erfolgreichen Eindämmung oder Zähmung des Rechtspopulismus war. Nicht nur hat die FPÖ mit ihrer alten Strategie der Ausländerfeindlichkeit zur alten Stimmenstärke der späten 1990er-Jahre zurückgefunden. Schwerwiegender ist, dass sich im Laufe des Prozesses die Massstäbe politischer Normalität in Österreich deutlich nach Rechts verschoben haben. Das lässt sich an Befunden der Demoskopie, an Stil und Inhalt der politischen Kommunikation der Zentrumsparteien und nicht zuletzt an der ungebrochen restriktiven Migrations- und Integrationspolitik der neuen Zentrumskoalition in Österreich ablesen.

Gibt es gut informierte Bürger?

Manfred Prisching, Universität Graz, Institut für Soziologie, manfred.prisching@uni-graz.at

Stream 09: Privat - Panel III: Was ist „der gut informierte Bürger“ heute? Renovierungen einer Sozialfigur

Die demokratische Ordnung (und ihre politisierte Öffentlichkeit) ist sinnlos, wenn wir nicht ein Minimum an Verständigkeit bei den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern voraussetzen. Sie müssen ihre Regierung beurteilen und mit Urteilskraft wählen. Sie brauchen „politisches Wissen“. -Diese Vernünftigkeit ist manchmal überzeichnet worden. Ein Modell ist das der Public Choice-Theorie: Rationalverhalten, Nutzenmaximierung, Egozentrik. Ein anderes Modell ist das der deliberativen Demokratie: herrschaftsfreie Diskussion, vernünftiger Konsens, Gemeinwohlorientierung. -Diese Vernünftigkeit ist manchmal bestritten worden, mit guten Gründen: Massendemokratie, Irrationalismen, Populismen, Panik, Politik der Ängste, Charisma, Verführung - das ist politische Realität. Doch wir müssen zwei Dimensionen unterscheiden: Rationalität versus Irrationalität ist die eine, Wissen versus Unwissen (Ignoranz) die andere. Gefühle mögen gedämpft werden, Ignoranz hingegen kann nicht so leicht behoben werden. In der Wissensgesellschaft könnten wir eigentlich optimistisch sein: Gebildete Menschen sind auch politisch kompetent. Empirische Befunde sagen anderes. Die meisten Menschen haben nicht die geringste Vorstellung von politischen Problemen. Und die Probleme werden so komplex, dass sie nur noch von Experten beurteilt werden können. „Politisches Wissen“ ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Es gibt rationale Strategien, um mit Ignoranz umzugehen. Es gibt irrationale Kräfte, um Erkenntnisse zurückzudrängen. Es gibt rationale Ignoranz. Das Wissen des „Mannes von der Straße“, das Wissen der Spezialisten, der Experten und der Professionals spielt dabei jeweils eine unterschiedliche Rolle. Aber demokratische Ordnungen könnten am Wissensproblem scheitern - an der Komplexität ihrer Problemlösungen.

Im Sog der Entrechtlichung. Populistische Öffentlichkeit in Italien

Walter Privitera, Mailand., walter.privitera@unimib.it

Stream 15: Populismus - Panel III: Medienpopulismus und politischer Populismus

Der Beitrag versucht den politischen und medialen Populismus im heutigen Italien im Zusammenhang mit den schwachen administrativen Strukturen des italienischen Staates zu erklären. Die These lautet, dass die jahrzehntelang schwelende Steuerungs- und Legitimitätskrise des italienischen Verwaltungsapparats einen besonders günstigen Boden für populistische Kräfte bietet, sodass allgemeine, auch in anderen westlichen Demokratien beobachtbare Entpolitisierungstendenzen in Italien besonders dramatisch zutage treten. Moderne politische Öffentlichkeiten setzen liberale politische Kulturen sowie gesellschaftliche Prozesse der Zähmung von Wirtschafts- und Verwaltungssystemen voraus. Vor allem rechtsstaatliche Strukturen sorgen dafür, dass soziale Macht wirksam eingeschränkt wird und sich deliberative Prozesse artikulieren können. Der Strukturwandel der italienischen Öffentlichkeit in den letzten zwanzig Jahren vollzieht sich zunächst in der Durchsetzung der politisch-medialen Macht Berlusconi über alle rechtlichen und politischen Schranken hinweg als illusionäre Antwort auf die sich über Jahrzehnte hin wechselseitig verstärkenden Steuerungs- und Legitimitätskrisen. Darauf folgt die Bildung eines politischen und medialen Machtapparates, der die Politik stark personalisiert, den diskursiven Kommunikationsstil durch Werbespots ersetzt, die Garantien des Rechtsstaates schleichend abbaut und die Marktlogik in die administrative Sphäre eindringen lässt. Im Focus des Beitrags steht die Verformung der politischen und rechtlichen Kultur durch die Verschränkung von politischer und medialer Macht. Der Strukturwandel der italienischen Öffentlichkeit lässt sich als Ergebnis von fast täglichen, systematisch vorgenommenen kleinen Tabubrüchen beschreiben, die im einzelnen kein großes Aufsehen erregen, aber langfristig die politische Kultur des Landes tiefgreifend verändern. Das mittlerweile vorhandene empirische Material bestätigt diese Einschätzung. In der Politik zeigt sich eine tendenzielle Etablierung hegemonialen Rechts als bevorzugtes Steuerungsinstrument, im Alltagsleben treten verstärkt konformistische Tendenzen auf, die sich erstmals von den allgemeinen kulturellen Trends im übrigen Europa abkoppeln.

Queering The Public: Heteronormativitätskritik und Öffentlichkeit

Heike Raab, Universität Innsbruck, Institut für Erziehungswissenschaft, Heike.Raab@uibk.ac.at

Stream 11: Gender - Panel I: Öffentlichkeitstheorien und Ungleichheiten: Eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Gender Studies

Mit der Queer Theory sind neue erkenntnistheoretische Zugangsweisen in die Theoriebildung und die Analyse von Öffentlichkeit eingegangen. Begrifflichkeiten wie Diskurs, Heteronormativität, Performativität, Identität und Hegemonie erfassen neue Funktionsweisen und Orte von Öffentlichkeit. Gleichwohl geraten auch Praxisformen wie kollektive Identitätspolitik in die Aufmerksamkeit von queertheoretischer Öffentlichkeitsforschung. Der heteronormativitätskritische Blick der Queer Theory auf Sexualität und Zweigeschlechtlichkeit unterläuft dabei klassische Unterteilungen wie Privatheit und Öffentlichkeit als ein System, welches Zwangsheterosexualität absichert. Mit dieser Sicht ergänzt die Queer Theory die feministische Kritik an der herrschaftsförmigen Verfasstheit des Verhältnisses von privat und öffentlich um eine sexualitätskritische Analyseebene. Gleichzeitig haben die Identitätspolitik der Homo-Emanzipationsbewegungen, z.B. durch Forderungen wie die nach der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die heteronormative Verfasstheit von Öffentlichkeit neu justiert. In diesem Zusammenhang zeigt sich eine vielschichtige Wechselwirkung zwischen Subkultur, Zivilgesellschaft, Staat und Medien, die auf verschiedene Teilbereiche von Öffentlichkeit verweisen. Gleichzeitig sind diese verschiedenen Teilbereiche von Öffentlichkeit von unterschiedlichen Funktionslogiken und Partizipationsmöglichkeiten geprägt. Ausgehend davon möchte ich in diesem Beitrag, meine These vom Wandel der Öffentlichkeit diskutieren. Dabei beziehe ich mich auf die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die erst kürzlich in Österreich als Gesetz implementiert wurde und die in Deutschland eine große öffentliche Aufmerksamkeit evozierte. Zentral ist die Annahme, dass sich durch die gleichgeschlechtliche Ehe die Verhandlung von sozialer Ungleichheit und Differenz im öffentlichen Raum verschoben hat. Es ist davon auszugehen, dass eine neue sexuelle Demarkationslinie entstanden ist, die Öffentlichkeit mithin Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit neuartig strukturiert und anordnet. Ich beabsichtige deswegen veränderte Formen von Ein- und Ausschlüssen im öffentlichen Raum aus einer heteronormativitätskritischen Perspektive zu diskutieren und im Rahmen dessen eine queertheoretische Sicht auf Öffentlichkeit entwickeln.

„Gut informiert!?“ – die Aufgaben für das Zeitalter Web ff.0

Harald Rau, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Salzgitter, h.rau@ostfalia.de

Stream 09: Privat - Panel III: Was ist „der gut informierte Bürger“ heute? Renovierungen einer Sozialfigur

Informiertheit als Stellgröße unterwirft sich dem Konflikt zwischen sozioökonomischen Vereinzelungstendenzen und einer als Auftrag an die Massenkommunikation formulierbaren soziokulturellen Kollektivierung. Damit wird der „gut informierte Bürger“ zu einem Trugbild, das sich unter dem Gesichtspunkt gegebener Rationalitäten als realitätsfern erweist. Journalismus ist „gelingende gesellschaftliche Kommunikation“ (Haller 2003), die dann gelingt, wenn teleologisch verstandene Thematisierung, bei breitestmöglicher Rezeption, Orientierung gibt. Was aber, wenn das massenmediale Prinzip aufgrund des Rezipientenverhaltens zur Disposition steht (vgl. Boltze/Rau 2011)? Wie bleibt der Bürger informiert, wenn Verständigung nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner boulevardesker Darstellung gelingt – wenn der „gut informierte Bürger“ nurmehr ein „gut unterhaltener“ ist? Ausgehend von einem Strukturwandel öffentlichen Informationsverhaltens, ist dessen zentraler Bestandteil die zunehmende (ökonomisch motivierte) Individualisierung des Konsums, die (medieninitiierte) Kollektivierungsmöglichkeiten auf den Unterhaltungsaspekt verschieben. Vokabeln wie „Infotainment“ machen dies selbst in der Alltagssprache greifbar. Ergo: Das informierende Massenmedium stirbt, der Journalismus als Interventionsgröße zur Orientierung des „gesellschaftlichen Diskurses“ wird bezogen auf den „informierten Bürger“ zur Marginalie. Es stellen sich drei Aufgaben: 1: Was bedeutet „gut informiert“ unter den neu gegebenen Vorzeichen, welche Rolle darf ein paternalistisch motivierter Ansatz spielen? Und – mit Blick auf den Konsum – ist nicht zu fragen, ob der Bürger informiert „ist“, sondern eher danach, ob er sich gut informiert „fühlt“? 2: Wird die entstehende Lücke geschlossen? Reicht der Strukturwandel so weit, dass neu zu definierende „Individualmedien“ in der Lage sind, einen Konsens zu erzeugen, der zu Informiertheit und zu Orientierung im Sinne eines gesellschaftlichen (oder zumindest intersubjektiven) Dialogs führt. Habermas (2006) ist hier mit Blick auf die Deliberation optimistisch. 3: Wie sehr ermöglichten die als semi-, para-, pseudo- oder metajournalistisch (vgl. Neuberger 2002, 2004, 2007; vgl. Rau 2007) bezeichneten partizipativ-demokratischen Kommunikationsformen des Web ff.0 gesellschaftliche Kommunikation? Derzeit scheinen sie die einzigen ernstzunehmenden Kandidaten zu sein, die im Zersetzungsszenario der Massenkommunikation eine Alternative zur Sicherung der Diskursfähigkeit darstellen.



Integrationsdiskurse in transnationalisierten Öffentlichkeiten

Valentin Rauer, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Valentin.Rauer@soz.uni-frankfurt.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel II: Netzaktivisten, Eliten und Migranten in transnationalen Öffentlichkeiten

Die seit zwanzig Jahren anhaltende Forschung zu ‚transnationaler Migration‘ hat vielfältige neue Forschungsergebnisse hervorgebracht. Aus Sicht dieses neuen Paradigmas wurden Annahmen der klassischen Assimilations- und Integrationsforschung hinterfragt. Die Alternative der Einwanderungsforschung reduziert sich nicht mehr auf die Frage nach multikultureller Differenz versus nationale Integration. Vielmehr wird inzwischen von einer dritten Ebene ausgegangen: den transnationalen sozialen Räumen oder Lebenswelten.[1] Auf dieser dritten Ebene orientieren sich die Migranten weder allein auf das Ankunftsland noch allein auf das Herkunftsland. Vielmehr findet sich eine Zone des sowohl-als-auch und partieller Exklusion. [2] Übertragen auf die Frage nach einem ‚Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit‘ stellt sich die Frage nach einem diskursiven Adressaten dieser dritten transnationalen Ebene. Was bisher nur unzureichend beforscht wurde ist die Dimension der Selbstwahrnehmungsformen im Zuge öffentlicher Transnationalisierungsprozesse. Der Beitrag konzentriert sich auf eine Medienanalyse öffentlicher Integrationsdiskurse in der Bundesrepublik von 1948 bis 2010. Die leitende Fragestellung lautet, inwiefern das national bezogene Diskursmuster um Integration sich im Zuge der sich transnationalisierenden Öffentlichkeit wandelt. Die Analyse soll zeigen, dass in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ‚Integration‘ nicht erst im Zusammenhang mit ‚Gastarbeit‘ debattiert wurde, sondern weitaus früher, etwa mit Blick auf eine ‚europäische Integration‘. Zentrales Argument des Beitrages ist, dass öffentliche Diskurse um Integration eng an einen transnationalen Strukturwandel politischer Legitimation gekoppelt sind. Die Integrationsdiskurse reagieren auf die Erosion tradiert, nationaler Solidarisierungen und versuchen neuen Ein- und Ausschlussmustern Geltung zu verschaffen. [1] Faist, Thomas/Kivisto, Peter (2007): *Citizenship: Discourse, Theory and Transnational Prospects*, Oxford: Blackwell, 2007; Pries, Ludger (2010): *Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Wiesbaden: VS Verlag, [2] Rauer, Valentin (2008): *Die öffentliche Dimension der Integration. Migrationspolitische Diskurse türkischer Dachverbände in Deutschland*. Bielefeld: transcript.

Strukturwandel der Informationsgesellschaft

Christian Raupach, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Salzgitter, ch.raupach@ostfalia.de

Stream 07: Habermas - Panel I: Öffentlichkeit und Alltag. Vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert

Die Konkurrenz des Web 2.0 (User- und Computer-Generated Content, Citizen Journalism) stellt den Journalismus in seiner klassischen massenmedialen Form vor existentielle Herausforderungen. Während in der Praxis häufig versucht wird, sich der Web-2.0-Logik anzupassen, um damit die eigene Existenz zu rechtfertigen, argumentiert dieser Aufsatz, dass dies ein Irrweg ist. Stattdessen soll aus kritisch-analytischer Perspektive eine Zukunft für den Journalismus aufgezeigt werden, in der sich der Journalismus bestimmter, scheinbar inhärenter Merkmale entledigt und damit gleichzeitig bestimmte Ansprüche aufgibt: maximale Voraussetzungslosigkeit in der Darstellung sowie Universalität des Themenspektrums. Überraschenderweise stellt sich heraus, dass diese Einschränkung seine gesellschaftliche Bedeutung nicht schmälert, sondern verstärkt. In der Folge sieht sich klassischer Journalismus positiv als Lückenfüller öffentlicher Kommunikation. Er ergänzt die tendenziell extensionale Kommunikation des Web 2.0 durch eher intensionale Kommunikation, durch Analyse, Raisonement. Die Unterscheidung zwischen Extensionalität und Intensionalität (angelehnt an die Unterscheidung in der Sprachphilosophie, bspw. Carnap) in der Kommunikation soll in diesem Aufsatz in dialektischer Weise zu einem Kriterium entwickelt werden, anhand dessen deutlich wird, was beide Werkzeuge (Journalismus und Web 2.0) funktional exklusiv leisten können. Dabei wird deutlich, dass sich beide Formen der Kommunikation ergänzen, sogar bedingen. Damit wird die Bedeutung des Web 2.0 als Werkzeug der Deliberation etabliert; als Mittel der Widerständigkeit gegen die kommunikative (aber historisch notwendige) Entfremdung des Journalismus vom Individuum. Andererseits wird am Begriff der Intensionalität herausgearbeitet, warum Journalismus nicht vom Web 2.0 ersetzt werden kann. Er fügt kommunikative Artefakte zu einem bereits in Entbergung (Heidegger) befindlichen Gesellschaftsgestell, das seinerseits die Basis bildet für verlässliche Interpretationen auch extensionaler Art. Journalismus ist strukturell sowohl als Werkzeug der Entbergung als auch als Architekt des Gestells zu betrachten. Seine Bedeutung in der Gesellschaft nimmt damit zu. Relativierend soll ins Feld geführt werden, dass Journalismus und Web 2.0 in einem kulturindustriellen (Horkheimer, Adorno) Kontext stattfinden, in dem die Sinnhaftigkeit öffentlicher Kommunikation sich nicht durch ihre emanzipatorisch-deliberative Funktion definiert.

Transnationalisation of public spheres and the political legitimacy of the EU

Ettore Recchi, Università di Chieti-Pescara, ettore.recchi@unifi.it

Theresa Kuhn, Oxford University, theresa.kuhn@eui.eu

Stream 02: Transnationalisierung - Panel I: Europa zwischen transnationaler Öffentlichkeit und politischer Diskurskultur

An important prerequisite of legitimate governance is the congruence between social and political spheres. Only if the social and political borders of a political system are congruent, all actors in a system of governance have the opportunity to actively take part in the decision-making process and thus input-legitimacy is given. Moreover, congruence is also necessary for output-legitimacy to limit externalities from decisions that have been made outside one's territory. In light of these considerations, the deep-seated transnationalisation of European societies challenges the political legitimacy of the nation-state as it fails to match the social spaces of the people who are subject to or concerned by national decision-making. First, many policies implemented by national governments create externalities and thus concern individuals who cannot vote for these governments. Moreover, given that voting rights are mostly coupled to citizenship, the majority of immigrants cannot influence the political decision-making process by vote. Second, the lack of 'output congruence' refers to the missing overlap between the space where a decision is valid and the space where the interactions concerned by this decision are happening. Thus, it has been argued that the European Union, along with other institutions of supranational decision-making, compensates for the decline in legitimacy at the national level by ensuring a higher degree of input- and output congruence. On the other hand, the European Union has been charged with heavy criticism regarding its deficient public sphere, and consequently, its legitimacy deficit. After a theoretical discussion of the problematic described above, the empirical part of this paper aims at tackling transnational legitimacy in the EU in two ways: First, we seek to answer the question to what extent political decision making and public spheres in Europe overlap, thereby assessing citizens' use of (European) international media and their awareness of political issues in other member states and at the European level. Second, we assess whether the transnationalisation of public spheres goes hand in hand with the transnationalisation legitimacy beliefs in the form of citizen support for EU membership, preference for European (rather than national) decision-making in various policy areas, and European self-identification. These questions will be answered empirically using multi-level analyses of Eurobarometer survey data.

Staatliche Legitimität und wissenschaftliches Wissen - Das Beispiel der Wirtschaftspragosen

Werner Reichmann, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, reichmann@mpifg.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel III: Das ambivalente Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit

In zeitgenössischen Gesellschaften wird Politik -- zumindest auf der Vorderbühne -- wesentlich von Expertenwissen abhängig gemacht. Insbesondere wirtschaftspolitische Entscheidungen basieren (rhetorisch) auf Wissen, welches in Produktionsprozessen hergestellt wird, die wirtschaftswissenschaftlichen Standards genügen. Im deutschsprachigen Raum wird dieses Wissen maßgeblich von Wirtschafts- und Konjunkturforschungsinstituten zur Verfügung gestellt und in ausdifferenzierten und wenig einsehbaren Arenen mit politischen Institutionen ausgetauscht. Diese Institute, als Beispiele seien hier das DIW, ifo, KoF, Wifo oder das ZEW genannt, werden im deutschsprachigen Raum i.d.R. zwar nicht als "think tanks" bezeichnet. Ihre Positionen und Praktiken unterscheiden sich aber nicht von ihnen, und vergleichbare Institute aus dem angelsächsischen Raum, wie das NBER oder das NIESR, werden in Fremdzuschreibungen auch als "think tanks" bezeichnet. In meinem Beitrag möchte ich das zeitgenössische Verhältnis von Öffentlichkeit, "think tanks" und politischen Institutionen am Beispiel der Wirtschaftsforschungsinstitute im deutschsprachigen Raum analysieren. Einerseits stelle ich dabei den von Sheila Jasanoff (1997) eingeführten Begriff der "civic dislocation" in den Mittelpunkt. Dieser bezeichnet einen gesellschaftlichen Zustand, in dem der Staat das Wissens- und Deutungsmonopol für risikobehaftete Handlungsbereiche verloren hat, dadurch maßgeblich an Glaubwürdigkeit einbüßt und neue, teilweise dubiose Akteure als Wissenslieferanten auf den Plan treten. Andererseits stütze ich mich auf empirische Daten, die ich in den letzten 8 Jahren meiner Beschäftigung mit Konjunkturforschungsinstituten gesammelt habe (qualitative Interviews und Dokumentenanalyse). Die wirtschaftliche Zukunft, die von Wirtschaftsforschungsinstituten in regelmäßigen Abständen prognostiziert wird, wird als Unsicherheitsfaktor und äußerst risikobehafteter Teil gesellschaftlichen Lebens behandelt. Der Staat hat großes Interesse, ein Wissensmonopol über wirtschaftliche Zukunft zu erzeugen und zu behalten. In meinem Beitrag verfolge ich (1) die These, dass der Einigungsprozess zwischen Wissenschaft und Politik auf eine gemeinsame Wirtschaftsprognose auf einer wenig sichtbaren Hinterbühne passieren muss, da öffentlich sichtbare Uneinigkeit die Wahrscheinlichkeit von "civic dislocation" erhöhen würde. Zudem gehe ich (2) der Frage nach, wie sich dieser Einigungsprozess institutionell und mikrosoziologisch vollzieht.

“BIP, BIP, Hurra!”* -- Konjunkturprognosen als mediale Ereignisse

Werner Reichmann, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, reichmann@mpifg.de

Stream 08: Medien - Panel I: Öffentlichkeit als statistisches Ereignis

Wissenschaftliche Disziplinen haben unterschiedliche Chancen, von den Medien wahrgenommen und behandelt zu werden. Die empirische Wirtschaftsforschung produziert mit ihren Konjunkturprognosen wissenschaftliches Wissen, das es in hoher Regelmäßigkeit in die mediale Berichterstattung schafft. Bemerkenswert dabei ist, dass Neuigkeiten über die wirtschaftliche Zukunft über sämtliche digitale und analoge medialen Kanäle verbreitet werden, unabhängig davon, ob es sich um Qualitäts- oder Boulevardmedien handelt. Aufbauend auf ca. 30 qualitativen Interviews mit Akteuren der Konjunkturprognostik sowie einer umfangreichen Dokumentenanalyse untersuche ich die Darbringung von Konjunkturprognosen in medial hergestellten Öffentlichkeiten. Im Mittelpunkt meines Beitrages steht die empirische Analyse von Beiträgen, in denen Konjunkturprognosen vorgestellt werden. Dies sind sowohl öffentliche Auftritte von Konjunkturforschern als auch in Medienanstalten erarbeitete Berichte über Konjunkturprognosen. Ich stelle die Frage, wie Konjunkturprognosen in Öffentlichkeiten kommuniziert werden. Dabei verfolge ich vier Thesen: (1) Wirtschaft wird als numerisch determiniertes Handlungsfeld wahrgenommen. Die dominante Wissenskultur bezüglich wirtschaftlicher Tatbestände wird von Quantitäten geprägt, was sich -- anders als in anderen wissenschaftlichen Disziplinen -- auch in den öffentlichen Darstellungen niederschlägt. Die wirtschaftliche Zukunft wird daher auch in öffentlichen Debatten als “statistisches Ereignis” inszeniert. (2) In Öffentlichkeiten, an denen verhältnismäßig viele Menschen teilnehmen können, fungiert das Wachstum des BIPs als Brenn- und Kulminationspunkt für die Darstellung wirtschaftlicher Zukunft. Diese Reduktion führt sowohl bei den Wissensproduzenten als auch auf der Seite der Wissensrezipienten zu unterschiedlichen Bewertungen und Problemen. (3) Die bei Porter (1995) dargestellten vertrauensproduzierende Funktion eines quantitativen Kommunikationsstils kommt der Konjunkturforschung entgegen und trägt dazu bei, dass Konjunkturprognosen trotz ihrer Unsicherheiten nach wie vor Verwendung finden und auf Vertrauen stoßen. (4) Die Position der Konjunkturforschung zwischen akademischer Wissenschaft und breiter Öffentlichkeit führt zu wechselvollen Darstellungsstilen, die zwischen populären, comichaften Darstellungen und akademisch-drögen, vorlesungsartigen Auftritten pendeln.* Dieser Slogan ist Teil einer Werbekampagne, mit der das Land Baden-Württemberg für sich wirbt.

Die Konstruktion von Unsicherheit. Die Berichterstattung über demoskopische Befunde und das Meinungsklima im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl 2009 sowie deren Wirkungen auf die Wähler

Carsten Reinemann, LMU München, Department für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung,

reinemann@ifkw.lmu.de

Marcus Maurer, Universität Jena, marcus.maurer@uni-jena.de

Thomas Zerback, LMU München, zerback@ifkw.lmu.de

Olaf Jandura, LMU München, jandura@ifkw.lmu.de

Stream 08: Medien - Panel II: Orientierung und Fehlorientierung der Öffentlichkeit durch empirische Sozialforschung

Wie die Öffentlichkeit über Ergebnisse empirischer Sozialforschung informiert wird, ist in kaum einem Kontext so bedeutsam wie in Wahlkämpfen. Ob die mediale Darstellung des Meinungsklimas einen Einfluss auf Wähler hat, wird allerdings kontrovers diskutiert. Dabei konzentrieren sich bisherige Analysen der Mediendarstellung fast ausschließlich auf die Frage, ob überhaupt über demoskopische Befunde berichtet wird. Dies ist unbefriedigend: Zum einen kommt es vermutlich weniger darauf an, dass über Meinungsumfragen berichtet wird, sondern vielmehr darauf, welche Befunde ausgewählt und wie diese interpretiert und kontextualisiert werden. Zum anderen können Urteile über das Meinungsklima auch allein auf subjektiven Eindrücken basieren und ohne demoskopischen Daten auskommen. Man kann deshalb annehmen, dass die Darstellung des Meinungsklimas keineswegs allein von quasi-objektiven demoskopischen Befunden determiniert wird. Vor diesem Hintergrund fragt der Beitrag zum einen nach Umfang und Struktur der Berichterstattung über das Meinungsklima, zum anderen nach deren Wirkung im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl 2009. Dabei sollen fünf Forschungsfragen beantwortet werden: 1. Wie umfangreich haben die Medien über das Meinungsklima berichtet? 2. Wie hoch war dabei der Anteil demoskopie-basierter vs. subjektiver Urteile? 3. Wie beurteilten die Medien die Sicherheit des Wahlausgangs? 4. Welche Unterschiede bestanden zwischen den Medien? 5. Wie wirkte die Berichterstattung auf die Ansichten der Wähler über die wahrscheinlichen Koalitionen sowie ihr Wahlverhalten? Wir beantworten diese Fragen mit Daten einer Studie zur Bundestagswahl 2009. Sie umfasst zum einen eine Inhaltsanalyse von elf Tageszeitungen, drei TV-Nachrichtensendungen sowie Spiegel online in den vier Wochen vor der Wahl (n=3.907). Zum anderen haben wir parallel dazu eine fünfwellige, für Berlin repräsentative Panelbefragung durchgeführt. Die regionale Medien- und Befragtenauswahl erlaubt es, mögliche Medieneffekte auf die Meinungsklima-Wahrnehmung auf der Individualebene zu untersuchen. Die Inhaltsanalyse zeigt u.a. die wichtige Bedeutung subjektiver Urteile und dass der Wahlausgang trotz gegenteiliger demoskopischer Befunde von manchen Medien bis zuletzt als völlig unsicher dargestellt wurde. Weitere Befunde werden bei der Tagung präsentiert und deren Implikationen im Spannungsfeld von empirischer Sozialforschung, Medien und Öffentlichkeit diskutiert.



Ökonomisierung = Entpolitisierung? Die Politik- und Wirtschaftsberichterstattung der Bild-Zeitung 1984-2006

Carsten Reinemann, LMU München, Department für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung,
reinemann@ifkw.lmu.de

Plenum III: Medienlogiken und politische Kommunikation

Zahlreiche Studien haben für Deutschland und andere europäische Länder seit Mitte der 1980er Jahre eine Boulevardisierung der Medienberichterstattung nachgewiesen. Sie wird zum einen auf eine durch zunehmenden Wettbewerb stimulierte, stärker Publikumsorientierung der Medien zurückgeführt. Zum anderen gibt es Hinweise darauf, dass sich die Präferenzhierarchien in den Medienunternehmen und Redaktionen zugunsten des Kriteriums „wirtschaftlicher Erfolg“ verschoben haben. Ein Prozess, der gemeinhin als Ökonomisierung bezeichnet wird. Beides hat offenbar die Handlungsbedingungen und Selektionskriterien von Journalisten und in der Folge die Muster ihrer Berichterstattung verändert. Im Gegensatz zum Fernsehen und der überregionalen Presse stellt die Analyse der Entwicklung der Berichterstattung der Boulevardpresse nach wie vor ein gravierendes Desiderat der politischen Kommunikationsforschung dar. Dieses Defizit steht in scharfem Kontrast zum erheblichen Einfluss, der der Boulevardpresse – vor allem der Bild-Zeitung – in Deutschland zugeschrieben wird sowie zur Beobachtung, dass dieser erheblich zugenommen habe. Für den Einfluss des Blattes innerhalb des Journalismus spricht, dass politische Journalisten Bild mit weitem Abstand für das Medium mit dem größten Einfluss auf die Bevölkerungsmeinung halten. Für ihren Einfluss innerhalb des Journalismus spricht u.a., dass Bild seit einigen Jahren die meist-zitierte Tageszeitung in Deutschland ist. Für einen besonderen Einfluss auf die Politik sprechen sowohl Eigenaussagen politischer Akteure als auch die Urteile politischer Journalisten.

Vor diesem Hintergrund rekonstruiert der Beitrag zum einen theoretisch die Veränderungen der Rahmenbedingungen für das journalistische Handeln von Europa größter Zeitung Bild seit der Deregulierung des Rundfunks 1984. Zum anderen wird empirisch untersucht, ob, und wenn ja wie sich die veränderten externen Bedingungen in der Berichterstattung des Blattes niedergeschlagen haben. In den Blick genommen werden dabei thematische, stilistische und politische Aspekte, so etwa der Umfang, die politisch-ideologische Position, die Darstellung der Problemlösungskompetenz des politischen Systems und boulevardtypische Inszenierungsstrategien (z.B. Emotionalisierung, Skandalisierung, Personalisierung). Untersucht wurden diese Merkmale mit einer quantitativen Inhaltsanalyse. Codiert wurden für die Zeit zwischen 1984 und 2006 in Intervallen von zwei Jahren je 30 zufällig ausgewählte Ausgaben pro Jahr (n=6.776 Artikel). Abschließend werden die Implikationen dieser Befunde für die weitere Entwicklung des Mediensystems und die politische Kommunikation diskutiert.

Broken Promises: Von der Aufklärung zur modernen Episteme

Joan Ramon Rodriguez-Amat, Universität Wien, mon.rodriguez@univie.ac.at

Stream 07: Habermas - Panel I: Öffentlichkeit und Alltag. Vom neunzehnten zum einundzwanzigsten Jahrhundert

Einige Autoren haben argumentiert, dass das Werk von Foucault den Arbeiten von Adorno und Horkheimer näher stehe als denen von Habermas. Solch eine provokative Sichtweise könnte es erlauben, dass das Werk von Foucault kompatibel ist mit Habermas' ersten Arbeiten. Verschiedene Tatsachen verstärken diese Annahme: zum Beispiel, dass Foucault in seinem Unterricht am College de France Habermas zitierte, wenn er sich auf die Geburt des Publikums der bürgerlichen Öffentlichkeit für die öffentliche Diskussion und Regierung bezog; und dass einige Autoren, die sich für den Wandel des Wissens und der Macht am Anfang des 19. Jahrhunderts interessierten, oft beide zitierten. Nichtsdestoweniger gab es eine Tendenz die Ansätze von Habermas und Foucault diametrisch gegenüberzustellen, als ob ihre Konfrontation absolut sei. Aber während Habermas in bestimmten Aspekten, die sich auf die Rolle von Moral, Wahrheit und Macht beziehen, sehr kritisch war mit der Arbeit des Franzosen, gibt es von beiden viele sich ergänzende Sichtweisen, wenn es um die Bedingungen der Geburt der bürgerlichen Öffentlichkeit geht. Habermas betrachtete die Rolle der Kunst, der Kaffeehäuser und der Presse als Landschaft für die modernen Legitimationsformen: Diskussion, Öffentlichkeit, etc. Seine Arbeit hat unterschiedliche Generationen von Medienwissenschaftlern dahin geführt, die Rolle der Medien als Festiger der Demokratie zu studieren. Aber eine gewisse Idealisierung der Aufklärung als Projekt und Habermas' Kritik gegenüber dessen Implementierung in Form von Nationalstaaten brachte seine Arbeit zum schwachen Begriff der Refeudalisierung und der Problematisierung der Legitimität im Spätkapitalismus. Weiterhin haben später viele Autoren seine Arbeit als zu elitistisch und geschichtlich verwirrend kritisiert. Dieser Artikel schlägt vor, Konfrontationen mit Habermas' frühen Arbeiten zu vermeiden und stattdessen den Wandel der bürgerlichen Öffentlichkeit im Rahmen des Foucault'schen Modells der Wissensarchäologie zu studieren. Innerhalb dieser Koordinaten würde das Projekt der Aufklärung gut passen mit der „klassischen Episteme“, so wie sie von Foucault definiert wurde: in Beziehung stehend mit den Macht-Wissens-Strukturen der Zeit. Analog dazu würde die „moderne Episteme“ einen besseren Rahmen zum Studieren dafür abgeben, was für Habermas den Ruin des Aufklärungsprojekts bedeutete. Das ist der Versprechensbruch der Aufklärung: ein Befreiungsprojekt, das in positives Gesetz verwandelt wurde.



Feldspezifische Diskurse und Märkte. Das Beispiel der Transformation der Weinberichterstattung in Deutschland von 1947 - 2008

Jörg Rössel, Universität Zürich, Soziologisches Institut, roessel@soziologie.uzh.ch

Dorothea Eppler, Universität Zürich, Soziologisches Institut, eppler@soziologie.uzh.ch

Patrick Schenk, Universität Zürich, Soziologisches Institut, schenk@soziologie.uzh.ch

Stream 05: Märkte - Panel III: Ideen als Treibmittel des Wandels von Märkten

In der neueren Wirtschaftssoziologie ist ein zentrales Thema die kulturelle, soziale und institutionelle Einbettung und Konstitution von Märkten. Paradigmatisch lässt sich dies am Beispiel von Märkten zeigen, auf denen Gütern gehandelt werden, deren Qualität aus unterschiedlichen Gründen für die Konsumenten mit Unsicherheit behaftet ist. Dies gilt insbesondere für die wachsende Anzahl von Gütern, die anhand von ästhetischen Kriterien in ihrer Qualität beurteilt werden. Typischerweise zeigen diese Märkte die Struktur eines sozialen Feldes im Sinne von Bourdieu, das nicht nur unterschiedliche Typen von Produzenten und Konsumenten, sondern auch Positionen/Akteure enthält, die zentral für die Beurteilung und Konsekration von ästhetischen Produkten sind. Die Analyse kultureller Produktionsfelder hat dabei zeigen können, dass neben den traditionellen Akteuren/Organisationen der Bewertung von ästhetisierbaren Produkten (Kritiker, Bildungseinrichtungen, Experten) einer medial vermittelten, feldspezifischen Öffentlichkeit eine immer grössere Bedeutung zukommt (siehe Zahner 2006, Die neuen Regeln der Kunst). Diese ist der zentrale Ort, an dem Bedeutungen und Bewertungen für ästhetisierbare Produkte ausgehandelt werden und damit auch die Entwicklung der entsprechenden Märkte beeinflusst wird. In diesem Vortrag soll die feldspezifische Öffentlichkeit für den Weinmarkt im Längsschnitt analysiert werden. Dabei soll erstens geprüft werden, ob sich in diesem Feld analoge Entwicklungen zu anderen kulturellen Feldern (Musik, Essen, Kino) feststellen lassen (siehe Peterson, Johnston/Baumann, Janssen), wobei insbesondere der Abbau traditioneller, hochkultureller Hierarchien und die Entwicklung neuer Authentizitätskriterien, die wiederum eine Rehierarchisierung implizieren, empirisch betrachtet werden soll. Zweitens soll aber auch untersucht werden, ob diese Transformation der Qualitätskriterien in der feldspezifischen Öffentlichkeit auch zu Veränderungen auf dem Weinmarkt selbst geführt haben. Die Datengrundlage für diese Analysen stellt eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse der Weinberichterstattung im Spiegel und in der ZEIT von 1947 - 2008 dar, die durch Zeitreihendaten über die Entwicklung des Weinmarktes ergänzt wurde.

Ungleichheits- und Ausgrenzungsprozesse im Wandel: Migrantinnen in der Prostitution

Renate Ruhne, TU Darmstadt / Universität Kassel, FB 05 / Soziologie, ruhne@uni-kassel.de

Stream 15: Populismus - Panel II: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (I)

Prostitution schien lange Zeit vor allem ein von Geschlechter-Ungleichheiten durchdrungenes Feld des Sozialen zu sein, zunehmend kommt aber auch das Thema Migration in den Blick. Zwar gibt es – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer bis heute wirksamen Stigmatisierung und Tabuisierung des Feldes – kaum gesicherte Erkenntnisse, ein in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegener Migrantinnen-Anteil unter den Prostituierten ist jedoch unumstritten. In einer durch Globalisierungsprozesse geprägten Welt gibt es ein großes Interesse von Frauen aus Nicht-EU-Ländern an einer Erwerbsarbeit in Deutschland, das sich auch auf den Bereich sexueller Dienstleistungen bezieht. Von (geschätzt) 400 000 Prostituierten in Deutschland sind heute mehr als die Hälfte Migrantinnen, die Situation in anderen europäischen Ländern ist ähnlich. Die hier aufgegriffenen Veränderungen im Feld der Prostitution gehen mit neuen Konflikt- und Aushandlungslinien einher, die letztlich auf von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen durchdrungene Verschiebungen der normativen Ordnungssysteme westlicher Gesellschaften verweisen. Analysiert werden solche Verschiebungen anhand zweier Argumentations- und Wahrnehmungsmuster, die das Bild der Prostitution und vor allem der Prostituierten in der Öffentlichkeit heute stark bestimmen: Der emanzipierten, selbstbewussten, professionellen Sexdienstleisterin, die in der Regel als deutsch bzw. europäisch imaginiert wird, steht in den weiterhin strittigen Auseinandersetzungen um die Prostitution – nahezu unvereinbar – das Bild der (i.d.R. aus dem nicht-europäischen Ausland stammenden) Prostituierten als ein mehr oder weniger hilfloses, ausgebeutetes Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution gegenüber. Aufbauend auf ein Forschungsprojekt zur Prostitution in Frankfurt am Main – und dieses gleichzeitig erweiternd – greift der Vortrag (neue) Deutungs- und Handlungsmuster in der Auseinandersetzung mit der Prostitution auf, in denen sich die ‚Geschlechterfrage‘, die lange Zeit im Zentrum des (feministisch-)öffentlichen Diskurses stand, zunehmend mit Fragen der nationalen bzw. ethnisch-kulturellen Herkunft der Sexarbeiterinnen zu reiben und zu brechen scheint.



Welche Think Tanks, welche Öffentlichkeit? Umweltpolitische Think Tanks in den USA, Deutschland, Japan und Südkorea im Vergleich

Alexander Ruser, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, alexander.ruser@soziologie.uni-heidelberg.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel III: Das ambivalente Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit

„By think tank I mean the people who are paid to think by the makers of tanks“ so das Diktum Naomi Kleins. Sie betont die strategische Komponente wissenschaftlicher Beratung und verweist auf die Gefahren instrumentalisierte Wissenschaft. Es bleibt allerdings die Frage, ob damit lediglich Pathologien des US amerikanischen Diskurses, Spezifika dieser „Beratungskultur“ angesprochen werden. Um das Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit bestimmen zu können und im Spannungsfeld zwischen notwendiger Expertise und klandestiner Einflussnahme einen analytischen Standpunkt einnehmen zu können, möchte ich einen zweigliedrigen Analyserahmen vorschlagen, der zwischen der organisationalen Ebene der Akteure (Think Tanks) und der institutionellen Ebene, den Strukturen der Öffentlichkeit differenziert. Lange wurden Think Tanks als primär amerikanisches bzw. angelsächsisches Phänomen begriffen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Frage welche spezifischen Merkmale der politischen Öffentlichkeit bzw. des System der politischen Entscheidungsfindung für die wachsende Bedeutung von Think Tanks verantwortlich seien: „What needs explaining (...) is not how to build and run a think tank but why so many of them became prominent in Washington during the 1970s and 1980s, more than was the case in , say, Rome, Ankara, Riyadh, Bonn, or Djakarta.“ (Ricci 1993) In den letzten Jahren haben komparativ angelegte Projekte wie das globale „Think Tanks & Civil Societies Program“ oder die Erstellung der NIRA World Directory of Think Tanks die „Biotop Hypothese“ Riccis in Frage gestellt. Auf Grundlage aktueller Daten zur Finanzierung umweltpolitischen Think Tanks in Deutschland, Japan, Südkorea und den USA soll ein analytischer Zugang vorgestellt werden, der sowohl idealtypische Unterschiede zwischen den Think Tanks (wissenschaftliche Objektivitätsanspruch vs. interessen geleitete „Advocacy“) als auch strukturelle Unterschiede in den „Umwelten“ der Beratungsinstitutionen (Knowledge Regimes) berücksichtigt. Die leitende These ist dabei, dass das Verhältnis von Think Tanks und Öffentlichkeit von wechselseitigen Zuweisungs- und Einflussprozessen bestimmt ist und damit auch die Funktionsweise der Think Tanks mitbestimmen. Der komparative Zugang verweist auf systematische Unterschiede der Einflussnahme in den jeweiligen nationalen Kontexten.

„Nur ein kleiner Pieks“: Das diskursive Ereignis ‚HPV‘ in geschlechtersoziologischer Perspektive

Katja Sabisch, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaften, katja.sabisch@rub.de

Stream 11: Gender - Panel III: Öffentlichkeitstheorien und öffentliche Diskurse in feministischer Perspektive

Die im Jahr 2006 vorgenommene Zulassung der Impfstoffe Gardasil® und Cervarix®, die gegen vier bzw. zwei Typen des Humanen Papillomavirus schützen und damit Gebärmutterhalskrebs vorbeugen können, ging mit einer massiven Werbekampagne einher. Dabei wurde der diskursmächtige Slogan „Impfung gegen Krebs“ durch eine Öffentlichkeitsarbeit flankiert, die auf einzigartige Weise Public Health und Populärkultur zu verbinden wusste: Während sich zu Beginn der Kampagne die Modedesignerin Jette Joop in einem Fernsehspot für die flächendeckende Impfung von jungen Mädchen einsetzte, sind es heute die Web 2.0-Portale MySpace und Facebook, die mit dem Slogan „Null Bock auf HPV“ Freunde – und damit auch Impfdosen – sammeln. Der Vortrag möchte aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive zeigen, wie die Popkulturalisierung von medizinischen Praktiken durch die Instrumentalisierung ‚neuer Öffentlichkeiten‘ ermöglicht wird. Zu diesem Zweck soll die empirische Studie über das diskursive Ereignis „HPV“ kurz vorgestellt werden. Im Anschluss daran wird gezeigt, wie der Mädchenkörper durch den diskursiven Konnex ‚Frau/Sex/Krebs‘ zum einem als krankhaft, zum anderen als krankmachend konfiguriert wird. Zum Schluss wird aus feministischer Perspektive zu reflektieren sein, welche sexistischen Diskurse sich in dieser neuen Medikalisierung und Pathogenisierung des Mädchenkörpers materialisieren und welche Rolle den neuen Öffentlichkeiten bzw. den ‚social media‘ dabei zukommt.

Die Gesellschaftskritik des US-amerikanischen Evangelikalismus' vor dem Hintergrund des dispensationalistisch prämillenaristischen Weltbildes

Ute Sachsenroeder, Universität Heidelberg, Ute.Sachsenroeder@soziologie.uni-heidelberg.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel I: Religionen und Religionsgemeinschaften in öffentlicher Kritik

Als Dispensationalismus wird eine im evangelikalen Protestantismus vorherrschende Endzeitvorstellung bezeichnet, in der das Konzept der Entrückung (rapture) im Mittelpunkt steht. Diesem Weltbild zufolge werden die Gläubigen mit dem Ereignis der rapture in den Himmel aufgenommen, während die Ungläubigen auf der Erde bleiben, wo eine wenige Jahre andauernde sogenannte Zeit der Trübsal (tribulation) anbricht, nach der dann eine tausendjährige Friedenszeit (millennium) beginnt, während der Jesus auf der Welt herrschen wird. Nach Ablauf dieser Zeit folgt das Jüngste Gericht. Auf dieses dispensationalistische Weltbild führt die religionssoziologische Forschung die vormalige politische Enthaltung der evangelikalen Protestanten in den USA zurück. Das politische Engagement werde gehemmt, da sich nach dieser Vorstellung der Zustand der Welt notgedrungen verschlechtern müsse, bevor dann die rapture eintreten werde. Gegen Ende der 1970er Jahre ist jedoch mit der Herausbildung der New Christian Right eine Politisierung der evangelikalen Bewegung in den USA zu beobachten. Die Entstehungsbedingungen dieser politischen Bewegung sind mittlerweile soziologisch breit erforscht. Seit den 1980er Jahren drängen die evangelikalen Protestanten in den USA verstärkt an die Öffentlichkeit, wobei sie die gesellschaftliche Entwicklung hinterfragen und sich für sozialen und politischen Wandel einsetzen. Anders als erwartet, ist dabei der Dispensationalismus nicht in den Hintergrund getreten, sondern hat sich bis heute als eine zentrale Idee im US-amerikanischen Evangelikalismus behauptet. Dieser Beitrag will aufzeigen, inwiefern das dispensationalistische Weltbild das politische Engagement der evangelikalen Protestanten eher befördert oder hemmt. Es soll erörtert werden, in welcher Hinsicht der Dispensationalismus die Kritik an der Gesellschaft mitbedingt. Hierfür gibt der Beitrag zunächst einen Überblick über die Geschichte dieses Konzepts, um dann erste Ergebnisse einer inhaltlichen Analyse von evangelikalen Bestsellern zu präsentieren, die sich mit der Endzeit beschäftigen. Vor diesem Hintergrund dieser Untersuchung soll dann aufgezeigt werden, inwiefern der Dispensationalismus einen Ausgangspunkt bildet, für die Gesellschaftskritik, mit der sich die evangelikale Bewegung an die Öffentlichkeit wendet.

Befunde zur Frage der Interessenshomogenität von Bewohnern urbaner Räume am Beispiel von sieben Grazer Stadtteilen.

Marie-Therese Sagl, FH Joanneum, Studiengang Soziale Arbeit, Graz, marie-therese.sagl@fh-joanneum.at

Rainer Loidl, Fachhochschule Joanneum, Graz, rainer.loidl@fh-joanneum.at

Stream 06: Räume - Panel II: Strittiger Städtebau. Politische Öffentlichkeit und Integration in der Stadt

In politischen Aushandlungs-, Legitimations- und Gestaltungsprozessen wie im Stadt- und Siedlungsbau wird hinsichtlich unterschiedlicher bis hin zu konfligierenden Interessen zumeist auf jene zwischen den Akteuren referiert. In dieser Annahme tritt der Umstand in den Hintergrund, dass nur bedingt von homogenen Interessenslagen innerhalb einer Akteursgruppe ausgegangen werden kann. Unser Beitrag greift die Frage nach der Homogenität bzw. Heterogenität der Interessen von Stadtteilbewohnern auf und untersucht sie am konkreten Beispiel der Stadt Graz und zur „ressourcenschonenden Stadtteilentwicklung“. Das Engagement, die Interessen der Bewohner in den politischen Aushandlungs- und Legitimationsprozess in urbanen Räumen ernsthaft einzubeziehen, beschränkt sich in der Regel auf Einzelprojekte und bleibt damit singulär; eine sozialwissenschaftliche Fundierung oder substantielle Verankerung in die Infrastrukturplanung finden selten statt, weshalb nach wie vor eine Disbalance der Macht hin zu Politik und Planung vorherrscht. Als Untersuchungsbasis ziehen wir die Daten des von der FFG (Programmlinie COIN) geförderten Forschungsprojektes „Ökotopia – Ressourcenschonung in der Stadtteilentwicklung“ an der FH JOANNEUM heran. Interdisziplinär (Soziale Arbeit, Bauplanung und Bauwirtschaft sowie Energie-, Verkehrs- und Umweltmanagement) werden Möglichkeiten der Ressourcenschonung in der Stadtteilentwicklung erforscht. Innovative Ansätze und Lösungen sollen erarbeitet und so Erkenntnisse für eine holistische Planung und integrative Umsetzung für den städtischen Raum gewonnen werden. Hierfür werden neben anderen Analysen die Bewohner von 350 Haushalten in sieben typologisch ausgewählten Grazer Stadtteilen befragt. Die Stadtgebiete werden über eine Paarbildung nach städtebaulichen, sozialwissenschaftlichen und energierelevanten Gesichtspunkten ausgewählt, die repräsentative Zufallsstichprobenziehung der Haushalte innerhalb eines Stadtteils beruht auf dem ADM-Design. Der Beitrag analysiert die Interessenslagen innerhalb der Akteursgruppe der Bewohner und fragt danach, 1) wie homogen die Interessen der Bewohner in einzelnen Stadtteilen sind und 2) inwieweit Homogenität bzw. Heterogenität der Akteursinteressen nur in einzelnen Stadtteilen (stadtteilspezifisch) oder über diese hinweg (stadtteilunspezifisch) zu beobachten sind. Dabei sollen auch Erkenntnisse für die Integration der Bewohner als politische Öffentlichkeit gewonnen und so die Legitimität im Städtebau erhöht werden.

Kapitalisierung von Emotionen im Dienstleistungssektor

Birgit Sauer, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, birgit.sauer@univie.ac.at

Otto Penz, Wien, otto.penz@aon.at

Stream 12: Deregulierung - Panel I: Im Dienst öffentlicher Güter: Akteure, Institutionen, Praktiken

Der Vortrag basiert auf den Ergebnissen der empirischen Studie „Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Gefühlsarbeit und Geschlecht. Das Beispiel der Post AG“ (2008 – 2011). Im Kontext der Umwandlung der gelben Post in einen börsennotierten Dienstleistungskonzern – Ausdruck der neoliberalen Politik in Österreich – werden die Intensivierung und Flexibilisierung der Arbeit, insbesondere aber die Kapitalisierung der Emotionen, also die Gefühlsarbeit der Beschäftigten beiderlei Geschlechts als zentraler Bestandteil der neuen Kundenorientierung, analysiert. Die Untersuchung lotet anhand von Dokumentenanalysen, ExpertInnengesprächen mit Führungskräften in der Personalabteilung und Interviews mit FilialmitarbeiterInnen das Spannungsverhältnis zwischen den betriebswirtschaftlichen Ansprüchen der Konzernleitung und dem Gefühlsmanagement aus, das am unteren Ende der Betriebshierarchie im Kundenkontakt an den Schaltern der Postfilialen zu leisten ist. Commitment, Kundenfreundlichkeit, aber auch psychischer Stress aufgrund von Konflikten mit KundInnen, von Zeitdruck und Personalmangel stellen dabei typische Anforderungen und Auswirkungen der Arbeit im front line-Bereich dar. Michel Foucaults Konzept der Gouvernamentalität und Selbstregierung, die Befunde der Industrie- und Arbeitssoziologie zur Subjektivierung von Arbeit, aber auch die Untersuchungen zur Emotionsarbeit in der Tradition von Arlie Hochschilds The Managed Heart (1983) bilden die theoretische Basis für die Erforschung der bislang weiblich konnotierten emotionalen Praxis im Dienstleistungsbereich. In diesem Kontext deuten die empirischen Ergebnisse unserer Studie auf die Herstellung einer unternehmerischen Haltung hin, in deren Zentrum – insbesondere beim Schalterdienst in den Postfilialen – der Verkauf steht. Mit der voran schreitenden Tertiärisierung der Wirtschaft, der Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und In-Wert-Setzung von Gefühlen, wie am Beispiel der Post ablesbar, stellt sich zudem die Frage nach den Auswirkungen dieser Prozesse auf männliche Identitätskonstruktionen und Vorstellungen von Männlichkeit, die herkömmlicherweise eng an Normalarbeitsverhältnisse und berufliche Rationalität gebunden sind. Der Vortrag versucht, anhand des empirischen Materials Verschiebungen „hegemonialer Männlichkeit“ anschaulich zu machen, die aus dem unternehmerischen Einsatz von Emotionen, aus dem Zusammenspiel von Leistungs-/ Wettbewerbsorientierung und Gefühlsmanagement resultieren.

Intersectional Map. Geschlecht, Ethnie, Milieu und Alter an den Achsen der Ungleichheit einer Stadt

Elli Scambor, Stattegg/Graz, elli.scambor@gmx.net

Stream 06: Räume - Panel I: Stadträume als (öffentliche) Machträume – Planung, Steuerung und Entwicklung von Stadt und Raum zwischen Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit

Das Paper diskutiert Ergebnisse des im Jahr 2008 durchgeführten Wissenschaft- & Kunst-Projekts Intersectional Map/Graz. Das Projekt thematisiert den sozialfragmentarischen städtischen Charakter, in dem es die alltägliche Erschließung der Stadt durch ihre Nutzer/-innen fokussiert und vergleicht. Ausgangspunkt einer empirischen Studie mit 1650 Stadtbewohner/-innen von Graz war die Annahme, dass die Daten städtische Räume transparent machen, in denen sich Bewohner/-innen in ähnlichen sozialen Lagen zusammenfinden. Die Intersectional Map thematisiert die räumliche Struktur der Stadt als spezifische Ausprägung des Gesellschaftlichen. Die entleiblichte Logik der prinzipiellen Teilnahme aller – ein häufig anzutreffendes Prinzip in der Stadtplanung – weicht damit einer Betrachtung, die den unterschiedlichen Bedürfnislagen verschiedener Bevölkerungsgruppen gemäß, Differenzen in der Erschließung der Stadt hervorhebt. Alltäglich aufgesuchte Orte der Befragten weisen in Abhängigkeit von den jeweiligen Lebenslagen ähnliche Strukturen auf. Der städtische Raum konstituiert sich aus der alltäglichen Praxis der Stadtbewohner/-innen. Dabei wird die Bewegung der Menschen im städtischen Raum als Abbild unterschiedlicher Vergesellschaftungsbedingungen der Geschlechter thematisiert, wobei die Geschlechter wiederum in unterschiedliche Ethnien und Milieus eingebettet sind. Bei der Analyse dieser Struktur beruft sich das Projekt auf das theoretische Analysekonzept Intersectionality (vgl. Crenshaw 1998), das die Triade von Gender, Ethnicity und Class unter anderem in einer inter-kategorialen Zugangsweise (vgl. McCall 2005) reflektiert. Das bedeutet, dass einzelne gesellschaftliche Kategorien in ihrem Verhältnis zueinander bzw. in ihrer Wechselwirkung betrachtet werden (vgl. Walgenbach 2007), um komplexe Strukturen zu erfassen und Ungleichverhältnisse zwischen sozialen Gruppen sowie sich verändernde Konfigurationen abzubilden. Die empirischen Daten wurden der Öffentlichkeit in Form von Medieninstallationen im öffentlichen Raum (Graz) zugänglich gemacht.
<http://intersectional-map.mur.at/>
<http://www.transcript-verlag.de/ts1415/ts1415.php>
<http://socialresearch-mediaart.mur.at>
<http://elliscambor.mur.at>



Technologien des Managements von Privatheit und Öffentlichkeit im Netz: Zwischen Be- und Entgrenzung

Christina Schachtner, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, christina.schachtner@uni-klu.ac.at

Nicole Duller, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Nicole.Duller@uni-klu.ac.at

Katja Osljak, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Katja.Osljak@uni-klu.ac.at

Heidrun Stücker, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Heidrun.Stueckler@uni-klu.ac.at

Stream 09: Privat - Panel I: Digitale Konstitution öffentlicher Subjekte – neue informelle Öffentlichkeiten

In der laufenden Untersuchung ‚Communicative Publics in Cyberspace‘, durchgeführt an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt als Teilprojekt des Verbundprojekts ‚Subjektkonstruktionen und digitale Kultur‘ (Skudi) zeichnet sich ab, dass das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in virtuellen Netzwerken neu konstituiert wird. Dies kann nicht ohne Konsequenzen für den theoretischen Öffentlichkeitsdiskurs bleiben. Im Zentrum des Vortrags stehen die Technologien des Managements zur Konstitution von Öffentlichkeit und Privatheit im Netz, die eng verknüpft sind mit den Technologien zur Konstitution von Subjektivität. Diese Technologien entfalten sich im Spannungsfeld zwischen den Polen Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit, Be- und Entgrenzung. Obschon von allen NetzakteurInnen gefordert, treten sie als individuelle Technologien in Erscheinung. Das Subjekt ist auf sich selbst geworfen; Selbstorganisation, Selbstreflexion, Selbstkonstruktion sind die Markenzeichen der „Netzsubjektivität/en“ (Paulitz 2005), anders gesagt: das „unternehmerische Selbst“ beginnt sich über die ökonomische Sphäre hinaus auch in anderen Kommunikations- und Lebensbereichen durchzusetzen. Die neuen Netzöffentlichkeiten schließen sowohl am Habermas'schen Postulat (1990) der rationalen Kommunikation an, enthalten aber auch Elemente des ‚Wettstreits von Erfahrungsformen, Affektstrukturen, Wahrnehmungsformen, Werteinstellungen‘ im Sinne von Negt/Kluge (Fraser 2009). Sie folgen insofern der Kritik am Habermas'schen Öffentlichkeitsbegriff als sie sich nicht als festgefügte sondern als sich wandelnde Phänomene zeigen und insofern als sie die Annahme einer einzigen Öffentlichkeit zugunsten der Entstehung einer Vielzahl von Öffentlichkeiten widerlegen. Folgenden Fragen soll nachgegangen werden: - Zeichnen sich im virtuellen Raum verschiedene Typen von Technologien ab, Öffentlichkeit und Privatheit neu zueinander in Beziehung zu setzen? - Wie sind diese Technologien mit den Technologien der Subjektkonstruktion verbunden? - Wie lassen sich die empirischen Befunde zur Netzöffentlichkeit in den kontrovers geführten Öffentlichkeitsdiskurs einreihen? - Könnte sich in den Netzöffentlichkeiten die Forderung von John Dewey (2001) erfüllen, die lebendige öffentliche Kommunikation möge von der physischen Apparatur Besitz ergreifen, um ihr Leben einzuhauchen?

Transnationale Öffentlichkeiten in arabischen Online-Netzwerken

Christina Schachtner, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, christina.schachtner@uni-klu.ac.at

Stream 02: Transnationalisierung - Panel II: Netzaktivisten, Eliten und Migranten in transnationalen Öffentlichkeiten

Der Beitrag widmet sich den politischen Diskursarenen in arabischen Online-Netzwerken. Im Mittelpunkt steht die im Jahre 2006 in Bahrain gegründete Online-Plattform Mideast Youth, auf der sich Angehörige der verschiedenen Länder des Mittleren Ostens sowie NetzakteurInnen aus westlichen Ländern versammeln. Es werden erste Forschungsergebnisse des von der VW-Stiftung und dem FWF geförderten Forschungsprojekts ‚Communicative Publics in Cyberspace‘ präsentiert, das ein Teilprojekt des Verbundprojekts ‚Subjektkonstruktionen und digitale Kultur‘ (Skudi) ist. Mideast Youth wurde mit dem Anspruch gegründet, über politische, kulturelle und religiöse Themen, die den Mittleren Osten betreffen, zu informieren, politische Kampagnen zu starten und einen Diskurs unter den Angehörigen verschiedener Länder der Region zu initiieren. Im Selbstverständnis des Netzwerks wird als Ziel angegeben „to inspire and provide young people with the freedom and opportunity of expression, and promote a fierce but respectful dialogue among the highly diverse youth of all sects, socio-economic backgrounds, and political and religious beliefs in the Middle East“. Das Internet diene nicht nur als Instrument zur Organisation der aktuellen politischen Proteste offline, sondern erwies sich bereits im Vorfeld als Produktionsraum einer politischen Öffentlichkeit, die überregional und global ausgerichtet ist, was sich im Selbstverständnis eines arabischen Netzakteurs so ausdrückt: „In real life I'm a Saudi guy living in Saudi Arabia. But online I'm multinational, I'm multigeographical“. Die empirischen Daten, die mittels Netzanalyse, Interviews, Visualisierung erhoben wurden, erlauben, folgenden Fragen nachzugehen: - Inwieweit hat die digitale Öffentlichkeit in arabischen Netzwerken situativen, zeitlich begrenzten oder nachhaltigen Charakter, der auch offline wirksam wird? - In welchem Verhältnis steht die Netzöffentlichkeit zur dominierenden politischen Öffentlichkeit in den einzelnen arabischen Ländern? - Welche Rolle spielt die digitale politische Öffentlichkeit im Spannungsfeld zwischen Regierung und Gesellschaft? Inwieweit tangiert sie die politische Legitimation der Regierenden? Inwiefern ist sie selbst politisch legitimiert? - Wie setzt sich die Netzöffentlichkeit zusammen? Wer partizipiert und wer nicht, anders gesagt: Wie exklusiv ist diese Öffentlichkeit?



Vom Schreibtisch der ForscherInnen in die Öffentlichkeit: Statistik als Objekt auf Reisen

Andreas Schadauer, Institut für Höhere Studien, Wien, schadauer@ihs.ac.at

Stream 08: Medien - Panel I: Öffentlichkeit als statistisches Ereignis

Empirische Arbeiten der Wissenschaftsforschung als auch Arbeiten praxistheoretischer Ansätze haben die Welt der Wissenschaft und darüber hinaus mit unerwarteten AkteurlInnen aber auch Objekten und Aktanten (z.B. „immutable mobiles“, „inscription devices“, „boundary objects“) bereichert. Besonders Letzteres, die stärkere Berücksichtigung von Objekten und Aktanten, bietet meiner Meinung nach für die gestellten Fragen des Plenums eine interessante Perspektive. Die mich in Zusammenhang mit dem Thema des Panels interessierenden Objekte sind die Statistiken selbst, oder genauer, dessen objekthafte Formen als bestimmte (statistische) Kennzahlen, Verteilungen und dessen Visualisierungen. Statistiken verlassen in dieser Form regelmäßig die Schreibtische der ForscherInnen und landen, mal unmittelbar mal mittels unterschiedlicher VermittlerInnen, auf den Schreibtischen von PolitikerInnen, BeamtenInnen oder JournalistInnen und in den Hände von ZeitungsleserInnen und anderen interessierten Personen. Dies wirft für mich mehrere Fragen über diese Objekte auf. Was zeichnet diese Objekte aus, dass sie regelmäßig verschiedene AkteurlInnen zusammenbringen können, ohne dass diese sich dafür persönlich begegnen müssen, oder paraphrasiert, dass sie die Öffentlichkeit auf den Schreibtisch der ForscherInnen und den Schreibtisch der ForscherInnen in die Öffentlichkeit bringen können? Können diese Objekte die unterschiedlichen Transportwege unbeschadet überstehen? Was wird den Objekten dabei hinzugefügt, was kommt dabei abhanden? Bleibt die Aussagekraft, Zuverlässigkeit und Handlungsanregung bestehen? Dessen Fähigkeit zur Bestätigung oder Kritik von Entscheidungen? Geht dessen Entstehungsgeschichte verloren? Und ganz generell, kann das, was mit Hilfe von Daten und Statistiken überhaupt erst konserviert und mobil gemacht werden soll, das Soziale selbst, diese Reisen überstehen? In meinem Beitrag möchte ich die mir im Zusammenhang mit dem Thema des Panels interessant erscheinenden Konzepte und Verwendungsweisen von Objekten in der Wissenschaftsforschung skizzieren und anhand empirischen Materials aus meinem laufenden Dissertationsprojekt, verschiedenen Stationen des Objekts Statistik empirisch und beispielhaft folgen. Ich werde dabei auch auszuloten versuchen, ob diese spezifische Perspektive für die Auseinandersetzung mit der (empirischen) Sozialwissenschaft und dessen Verhältnis zu anderen Bereichen ein interessantes Angebot darstellt und dies im Panel zur Diskussion stellen.

Was wäre, wenn ...? Überlegungen zur Herstellung einer feministischen Öffentlichkeit durch Frauenförderpläne

Sabine Schäfer, Universität Bielefeld, sabine.schaefer@uni-bielefeld.de

Stream 11: Gender - Panel II: Doing Gender und (Un)Doing Feminism in „neuen“ Öffentlichkeiten

Die Herstellung von Transparenz ist ein wichtiges gleichstellungspolitisches Anliegen, das z.B. durch Monitoring-Instrumente im Rahmen von Gender Mainstreaming-Prozessen institutionalisiert werden soll. Die im Anschluss an das nordrhein-westfälische Landesgleichstellungsgesetz zu erstellenden Frauenförderpläne (FFP), die in der Regel über das Internet öffentlich verfügbar und damit – zumindest potenziell – Teil der öffentlichen Kommunikation sind, leisten dazu einen Beitrag. De facto allerdings werden die FFP, die jede öffentliche Einrichtung und ihre Einheiten mit mehr als 20 Beschäftigten erstellen muss, kaum je zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Auch werden die Dokumente selbst nur selten zu einer gleichstellungspolitischen Positionierung genutzt. Bei der Analyse der FFP von Hochschulen und Fakultäten, die im Rahmen des Gender-Reports 2010 zum Stand der Geschlechtergerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen angestellt wurde, lassen sich vergleichsweise wenige Hinweise darauf finden, dass sie im Rahmen eines feministischen oder gleichstellungspolitischen Anliegens angefertigt werden. So spiegeln die Aussagen dazu, wie die dargestellten Geschlechterverhältnisse zustande kommen, eher vermeintliche Notwendigkeiten von Fachdisziplinen wider als gleichstellungspolitische, geschweige denn feministische Konzepte. Nun mag man sich fragen, ob es überhaupt Aufgabe der FFP ist, gleichstellungspolitische Anliegen oder Debatten zu veröffentlichen. Fakt ist aber, dass sie zumindest auf der Ebene der Fachbereiche meist die einzigen öffentlich zugänglichen Dokumente überhaupt sind, die Aufschluss über entsprechende Aktivitäten geben. Es stellt sich also die Frage, welche Rolle FFP für eine feministische Öffentlichkeit spielen könnten, wenn man sie nicht nur als Evaluationsinstrument innerhalb von Institutionen benutzte, sondern ihr Potenzial hervorhebe, eine Diskussion in Gang zu setzen. Dieser Frage möchte ich in meinem Vortrag nachgehen, indem ich die Rolle der FFP bei der Institutionalisierung von Gleichstellung mithilfe der soziologischen Konzepte Pierre Bourdieus untersuche und weiterführende Überlegungen zu ihrer Nutzung zur Herstellung einer feministischen Öffentlichkeit anhand von Konzepten aus der politischen Philosophie, v.a. des Capabilities Approaches von Armatya Sen und Martha Nussbaum und des Konzeptes des Unvernehmens von Jacques Rancière, anstelle.



Doing Gender 2.0 im Internet. Die Konstruktion von Geschlecht mittels experimenteller Selbstdarstellungen auf Fotografien

Clarissa Schär, Universität Zürich, cschaer@ife.uzh.ch

Stream 11: Gender - Panel II: Doing Gender und (Un)Doing Feminism in „neuen“ Öffentlichkeiten

In meiner Masterarbeit habe ich mich mit Fotografien männl. und weibl. Jugendlicher in sozialen Netzwerken im Internet beschäftigt. Hierbei wurden experimentelle Selbstdarstellungen darauf hin untersucht, wie die Jugendlichen Geschlecht konstruieren. Unter experimentellen Selbstdarstellungen werden dabei bewusst eingenommene Posen, Gesichtsausdrücke, Gesten sowie der Einsatz von Accessoires verstanden. Zum Eruiere der Relevanz des Geschlechts wurden kulturelle Geschlechtsindizes betrachtet, über die die Jugendlichen Geschlecht konstruieren. Die je ca. 1000 Fotografien männl. und weibl. Jugendlicher wurden hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien klassifiziert und ausgewählte Klassen einer seriell-ikonografischen Analyse unterzogen. Es konnten je sechs Idealtypen von Männlichkeit und Weiblichkeit ermittelt werden, so z.B. die empfindsame Unschuld oder der Dominant-Überlegene. Ein zentraler Befund der Studie ist, dass sich die Jugendlichen bei ihren Konstruktionen stark an gesellschaftlichen Stereotypen orientieren. Eine Orientierung, die selbst dann bestehen bleibt, wenn mit Geschlechtsindizes gearbeitet wird, die dem Konzept des jeweils anderen Geschlechts zugeschrieben werden. Die Reproduktion gesellschaftlicher Stereotypen vollzieht sich dabei weitgehend unreflektiert und leistet dadurch u.a. sexistischen Frauenbildern oder der Verherrlichung von Gewalt Vorschub. Die Jugendlichen haben sich einen kreativen Raum geschaffen, in dem sie sich spielerisch ausprobieren können. Entgegen aktueller Forschungsbefunde hat sich gezeigt, dass trotz des geringen Anonymitätsgrades der untersuchten Plattform experimentelle wie auch authentische Selbstaspekte zur Darstellung kommen, die in der Realität weniger aktiviert werden. Dadurch wird ein Blick hinter im Alltag verdeckte Aspekte ermöglicht. Darunter fallen z.B. Selbstdarstellungen weibl. Jugendlicher, die sich in ein erschreckend melancholisches Licht rücken, das nicht selten zur Assoziation mit Selbstmord führt. In dieser Hinsicht erscheint es sinnvoll, wie in öffentlichen Diskussionen gefordert, die Jugendlichen zur Reflexion individueller und medial vermittelter Sexualität anzuregen. Allerdings legen die vorliegenden Befunde nahe, das Handlungsfeld nicht auf die Sexualität zu beschränken, sondern auszuweiten auf das Verhältnis der Jugendlichen zu ihrem Körper, Geschlecht, Sexualität, etc., Themen, die in der Jugendarbeit längst behandelt werden, durch das Internet jedoch verstärkt in den Fokus rücken.

Autobiografische Einsatzliteratur aus Afghanistan und ihre Rolle im medialen Spannungsfeld von Unterhaltung und Information über den Auslandseinsatz

Dinah Schardt, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, Dinah.Schardt@soziologie.uni-heidelberg.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel II: Unterhaltende Politikangebote in den Medien – Merkmale des neuen Strukturwandels

Der Beitrag präsentiert erste Forschungsergebnisse der Promotion, die sich mit der veränderten Rolle des Zivilen in der Bundeswehr anhand der massenmedialen Verarbeitung neuer „Einsatzwirklichkeiten“ durch das deutsche Engagement der Bundeswehr in Afghanistan beschäftigt. Der ISAF-Einsatz in Afghanistan erfährt nicht nur eine informationspolitische Medialisierung durch Nachrichten und Politdebatten, sondern findet vermehrt in der Unterhaltungsbranche seine thematische Verortung. Anhand einer empirischen Analyse der Inhalte aus und der Diskurse um autobiografische Einsatzliteratur von Soldaten (nebst Erfahrungsberichten von einsatzbegleitenden Journalisten sowie fiktionalen Einsatzromanen) soll nun beispielhaft aufgezeigt werden, dass der Wandel zivil-militärischer Beziehungen in der Bundeswehr im literarischen Genre seinen direkten wie indirekten thematischen Niederschlag findet und gleichzeitig auf den zivil-militärischen Diskurs um die Einsätze der Bundeswehr zurückwirkt. Textanalytisch wird sichtbar, dass sich soldatische Erzählungen auf unterschiedlichste Formen des subjektiven Erlebens von Krisen und ihrer Bewältigung durch den Soldaten beziehen und damit zivil-militärische Beziehungen als Problematik aufscheinen lassen. Durch die Erzählungen, was „da draußen“ jenseits des Vorstellbaren passiert, wird eine Schneise gezogen zwischen Einsatz und Zuhause, deutscher und afghanischer Kultur, Job und Lageralltag. In Rezensionen wird sich ein unzensurierter authentischer Blick auf den Einsatzalltag der Soldaten als Kontrastprogramm zur vermuteten selektiven Darstellung in den Nachrichten und politischer Schönfärberei versprochen: auf ihre Gefühle, Ängste, Sehnsüchte und Krisen der Menschen, ihre Zweifel am Einsatz und an der Politik und ihre Fragen zu Tod und Töten sowie ihre Sicht auf die afghanische Kultur. Von Regierung und Bundeswehr werden die Bücherdiskurse hingegen mit zurückhaltender Skepsis verfolgt und Textpassagen z.T. auch öffentlich widerlegt. Die Deutungs Offenheit soldatischer Literatur scheint dem Anspruch an militärische Eindeutigkeit entgegenzustehen. Statt mit militärischer Demontage verbunden zu werden, so die These, scheinen allerdings gerade die subjektivierten und Authentizität vermittelnden Krisenerzählungen ein literarisches ‚zivils‘ Publikum dort abzuholen, wo man es durch ein allgemeines politisches Desinteresse am Einsatz verloren glaubte. Soldatenliteratur dient damit der Herstellung gesunder zivil-militärischer Verhältnisse.



Logiken und Politiken der öffentlichen Inszenierung männlicher Krisen – eine kritische Analyse

Paul Scheibelhofer, Universität Wien, paul.scheibelhofer@univie.ac.at

Stream 11: Gender - Panel III: Öffentlichkeitstheorien und öffentliche Diskurse in feministischer Perspektive

Über Männer wird heute viel gesprochen und geschrieben. Ob schlechte Schulleistungen und Risikoverhalten der Buben oder Bindungsängste, Trennungsprobleme und Gewalttätigkeit der Erwachsenen. Das Leben der Männer, so die weit verbreitete Meinung in Wissenschaft und Feuilleton, ist vor allem eines: krisenhaft. Dieser Vortrag entwickelt eine kritische Perspektive auf Logiken, Implikationen und Effekte dieser öffentlichen Männer-Krisendiskurse. Dabei werden zwei, im deutschsprachigen Raum, besonders „produktive“ Krisendiskurse analysiert: einerseits jener über die vermeintliche Benachteiligung von Buben im Bildungssystem, andererseits der Diskurs über die vermeintliche Benachteiligung von Vätern nach Trennungen. Im Rahmen der kritischen Analyse wird gefragt, welche Theorien über Männlichkeit, Geschlecht und Gesellschaft den dominanten öffentlichen Krisendiskursen zugrunde liegen, welche Problemdefinitionen sie entwickeln und welche Politiken sie fördern und fordern. Die Analyse zeigt, dass diese Diskurse patriarchale Geschlechterverhältnisse ebenso ausblenden, wie die Frage, wie diese Verwoben sind mit ökonomischen Ausbeutungsstrukturen und Rassismus. Vor diesem Hintergrund kreieren Männerkrisendiskurse ein Bild „normaler“ unwidersprüchlicher Männlichkeit, die es (wieder-)herzustellen gilt. Als Ursache für Männerkrisen werden dabei „der Feminismus“, „die Frauen“ und abstrakte Bilder von „der Gesellschaft“ und „dem Staat“ ausgemacht. Diese Analyse zeigt, dass dominante Männer-Krisendiskurse und die von ihnen vermittelten Sinnangebote und Problemdefinitionen eine Plattform für maskulinistische und anti-feministische Öffentlichkeiten darstellt. Abschließend wird die Frage der Krisenhaftigkeit von Männlichkeitskonstruktionen aus kritischer Perspektive beleuchtet und darauf aufbauend emanzipatorische Alternativen zu den dominanten Krisendiskursen ausgelotet.

Generation 9/11? Möglichkeiten konkurrierender Vergangenheiten

Daniela Schiek, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, daniela.schiek@uni-due.de

Carsten G. Ullrich, Universität Duisburg-Essen, carsten.ullrich@uni-due.de

Stream 10: Vergessen - Panel I: Öffentlichkeit als Sphäre kollektiver Sinnproduktion

Die Frage nach konkurrierenden Lesarten der Geschichte und entsprechenden, ins Spannungsfeld geratenden Identitätsbildern ist klassischerweise eine nach Generationen und Generationswechseln. Nachwachsende Generationen haben einen radikal neuen Zugang zur Gesellschaft, weshalb sich Wirklichkeitsvorstellungen an ihnen besonders zu bewähren haben. Die Bedeutung von Geschichte wird damit erst in der intergenerationellen Verständigung erzeugt, daher kann an entsprechenden Auseinandersetzungen die (Wieder-)Herstellung einer (neuen) gesellschaftlichen Wirklichkeit studiert werden. Nun hat sich seit den „68ern“ im öffentlichen wie soziologischen Sprachgebrauch keine Generation mehr nachhaltig durchsetzen können. Dabei sollen die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 die Welt und Sichtweisen auf sie nachhaltig verändert haben („nichts ist mehr so, wie es war“). In Deutschland ist dieses historische Ereignis für die Frage nach der Konkurrenz oder Komplementarität von Deutungsmustern in spezifischer Weise relevant. So war die deutsche Öffentlichkeit durch Militäreinsätze, die Rasterfahndung nach „Schläfern“ und die durch die vereitelten und in europäischen Nachbarländern erfolgten Anschläge gegebene Bedrohungslage von den Folgen des 11. Septembers in spezifischer Weise betroffen. Für die 1971 bis 1981 Geborenen hat dies einen ‚ersten Eindruck‘ von der Welt hinterlassen; sie waren damals und sind heute alt genug, um sich über die Bedeutung des Ereignisses zu verständigen. Die „68er“ stellen dabei vermutlich die wichtigsten Dialogpartner, mitunter „Gegenspieler“ dar: Nicht nur haben sie ebenfalls Terrorismus erlebt. Auch spielte eine Positionierung gegenüber den USA im RAF-Terrorismus und den Wertorientierungen der „68er“ eine wesentliche Rolle. Die Sichtweisen der „68er“ werden sich vor dem Hintergrund der Erfahrungen der „9/11er“ verändern und umgekehrt, wobei es sowohl zu Kontinuierungen als auch zu Zäsuren in den gesellschaftlichen Deutungsmustern kommen kann. Im Vortrag wollen wir uns diesen Überlegungen zuwenden und einen forscherschen Ausblick zur Frage diskutieren, ob es in Deutschland eine „Generation 9/11“ gibt, die sich durch einen spezifischen Zugang zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kunst, Konsum usw. kennzeichnet und einen entsprechenden Wandel in den historisch-sozialen Raum trägt.



Wissensbewegungen

Larissa Schindler, JGU Mainz, Institut für Soziologie, larissa.schindler@uni-mainz.de

Stream 10: Vergessen - Panel II: Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Wir verstehen Wissensbestände zumeist als relativ stabile Elemente des Sozialen, auch wenn die Veränderungen von Wissensbeständen, gerade auch im Zusammenhang mit öffentlicher Sinnproduktion, offensichtlich sind. Wendet man sich dem Phänomen der Wandelbarkeit des (kollektiven) Wissens zu, und damit den Verschiebungen und Umdeutungen im Bereich (öffentlicher und teilöffentlicher) Sinnproduktion, so gewinnen Nachbarphänomene des soziologischen Grundbegriffs „Wissen“ an Bedeutung, wie etwa das Phänomen des Vergessens oder des Relevanzverlusts. Lange Zeit wenig beachtet, sind sie doch die Voraussetzung von Sinnproduktion im Gegensatz zum unterschiedslosen Akkumulieren von Information (etwa im technischen Sinne). Der Vortrag greift die Thematik der Bewegung von Wissensbeständen auf und zeichnet anhand eines empirischen Falles nach, wie Wissensbestände sich auf ihrem Weg durch Zeiten, Räume und Wissenskulturen verändern, wie verschiedene Details ‚verloren‘ gehen, in Vergessenheit geraten und andere an Gewicht gewinnen oder verlieren, wie also im Rahmen unterschiedlicher Öffentlichkeiten sukzessive neuer Sinn produziert wird. Der Fall zeigt, wie das Kampfwissen einer Kriegergemeinschaft des japanischen Mittelalters in der Moderne aufgegriffen und in einen westlichen Kulturzusammenhang transferiert wird. Es findet sich hier zunächst in drei Varianten wieder: als mythische Erzählung, auf die Kampfkunstkurse sich diskursiv beziehen (können), als dokumentarische Fiktion im Sinne einer historisierenden Darstellung (früherer) Kampfstrategien und als Genre der Roman- und Filmindustrie (Martial Arts Filme). Dabei wird deutlich, wie sowohl verschiedene mediale als auch verschiedene kulturelle Teilbereiche die Details der Sinnproduktion variieren. Eine weitere Form der Wissens- und Sinnproduktion findet sich schließlich in der soziologischen Darstellung, in der diese drei Varianten der Sinnproduktion beschrieben und (mit Goffman) in einen neuen ‚Rahmen‘ gestellt werden. Gerade hier verlieren sich frühere Bedeutungen, um neues (wissenschaftliches) Wissen herstellen zu können.

Arbeitskräfteüberlassung im Bereich Öffentlicher Dienstleistungen in Österreich

Saskja Schindler, Universität Wien/IHS Wien, schindler@ihs.ac.at

Stream 12: Deregulierung - Panel I: Im Dienst öffentlicher Güter: Akteure, Institutionen, Praktiken

Die Leiharbeitsbranche in Österreich weist insgesamt eine starke Expansionsdynamik auf. Gerade im Dienstleistungsbereich hat der Einsatz überlassener Arbeitskräfte in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen (vgl. Stichtagserhebung 2010). Insofern ist auch eine Zunahme im Bereich Öffentlicher Dienstleistungen wahrscheinlich. Leiharbeit ist eine sehr kontrovers diskutierte Form atypischer Beschäftigung, der zum einen ein hohes prekäres Potential zugeschrieben wird (u.a. aufgrund des verminderten Kündigungsschutzes, den geringen Weiterbildungsmöglichkeiten, „zerstückelten“ Erwerbsbiographien etc.). Zum anderen stellt sie die einzig männlich dominierte atypische Beschäftigungsform in Österreich dar und wird gerade in solchen Bereichen (z.B. der Industrie) stark eingesetzt, die vormals gewerkschaftlich gut organisiert waren und sich bislang durch relativ stabile Erwerbsverhältnisse ausgezeichnet haben. Der Beitrag untersucht Arbeitskräfteüberlassung im Bereich Öffentlicher Dienstleistungen auf der Basis einer Fallstudie im EDV-Bereich. Mittels qualitativer Leitfadeninterviews mit Beschäftigten (Beamte bzw. Vertragsbedienstete sowie überlassene Arbeitskräfte) und Angehörigen der Belegschaftsvertretung soll ein Einblick in die Veränderungen gegeben werden, die der Einsatz von Leiharbeitskräften für die Beschäftigten mit sich bringt. Der Gesprächsfokus liegt auf den konkreten Verhältnissen in der untersuchten Einrichtung. Von Interesse ist, wie sich gesellschaftliche Strukturen in den jeweiligen Biographien und in den Erzählungen der Befragten niederschlagen: Wie sind sie von den Veränderungen betroffen bzw. wie erleben sie diese in ihrem Arbeitsalltag? Und auf der Ebene ihrer Deutungen des Geschehens: Wie beschreiben sie selbst gesellschaftliche Veränderungen? Wie deuten sie die Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse bzw. die Veränderungen durch den Einsatz überlassener Arbeitskräfte?



Körper, Geschlecht und Öffentlichkeiten revisited: Trans*-queere Körperpolitiken als gegenöffentlichkeitskonstituierende Adressierungsweisen

Uta Schirmer, Universität Frankfurt a.M., U.Schirmer@soz.uni-frankfurt.de

Stream 11: Gender - Panel I: Öffentlichkeitstheorien und Ungleichheiten: Eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Gender Studies

Im Zuge der sich seit den 1990er Jahren formierenden Queer- und Transgender-Bewegungen wird eine radikale Kritik an den mit der binären Verfasstheit von Geschlecht verbundenen Normierungen und werden alternative, nicht strikt zweigeschlechtlich strukturierte Möglichkeiten der Verkörperung zunehmend öffentlich artikuliert. Derartige Artikulationen sowie damit verbundene Zusammenschlüsse werden oft als Reaktion auf die mit der zweigeschlechtlichen Fundierung sowohl feministischer als auch schwul-lesbischer Gegenöffentlichkeiten einhergehenden Ausschlüsse betrachtet. Gleichzeitig lassen sich gegenwärtige queere und Trans*-Praxen jedoch auch als veränderndes Aufgreifen der Körperpolitiken v.a. feministischer Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre interpretieren, gerade im Hinblick auf ihre gegenöffentlichkeitskonstituierende Funktion: Konstitutiv für beide ist die öffentliche Thematisierung der gesellschaftlichen, herrschaftsförmigen Verfasstheit verfügbarer Möglichkeiten geschlechtlicher Verkörperung und damit die Politisierung von vormals als Privatangelegenheiten erachteten Fragen. Beide verbinden zudem die Einmischung in öffentliche Debatten (etwa in der Kritik an Recht und Medizin) mit der Gestaltung alternativer Räume, in denen kollektiv andere Kommunikationsformen, Körperpraxen und Selbstverhältnisse entwickelt und erfahren werden können. Auf der Basis langjähriger empirischer Forschung im Kontext einer trans*-queeren Subkultur, der Drag King-Szene in Deutschland, sollen in dem Beitrag zunächst derartige Anschlüsse, aber auch Transformationen nachgezeichnet sowie spezifiziert werden, in welcher Weise gegenwärtige trans*-queere Körperpolitiken als gegenöffentlichkeitskonstituierende Adressierungen (im Sinne von Nancy Fraser und Michael Warner) gefasst werden können. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Frage nach der Bedeutung der spezifischen Verbindung von diskursiven Thematisierungsweisen von Körperlichkeit mit unmittelbar körpergebundenen Adressierungsweisen (etwa im Kontext von Bühnenperformances). Darüber hinaus gilt es allerdings zu prüfen, inwiefern die begriffliche Unterscheidung zwischen ‚Gegen-‘ und ‚hegemonialer Öffentlichkeit‘ einer Oppositionslogik von Ein- und Ausschluss verhaftet bleibt, die der zu beobachtenden Ausdifferenzierung unterschiedlicher Teil-Öffentlichkeiten sowie den damit verbundenen Formen flexibler, hierarchisierender Einschlüsse geschlechtlich-sexueller Differenzen möglicherweise nicht gerecht zu werden vermag.

Politik als kommunikatives Konzept

Carsten Schlüter-Knauer, Fachhochschule Kiel, carsten.schlueter-knauer@fh-kiel.de

Stream 16: Vorläufer - Panel II: Ferdinand Tönnies' Kritik der öffentlichen Meinung - systematische Grundlagen der Öffentlichkeitssoziologie

Tönnies' politische Konzeption erfährt in den Staatsrechtsdebatten der Weimarer Republik mit Schmitt, Kelsen, auch Heller um Demokratie und Parlamentarismus eine bemerkenswerte Wandlung. Jetzt modifiziert er seine jugendlich-sozialistische Staatsauffassung mit doch expertokratischen, am politischen Platon orientierten Zügen hin zu einem plebiszitär-radikaldemokratischen Politikverständnis. Das sich eher an den politikbeschreibenden Teilen des komplexen politischen Werks Aristoteles' ausrichtet und ihn zugleich sozialdemokratisch-kommunitaristisch auslegt (wie heute – mit anderen Grundlagen – Martha Nussbaum). Und die Öffentliche Meinung erlangt im Rahmen von Tönnies' politischer Theorie aus der Zeit der Weimarer Republik eine institutionelle Relevanz und Funktion sowie sogar kritisch-normative Geltung, was Martin Poske 1999 aufzeigt. Die politische Theorie Tönnies' wird in diesem Kontext und durch das Erfassen der Funktionsprobleme der real existierenden Weimarer Demokratie nachvollziehbarer. Öffentliche Meinung wird ihr eine öffentliche Aufgabe. Eine Art volksgewähltes Verfassungsgericht soll durch Publizität, Anregung umfassender Debatten und durch politische Bildung die Urteilstkraft der politischen Subjekte befördern. Damit wird diese öffentliche Aufgabe mitnichten an ein paternalistisches Expertengremium delegiert, denn dies Ephorat unterliegt starken Responsivitätsanforderungen. Die Öffentliche Meinung gehört damit, so meine These, in ein kommunikatives Konzept der Politik mit immanenten Wechselwirkungen. Es setzt sowohl auf Reifungsprozesse der politischen Subjekte und die Genese ihrer Beteiligungs- und Verantwortungsbereitschaft als auch auf die Kopplung der Institutionen und politischen Eliten an den durch Wahlen und Abwahlen und Abstimmungen zu kontroversen Sachfragen mehrheitlich artikulierten Willen einer breitestmöglichen Zahl. Auch dies verdeutlicht, daß politische Gemeinschaft in der Gesellschaft für Tönnies nicht auf eine vorausgesetzte oder imaginierte Homogenität abstellt, sondern daß er die Konstruktion des demokratischen Konsenses als fortdauernde Aufgabe dieses Verständigungsprozesses versteht, der auch ein Pazifizierungskonzept und im altgriechischen Sinn gegen den Bürgerkrieg gerichtet ist. Hierin ist Tönnies Schmitts Antipode. Im Unterschied zu den Rechtspositivisten postuliert der naturrechtlich orientierte Tönnies wiederum eine plebiszitär starke und wehrhafte Demokratie.



Persönliche Öffentlichkeiten im Social Web: Entstehen, Strukturprinzipien und Konsequenzen

Jan-Hinrik Schmidt, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, j.schmidt@hans-bredow-institut.de

Stream 09: Privat - Panel II: Mediale Refigurationen von Öffentlichkeit und Privatheit im Web 2.0

Aus kommunikationssoziologischer Perspektive ist möglicherweise die folgenreichste mediale Refiguration des Social Web bzw. Web 2.0, dass dort ein neuer Typ von Öffentlichkeit entsteht: Plattformen wie Facebook oder Twitter, Weblogs oder YouTube bieten die technische Infrastruktur für „Persönliche Öffentlichkeiten“, worunter diejenigen Kommunikationsräume verstanden werden sollen, in denen Menschen (a) Informationen nach Kriterien persönlicher Relevanz (statt nach gesellschaftlichen Nachrichtenfaktoren o.ä.) auswählen, diese (b) mit einem Publikum teilen, das aus starken und schwachen Beziehungen besteht (anstatt des dispersen und unverbundenen Publikums der Massenmedien) und (c) sich im Modus der Konversation (statt des Publizierens) befinden. Der Vortrag wird dieses Konzept zunächst aus einer praxistheoretischen Perspektive heraus entfalten und darstellen, wie persönliche Öffentlichkeiten im Wechselspiel von rahmenden Regeln und Erwartungen, softwaretechnischen Optionen und Architekturen sowie spezifischen Publikumsvorstellungen entstehen. Er wird zweitens die Strukturprinzipien erläutern, die persönliche Öffentlichkeiten prägen: Neben den oben bereits genannten Eigenschaften der Kommunikationssituation sind dies insbesondere Merkmale wie Persistenz oder Durchsuchbarkeit von Informationen, aber auch die Aggregation von Informationen aus dem eigenen sozialen Netzwerk in Form eines „streams“ oder „feeds“ von beständigen Neuigkeiten. In einem dritten Schritt werden schließlich die Konsequenzen der Verbreitung von persönlichen Öffentlichkeiten für die Abgrenzung zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit diskutiert. Dies beinhaltet im Kern die Frage, ob unter gegenwärtigen soziotechnischen Bedingungen noch Kontrolle über intendierte bzw. adressierte Publika möglich ist, wenn das potentielle Publikum unter Umständen nicht mehr überschaubar ist. Zumindest kann das „privacy paradox“, nach dem Web 2.0-Nutzer zwar ihrer Privatsphäre nach wie vor einen hohen Wert beimessen, aber im alltäglichen Nutzungsverhalten persönliche Daten (in unterschiedlichem Maße) preisgeben, durch die analytische Differenzierung von Publikumsvorstellungen aufgelöst werden. Abschließend werden Verknüpfungen mit weiterführenden Perspektiven und Entwicklungen aufgezeigt, insbesondere zum Wandel professionell-journalistischer Kommunikation sowie zum tiefgreifenden sozialen Strukturwandel hin zur „vernetzten Individualität“.

Feminismus, Sex und Zickenkrieg – öffentliche Feminismen zwischen Politik und (medialer) Inszenierung

Imke Schmincke, LMU München, Institut für Soziologie, imke.schmincke@soziologie.uni-muenchen.de

Stream 11: Gender - Panel III: Öffentlichkeitstheorien und öffentliche Diskurse in feministischer Perspektive

Der folgende Beitrag möchte ein zentrales Stichwort aus dem CfP aufnehmen – das der „öffentlichen Feminismen“ – und hierzu eine kritische Analyse vorlegen. Er geht der Frage nach, wie Feminismus als öffentlicher Gegenstand verhandelt wird und wie bzw. in welcher Form er in öffentlichen Debatten auftaucht. Konkreter soll die Frage geklärt werden, welche Feminismen in diesen Debatten konstruiert, aktualisiert und zurückgewiesen werden. Zentraler Gegenstand der Analyse wird die medial als „Sex-Streit“ bzw. als „Feminismus-Debatte“ inszenierte Kritik der Publizistin und Feministin Alice Schwarzer an der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kristina Köhler aus dem vergangenen Jahr (2010) sein. Interessant für die Analyse ist nicht nur die durch die Bild-Zeitung sehr prominent aufgegriffene (und letztlich als solche dort erst konstruierte) Kontroverse, sondern auch das Echo anderer Print-Medien auf eine Debatte, die letztlich gar keine war. Interessant sind hierbei natürlich auch die beiden Protagonistinnen und ihre jeweils sehr spezielle Deutung von feministischen bzw. frauenpolitischen Positionen sowie deren machtvollen Inszenierungen in der Öffentlichkeit. Auch andere für die 2000er Jahre prominente Medien-Debatten zum ‚neuen Feminismus‘ werden in die Analyse mit einbezogen. Einen Durchzieher in allen Debatten bildet die Gegenüberstellung von alt versus neu. Den Hintergrund der Analyse bildet die folgende These: Der Feminismus der ‚dritten Welle‘ ist zum einen ein stark diversifizierter („Spartenfeminismus“, konservativer F., Pop-F., Karriere-F.) bzw. einer, dessen Anliegen in unterschiedliche (politische) Felder diffundiert ist. Zum anderen kann aber auch die Sichtbarkeit feministischer Positionen oder Themen wie beispielsweise in der aktuellen Debatte um Frauen in Führungspositionen oder nicht zuletzt in den oben genannten Debatten auch als eine Form der Abwicklung, des Undoing von Feminismus gedeutet werden. Mit Angela McRobbie ließe sich also genauer fragen, welche feministischen Positionen um welchen Preis Präsenz in medialen Öffentlichkeiten erlangen. Welche Formen des Feminismus werden hier gleichzeitig zurückgewiesen? Nicht zuletzt bleibt die Frage zu klären, ob überhaupt und falls ja welche Möglichkeiten der Artikulation es für feministische Kritik innerhalb dieser medialen Öffentlichkeiten geben kann.

Öffentlichkeit als soziales Gedächtnis?

Marco Schmitt, TU Hamburg-Harburg, marco.schmitt@tuhh.de

Stream 10: Vergessen - Panel II: Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Bezeichnet der normativ aufgeladene Begriff der Öffentlichkeit eine Form von sozialer Gedächtnisbildung? Geht man vom systemtheoretischen Grundverständnis von Gedächtnis aus als einer Form die zwischen Erinnern und Vergessen diskriminiert und weiterhin davon das sich Öffentlichkeit in Kommunikationsprozessen realisiert, spricht einiges dafür in der Öffentlichkeit eine Form des sozialen Gedächtnisses auszumachen. Denn in der Öffentlichkeit werden Argumente zu gesellschaftlich relevanten Themen ausgetauscht und sachorientierte Konflikte geführt und dabei muss auf kommunikative Selektionsprozesse zurückgegriffen werden die über gesellschaftliche Relevanz und Irrelevanz der Themen ebenso entscheiden, wie über die Stichhaltigkeit und Relevanz von Argumenten. Diese Art von kommunikativen Selektionsprozess und seine Ergebnisse kann als soziales Gedächtnis verstanden werden. Der Selektionsprozess findet immer im aktuellen Geschehen statt, gleichzeitig ist es jedoch für jegliches Gedächtnis wichtig Beständigkeiten zu erzeugen. Um von Öffentlichkeit als einer Form des sozialen Gedächtnisses zu sprechen muss also geklärt werden wie in der Öffentlichkeit Kommunikationsprozesse solche Selektionen vornehmen und wie die Ergebnisse zeitweise stabilisiert werden. Zusätzlich ist auch noch ein zentrales Abgrenzungsproblem zu klären: Wie lässt sich der stark wertorientierte Begriff der Öffentlichkeit von den Massenmedien bzw. der öffentlichen Meinung abgrenzen? Allgemein gesprochen vollziehen Anschlüsse die Selektivität von Kommunikationsprozessen. Die Selektivität äußert sich also sowohl darin an welche Mitteilungen angeschlossen wird, als auch darin an welche Bestandteile (Sinnfacetten) dieser Mitteilungen angeschlossen wird. Es geht also um die selektive Bezugnahme auf vorangegangene Mitteilungen. Im Falle von Öffentlichkeit bedeutet dies, auf welche Problemformulierungen gibt es Reaktionen und welche Argumente werden gestärkt (positiv aufgegriffen) bzw. geschwächt (negativ aufgegriffen). Stabilisierungen können dabei durch Zugriffserleichterungen (materiale oder semantische Verdichtung) und die Etablierung bestätigter Beziehungen erreicht werden. Schließlich kann man versuchen Öffentlichkeit von den Massenmedien abgrenzen, weil sie eng auf den Austausch von Argumenten bezogen bleibt und von der öffentlichen Meinung, weil letztere eine artifizielle Ergebnisverdichtung aus der Öffentlichkeit bezeichnet.

Transnationalisierung öffentlicher Legitimationsdiskurse zur Europäischen Union? Eine diskursnetzwerkanalytische Perspektive

Steffen Schneider, Universität Bremen, steffen.schneider@sfb597.uni-bremen.de

Henning Schmidtke, Universität Bremen, henning.schmidtke@sfb597.uni-bremen.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel I: Europa zwischen transnationaler Öffentlichkeit und politischer Diskurskultur

Die Existenz einer normativ angemessenen politischen Öffentlichkeit gilt als Voraussetzung demokratischen und legitimen Regierens. In der Debatte zum Demokratie- und Legitimitätsdefizit der EU ist die Behauptung prominent, das supranationale Regime der EU erfülle schon diese Voraussetzung nicht – eine Behauptung, die in den vergangenen Jahren Ausgangspunkt zahlreicher empirischer Forschungsprojekte war, deren Resultate indes uneindeutig bleiben. Immerhin stimmt diese Forschung darin überein, (1) dass politische Öffentlichkeiten in Massendemokratien primär durch Medien und nicht zuletzt durch die Qualitätspresse hergestellt werden; (2) dass Öffentlichkeiten ein multi-dimensionales Phänomen darstellen und entsprechend zu operationalisieren sind. Das vorgeschlagene Papier reiht sich in diese Forschungstradition ein. Dabei lenken wir den Blick aber erstens auf einen bislang vernachlässigten Typ öffentlicher Kommunikation, der im Kontext der Debatte um das Legitimitätsdefizit der EU besonders relevant erscheint – Diskurse, in denen die Legitimität der EU bzw. ihrer Regimeprinzipien, Kerninstitutionen und tragenden Akteursgruppen explizit thematisiert wird. Aussagen, die eines dieser Legitimationsobjekte bewerten und dabei auf unterschiedliche normative Kriterien zurückgreifen, verstehen wir als die solche Diskurse konstituierenden Praktiken. Mehrere tausend Legitimationsaussagen, die zwischen 1999 und 2009 in den Erhebungszeiträumen der zwei jährlichen Eurobarometer-Wellen in je zwei britischen, deutschen und französischen Qualitätszeitungen identifiziert und mit Hilfe einer semantischen Legitimationsgrammatik kodiert wurden, bilden die Datengrundlage des Papiers. Auf multi-dimensionale Öffentlichkeitskonzepte zurückgreifend vergleichen wir die nationalen politischen Diskurskulturen und suchen nach Indizien für Strukturwandel bzw. Konvergenz der drei Legitimationsdiskurse. Zweitens nehmen wir die Idee von Öffentlichkeiten als Netzwerken ernst und beschränken uns deshalb nicht auf konventionelle statistische Verfahren, sondern untersuchen nationale wie transnationale Verknüpfungen zwischen Sprechern und Legitimationsobjekten bzw. -kriterien mit Hilfe der Diskursnetzwerkanalyse. Drittens kontrastieren wir unsere Ergebnisse zur Europäisierung der Sprechernetzwerke sowie der Argumentationsmuster, Diskurskoalitionen und Disputkonstellationen mit Befunden der demoskopischen Öffentlichkeits- und Meinungsforschung auf der Basis von Eurobarometer-Daten.



Vergessen, Erinnern und Wissen: Öffentliches Gedächtnis und Vergangenheitsaufarbeitung im postfranquistischen Spanien

Bernt Schnettler, Universität Bayreuth, LS Kultur- und Religionssoziologie, schnettler@uni-bayreuth.de

Alejandro Baer, Universität Bayreuth, LS Kultur- und Religionssoziologie, a.baer@uni-bayreuth.de

Stream 10: Vergessen - Panel II: Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Der Vortrag soll der Präzisierung der Theorie sozialen Gedächtnisses dienen. Dazu wird das Verhältnis von Gedächtnis, Erinnern und Wissen zu betrachten, und zwar in seinen Dimensionen individueller Konstitution und gesellschaftlicher Konstruktion. Diese theoretischen Überlegungen diskutieren wir anhand eines empirischen Beispiels. Auf der Grundlage unserer derzeit laufenden Forschungen beleuchten wir die Entwicklungen einer beginnenden ›Aufarbeitung der Vergangenheit‹ bzw. einer ›Vergangenheitsbewältigung‹ des Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur, die etwa seit der Jahrtausendwende intensiv in der spanischen Öffentlichkeit thematisiert werden. Dieser Fall wird aus einer wissens- und kommunikationssoziologischen Perspektive analysiert. Die Analyse des spanischen Falls offenbart eine schrittweise Abkehr von gruppenspezifischen, stark politisierten und an unmittelbare Betroffene gebundene Gedächtniskonstruktionen bei gleichzeitig wachsender Vereinnahmung der Erinnerung in den gesellschaftlichen Mainstream. In diesem Zuge verwandelt sich die ›Memoria histórica‹ vom politischen Kampfbegriff einer partikularen moralischen Minderheit zum allgemeinen Leitmotiv zivilpolitischer Allgemeinkultur. Mit dem spanischen Erinnerungsgesetz (das sogenannte Ley de memoria histórica) von 2007 erhält dies schließlich seine juristisch institutionalisierte Verankerung. In den spanischen Erinnerungsmotiven und -praxen lässt sich der Einfluss und die Prägung europäischer sowie globalen Muster eines kosmopolitischen Gedächtnisses aufweisen. Trotz intensiver politischer Auseinandersetzungen, die fest in der lokalen und der nationalen Politik verankert sind, sind zahlreiche produktive Querverweise auf eine übergeordnete Erinnerungskultur festzustellen, die nicht privaten oder exklusiven sondern vielmehr einen stark „multidirektionalen“ Charakter aufweisen. Dabei rücken die Fragen nach auftretenden Spannungen und nach dem Wechselverhältnis zwischen partikularen und universalen, gruppenübergreifenden Erinnerungsnarrativen und -deutungen in den Vordergrund.

Massenmedien, Social Media und gesamtgesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion

Jan-Felix Schrape, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, felix.schrape@sowi.uni-stuttgart.de

Stream 10: Vergessen - Panel I: Öffentlichkeit als Sphäre kollektiver Sinnproduktion

Das Internet bietet seit Jahren eine Projektionsfläche für Hoffnungen auf ›demokratischere und transparentere Muster der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktion, welche die oft kritisierte ›Realität der Massenmedien‹ (Luhmann 1996) durchbrechen könnten: Warren proklamierte 1996 die ›Cyberdemokratie‹, Holland proklamierte 1997, ›den Herrschenden [sei] mit dem [Internet] Brechts Radiotheorie auf die Füße gefallen‹ und Spiegel wie Zeit feierten ab 2005 die Erlösung der Konsumenten aus ihrer ungewollten Passivität sowie den Verfall klassischer Autoritäten durch das ›selbstkontrollierte Netzwerkwissen‹ (Schrape 2010). Auch im aktuellen Diskurs sprechen Zukunftsforscher wie Kruse (2010) von einer ›Demokratisierung der Gesellschaft‹ und Zeitdiagnostiker wie Hasler (2010) von der ›Stunde der Laien‹. Vor dem Hintergrund dieser Visionen gilt es, das derzeitige Verhältnis von Social Media und Massenmedien in der gesamtgesellschaftlichen Realitätskonstruktion möglichst unaufgeregt zu taxieren: Wer nutzt welche Angebote im Web in welcher Intensität und zu welchen Zwecken? Durch welche inhaltlichen Qualitäten zeichnen sich Angebote wie Twitter, Blogs, Podcasts, Social News und Communities aus? Lassen sich aus den Crowdsourcing-Erfahrungen im IT-Bereich, den Markterfolgen von semiprofessionellen Programmierern in den App-Stores, der Open-Content-Enzyklopädie Wikipedia oder dem Einfluss von Kundenbewertungen im Online-Handel Rückschlüsse ziehen, die auf eine partizipativere wir-zentrierte Sinnproduktion hindeuten? Um sich einer Antwort auf diese Fragen anzunähern, werden systemtheoretische und relationale Überlegungen in Bezug gesetzt, die sich mit der ›Evolution‹ von wir-zentrierten Wissensbeständen und Realitätsentwürfen beschäftigen (z.B. Luhmann, Fuhse, Weyer, White). Anknüpfend wird hinterfragt, welche Spielräume für Veränderungen durch soziale Medien erkennbar sind, und anhand zentraler Studien zu den Online-Präferenzen und den Qualitäten der Kommunikation im ›Web 2.0‹ eruiert, inwieweit diese Möglichkeiten durch die deutschen Onliner bislang genutzt werden. Ausgehend von diesen theoretischen und empirischen Reflexionen sollen abschließend weiterführende Überlegungen zu den Relationen zwischen Social Media und Massenmedien angestellt werden. Dabei geht es auch um die Frage, ob sich durch die Online-Techniken die Integrationschancen für innovative Realitätsentwürfe in eine allgemeine Öffentlichkeit erhöhen.



Überhöhte Transformationshypothesen: Die Beispiele Buchmarkt und »Web 2.0«

Jan-Felix Schrape, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, felix.schrape@sowi.uni-stuttgart.de

Stream 05: Märkte - Panel II: Medienmärkte und Medienkonsum in Konkurrenz

An neue Medien werden seit jeher weitreichende Erwartungen geknüpft: Der Bildschirmtext sollte die »größte Informationsrevolution seit der Erfindung des Buchdrucks« werden (Spiegel 24/1985), das Kabelfernsehen zur »Schaffung basisdemokratischer Strukturen« beitragen (Modick 1984) und das World Wide Web schon in seiner Gründerzeit die »Cyberdemokratie« (Warren 1996) bzw. die Utopien der Radiotheorie Brechts (Holland 1997) wahr werden lassen. Augenscheinlich lässt sich eine gewisse Konstanz in den unerfüllten Erwartungen gegenüber neuen Kommunikationstechniken feststellen. Anhand der frühen Prognosen zum Einfluss von E-Books/E-Readern auf den deutschen Buchmarkt und der Visionen zu den Effekten des »Web 2.0« auf die gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeitsstrukturen im Kontrast zu den tatsächlichen Entwicklungen und Nutzungsdaten in beiden Bereichen soll rekonstruiert werden, warum es in Hinblick auf kommunikationstechnische Neuerungen regelmäßig zu übersteigerten Transformationshypothesen kommt: Sowohl mit dem Aufkommen der ersten E-Reader in den 1990er Jahren als auch mit den ersten Berichten aus der Kommunikations-sphäre der Social Media im Web mehrten sich die Stimmen, die das Ende der jeweils »alten« Medien prognostizierten (gedruckte Bücher, Massenmedien). In realiter sprechen aber in beiden Fällen die Marktdaten keineswegs dafür, dass diese Zukunftsbilder in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden könnten. Die Betrachtungen münden in der These, dass diese Diskrepanzen zwischen Visionen und Empirie aus einer Verallgemeinerung der Erfahrungen früher Nutzer auf die zukünftige Bevölkerungsmehrheit resultieren, für deren öffentliche Annahme jedoch spricht, dass die damit verbundenen Hoffnungen weitläufig positiv belegt werden: Sobald innovative Kommunikationstechniken den Kreis der Innovatoren durchbrechen, werden die ersten Visionen kommuniziert. Durch deren massenmediale Verstärkung wachsen die Nutzerzahlen und es treten ernsthaftere Prognosen hinzu, die sich wiederum auf die steigenden Nutzerzahlen berufen. Zu diesem Zeitpunkt greift jedoch erst ein erweiterter Kreis an frühen Nutzern auf die neuen Kommunikationskanäle zu, obgleich die steigende Kurve der Nutzerzahlen schon auf die zukünftige Bevölkerungsmehrheit verlängert wird. Oft wird dann versäumt zu hinterfragen, vor welchen Hintergründen ein spezifisches Angebot jenseits der Erstnutzer-Gemeinde überhaupt als »sinnvoll« empfunden werden sollte.

Zur öffentlichen Funktionalität instrumenteller Kalkulation an Börsen

Jürgen Schraten, Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Soziologie, juergen.schraten@sowi.uni-giessen.de

Stream 05: Märkte - Panel I: Öffentlichkeit und (Finanz-)Märkte

Zentrale These dieses Vortrags ist, dass die Durchsetzung technischer Kalkulationen unter Ausschaltung des klassischen Parkett-Handels an Börsen auf die politische Kontrolle von Finanzmarktgeschehen grundsätzlich kontingente Auswirkungen hat: Die zunehmend elektronisch-digitale Abwicklung von Börsenhandel dient nicht nur der Optimierung marktwirtschaftlichen Erfolges, sondern kann als Display rasanten, massenhaften Markthandelns auch zur intensivierten Kontrolle und damit letztlich öffentlichen Beeinflussung von Finanzmärkten genutzt werden. Anlass der Untersuchung ist die vollständige Umstellung des Parketthandels an der Börse von Frankfurt am Main auf das elektronische Xetra-System mit Wirkung zum 23. Mai 2011. Diese Umstellung ist freilich nur der symbolisch wichtige letzte Schritt in einem beinahe abgeschlossenen Prozess: Bereits im vorhergehenden Jahr wurden 98% des Handels elektronisch abgewickelt. Mit der Umstellung verlieren die im Parkett der Frankfurter Börse präsenten Skontroführer ihre ökonomische Hauptfunktion der Preisfeststellung und werden auf die rechtliche Funktion der kontrollierenden Beobachtung zur Aufrechterhaltung eines „geordneten Marktverlauf[s]“ (§ 28 BörsG) beschränkt. Das Xetra-Orderbuch als ehemals zentrales Arbeitsgerät des Skontroführers ist nun im Internet abrufbar, mit einem Link wird der Beobachter zu umfassenden Kursinformationen, fundamentalen und technischen Kennzahlen sowie Aktien-Stammdaten geführt. Die Online-Information ist kompakter, schneller, aktueller und umfassender als die kommunikative Informationsbeschaffung auf einem Börsenparkett jemals sein könnte. Die Analyse des Xetra-Handels wird ergänzt um Leitfaden-Interviews mit Skontroführern der Parkett-Bankhäuser und Mitarbeitern der Handelsüberwachungsstelle. Letztere sieht sich als „Polizei für den Börsenhandel“ (Michael Zollweg, Leiter der HÜSt im Interview). Die Interviews sollen aufweisen, welche Effekte für die Kontrolle von Finanzmarktgeschehen aus der Umstellung für die Akteure erfolgt. In der Gesamtschau der Perspektiven von Online-Display, Skontroführern und Handelsüberwachung kann gezeigt werden, dass die Umstellung auf elektronische Verfahrensweisen potenziell auch der öffentlichen und politischen Kontrolle nutzbar gemacht werden kann, weil die systematischere und übersichtliche Beobachtung der Handelsdaten weniger Beobachtungslücken hinterlässt.



Deregulierungsfolgen: Selbstverhältnisse zwischen dem Privatisierungsversprechen auf Expertise und prekärer Beschäftigung

Lena Schürmann, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, lschuer@hwr-berlin.de

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Der Beitrag fokussiert am Beispiel der Gebäudereinigung auf die Frage, welche Folgen Privatisierungsprozesse für die Selbstverhältnisse der Dienstleistungsersteller haben. Argumentiert wird, dass sich im Kontext von Privatisierungsprozessen nicht nur die Arbeitsbedingungen verändern, sondern auch die Symbolik der Dienstleistung und damit die Identitätsangebote an die Beschäftigten. Die Privatisierung öffentlicher Reinigungsdienste setzte Ende der 1960er Jahre ein und führte zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Gebäude-Innenreinigung. Gegenüber einer Anstellung im öffentlichen Dienst kennzeichnet die Arbeitsplätze im privaten Reinigungsgewerbe ein niedrigeres Lohnniveau, deutlich ungeschütztere Beschäftigungsverhältnisse, schlechtere tarifliche Rahmenbedingungen, eine hohe Wahrscheinlichkeit, untertariflich entlohnt zu werden sowie ein hohes Prekaritätsrisiko (vgl. Gather et al 2005, Mayer-Ahuja 2003). Die im Rahmen einer Dissertation realisierte doppelte Empirie (Diskursanalyse der Zeitschrift des Verbands der Reinigungsunternehmen von 1901 bis 2005 und Biographieanalyse erwerbsbiographischer Interviews mit männlichen Beschäftigten in der Gebäudereinigung) ermöglicht die Fokussierung auf Selbstverhältnisse, die im Kontext von Privatisierungsversprechen auf gesteigerte Expertise einerseits und prekärer Beschäftigung – infolge anhaltenden Kostendrucks auf Reinigungsdienstleistungen und des niedrigen sozialen Status der Reinigungstätigkeit - anderseits entstehen. Die Analyse des Diskurses zeigt, dass die handwerklich verfasste Expertise der Reinigungsbetriebe (die Gebäudereinigung war von 1934 bis 2004 ein anerkanntes Handwerk) zentrales Element der Privatisierungsrhetorik des Verbandes war; vor allem im Gegensatz zur unqualifiziert arbeitenden Putzfrau des öffentlichen Reinigungsdienstes. Der nach außen gerichtete Anspruch auf Expertenschaft fürs Putzen richtet sich zugleich intern an die männlichen Beschäftigten und soll Prozesse beruflicher Sozialisation und die Ausbildung einer Berufsidentität anleiten. Gleichzeitig erfahren die Beschäftigten den verschärften Kosten- und Wettbewerbsdruck auf dem Reinigungsmarkt und die geringe Anerkennung ihrer Tätigkeit in Form von sinkenden Tariflöhnen, sich verschlechternden Arbeitsbedingungen und Tarifbruch. Es wird gezeigt, wie die Beschäftigten mit diesen widersprüchlichen Identitätsangeboten umgehen und welche Selbstverhältnisse zwischen Privatisierungsversprechen und prekärer Beschäftigung entstehen.

Zeit des Umbruchs – Zeit im Umbruch: Time-Series-Cross-Section-Designs als methodische Antwort auf die Beschleunigung der Wahlkampfkommunikation

Josef Seethaler, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, josef.seethaler@oeaw.ac.at

Gabriele Melischek, Österreichische Akademie der Wissenschaften, gabriele.melischek@oeaw.ac.at

Stream 01: Kommunikatoren - Panel II: Wahlkampföffentlichkeit(en) im Umbruch? Neue Strukturen, Inszenierungen und (Ver-)Wandlungen

Als „revolution in communications“ haben international vergleichende Analysen die Transformation der Wahlkämpfe in westlichen Demokratien beschrieben (Butler/Ranney 1992). Als Konsequenz der damit angesprochenen Veränderungen in der Rolle der Medien – vom bloßen Vermittlungsorgan zum eigenständigen Akteur – wird ein permanenter „Kampf“ zwischen politischen Akteuren und Medien um die Kontrolle über die Themenagenda angenommen (Swanson/Mancini 1996). In dieser Zeit des Umbruchs befindet sich auch die Zeit als bestimmender Faktor von Agenda-Building-Prozessen im Umbruch. So gibt es kaum mehr Zweifel daran, dass die der journalistischen Handlungslogik inhärenten Zeitstrukturen auf die Handlungsmuster und PR-Strategien der Parteien übergegriffen und eine Angleichung an die informationstechnologisch bedingte Beschleunigung bewirkt haben. Die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien muss also nicht nur um eine permanente Kontrolle bemüht sein, welches Thema wann „gespielt“ wird, sondern sie muss sich dabei dem Rhythmus der Medien anpassen, den McCombs und Reynolds (2009) bezeichnenderweise als „day-to-day selection and display of the news“ beschrieben haben. Mit dieser Dynamik steigt auch die Selbstreferentialität der Medien und damit ein Inter-Media Agenda Setting, da hier die beteiligten Partner in einem optimalen Timing zusammenspielen und JournalistInnen mit fortschreitendem „press-party-dealignment“ ohnehin zu „den wichtigsten Bezugspersonen“ von JournalistInnen geworden sind (Kepplinger 2004). Um diese Dynamik empirisch fassen zu können, steht die Forschung vor der Herausforderung der Adaption adäquater methodischer Verfahren. Zur Analyse des Zusammenhangs der Medienberichterstattung mit Agenda Building-Aktivitäten wird daher ein Time-Series-Cross-Section-Design (TSCS) vorgeschlagen, das Längsschnitts- (Zeitablauf) und Querschnittsperspektiven (Themenagenden) integriert. Die parallele Betrachtung themenübergreifender und zeitlicher Varianz erlaubt sowohl eine bessere empirische Sättigung als auch die notwendige Dynamisierung der analytischen Perspektive. Der Beitrag diskutiert die Implikationen des vorgeschlagenen Verfahrens für die Analyse von Parteien- und Medienagenden und präsentiert Untersuchungsergebnisse zur Frage, inwieweit es den österreichischen Parteien während der letzten vier Nationalratswahlen (1999-2008) gelang, „ihre“ Themen in die Medienöffentlichkeit einzubringen oder ob die Medien zunehmend die Rolle von Agenda-Settern übernommen haben.



Restaurative Gerechtigkeitsansätze im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Daniela Singer, Augsburg, Daniela_Singer@gmx.de

Stream 10: Vergessen - Panel II: Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Bei restaurativen Gerechtigkeitsansätzen handelt es sich um zukunftsorientierte Versöhnungsansätze, welche versuchen, auf die zentralen Bedürfnisse einer Post-Konfliktgesellschaft zu reagieren. Die Wiederherstellung von gemeinschaftlichen Beziehungen ist hierbei das übergeordnete Ziel. Wahrheitsfindung, Anerkennung und Erinnerung sind die zentralen Werkzeuge, welche zu einem zukünftigen friedlichen Zusammenleben einer gespaltenen Gesellschaft führen sollen. Jedoch ist die Aufarbeitung der Vergangenheit im Rahmen der restaurativen Gerechtigkeit nur so weit vorgesehen, wie sie mit dem Ziel der Versöhnung und des nation-building vereinbar ist. Die Voraussetzung für eine dauerhafte Versöhnung der gespaltenen Gesellschaft wäre ein Vergessen trennender Denk-, Deutungs- und Emotionsmuster und die Etablierung eines kollektiven Identitätsgefühls. An der Arbeitsweise der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission kann gezeigt werden, wie durch einen von den politischen Konstrukteuren gezielt initiierten Versöhnungsdiskurs versucht wird, die Kommunikationsprozesse im öffentlichen Raum so zu lenken, dass sich die öffentliche Wahrnehmung und Erinnerung wandelt. Im Rahmen der südafrikanischen Wahrheitskommission wird die Vergangenheit unter der Perspektive der Vergebung und Versöhnung erinnert, wodurch es auf doppelte Weise zum Vergessen unter den Bedingungen des Erinnerns kommt. Zum einem wird Vergessen produziert, indem bestimmte Teile der Konfliktvergangenheit explizit hervorgehoben werden, während anderen Teilen die Anerkennung verwehrt bleibt. Zum anderen wird durch die Kommission Vergessen produziert, indem sie durch die Initiierung eines Versöhnungsnarrativ zum Verblässen kollektiver Wissensbestände und Deutungsmustern beiträgt.

Das unbekannte Publikum: Empirische Hinweise zum Wandel der Wahlkampf-kommunikation

Jasmin Siri, LMU München, jasmin.siri@soziologie.uni-muenchen.de

Stream 01: Kommunikatoren - Panel II: Wahlkampföffentlichkeit(en) im Umbruch? Neue Strukturen, Inszenierungen und (Ver-)Wandlungen

In einer von 2006-2010 durchgeführten Studie zur Veränderung der Parteiorganisation wurden Interviews mit PolitikerInnen, PolitikberaterInnen, einfachen Parteimitgliedern und hauptamtlichen MitarbeiterInnen deutscher Parteien (SPD, CDU, CSU, FDP, Bündnis90/Die Grünen, Die LINKE) geführt. Auch Programme und Beschlüsse, Internetauftritte und Facebook-Seiten sowie „konservative“ Wahlkampfkommunikationen wie Fernsehsendungen, Personenplakaten und Werbeprospekte wurden in die Analyse einbezogen. Anstatt der vielbeschworenen „Amerikanisierung“ des Wahlkampfes, anstelle einer durchgängigen „Professionalisierung“ der Kampagnenleitung und der Wahlkampfteams ließ sich im Material eine Pluralisierung von unterschiedlich professionalisierten Wahlkampfkontexten und kollektiven wie individuellen Strategien beobachten. Besonders augenfällig ist zudem, wie die digitale Kommunikation, z.B. bei Facebook, die Performanz politischer KandidatInnen verändert. Dabei ist die ständige Veränderung des empirischen Materials (z.B. durch Löschen von Kommentaren und Veränderung von Zugangsbedingungen) eine methodische Herausforderung. Gemein ist den Wahlkämpfenden, dass ihre Idee einer politischen Öffentlichkeit, die sie zu adressieren suchen, prekär und uneindeutig wird. Darum scheint der „direkte“ Kontakt mit Partei und Elektorat über Soziale Netzwerke auch ebenso attraktiv wie erschreckend zu sein.

Zweitwohnungen im Alpenraum: Gegenwelt oder Verlängerung der Alltagswelt?

Roger Sonderegger, Hochschule Luzern - Wirtschaft, roger.sonderegger@hslu.ch

Stream 13: Netzwerke - Panel III: Lokale Öffentlichkeiten und ihre Herausforderungen durch multilokale Teilnehmer_innen / durch multilokal Wohnende

Die Alpen gehören zu den wichtigsten Ferien- und Erholungsregionen weltweit. Im Alpentourismus bilden dabei die Zweitwohnungen einen wichtigen Grundpfeiler der Beherbergung. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass in den acht Alpenstaaten eine sehr ungleiche Dichte und Verteilung der Zweitwohnungen besteht. Während der Anteil der Zweitwohnungen am Gesamtwohnungsbestand in Vorarlberg bei rund 2% liegt, übersteigt er im Oberengadin die 50%-Marke. Diese grossen Unterschiede lassen sich weder kulturell noch durch die Lage einer Region innerhalb der Alpen erklären. Sie scheinen vielmehr die Differenzen zwischen unterschiedlichen Politiken, unterschiedlicher Kaufkraft und unterschiedlichen Akteurskonstellationen vor Ort abzubilden. Dieser Beitrag widmet sich einerseits dem Einfluss der öffentlichen Politik auf die Voraussetzungen für eine multilokale Lebensorganisation. Insbesondere sind dabei die Wohnbau- und Regionalwirtschaftspolitik bzw. die Raumplanung angesprochen (sowohl national als auch regional und lokal). Welchen Einfluss haben diese Politiken auf den Bau von Zweitwohnungen und damit auf die multilokale Lebensorganisation? Andererseits interessieren in diesem Zusammenhang auch die Motive der Käuferschaft und die Ansprüche, die an einen Zweitwohnsitz gestellt werden. Wozu werden Zweitwohnsitze in den Alpen genutzt? Gibt es Änderungen im Nutzungsverhalten? Werden längere Ferien durch kürzere Aufenthalte für Arbeitsklausuren und Freizeitgestaltung ersetzt, d.h. ersetzt die Konstruktion von Alltagswelten zunehmend die Konstruktion von Gegenwelten? In welchem Ausmass importieren die Besitzer von Zweitwohnungen ihren städtischen Lebensstil in die alpine Kultur? Welche kulturellen und kommerziellen Angebote nutzen die Zweitwohnungsbesitzer vor Ort? Welche Rückschlüsse auf die Besitzer lassen sich aus diesen Anspruchs- und Verhaltensmustern ziehen? Existieren ausserdem räumliche Verknüpfungen der Alltags- mit der Gegenwelt, d.h. kommen die meisten Zweitwohnungsbesitzer in einer Destination aus der Herkunftsregion? Die empirischen Daten zur Präsentation stammen aus der Dissertation von Roger Sonderegger bei Prof. Dr. Werner Bätzing und verschiedenen Befragungen von Zweitwohnungsbesitzern in der Schweiz.

Entkopplung oder innere Landnahme? Die Re-Organisation des Bildungssystems als Modus einer Gouvernementalität der Gegenwart

Niels Spilker, FU Berlin, niels.spilker@fu-berlin.de

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel II: Schöne Images statt reflexiver Praxis? Zur Diagnose des Verhältnisses von öffentlichem Diskurs und Praxis des Bildungssystems

Das Bildungssystem ist eine Großbaustelle, das ist nicht zu übersehen. Mein Vortrag soll den Blick auf politische Technologien richten, die die Bildungsreform etabliert. Ich denke, dass ich so auf die Frage nach dem Verhältnis von Diskurs und Praxis eine Antwort geben kann. Ich knüpfe an Foucaults Überlegungen zur Gouvernementalität an, u.a. deshalb, weil man die Bildungsreform m.E. missversteht, begreift man sie als Strategie der Deregulierung. Es handelt sich eher um eine Re-Regulierung und Neujustierung, die nicht nur Diskurse umformt, sondern ebenso die Praxis in Bildungseinrichtungen. Ich will das, fokussiert auf die Erwachsenenbildung, verdeutlichen. Wenn, wie eine von mir durchgeführte Studie bildungspolitischer Programme zeigt, flexibel reagierende, anpassungsfähige und zugleich international vergleichbare Bildungsdienstleister das Ziel der Bildungsreform darstellen, ist ihr Resultat hier angesichts der gleichzeitig hergestellten Konkurrenz zweifellos paradox. Die Schwestern der gepriesenen Autonomie der Bildungseinrichtungen heißen dann Evaluierung, Zertifizierung und Standardisierung. In diesem Kontext haben m.E. die geschönten Imagediskurse ihren Platz. Sie werden jedoch ergänzt durch die Etablierung einer neoliberalen Technokratie. Die diskursiven Interventionen manifestieren sich also auch in der Übernahme des Neuen Steuerungsmodells (NSM) in Bildungseinrichtungen, bspw. in den von mir untersuchten kommunalen Volkshochschulen. Die Einführung von Instrumente des NSM führte hier seit Mitte der 1990er Jahre zu einem massiven Ökonomisierungsdruck. Die Tätigkeit in den Einrichtungen wird umdefiniert in eine Arbeit an „Produkten“. Über die bezirklichen Haushalte und damit über bildungspolitische Interventionen wird nicht mehr politisch gestritten, sie werden „neutral“ und „objektiv“ errechnet. Meine empirischen Studien deuten an, dass sich die Entkopplung von Diskurs und Praxis als innere Landnahme entpuppen könnte. Diskurse über zeitgemäße Bildung und die angedeutete Technokratie bilden einen strategischen Komplex, ein neoliberales Lerndispositiv. Mein Vortrag soll dessen Funktionsweise verdeutlichen und die Frage nach der Relevanz für PraktikerInnen stellen. Ich habe Interviews mit VHS-LeiterInnen geführt, aus denen ich einzelne Ergebnisse vorstellen will. Mir geht es dabei um die Frage, wie sich Subjekte im Kontext einer neuen Rationalität positionieren, welche Machteffekte sie selbst wahrnehmen und wie groß sie ihre Handlungsspielräume einschätzen.



Sinn und Eigensinn der Öffentlichkeit

Jan Spurk, CERSES, Université Paris Descartes, Sorbonne Paris Cité, Faculté des Sciences Humaines et Sociales,
jan.spurk@parisdescartes.fr

Stream 10: Vergessen - Panel I: Öffentlichkeit als Sphäre kollektiver Sinnproduktion

Öffentlichkeiten sind auch, vielleicht vor allem, symbolische Orte der Sinnproduktion. Das interagieren der Mitglieder einer Öffentlichkeit produziert deren Eigensinn, die Basis ihrer Identität, ihrer Weltanschauungen, Meinungen und Gesellschaftsprojekte. Der so produzierte Sinn ist auch der ethische Horizont ihres Handelns. Öffentlichkeit entsteht erst im Zuge der kollektiven Sinnproduktion. In dem hier vorgeschlagenen Beitrag sollen Analysen von konkurrierenden und komplementären Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten diskutiert werden, der Sinnproduktionen (für wen?) miteinander konkurrierenden, sich auf einander zubewegen oder zusammenprallen. Die Inhalte und Formen, aber auch die sozialen Akteure und Handlungsformen interessieren uns besonders.

Psychologically based managerial forms of communication from the perspectives of Jürgen Habermas and Michel Foucault

Jerzy Stachowiak, Uniwersytet Łódzki, Instytut Socjologii, jerezstachowiak@gmail.com

Stream 07: Habermas - Panel II: Habermas und Foucault erneut ins Gespräch gebracht: Annäherungen an den Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

The intellectual movement formed in capitalist societies of the sixties used to expose a diminution of human freedom and deepening of social disintegration. At that time Jürgen Habermas also adopted a clearly critical standpoint towards development trends in the Western civilization. However, contemporary states and market institutions have identified some of their deficiencies and reorganized themselves accordingly. They embody what L. Boltanski and E. Chiapello called new spirit of capitalism and take individual autonomy and liberty as their main virtues. Thus there is a need to develop a new critical approach which will grasp the current systems of power as functioning through declarations of freedom and not in spite of them. Works of later and final Foucault may turn out to be very helpful in this context. With his concepts of governmentality or technologies of the self Michel Foucault builds up an analytical outlook enabling the study of power which fosters people's autonomy and stimulates the drive to self-fulfillment but nevertheless remains a form of domination. With the use of the above mentioned notions, the presentation will show the case study based on an interview with Daniel Goleman – psychologist and well known specialist in the field of what is known as social and emotional intelligence. In the conversation, recorded for Harvard Business Review, Goleman discusses some crucial aspects of professional management in companies and the psychological techniques of developing the opinion leadership. The goal of this paper will be twofold: 1) to analyze the rhetorical aspects of psychological knowledge as a premise for management of enterprising individuals, 2) to juxtapose the conclusions of the study inspired by Foucault with the principle of publicity presented by Habermas in his Structural Transformations of Public Sphere. Both authors are interested in emancipation, types of rationality and organization of publicly available knowledge and opinions and the psychologically based managerial forms of communications are good examples of all these topics. These phenomena can be effectively studied in the light of Foucauldian or Habermasian theoretical perspectives and the very perspectives can benefit from mutual rereading and comparison.



Zur Konstruktion von „Bevölkerung“ durch statistische Erhebungen

Bettina Stadler, Statistik Austria, Wien, bettina.stadler@univie.ac.at

Stream 08: Medien - Panel II: Orientierung und Fehlorientierung der Öffentlichkeit durch empirische Sozialforschung

Repräsentative Bevölkerungsumfragen liefern basale Erkenntnisse über die Struktur moderner Gesellschaften. Mit Hilfe der gesammelten Fakten erzeugen diese Befragungen ein Bild von Gesellschaft. Im Rahmen des vorgeschlagenen Beitrages soll analysiert werden, welche Verzerrungen dieses Bildes durch von der Erhebung bewusst ausgeschlossene und durch die Unterrepräsentation weiterer Gruppen der Gesellschaft in den Befragungsdaten entstehen. Basis für die Überlegungen stellt eine im Herbst 2010 durchgeführte Studie zum Unit-Nonresponse im österreichischen Mikrozensus dar. Im Rahmen dieser Studie wurden Gründe für nicht-erfolgreiche Interviews untersucht. Neben den in der Literatur zum Thema umfassend behandelten Teilnahmeverweigerungen gibt es zahlreiche weitere Gründe für die Nicht-Erfassung von Personen oder Haushalten in einer Stichprobenerhebung. So können Stichprobenadressen oder –telefonnummern fehlerhaft sein und bei einem Teil der ausgewählten Adressen handelt es sich stets um keinen Privathaushalt. Im Zuge der Felderhebung werden manche Personen nicht am Wohnort angetroffen und/oder am Telefon nicht erreicht. Mit anderen Menschen kann wegen Sprachproblemen oder aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes kein Interview durchgeführt werden. Schließlich können erfolgreich erhobene Daten durch EDV-Probleme im Zuge der Weiterbehandlung dieser Daten verloren gehen oder aufgrund von Qualitätsmängeln vom fertigen Datensatz entfernt werden. Welche Bedeutung haben diese Faktoren in der Forschungspraxis und wie wirkt sich Unit-Nonresponse in einer Sozialstrukturerhebung auf das Bild unserer Gesellschaft aus? Diese Fragen sollen im Rahmen der Präsentation behandelt werden.

Informationsnutzung in konvergierenden Medienwelten - empirische Evidenzen aus Österreich und Deutschland

Birgit Stark, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Publizistik, birgit.stark@uni-mainz.de

Stream 05: Märkte - Panel II: Medienmärkte und Medienkonsum in Konkurrenz

Die Nachrichtenlandschaft ist seit mehreren Jahren einem tief greifenden Veränderungsprozess ausgesetzt. Die durch die Digitalisierung getriebene Entwicklung führt nicht nur zu einem quantitativen Wachstum der Content-Angebote, sondern auch zu völlig neuen Informations-, Kommunikations- und Beteiligungsformen. Nachrichten können inzwischen aus einer Vielzahl von Quellen abgerufen werden, dabei nimmt die Bedeutung von (partizipativen, mobilen und personalisierbaren) Online-Medien massiv zu. Insgesamt entstehen immer vielfältigere konvergierende, komplementäre, aber auch substitutive Nutzungsweisen der einzelnen Informationsmedien. Aus demokratietheoretischer Sicht werden die Folgen einer individualisierten, spezialisierten Mediennutzung überwiegend negativ interpretiert: Aufgrund der Fragmentierung des Medienpublikums, so die Annahme, steigt die Desintegrationsgefahr. Da aus dem Zerfall der Publika der Zerfall der Öffentlichkeit abgeleitet wird, scheinen zentrale Elemente der demokratischen Idee bedroht. Allerdings liegen tiefergehende empirische Befunde zu den Folgen der Ausdifferenzierung des Informationsangebots und damit zu den Auswirkungen fragmentierter Medienangebote nur in ersten Ansätzen vor. Der vorliegende Beitrag untersucht sowohl quantitative Substitutionsprozesse als auch qualitative Veränderungen im Informationsverhalten österreichischer und deutscher Mediennutzer. Im Kontext einer zeitlich vergleichenden Perspektive werden Nutzungsmuster auf der Basis der Media-Analyse Daten betrachtet. Dabei liegt der Fokus auf dem Konkurrenzverhältnis von Print- und Onlineangeboten von Tageszeitungen, das mit Hilfe verschiedener Lesertypen analysiert wird. Diese quantitativ orientierte Analyse wird durch die Ergebnisse qualitativ orientierter Studien ergänzt, die sich auf Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen stützen. Ziel der Gruppendiskussionen ist es, die funktionalen Beziehungen zwischen On- und Offline-Nachrichtenangeboten zu beschreiben, um die Bedeutung klassischer Medien insbesondere im Hinblick auf verschiedene Anwendungen des „Social Web“ und deren Einbettung in den Informationsalltag der User tiefergehend zu erfassen. Insgesamt können mit dem Methodenmix, ländervergleichende Befunde geliefert werden, die Aufschluss über eine sich im Wandel befindende Nachrichtennutzung geben. Im Hinblick auf die gesellschaftliche Relevanz des Forschungsfeldes erscheint ein kontinuierliches Monitoring des Entwicklungsprozesses unabdingbar.



Verbreitung wie ein Virus? Internetöffentlichkeit am Beispiel von Informationsweitergabernetzwerken

Christian Stegbauer, Universität Frankfurt, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, stegbauer@soz.uni-frankfurt.de

Stream 13: Netzwerke - Panel I: Netzwerke öffentlicher Kommunikation

Im Vortrag soll der Frage nachgegangen werden, was, von wem, wie und warum im Internet über soziale Beziehungen weitergegeben wird. Die dabei untersuchte These ist, dass die Weitergabe bestimmten Mustern folgt, die mit Hilfe von Netzwerkanalyse untersuchbar sind. Das Internet stellt an vielen Stellen Öffentlichkeit her. Diese Öffentlichkeit ist aber sowohl eingeschränkt als auch offen. Eingeschränkt ist sie, weil die Informationen an einem bestimmten Platz von Menschen oder Institutionen zur Verfügung gestellt werden und dieser Platz nicht unbedingt von außen zugänglich ist oder nicht ohne Weiteres aufgefunden werden. Offen ist sie, weil viele der Informationen dennoch auch durch Suchmaschinen aufzufinden sind. Die Teilöffentlichkeit kann erweitert werden, wenn eine Übertragung aus den eingeschränkten Informationsräumen stattfindet. Hierfür gibt es eine Reihe bekannt gewordener Beispiele: Etwa Produktkampagnen (Eis von Starbucks, Hamburger für „Freunde löschen in Facebook“, Strike Bike, SMSangebot bei Swisscom), Gegenkampagnen (Hersteller lehnen Ersatz für fehlerhafte Produkte ab – Kampagne „überzeugt“: Kryptonite), Organisation von Veranstaltungen (Flashmobs, Eiffelturmtreffen) oder die Möglichkeit der Organisation von politischen Widerstand. Man kann nun fragen, wer für die Weiterleitung verantwortlich ist. Aus Netzwerkforschungsperspektive gibt es verschiedene Muster, wie die Struktur der Weitergabe erfolgen kann. Großes Potential in dieser Hinsicht besitzen diejenigen, die Informationen zwischen abgeschotteten Bereichen übertragen – oft handelt es sich dabei um eher periphere Teilnehmer (z.B. Lurker – Stegbauer/ Rausch 2001). Diese sind dann in der Lage, eine Brückenposition (Burt 1992) einzunehmen. Besonders bedeutend dürften aber sog. Hubs sein, die (als Knoten) über besonders viele Kontakte besitzen (Schnorf 2008). Warum verbreitet sich manches und anderes nicht? Viral wirksame Hinweise können öffentlich oder privat gegeben werden. Öffentlich wäre ein Hinweis auf einer Mailingliste oder – ein wenig anders strukturiert – auf der eigenen Profilseite auf Facebook. Privat sind solche Hinweise, die direkt an jemanden weitergegeben werden. Dies erfolgt dann oft wegen einer Beziehung und dem Wissen um die Interessen der Person und ist dann sehr effizient – in dem Sinne, dass sie an jemanden geleitet wird, der etwas damit anzufangen weiß. Oft kommen traditionellen Massenmedien in diesem Prozess eine Verstärkerfunktion zu.

“Disorderly Conduct”: Über die unordentliche Ordnung öffentlicher Kommunikation auf „Social Network Sites“

Martin Stempfhuber, LMU München, martin.stempfhuber@gmx.de

Stream 09: Privat - Panel II: Mediale Refigurationen von Öffentlichkeit und Privatheit im Web 2.0

Die aktuellen öffentliche Diskurse über Social Network Sites konzentrieren sich an einer entscheidenden Stelle auf eine mit Sorge beobachteten Verschränkung von Privatheit und Öffentlichkeit; befürchtet wird die Entblößung der Privatleute im öffentlichen Raum. Dieser Vortrag möchte anhand einer empirischen Fallstudie zu Facebook zeigen, dass diese Befürchtung zwar zunächst berechtigt erscheint, dass die Nutzer dieser Social Network Site aber bestimmte Umgangsformen entwickeln, um mit dem Problem der Öffentlichkeit von Privatheit umzugehen. Die Lösung für dieses Problem, die in der Praxis der Nutzer von Social Network Sites aufscheint, ist die Einführung von unbestimmten Kommunikationsweisen. Viele Beiträge und Reaktionen in Social Network Sites erweisen sich deshalb als anschlussfähig für die Kommunikation im Netzwerk, weil sie gerade nicht bestimmte Informationen über das Privatleben preisgeben, sondern sich mit dezidiert unbestimmten Angaben begnügen, die Möglichkeiten für unterschiedlichste Anschlüsse bieten. Damit wird die Ordnung des Netzwerks in Social Network Sites über einen Mechanismus hergestellt, der in der bisherigen soziologischen Beobachtung zu wenig beachtet wurde. Es ist gerade nicht der ordnungsgenerierende Zwang von vernünftiger Argumentation und einer wahrhaftigen Präsentation legitimer Anliegen, wie sie Habermas als prominentester Beobachter bürgerlicher Öffentlichkeiten analysiert hat, die die „öffentliche“ Kommunikation in Social Network Sites ausmacht. Vielmehr ist es die Unbestimmtheit von Kommunikation, die Ordnungsaufbau im Netzwerk ermöglicht.



Strukturwandel einer Theorie: Was bedeutet die Demokratisierung der Demokratietheorie?

David Strecker, Universität Jena, Institut für Soziologie, David.Strecker@uni-jena.de

Stream 07: Habermas - Panel III: Nach 50 Jahren: Strukturwandel der Öffentlichkeit revisited

Der Strukturwandel der Öffentlichkeit von Jürgen Habermas gilt als Klassiker der Demokratietheorie, der in aktuellen Debatten über den öffentlichen Raum weiterhin zentrale Stichworte liefert. Ob mit Blick auf die Rolle privater Akteure im Feld der Massenmedien, das Aufkommen Neuer Medien, die Fragmentierung und Entgrenzung der Zugehörigkeiten, über die Öffentlichkeiten verortet werden – Analysen dieser und ähnlicher Phänomene sind auch heute regelmäßig von Überlegungen zum Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit inspiriert, die Habermas in seiner Habilitationsschrift entfaltet hat. Dieser Bedeutung, die dem Strukturwandel in der Öffentlichkeitsforschung zukommt, geradezu entgegengesetzt ist die Rolle, die dieses Werk heute in den Überlegungen von Habermas und der aktuellen, daran anschließenden demokratietheoretischen Diskussion spielt. Obschon zentrale Motive des Strukturwandels das gesamte Denken von Habermas prägen, hat er doch die grundlegenden theoretischen Annahmen zunächst implizit und später (nicht erst mit der Einleitung zur Neuauflage 1990) auch explizit revidiert. Die Zeitdiagnose ist im Rahmen der Theorie des kommunikativen Handelns in neuer Weise formuliert und die politiktheoretischen Überlegungen sind durch die in Faktizität und Geltung dargelegte Konzeption deliberativer Demokratie ersetzt worden. Die Gründe für diese Revision liegen zum einen in einer Neufassung des theoretischen Rahmens seiner kritischen Gesellschaftstheorie (vgl. Iser/Strecker: Habermas zur Einführung, Hamburg 2010). Die Revision resultiert aber auch aus einem veränderten Verständnis der Rolle des Theoretikers und Gesellschaftskritikers, die von Habermas zunehmend bescheidener aufgefasst wird – bei gleichzeitiger Aufwertung der Rolle der Gesellschaftsmitglieder. Ziel dieses Beitrages ist, die Bedeutung des Strukturwandels der Theorie von Habermas, die sich als Demokratisierung der Demokratietheorie beschreiben lässt, zu erörtern. Anhand der Klärung der Frage, welche Annahmen (und auch kritischen Potenziale) aus welchen Gründen verabschiedet wurden, werden die Argumentationslasten bestimmt, die eingeht, wer an Theoremen des Strukturwandels festhält. Umgekehrt eröffnet der vergleichende Blick eine Perspektive auf die Konzeption deliberativer Demokratie, die sowohl eine Interpretation nahelegt, die über deren Angleichung an die real existierende liberale Demokratie hinausweist als auch die Schwächen und Ergänzungsbedürftigkeit der Konzeption selber sichtbar macht.

Medien im Umbruch – Fortschritt oder Rückschritt?

Claudia Stubler, Universität Linz, mathematik2@hotmail.com

Stream 12: Deregulierung - Panel II: Öffentlichkeit und Medienregulierung

Neue Medien werden in Hinblick auf politische Prozesse immer bedeutender. Es stellt sich die Frage, wie sich dieser Strukturwandel auf die Stellung der Massenmedien als Korrektivfaktor auswirkt. Internet und Web 2.0 ermöglichen, dass jeder Diskussionen öffentlich aufwerfen kann. Im Gegensatz zu Medienunternehmen kommt es den Internetusern nicht primär auf wirtschaftliche Zwecke an, wenn sie Themen aufgreifen. So gelangen Nachrichten an die Öffentlichkeit, über die in klassischen Medien aus verschiedenen Gründen nie berichtet worden wäre. Das Loslösen der Themenauswahl von Verkaufszahlen führt zu einem Alternativangebot an Informationsquellen und wirkt auf den ersten Blick wünschenswert, da Eliten durchbrochen werden und Partizipation erleichtert wird. Es birgt aber auch Probleme in sich, die fehlende Qualitätskontrolle im Internet führt zu einer abnehmenden Glaubwürdigkeit. Dieser Glaubwürdigkeitsverlust kann auch auf die klassischen Medien überschwapen. Dies bedeutet sinkende Verkaufszahlen, was in Qualitätseinbußen mündet. Das Vertrauen in die Medien nimmt ab und so lässt sich die Spirale weiterspulen. Vor allem kleinere Medienunternehmen sind davon betroffen. Es ist absehbar, dass in der Medienlandschaft eine Konzentration der klassischen Massenmedien einsetzen wird. Diese Tendenz ist in Ländern fatal, in denen bereits eine Konzentration der Besitzverhältnisse in Presse und Rundfunk vorherrscht, da den Gütekriterien demokratischer Medien, nämlich Vielfalt und Objektivität nicht entsprochen werden kann. Zur Klärung der Frage, ob die Medien ihre Stellung verlieren, ist zuerst das Verhältnis zwischen Medien und Politik zu analysieren: Es lassen sich parallele Interessen feststellen. Wissen über die Politik wird durch die Medien gewonnen, was unser politisches Bewusstsein und Handeln prägt. Es liegt sowohl eine Interdependenz, als auch eine gegenseitige Instrumentalisierung vor. Trotz der zunehmenden Bedeutung von Internet und Web 2.0 ist kein Ende der Massenmedien als Meinungsbildner in Sicht, obwohl die derzeitige Entwicklung eigentlich dagegen spricht. Allerdings hat sich die Fragestellung verlagert: Kann trotz zunehmender Ökonomisierung der Medien und den damit verbundenen Folgen überhaupt von einer vierten Gewalt in Staat gesprochen werden? In meinem Beitrag soll das Spannungsverhältnis Medienderegulierung bei gleichzeitiger ökonomischer Konzentration in Bezug auf die politische Öffentlichkeit anhand von aktuellen Fallbeispielen erläutert werden.

Die Entstehung der intellectuels médiatiques in Frankreich

Jan Christoph Suntrup, Universität Bonn, Käte Hamburger Kolleg „Recht als Kultur“, jan.suntrup@uni-bonn.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel III: Public Sociology und Gesellschaftstheorie

Das Klagen über sogenannte „Medienintellektuelle“ geht häufig mit einer Diagnose einher, die den zunehmenden Niedergang der politisch engagierten und weithin respektierten Denker, der klassischen Intellektuellen konstatiert. Dieser Beitrag analysiert die Entstehung der intellectuels médiatiques im französischen Kontext der 1970er Jahre, die nicht nur einem diffusen Strukturwandel der Öffentlichkeit zugeschrieben werden kann. Die Liberalisierung des staatlichen Rundfunks und vor allem die Verbreitung des Fernsehens waren zwar Bedingung für den öffentlichen Formenwandel der Intellektuellen, darüber hinaus waren es aber kontingente spezifische Faktoren, welche die massive öffentliche Präsenz bestimmter Intellektueller seit Mitte der 70er Jahre bestimmten. In der öffentlichen Debatte über Solchenizyns Buch „Der Archipel Gulag“, die gerade in Frankreich vehement geführt wurde, waren es vor allem das strategische Geschick und die publizistische Macht Bernard-Henri Lévy's, im Namen eines „Antitotalitarismus“ die Strömung der nouveaux philosophes zu erfinden und diese in den Massenmedien erfolgreich zu präsentieren und zu inszenieren. Der Auftritt Lévy's und André Glucksmann's vor einem Millionenpublikum in der Fernsehsendung „Apostrophes“ 1977 war dabei nicht nur äußerst werbewirksam, sondern stilbildend für das künftige Auftreten vieler „Medienintellektueller“. Vom traditionellen Typ des Intellektuellen, der die Legitimität seiner punktuellen öffentlichen Interventionen auf die Akzeptanz seines künstlerischen oder wissenschaftlichen Werkes stützt, unterscheiden sich die intellectuels médiatiques nicht zuletzt dadurch, dass sie das häufig fehlende anerkannte Oeuvre durch eine massive öffentliche Präsenz in diversen Foren kompensieren wollen. Die Kritik von wissenschaftlicher und gesellschaftskritischer Seite an der Legitimität ihres Auftretens, die man in jüngsten öffentlichen Debatten, auch in Deutschland, finden kann, verdeutlicht, dass es hier zu strukturellen Spannungen und Rivalitäten kommt. Von einer einfachen Ablösung des traditionellen Intellektuellen kann zwar nicht gesprochen werden, eher von einer zunehmenden Rollendifferenzierung, die verschiedene Spielarten des Intellektuellen zulässt. Plausibel erscheint jedoch, dass die weitere Dezentrierung und Ausdifferenzierung der Öffentlichkeit der Flexibilität der „Medienintellektuellen“ eher entgegenkommt als dem Auftreten der klassischen Intellektuellen.

Legitimationsprobleme der Zivilgesellschaft

Dirk Tänzler, Rheinische Friedrich Wilhelms Universität Bonn / Universität Konstanz, dirk.taenzler@uni-konstanz.de

Plenum II: Legitimation und Legitimitätsdefizite sozialer Ordnung

Zivilgesellschaftliche oder Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) gewinnen zunehmend an Einfluß auf das politische Handeln. Auf der Grundlage von Erfahrungen im Rahmen eines gemeinsam mit Transparency International durchgeführten Forschungsprojekts beschäftigt sich der Vortrag mit der Frage der Legitimation und Legitimationsbeschaffung von zivilgesellschaftlichen oder sogenannten Nichtregierungsorganisationen. Zum einen fungiert die „Zivilgesellschaft“ als Quelle der Legitimation (Stichwort „Partizipation“) für die Politik (so organisieren etwa politische Parteien zivilgesellschaftliche Interessen und vermitteln sie ins parlamentarische und Regierungssystem). Zum anderen ist im Unterschied zur Politik der Modus der Legitimation zivilgesellschaftlicher Organisationen eine weiterhin offene Frage und wissenschaftliches Desiderat. Zivilgesellschaftliche Aktivisten sind nicht wie Politiker durch Wahlverfahren als Repräsentanten legitimiert, erheben aber gleichwohl den Anspruch Sprachrohr der Mitbürger zu sein. Die Zivilgesellschaft (1. These) fungiert nicht nur (nicht nur nicht?), wie erhofft, als Lösung der Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (wie das in der frühbürgerlichen Honoratiorendemokratie noch gewesen sein mag). Der neue zivilgesellschaftliche Diskurs ruft eine Legitimationskrise eigener Art hervor. Zivilgesellschaftliche Akteure operieren in einem protopolitischen Raum, der in seinen Konturen allerdings unklar bleibt (gehört Lobbyarbeit dazu?). Im Falle von Transparency International als einer von Ökonomen gegründeten und geprägten Organisation wird dieser protopolitische Raum in Analogie zu einem von Angebot und Nachfrage geregelten Markt konzipiert. Dieser Fall ist insofern von allgemeiner Relevanz, weil eine solche Beantwortung der Legitimationsfrage zur Reduktion politischer auf ökonomische Rationalität führt (2. These) und sich (3. These) des selben (neo-) liberalen Geistes erweist, der auch beim aktuellen Umbau der öffentlichen Verwaltung nach dem Modell des „New Public Managements“ am Werke ist, dem selbst politische Akteure nacheifern, wenn sie sich als Manager des Politischen in Szene setzen. Am konkreten Fall von Transparency International soll das Legitimationsproblem zivilgesellschaftlichen Handelns und die protopolitische Eigenlogik zivilgesellschaftlichen Handelns jenseits von Markt und Staat rekonstruiert werden.



Der wohlgeordnete Diskurs der Öffentlichkeit und die subversive Kraft der „Parrhesia“

Gallina Tasheva, Universität Jena, Institut für Soziologie, gallina.tasheva@uni-jena.de

Stream 07: Habermas - Panel II: Habermas und Foucault erneut ins Gespräch gebracht: Annäherungen an den Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

Im Gegenzug zur Habermasschen Konzeption einer intersubjektiven und normativen Konstitution der Öffentlichkeit beim „Entgegenkommen einer rationalen Lebenswelt“ wird im Vortrag die Foucaultsche Genealogie der Gouvernamentalität folgend die „Parrhesia“, der Mut eine kritische Meinung in der Öffentlichkeit und in der Gegenwart desjenigen, den sie betrifft, auszusprechen, als das subversive Ereignis der Bildung einer kritischen Haltung zu der etablierten öffentlichen Meinung begriffen. An der Erfahrung der Parrhesia – das „eruptive Wahrsprechen“ und „Alles-Sagen“, aber auch das feierliche Ritual des „Wahrsprechens“, „in dem sich das Subjekt dem verpflichtet, was es denkt“ und sogar bereit ist das Risiko des Todes auf sich zu nehmen – lässt sich am deutlichsten die Gleichursprünglichkeit der Subjektivierungspraktiken zeigen, der Praktiken der Selbstbildung und der sozialen Prozesse der Widerständigkeit als der Ort der Entstehung jeder Kritik als „Partnerin und Widersacherin der Regierungskünste“. Im Unterschied zur Habermasschen Konsenstheorie des Universell-Allgemeinen als Bindeglied der verschiedenen sozialen Ordnungen der Rationalität wie des Staates, der Gesellschaft und der Lebenswelt entwickelt der Vortrag die Foucaultsche Genealogie der verwickelten Architektoniken der elementaren Prozesse der Selbstbildung und Selbstführung und zugleich der Kunst der Führung und Regierung der Anderen am Phänomen der „Parrhesia“.

Korridore der Akzeptanz. Die Aushandlung von Aktionsrepertoires in der Berichterstattung über die Gipfelproteste von Heiligendamm

Simon Teune, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, teune@wzb.eu

Stream 15: Populismus - Panel I: Skandalisierung und Dramatisierung politischen Protestes

Skandalisierung und Dramatisierung sind nicht nur strategische Ressourcen von sozialen Bewegungen, sondern auch eine Reaktion der Umwelt, auf die sie sich einstellen müssen. In der Diskussion über Protestformen werden Grenzen des Akzeptablen ständig neu verhandelt. Eine breitere Öffentlichkeit nimmt an solchen Deutungsprozessen vor allem über die Berichterstattung und Kommentierung in kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Massenmedien teil. Ein Beispiel dafür ist der G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007, der eine große Bandbreite von Protesten auf sich gezogen hat -von Gebetskettens bis zu Brandanschlägen. Um zu rekonstruieren, wie die Grenzen der Akzeptanz für politischen Protest ausgehandelt werden, wird die Berichterstattung von verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen verglichen. Basis für die Untersuchung sind 1.200 Zeitungsartikel, die vier Wochen vor und zwei Wochen nach dem Gipfel gesammelt wurden. Diese Artikel werden mit quantitativen und qualitativen Methoden ausgewertet. Dabei zeigen sich große Unterschiede, nicht nur zwischen den Protestformen, sondern auch zwischen den Zeitungen. Dass die Ausschreitungen von Rostock und die Farb- und Brandanschläge im Vorfeld unisono delegitimiert werden, überrascht nicht. Allerdings finden sich in liberalen Zeitungen Formen der Relativierung, die wiederum die Skandalisierung problematisieren. Die massenhaften Blockaden des Gipfelortes werden von den Zeitungen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die konservativen Zeitungen assoziieren sie stark mit Gewalt, die alternative ‚tageszeitung‘ baut sie als Gegenbild zu den Ausschreitungen auf. Die große Mehrzahl der Protestformen bleibt gänzlich unkommentiert. Diskussionsbedarf besteht also nur an den Grenzen - dort wo Regeln oder Gesetze übertreten werden.

„Pop“– „Post“– „Pseudo“? Eine Analyse popfeministischer Medienangebote als Arenen der (Re-)Artikulation feministischer Öffentlichkeiten

Tanja Thomas, Universität Lüneburg, thomas@uni-lueneburg.de

Stream 11: Gender - Panel III: Öffentlichkeitstheorien und öffentliche Diskurse in feministischer Perspektive

Der (wissenschafts-)politischen Diskursintervention „TopGirls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes“ von Angela McRobbie ist wie den Debatten um ‚neuen Feminismus‘, ‚Spartenfeminismus‘, ‚Elitefeminismus‘ und ‚aufgeklärten Sexismus‘ Aufmerksamkeit zu wünschen: McRobbie stellt fest, dass sich die gegenwärtige Situation des Feminismus durch eine Koexistenz zweier sich scheinbar widersprechender Phänomene auszeichnet: Einerseits wird der Feminismus als Bewegung und Erkenntnisprojekt zurückgewiesen, geschmäht, geradezu gehasst. Andererseits sind einige feministische Anliegen Teil gesellschaftlicher Wissensbestände geworden. Dafür zahlt der Feminismus einen Preis – damit ihm Rechnung getragen werden kann, muss er als „verstorben“ betrachtet werden. Was nun öffentlich im Namen eines „Postfeminismus“ artikuliert wird, bezeichnet McRobbie als „Pseudofeminismus“; während ihre frühen Arbeiten zu weiblichen Jugendkulturen auf ermächtigende Potenziale eines ‚populären Feminismus‘ setzten, bezweifelt sie heute zunehmend ihren damaligen ‚naiven Enthusiasmus‘. – Im deutschsprachigen Kontext hat soeben der ‚Emma‘-Titel „Kein Bock auf Spaltung“ mediale Aufmerksamkeit erzeugt; Motiv des Zusammentreffens von ‚Emma‘-Journalistinnen und Herausgeberinnen des Magazins ‚Missy‘ sei es gewesen, mit dem medial konstruierten Gegensatz zwischen ‚neuem‘ und ‚altem‘ Feminismus aufzuräumen. In der Tageszeitung (taz 04.04.2011) wird das Gespräch wegen eines Zuviel an Konsensorientierung und einem Zuwenig an Debatte über politisch brisante Fragen heftig kritisiert. Den ‚Missy‘-Frauen mit ihrem akademisch erlernten Feminismus scheinen die Mittel zur politischen Kontroverse zu fehlen. – Der Vortrag stellt exemplarisch jüngere Medienprojekte (Print & online: „Fiber“, „Missy“, „Hugs and Kisses“, „Krass“), die sich (queer-/post-/pop-) feministisch verstehen sowie deren Konzepte und Strategien zur Herstellung feministischer Öffentlichkeiten vor (Einzelinterviews). Diskutiert werden zudem diskursive Muster der Herstellung feministischer Positionen, die danach befragt werden, ob und wie diese implizit oder explizit als gesellschaftskritisch gekennzeichnet werden. Auch werden die Formen der Anrufung feministischer Leser_innen sowie die Artikulation spezifischer Feminismen anhand ausgewählter Beiträge untersucht – getragen von der Idee des Erkennens von Kontinuitäten und Brüchen, letztlich auch der Chancen und Potentiale eines „Doing Gender/Feminism“ in „neuen“ Öffentlichkeiten.

Gender und Open Access

Terje Tüür-Fröhlich, Inst.f.Philosophie und Wissenschaftstheorie JKU Linz, terje.tueuer-froehlich@jku.at

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel III: Open Access in den Sozialwissenschaften - versäumte Gelegenheiten und Chancen (Sonderveranstaltung)

Viele szientometrische Studien untersuchen Zusammenhänge zwischen Autorenschaften und Gender. Mehrere Studien befragten AutorInnen zu ihren Einstellungen zum und ihrer Praxis im Bereich Open-Access-Publizieren. Die Variable Geschlecht wurde dabei nicht erhoben bzw. ausgewertet. Einzige Ausnahme ist die Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zum Thema „Publikationsstrategien im Wandel?“ (2005). TeilnehmerInnen waren, das ist zu betonen, erfolgreiche Wissenschaftlerinnen, deren Projekte von der DFG gefördert wurden bzw. werden. In den Geistes- und Sozialwissenschaften wissen nur 42 % der Befragten von Open-Access-Journalen im Allgemeinen. Immerhin 43% der etablierten Geistes- bzw. SozialwissenschaftlerInnen, aber nur 20% der NachwuchswissenschaftlerInnen in diesen Disziplinen geben an, disziplinspezifische Open-Access-Journale zu kennen. Geschlechtsspezifische Unterschiede über alle Disziplinen (disziplinspezifische Auswertungen nach Geschlecht liegen nicht vor) sind bis wenige Ausnahmen geringfügig. Wissenschaftlerinnen (45%) fordern jedoch wesentlich häufiger als ihre männlichen Kollegen (29%) Beratung und Schulungen zu Open Access und Publikationstechniken. In einer eigenen szientometrischen Untersuchung zu den Potentialen von Open-Access -Publizierens zur Erhöhung der Publikations- und damit Karrierechancen von Sozialwissenschaftlerinnen vergleiche ich drei inhaltlich und methodisch ähnliche sozialwissenschaftliche Journale: das Open-Access-Journal „Forum Qualitative Sozialforschung“ („FQS“) und die zwei Closed-Access-Hybridjournale Zeitschrift für qualitative Forschung“ und „Sozialer Sinn“. Erhoben wird der jeweilige Frauenanteil unter Redaktions- und Beiratsmitgliedern dieser drei Journale (N=184 insgesamt). Aufwändig rekonstruiert und analysiert wird die Genderstruktur der Autorenschaften aller in den drei Journalen zwischen 2000 und 2008 veröffentlichten Beiträge (Totalerhebung, N=1557 insgesamt). Mein Fazit: Das Open-Access-Journal FQS bietet Frauen im Vergleich zu den beiden herkömmlichen Journalen wesentlich höhere Publikationschancen, die mit dem Peer-Review-Qualitätsstempel versehen sind. FQS bietet auch wesentlich mehr Frauen die Chance, statt in untergeordneter Position als Herausgeberin bzw. Gutachterin mitzuwirken (Stand: September 2009). Open-Access-Publizieren verdient auf dem Gebiet der qualitativen Sozialforschung durchaus das Prädikat „frauenfreundlich“.

Insenzierte Problembewirtschaftung in der direkten Demokratie – Gelegenheitsstrukturen für und Strategien des Rechtspopulismus in der Schweiz

Linards Udris, Universität Zürich, fög - Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, linards.udris@foeg.uzh.ch

Stream 15: Populismus - Panel I: Skandalisierung und Dramatisierung politischen Protestes

Rechtspopulistische Parteien treiben durch die Bewirtschaftung kultureller, identitätspolitischer Konflikte am stärksten die Transformation der Parteiensysteme in mehreren Ländern Europas voran (Kriesi). Dabei lassen sich rechtspopulistische Parteien in mehreren Punkten als „Bewegungsparteien“ bezeichnen, u.a. durch deren klare Fokussierungen auf einige wenige Themen, rigide Abgrenzungen nach aussen, komplexitätsreduzierte und Orientierung stiftende Botschaften und durch den Einsatz spektakulärer Protest-Aktionen. Diese (diskursiven) Strategien kommen besonders den kommerzialisierten Medien in ihrem Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums entgegen, die entsprechend rechtspopulistischen Akteuren hohe Resonanz schenken. Diese bekannte These des Zusammenspiels des „Medienpopulismus und politischen Populismus“ (Mazzoleni) weist trotz weiterer Differenzierungen (u.a. nach dem „Lebenszyklus“ einer rechtspopulistischen Partei) nach wie vor Fragen auf: Wie können rechtspopulistische Parteien auf Dauer und nicht nur in ihrer Aufstiegsphase von den Logiken der Medien profitieren? Und wie kann eine letztlich etablierte rechtspopulistische Partei ihre früheren diskursiven Strategien, u.a. Skandalisierungen und Proteste, beibehalten und in professionellen Kampagnen anwenden? Der Beitrag fokussiert auf die politischen und medialen Gelegenheitsstrukturen für den Rechtspopulismus in der Schweiz, in der die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) seit nunmehr zehn Jahren wählerstärkste Partei ist und dauerhafte politische Erfolge erzielen kann. Dabei fokussiert der Beitrag darauf, welche Medienresonanz die rechtspopulistische SVP im Vergleich zu anderen Parteien erzielen kann und in welchen Medientypen, welche Rolle direktdemokratische Mittel als spezifische Gelegenheitsstruktur spielen und welche Strategien der SVP sich als mehr oder weniger erfolgreich erweisen. Dazu wird der Beitrag die Resonanz in verschiedenen Kommunikationsereignissen und Politikfeldern analysieren und darüber Auskunft geben, welche Themenfelder die rechtspopulistische Partei besetzt. Anschliessend stellt der Beitrag anhand mehrerer Fallstudien zu Volksabstimmungen über Ausländer und (ethnische) Minderheiten dar, mit welchen finanziellen und diskursiven Mitteln und Strategien die Problematisierung des Fremden bewirtschaftet wird und welche Rolle dabei die Medien und konkurrierende politische Akteure bei dieser inszenierten Problembewirtschaftung spielen.

Gesellschaftliche Relevanz der Soziologie: die Produktion reflexiven Wissens

Kai Unzicker, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, kai.unzicker@uni-bielefeld.de

Denis van der Wetering, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung,, denis.van_de_wetering@uni-bielefeld.de

Stream 04: Intellektuelle - Panel II: Die Funktion soziologischen Wissens in gesellschaftlichen Gestaltungsdiskursen

Relevanz der Soziologie hat zwei Seiten: Einerseits geht es darum „nützliche“ Wissenschaft zu betreiben (policy sociology: anwendungsorientiert/verwertbar) und andererseits um das Engagement von Soziologen in öffentlichen Debatten (public sociology: Orientierung/Deutung). Ausgangspunkt ist die altbekannte Einsicht, dass für die Erforschung der Gesellschaft berücksichtigt werden muss, dass das Forschungsobjekt ein Subjekt ist, das auf die Forschung reagieren, diese selbst zum Thema machen und sich in Auseinandersetzung damit verändern kann. Nimmt man dies ernst, so kann die Soziologie Beiträge zur gesellschaftlichen Selbstverständigung liefern, wenn sie in ein dialogisches Verhältnis eintritt. In zwei empirischen Projekten haben wir diesen Komplex untersucht: (1) unmittelbare Kommunikation zwischen Forschern und Praktikern im Forschungszusammenhang und (2) den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit bei Bürgerkonferenzen. Die Ergebnisse sind Kern des Vortrags. Wir stellen die Bedingungen der Herstellung lokaler Öffentlichkeit dar und analysieren Bürgerkonferenzen als eine Dialogform. Wie werden dort unterschiedliche Wirklichkeitskonstruktionen sozial verarbeitet? Für die Teilnehmer der Bürgerkonferenz (und damit auch für die Forscher) eröffnet sich die Möglichkeit konkurrierende Wirklichkeitskonstruktionen (z.B. soziologische, journalistische, politische, zivilgesellschaftliche) produktiv zu nutzen. Mit der Analyse dieser Prozesse weisen wir auf Möglichkeiten, Hindernisse und Fallstricke für Soziologen hin, mit relevanten Beiträgen („reflexives Wissen“) an gesellschaftlicher Selbstbeobachtung und sozialer Gestaltung teilzunehmen. Zentral ist es, die Multiperspektivität der Situation zu erkennen und als nützliche Herausforderung und Ausgangspunkt für Selbstbeobachtung anzunehmen. So entsteht im öffentlichen Diskurs das, was wir „produktive Unruhe“ nennen. Ferner nehmen wir den öffentlichen Soziologen selbst in den Blick. Welche Voraussetzungen bringt er mit? Wie nimmt man ihn wahr? Worin besteht seine Funktion im öffentlichen Diskurs? Anhand des Materials werden wir ihn als kontextualisierten Experten vorstellen, der „close to reality“ geht und sich auf die Fragen, Relevanzen und Probleme des öffentlichen und politischen Diskurses einlässt. Nicht nur, was die Forschung Praxis und Öffentlichkeit bringt, sondern auch, was die Forschung davon hat und welche neuen Problemstellungen sich daraus ergeben, wird geklärt werden.



Die Hybridisierung des Dokumentarischen: Neue Dokumentarfilmformate zwischen Fakten und Fiktionen

Thomas Vallée, tvf Fernsehproduktionen@t-online.de

Carsten Heinze, Universität Hamburg, carsten.heinze@wiso.uni-hamburg.de

Stream 03: Unterhaltung - Panel I: Zur Rolle und Leistung unterhaltender Kommunikationsangebote und populär-kultureller Inhalte in der öffentlichen Kommunikation (I)

In der Filmgeschichte ist früh die gattungsspezifische Differenzierung zwischen Dokumentar- und Spielfilm angelegt. Während der Dokumentarfilm soziale, kulturelle und politische Themen behandelt, die aus der Beobachtung einer nichtfilmischen Realität gewonnen werden, beruht der Spielfilm auf nicht wahrheitsfähigen Geschichten. Während also der idealtypische Dokumentarfilm „objektiv“ und „authentisch“ soziale Realitäten einzufangen versucht, arbeitet der Spielfilm mit künstlerischen und fiktionalen Gestaltungsformen. Gegen dieses „bürgerliche Illusionstheater“ haben sich Dokumentarfilmer von Vertov bis Wildenhahn gewandt. Aus den Differenzierungskriterien ergeben sich für beide Gattungen unterschiedliche Funktionszuordnungen: der Spielfilm wird im klassischen Sinne der Unterhaltung zugeordnet, der Dokumentarfilm dagegen dient der Informations-, Aufklärungs- und Wissensvermittlung. Seit den 1980er Jahren ist eine Veränderung dieser trennscharfen Differenzierung zu beobachten. Während der Spielfilm sich zunehmend einer möglichst getreuen Simulation von Realität annähert, werden in dokumentarfilmischen Formaten stärker fiktionalisierende und gestaltende Elemente verwendet. Damit geraten die bisherigen Vorstellungen eindeutiger Funktionszuordnungen ins Wanken. Im dokumentarischen Filmbereich ist neben der Hybridisierung eine wachsende Boulevardisierung zu beobachten. Dieser Trend ist unter anderem auch dem Einfluss der privaten TV-Sender auf die Formatierung ihrer Sendungen geschuldet. In den letzten Jahren haben sich verschiedene neue Formen des Dokumentarischen etabliert: Docudrama, Docusoap, Docufiction, Pseudo-Doku (Mockumentary), Dokutainment, Life- und Reality-TV. Hinzu treten in jüngster Zeit animierte Trickfilme mit dokumentarisch-unterhaltendem Anspruch. Alle diese Formen haben gemein, dass sie das Objektivitätsparadigma des Dokumentarfilms in Frage stellen und dem Unterhaltungswert größere Bedeutung beimessen. Während die Einen angesichts dieser Entwicklungen in kulturkritischer Diktion den Verfall einer Filmgattung beklagen, erkennen die Anderen in der selbstreflexiv-ironischen Brechung, die diese neuen Formen praktizieren, eine medienkritische Perspektive, die die ontologische Setzung von „Realität im Film“ früherer Dokumentarfilme spielerisch unterlaufen. Wie „real“ sind die neuen dokumentarischen Filmformate? Wie sind diese zwischen Unterhaltung und Wissens-/Informationsvermittlung zu beurteilen? Welche Gestaltungsformen nutzen diese Formate?

Akteur Netzwerke der Nachvollziehung: Ethnografische Forschung, Medialität und Medienforschung

Joost van Loon, Katholische Universität Eichstätt Ingolstadt, joost.vanloon@ku-eichstaett.de

Stream 08: Medien - Panel III: Is the Research-Medium the Message? Zur Medialität der Forschungspraxis

Seit 2002 haben sich meine Kollegin von der Nottingham Trent Universität, Emma Hemmingway, und ich an einem Forschungsgegenstand der digitalisierten „Newsrooms“ beteiligt. Wir haben dabei von Anfang an versucht, eine Art Akteur Netzwerk Analyse zu generieren, die nicht voraussetzt, wer die Subjekte und wer die Objekte sind. Das bedeutet auch, dass wir keine besondere Ausnahmeposition für menschliche Akteure erlaubt haben, damit es unmöglich war, schon vorher zu sagen, welche Akteure die wichtigsten sein werden. Wir haben versucht, den ganzen Gegenstand „flach“ zu halten, indem wir keine Abkürzungen haben möchten, durch die wir die Wirklichkeit unseres Gegenstandes nicht mehr nachvollziehen könnten. Um einen Gegenstand flach zu halten, braucht man zusätzliche Mittel, die wir auch ‚Medien‘ nennen können. Da wir schon mit einer Art von Medienforschung beschäftigt waren, sind wir darum auf eine Verdopplung der Medialität gestoßen. In diesem Paper möchte ich diese Verdopplung zum ersten Mal ausarbeiten. Dass man in Ethnografischer Forschung Medien benutzt, ist schon von Anfang an bekannt, aber was haben diese Medien mit Akteur Netzwerken zu tun? Mittels des Konzepts „Nachvollziehung“ werde ich die von Latour (2005) abgeleitete fünfte Unbestimmtheit des Einsatzes der Kontroversen entlarven, damit auch eine Rückmeldung an der umstrittenen Objektivität des Akteur Netzwerks gegeben werden kann. Obwohl dieses Paper theoretisch orientiert ist, wird es auch stark auf Methoden der empirischen Sozialforschung reflektieren.



Transnationalisation, Differentiation of Public Sphere and Modes of Connexions

Gilles Verpraet, CNRS Sophiapole, Université Paris Ouest, verp@ehess.fr

Stream 02: Transnationalisierung - Panel III: Medienevents und Medienskandale als Verdichtungen transnationaler Öffentlichkeit

Globalization process and media connexions challenge the notion of public sphere as an arena for the exchanges of argumentation (Habermas, 1979, Habermas, 1994). These transformation question not only of the arena of debate (Jobert, 1999), but also the political subjects who may address in the public sphere (Gauchet) and the consistency of political culture (Eder). The problematic of recognition is developed on the personal, social and cultural recognitions (Honneth, 2001). It intends to reinforce the individual rights, the cultural rights, the social rights. The question comes to examine the modes of recognition and the encounters inside the extended social networks, inside transnational social space. Another methodology examines specifically the transnational solidarities as community of issues (Arendt), as politization on common issues and common problems (Tassin, Beck); as interconnexion of issues. We conclude to the constituency of three public spaces based on three encounter regimes (local, national, transnational). The analytical question comes on the modes of connexion between these three publics spaces. How migration issues can be converted inside the cosmopolitan issues? How cosmopolitan issues can be supportive of long term migration issues?

Akteure, Institutionen, Praktiken im Verwaltungsfeld Prostitution und Menschenhandel: Zur Bedeutung des beruflichen Habitus der Verwaltungsakteure

Claudia Vorheyer, Universität Zürich, vorheyer@soziologie.uzh.ch

Stream 12: Deregulierung - Panel III: Strukturwandel und Recht

Die Strukturen und Prozesse zur Herstellung, Bereitstellung und Gewährleistung von öffentlichen Gütern haben sich im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung gewandelt. Im wissenschaftlichen Diskurs werden die im politisch-administrativen System zu beobachtenden Liberalisierungs-, Privatisierungs- und zivilgesellschaftlichen Partizipationstendenzen unter dem Schlagwort „Governance“ bzw. als Übergang oder Kombination von traditionellen Government und neuem Governance behandelt und diskutiert. Das Regieren, Verwalten und Regulieren im Sinne von Governance unterliegt anderen Bedingungen, findet in modifizierten Strukturen und Prozessen statt und bezieht sich auf eine veränderte Sichtweise und Wirklichkeit des Polity, Politics and Policy Making. Die empirische Verwaltungsforschung hat gezeigt, dass in administrativen Organisationen unter bestimmten Bedingungen, wie der professionellen Orientierung und der ausreichenden persönlichen Unabhängigkeit der Verwaltungsakteure, Prozesse zielorientierter spontaner Selbstanpassung auftreten können (Mayntz, 1985), institutionelle Strukturen in Umbruchsituationen ihre Orientierungswirksamkeit verlieren und situative Faktoren und sogar individuelle Besonderheiten ein höheres Gewicht gewinnen können (Mayntz 1995). Am Beispiel der qualitativen Untersuchung der Verwaltungspraxis im Bereich Prostitution und Menschenhandel (zum Zweck der sexuellen Ausbeutung) kann rekonstruiert werden, inwieweit das häufig für starr und unflexibel gehaltene Verwaltungssystem für Veränderungen in Richtung Governance offen und fähig ist, unter welchen Bedingungen und Konstellationen sich in den öffentlichen Institutionen und Organisationen Neuerungen vollziehen, und vor allem welche Rolle die sozialen Akteur/innen dabei spielen. Inwieweit sie die Veränderungen und Reformen ausführen oder einleiten, umsetzen oder blockieren. Dafür werden die beruflichen Habitusformationen der Verwaltungsakteure und deren Bedeutung für den sozialen Wandel dargestellt. Auf allen emergierten Dimensionen des Berufshabitus, d.h. auf der Gegenstandsdefinition, Selbstdefinition und Umweltdefinition, sind ein „alter“ Government und ein „neuer“ Governance-Typus zu beobachten. Der aufgezeigte Zusammenhang zwischen dem Selbstverständnis und Berufsprofil der Beschäftigten und der Veränderung oder Kontinuität der beruflichen Alltagspraxis verweist auf die Relevanz der Subjektivierung der Arbeit in den neuen Arbeits- und Organisationsformen im Dienst öffentlicher Güter.

Masse und Publikum – die dunkle und die lichte Seite der Öffentlichkeit. Ambivalenzen in den Theorien der Massenkommunikation

Gerhard Vowe, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Kommunikations- und Medienwissenschaft I, vowe@uni-duesseldorf.de

Stream 16: Vorläufer - Panel I: Sozialwissenschaftliche Forschung über Öffentlichkeit vor dem Strukturwandel der Öffentlichkeit

Ziel des Vortrages ist, zwei Traditionslinien in der Beschäftigung mit Öffentlichkeit herauszuarbeiten, die sich an den Konzepten „Masse“ und „Publikum“ festmachen lassen und sich im „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1962) kreuzen. Dort wird eine lichte Seite der Öffentlichkeit hervorgehoben: Öffentlichkeit als Forum, auf dem sich die räsionierenden Privatleute zum Publikum versammeln und eine vernünftige öffentliche Meinung entwickeln, die zur Kontrollinstanz von Herrschaft wird. Aber es wird dort auch eine dunkle Seite von Öffentlichkeit thematisiert, die sich vor allem mit dem Begriff der „Masse“ verbindet. Das Verdikt der „Massenkultur“ (Horkheimer & Adorno 1947) und der „Massendemokratie“ (Weber 1922) kann auf eine lange Tradition zurückblicken, die bis ins 19.Jhdt. zurückreicht. In der Vorstellung einer „Massengesellschaft“ wird die Achse der Gesellschaft in der „Masse“ gesehen, also in einer Form der Gesellung, bei der keine sozialen Strukturen oder individuellen Profile mehr erkennbar sind. Individuum, Stand und Gemeinschaft verlören an Relevanz, Homogenität werde zum dominanten Merkmal in allen Bereichen (Blumer 1939). Das Konzept der „Massengesellschaft“ bildete die Basis für eine empirische Wissenschaft von der „Massenkommunikation“, in der die „Massenmedien“ eine tragende Rolle spielen. Diese Begriffe wurden in den USA der 1920er Jahre geprägt und 30 Jahre später in den deutschen Sprachraum übernommen. Leitend war die Vorstellung, dass die Masse über Propaganda gelenkt werden könnte – prototypisch in totalitären Systemen (Lasswell 1927). Das Massenparadigma hat bis heute prägende Kraft für die Kommunikationswissenschaft. Beispiele sind die Theorie der Schweigespirale (Öffentlichkeit als Bedrohung; Noelle-Neumann 1980), der Kultivierungsansatz (Fernsehen als Schmelztiegel; Gerbner & Gross 1976) oder der Third-Person-Ansatz (indirekte Wirkungen der Medien durch Zuschreibung von Macht über eine anonyme Allgemeinheit; Davison 1983). Aber auch die Alternative zum Massenparadigma mit Publikum als Schlüsselbegriff hat Tradition: Meilensteine sind der Publikumsbegriff bei R.E. Park (1904), die differenzierte Betrachtung des Elektors durch P.F. Lazarsfeld (1944) und die Kritik an der Massengesellschaft von Th. Geiger (1951). Die Opposition von Masse und Publikum und damit die Ambivalenz von Öffentlichkeit (Mills 1956) bildet so bis heute die theoretische Bruchkante, die Verwerfungen bis in die angewandte Medienforschung erzeugt.

Islamophobe Wahlverwandtschaften im Schweizer Minarettdebatte

Oliver Wäckerlig, Universität Zürich, oliver.waeckerlig@uzh.ch

Rafael Walthert, Universität Zürich, rafael.walthert@uzh.ch

Stream 14: Religion/Bildung/Open Access - Panel I: Religionen und Religionsgemeinschaften in öffentlicher Kritik

Ziel des Beitrags ist eine Rekonstruktion der wichtigsten Linien der Karriere von Deutungsmustern und Akteuren der kritischen Auseinandersetzung mit dem Islam in der Schweizerischen Öffentlichkeit. Die Schweizer Minarettdebatte, die wir im Rahmen des Nationalen Forschungsprojekts 58 untersucht haben, beginnt ab 2005 den öffentlichen Islamdiskurs in der Schweiz zu verändern. Es gelingt Vertretern der religiösen und politischen Rechten zuerst, vereinzelte lokale Debatten um islamische Bauprojekte miteinander zu verknüpfen und dadurch zu einem Thema von nationalem Interesse zu machen. Der breit abgestützten Minarettopposition gelingt mit der Anti-Minarett-Initiative eine Politikampagne, die über drei Jahre hinweg dieselben einfachen und klaren islamophoben Botschaften wiederholt, welche gemäss der politwissenschaftlichen Wählerschaftsbefragung bei den Stimmberechtigten schliesslich auf breite Akzeptanz und Zustimmung stiessen. Während die öffentliche Meinung ein Minarettbauverbot bis zur Abstimmung als diskriminierend brandmarkte, was die Umfragen vor der Abstimmung durch sozial erwünschte Antworten verzerrte, gelang es der Minarettopposition zwei entscheidende Hürden zu nehmen. Durch die Zulassung der Anti-Minarett-Initiative durch das Parlament, ein halbes Jahr vor der Abstimmung, konnte der legalistische Grundrechtsdebatte diskursiv endgültig der Boden entzogen werden. Parallel dazu gelang es der Minarettopposition dank dem Einsatz von und Verweis auf ‚Islam-Experten‘ im Islamdiskurs die Deutungshoheit über die Bedeutung des Minaretts und das Wesen und die Absicht ‚des Islams‘ zu erlangen. Obwohl die von der Minarettopposition im Islamdiskurs herangezogenen Expertisen in der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit als ‚wissenschaftlich‘ dargestellt und wahrgenommen wurden, stammen die meisten dieser ‚Experten‘ aus den länderübergreifenden Spezialöffentlichkeiten der milieugebundenen Periodika des deutschsprachigen Evangelikalismus, bzw. der publizistischen Plattformen der europäischen Neuen Rechten und stehen damit in Konkurrenz zu den Diskursbeiträgen von AkademikerInnen einer scientific community mit deren Fachzeitschriften und Kongressen. Die Sachbücher der Experten der Minarettopposition werden in den Massenmedien z.T. auf ‚Bestseller-Listen‘ geführt, wohlwollend rezensiert und als ‚Literatur-Tipps‘ empfohlen. Dadurch erlangen diese Experten Prominenz, was deren Chance erhöht, zu Diskussionsrunden und Interviews eingeladen zu werden.



Anti-muslimischer Rassismus als symbolisches Distinktionsmittel

Constantin Wagner, Universität St. Gallen, constantin.wagner@unisg.ch

Stream 15: Populismus - Panel II: Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion (I)

Durch diskursive Praxen wird die Wahrnehmung von sozialen Gruppen und dem, was für eine Gruppe gehalten wird, modifiziert, gefestigt oder geändert. Diese Wahrnehmung beeinflusst wiederum die Chancen von sozialer Teilhabe derer, über die gesprochen wird. Durch mangelnde gesellschaftliche Anerkennung kann die Verfügbarkeit von gesellschaftlichen Ressourcen beschränkt werden. Um Distanz und Hierarchie aufrechtzuerhalten, müssen die symbolischen Grenzen immer wieder neu gezogen und bestätigt werden. Dies geschieht vor allem durch die ständige Reproduktion der dominierenden Bilder über Medien, im Alltag, in der Wissenschaft und der Politik. Wenn sich durch diese ständige Reproduktion ein bestimmtes „Wissen“ etabliert, wie gegenwärtig im Diskurs über MuslimInnen erkennbar, kann ihre Eigentümlichkeit als bewiesen, „normal“ oder „natürlich“ erscheinen. Dieser Vorgang kann dabei im Interesse dominierender Gruppen sein, die über diese Unterscheidung und polemische Aufladung der Unterschiede ihr Interesse an Abgrenzung verbergen können. In öffentlichen Räumen, zu denen der Zutritt nicht kategorisch einer Gruppe vorbehalten ist, werden Praktiken der Distinktion wirksam, deren notwendige Voraussetzung Klassifikationen sind. Dabei kommen sichtbaren symbolischen Mitteln bedeutende Distinktions- und Abgrenzungsfunktionen zu. Vor diesem Hintergrund kann die Debatte um das Kopftuch interpretiert werden. Das häufig genannte Beispiel, dass das Kopftuch niemanden stört, solange es von Putzfrauen getragen wird, aber zum „Problem“ avanciert, wenn eine Ärztin oder Lehrerin es tragen will, kann als Hinweis darauf dienen, dass hier soziale Zugangschancen verhandelt werden. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass eine Gruppe von weißen deutschen Feministinnen an der abwertenden Darstellung von Islam und MuslimInnen entscheidend beteiligt ist. Hier kann eine zentrale Funktion der gegenwärtigen populistischen Darstellung nachvollzogen werden: Die Personen, die über MuslimInnen reden, profitieren von ihrer Abwertung, auch wenn dies nicht bewusst geschieht. Diskriminierungen und Abwertungen von ethnisch oder religiös definierten Gruppen können so als Aufwertungsstrategie kollektiver AkteurInnen gedeutet werden, hier konkret vor dem Hintergrund, dass der soziale Aufstieg der einheimischen deutschen Frauen zu einem nicht geringen Teil auf soziale Unterschichtung durch Migrantinnen zurückzuführen ist.

Chartanalyse als inkludierende Epistemik der Finanzmärkte

Leon Wansleben, Universität Luzern, leon.wansleben@unilu.ch

Ekaterina Svetlova, Karlsruhochschule International University Karlsruhe, esvetlova@karlsruhochschule.de
Stream 05: Märkte - Panel I: Öffentlichkeit und (Finanz-)Märkte

Unser Beitrag fragt danach, wie „Chart-„ oder „technische Analyse“ in zwei verschiedenen historischen Phasen als Agent der Inklusion von Öffentlichkeiten in die Finanzmärkte auftritt. Technische Analyse verstehen wir als Sinnform und Praxis der Finanzmärkte. Sie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Marktprofessionellen und Finanzjournalisten (Dow, Wykoff, Babson, DeVillier, Gann, Schabacker, Edwards) zur Visualisierung und Prognostizierung von einem auf das Ticker-Medium umgestellten Markt entwickelt. Dabei adressierten die „Chartists“ mit ihren Informationsdienstleistungen und ihren Handbüchern explizit ein Publikum, das ausgeschlossen war von den Investitionsyndikaten und ohne Verfügung über Insider-Informationen Handelsstrategien entwickeln musste. Die Chart- oder technische Analyse trug zu der Lesbarkeit eines nun primär anonymen Massenmarktes mit kontingenten Bezügen zu heterogenen Informationen bei, indem sie den Markt selbstbezüglich fasste und auf eine sichtbare, gestaltbare, interpretierbare Oberfläche - das Chartbild - brachte. Preisen wurde nun „Trendverhalten“ zugeschrieben, das sich in wiederholenden Mustern erkennen ließ. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich eine neue sozio-technische Marktkonstellation beobachten, bei der die technische Analyse erneut einen zentralen Agent der Inklusion darstellt: Über elektronische Handelsplattformen können mittlerweile Privatanleger vom privaten Rechner an den Finanzmärkten teilnehmen; diese Gruppe von nicht-institutionalisierten Marktteilnehmern stellt einen wachsenden Anteil am Gesamtmarkt dar, etwa im Währungsbereich. Umfragen dokumentieren, dass diese Anlegergruppe, insbesondere „Day Traders“, primär technische Analyse verwendet. Die von ihnen genutzte Analyseform hat sich aber im Vergleich zu den Anfängen der technischen Analyse verändert: Im Zentrum stehen nun Technologien zur Visualisierung von Echtzeitdaten und Berechnungen komplexer Trendindikatoren, sowie neue Weiterbildungsformate wie Webinars. Unser Beitrag zeigt auf, wie Inklusion von Publika in Märkte über eine spezifische Praxis und Sinnform reflektiert und operationalisiert wird. Dabei geht es nicht primär um die Inklusion von Teilnehmern über das Aufheben von Zugangsbeschränkungen, sondern auch um das Entwickeln von inklusionsfähigem Marktwissen.



Max Weber und die Entzauberung der Medienwelt

Siegfried Weischenberg, Universität Hamburg, LS Journalistik u. Kommunikationswissenschaft, siegfried.weischenberg@uni-hamburg.de

Stream 16: Vorläufer - Panel I: Sozialwissenschaftliche Forschung über Öffentlichkeit vor dem Strukturwandel der Öffentlichkeit

In dem Beitrag soll die These belegt werden, dass Max Webers Formel von der ‚Entzauberung der Welt‘ als Perspektive und Basisdiagnose seiner Soziologie auch auf seine Vorschläge für eine ‚Mediensoziologie‘ anwendbar ist, die in dem 1910 beim Ersten Deutschen Soziologentag vorgestellten Projekt einer ‚Presse-Enquête‘ enthalten sind. Die darin formulierten Fragestellungen beschreiben weitgehend erschöpfend den wissenschaftlichen Zugriff auf Prozesse der Selbstbeobachtung moderner Gesellschaften mit Hilfe von Medien und Journalismus, und sie erscheinen anschlussfähig für das postmoderne Bewusstsein von den Paradoxien der ‚Massenmedien‘. In welcher Weise Webers Anregungen wirksam geworden sind, wird dabei anhand von ersten Auswertungen einer Analyse von ca. 2000 empirischen Studien der Journalismusforschung demonstriert. Die These überrascht zunächst, denn nach dem Scheitern der „Enquête über das Zeitungswesen“ hat jedenfalls die deutsche Soziologie das Thema ‚Medien und Journalismus‘ zunächst fallen gelassen und später – im Unterschied zur nordamerikanischen – allenfalls am Rande behandelt. Auf der anderen Seite ist das in den 1920er Jahren ausdifferenzierte neue Fach ‚Zeitungswissenschaft‘ (später ‚Publizistik-‘ bzw. ‚Medien-‘ oder Kommunikationswissenschaft) zunächst sozusagen hinter Weber zurückgefallen und hat seine Anregungen weitgehend ignoriert. Doch Einflüsse des ‚Mediensoziologen Weber‘ sind in vielfältiger Weise nachweisbar. Der Rekurs erfolgt dabei zum einen direkt, wenn seine Fragen sowie Kategorien oder Begriffe (z. B. Idealtypus, Charisma, Verantwortungsethik) aufgegriffen und sein (international) vergleichender methodischer Zugriff übernommen werden. Einfluss wird aber auch indirekt wirksam – etwa über den Umweg der Referenz auf Gesellschaftstheoretiker, die selbst in starkem Maße auf Weber rekurrieren. Am Beispiel von Habermas, Luhmann und Bourdieu lässt sich hier zeigen, wie dies in den aktuellen Theoriedebatten seinen Niederschlag findet. Belege für ‚Weber-Spuren‘ in der Journalismusforschung lassen sich somit nach den bisherigen Ermittlungen in drei Gruppen einteilen: ‚Weber-Studien‘, die in (mehr oder weniger) expliziter Weise auf Fragestellungen und/oder methodische Vorschläge seines Enquête-Projekts rekurrieren (1); Studien, die seine Kategorien oder Begriffe (mehr oder weniger) forschungsleitend einsetzen (2) und Forschung, die sich über ‚Theorie-Schulen‘ auf Weber zurück beziehen lässt (3).

Multilokale Arrangements des Alltags und ihre kommunalpolitischen Implikationen

Christine Weiske, Technische Universität Chemnitz, Institut für Soziologie, christine.weiske@soziologie.tu-chemnitz.de

Stream 13: Netzwerke - Panel III: Lokale Öffentlichkeiten und ihre Herausforderungen durch multilokale Teilnehmer_innen / durch multilokal Wohnende

Multilokale Arrangements des alltäglichen Lebens entstehen im Zusammenhang eines beschleunigten sozialen Wandels der Spätmoderne (Rosa 2005). Die Akteure bespielen mehrere Orte als Wohn- und Arbeitsorte, an denen sie in individuell organisierten Rhythmen an- und abwesend sind. Die ‚Ortspolygamie‘ (Beck 1997) der Multilokalen irritiert die lokalen Gesellschaften an ihren jeweiligen Auftrittsorten. Sie durchkreuzen verbreitete Normalitätserwartungen, die sich mit den Praktiken der An- und Abwesenheiten, der Mitsprache und Mitwirkung, der Zurechenbarkeit und der Zugehörigkeiten u.a.m. verbinden. Obwohl sich der Alltag der Multilokalen über mehrere Orte erstreckt, haben sie nur an einem ein kommunales Wahlrecht. Ihre Abwesenheiten erschweren den Sesshaften deren Wahrnehmung und führen von Fall zu Fall zur Ausblendung ihrer Lebenspraxis und ihrer Partizipationsansprüche. Bestenfalls provoziert der Alltag der Multilokalen Erneuerungen der sozialen Ordnungen ‚von unten‘ aus den vorpolitischen Dispositionen lokaler Gesellschaften heraus, um deren demokratische Partizipation in den Kommunen dennoch zu ermöglichen. Empirische Daten aus vorgängiger Forschung verweisen Praktiken der Teilhabe, die von den Multilokalen erprobt werden und die im Ergebnis sowohl gelingend wie blockiert sind. Sie beziehen sich auf das Timing der unterschiedlichen Ortszeiten, auf Telekommunikationen mittels unterschiedlicher Medien, auf örtliche Vereine wie auf überörtliche Interessengemeinschaften und Parteien, auf Stellvertretungen durch andere im Falle der Abwesenheit und auf die Integrationsarbeit der sesshaften Partner_innen aber auch auf Verzicht und Desintegrationserfahrungen der Multilokalen. Die Diskussion der Befunde richtet sich auf konzeptionell mögliche Vermittlungen zwischen dem Regierungssystem, das dem Territorialprinzip folgt und dessen Basis die Gemeinde als lokale Gesellschaft ist, und den Ansprüchen der Multilokalen, an den kommunalpolitischen Belangen an ihren Alltagsorten teilzunehmen. Mit dem Kongressthema des neuerlichen Strukturwandels der Öffentlichkeit verbindet sich das Vortragsthema dahingehend, dass die Vermittlungen und praktischen Anschlüsse zwischen den Alltagspraktiken der Sesshaften wie der multilokal Mobilen öffentlich im Regierungssystem hergestellt werden müssen. Die subversiven Strategien der Multilokalen versagen, wo die Berücksichtigung der multilokalen Arrangements in den Öffentlichkeiten lokaler Gesellschaften unverzichtbar wird.



„Geschlechterkampf“ Mediale Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid

Alexandra Weiss, Universität Innsbruck, alexandra.weiss@uibk.ac.at

Stream 11: Gender - Panel I: Öffentlichkeitstheorien und Ungleichheiten: Eine Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Gender Studies

Neoliberale Transformationen erschüttern fordistische Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen, obwohl sich geschlechtlich kodierte soziale Praxen kaum verändert haben. Diagnostiziert wird hier eine „Krise der Männlichkeit“, die v.a. in populärwissenschaftlichen Debatten aufgegriffen wird. Ausdruck findet dies etwa in Diskussionen um mangelnde Väterrechte, Buben als Bildungsverlierer oder fehlende männliche Identifikationsfiguren in Grund- und Vorschulen. Gemein ist diesen Diskussionen, dass sie Ergebnisse kritischer Geschlechterforschung kaum zur Kenntnis nehmen, sondern diese sowie deren politische „Übersetzungen“ als Ausgangspunkte diverser gesellschaftlicher Probleme sehen. Es besteht kaum Interesse an kritischer Auseinandersetzung mit Männern/Männlichkeit und Veränderungen im Kontext gegenwärtiger Transformationen, vielmehr werden v.a. essentialistische Geschlechterbilder reproduziert. Problemlagen individueller Männer oder bestimmter Gruppen von Männern (Arbeitslose, prekär Beschäftigter etc.) werden damit eher verdeckt als analysiert. Eine diffuse Opferrhetorik forciert, werden frauenpolitische Anliegen als überzogene, männerdiskriminierende Politik gebrandmarkt. Vorwürfe des Antifeminismus werden präventiv aufgegriffen, um sie so als unzulässig erscheinen zu lassen. Weiteres strategisches Element ist das Aufgreifen feministischer Argumentationen, um feministischer Politik „Geschichtsvergessenheit“ und „einseitige Machtpolitik“ vorzuwerfen. So wenig haltbar dies angesichts gesellschaftlicher Realitäten auch ist, wird dies in der medialen Öffentlichkeit dennoch reproduziert. Auffällig ist, dass feministische Wissenschaftlerinnen oder Politikerinnen dabei kaum zu Wort kommen oder deren Reaktionen als wütende (irrationale?) Proteste qualifiziert werden. „Objektivität“ scheint ganz auf Seiten männlicher Forscher zu liegen. Zum einen wird Männern eine geringere „Involviertheit“ zugeschrieben, zum anderen hängt die Relevanz des Geschriebenen nach wie vor vom Geschlecht der Schreibenden ab. Antifeminismus ist aber heute nicht zum ersten Mal Ausdruck von Transformation und Krise, vielmehr ging dies immer mit antifeministischer, misogynen „Begleitmusik“ einher. In dem Beitrag sollen die angesprochenen Debatten, die diskursiven Strategien und die öffentliche Darstellung und Position der (männlichen und weiblichen) Sprechenden analysiert werden.

Vom Universalismus zum Partikularismus: Niedergang und Wandel des Vertretungsanspruchs öffentlicher Intellektueller

Johannes Weiß, Universität Kassel, jweiss@uni-kassel.de

Barbara Thériault, Université de Montréal, Département de sociologie, barbara.theriault@umontreal.ca

Stream 04: Intellektuelle - Panel I: Aufstieg und Fall des Intellektuellen. Zum Wandel der Sozialfigur des public intellectual

Nicht immer und überall, aber in historisch-politisch besonders wichtigen Zeiträumen und Zusammenhängen verband sich die öffentliche Rolle von Intellektuellen mit der Vorstellung, die res publica sei nicht nur der Sinn und Zweck ihres Wirkens, sondern auch und vor allem der Rechtfertigungsgrund ihres Anspruchs auf allgemeine Maßgeblichkeit. Dieser außerordentliche Anspruch gründete in der Annahme, Intellektuelle, die ihrer wahren Bestimmung gerecht würden, sprächen und agierten im Namen der Vernunft. Ein solcher universeller und absorptiver Stellvertretungsanspruch von Intellektuellen hat sich, wohl ein für alle Mal, erledigt. Und doch wäre es voreilig, daraus zu schließen, dass Intellektuelle auch in der Öffentlichkeit forthin nur noch für sich selbst, im eigenen Namen, zu sprechen und zu agieren vermöchten. Viel plausibler ist die Vermutung, dass Intellektuelle zwar immer weniger für alle Menschen und das ihnen in gleicher Weise Zustehende einzutreten haben, immer mehr aber für den partikularen Eigensinn und das Eigenrecht von Menschengruppen und Einzelmenschen. Das bedeutet, dass sich der Rechtfertigungsgrund ihres Vertretungshandelns zwar auch in einem universellen Recht auf Gleichheit, vorrangig aber in einem - gleichermaßen „modernen“ - universellen Recht auf Besonderheit und Singularität findet. Damit geht eine grundlegende Veränderung des Vertretungsverhältnisses (zugunsten der Vertretenen und ihrer Sache) einher. An ausgewählten Beispielen sind die Voraussetzungen und Schwierigkeiten dieses Wandels sowie seine Folgen für die Selbst- und Fremdwahrnehmung von Intellektuellen im allgemeinen, von Soziologen als Intellektuellen im besonderen zu erörtern.

Nachhaltige Medienevents? Strategische, rituelle und diskursive Aspekte langfristiger transnationaler Mediendebatten

Hartmut Wessler, Universität Mannheim, wessler@uni-mannheim.de

Manuel Adolphsen, Universität Mannheim, adolphsen@uni-mannheim.de

Stream 02: Transnationalisierung - Panel III: Medienevents und Medienskandale als Verdichtungen transnationaler Öffentlichkeit

Der Beitrag stellt einen neuen Ansatz zur Erklärung von Verlauf und Inhalt langfristiger transnationaler Mediendebatten vor. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass öffentliche Kommunikation strategische, rituelle und diskursive Elemente zugleich enthält. Die Literatur zur transnationalen Kommunikation hat diese Elemente bisher fast immer getrennt betrachtet. So hat die Forschung zu Public Diplomacy und internationaler PR nur die strategischen, auf Interessendurchsetzung orientierten Aspekte grenzüberschreitender Kommunikation fokussiert. Die Forschung über globale Medienevents hat vor allem die rituellen, auf kollektives Erleben von Stolz und Ehrerbietung oder Schock und Trauer gerichteten Elemente transnationaler Medienkommunikation betont. Und die Literatur zur Transnationalisierung politischer Öffentlichkeiten hat vielfach die diskursive Qualität medienöffentlicher Debatten, also ihr Potenzial für transnationale Vernetzung, gegenseitige Wahrnehmung und transnationale Identitätsbildung in den Vordergrund gerückt. Erst die detailgenaue Untersuchung der Schnittstellen zwischen strategischen, rituellen und diskursiven Elementen, so die These des Beitrags, ermöglicht es, die jeweiligen Blindstellen zu beleuchten und so ein genaueres Verständnis von Verlauf und Inhalt transnationaler Mediendebatten zu gewinnen. Als Fallbeispiele dienen die globalen Klimagipfel von Kopenhagen (2009) und Cancun (2010), mit einem Ausblick auf den kommenden Gipfel in Durban (Dezember 2011). Die zentrale empirische Grundlage bilden neben einer Auswertung der verfügbaren Sekundärliteratur rund 60 Interviews mit Kommunikationsverantwortlichen und Journalisten beim Klimagipfel in Cancun, ergänzt durch Dokumentenanalysen und Beobachtungsdaten. Der Beitrag zeigt zum einen, wie die kommunikative Realität der Gipfel trotz unterschiedlicher Interessenlagen der beteiligten Akteure und über die Professionsgrenzen zwischen PR und Journalismus hinweg koproduziert wird. Es wird gezeigt, wie die symbolische Aufladung der Gipfel als globale Schicksalsfrage und ihre koproduzierte Deutung als Erfolg oder Misserfolg in den nationalen und transnationalen Medien nahezu rituellen Charakter annehmen können. Umgekehrt haben die koproduzierten Deutungen diskursive Wirkungen in den nationalen Klimadebatten, die weit über kurzfristige Eventthematisierungen hinausgehen. Der Beitrag endet daher mit einem konkreten Vorschlag für die Analyse dieser diskursiven Wirkungen als längerfristigen Transnationalisierungsphänomenen.

Brand Yourself. Die Gouvernamentalität der Social Networking Site Facebook

Carolin Wiedemann, Universität Hamburg, carolin.wiedemann@wiso.uni-hamburg.de

Stream 09: Privat - Panel I: Digitale Konstitution öffentlicher Subjekte – neue informelle Öffentlichkeiten

Inwiefern ist Facebook Teil einer gegenwärtig steigenden Vermarktlichung medialer Wahrnehmung, Teil einer Ökonomisierung des Selbst sowie des Sozialen? Und welche Rolle spielen diese Entwicklungen für die Konstitution neuer Arenen informeller Öffentlichkeit? Die wichtigste Frage auf Facebook lautet: „Was machst Du gerade?“ Täglich antworten Millionen Menschen aus aller Welt darauf und illustrieren ihre Worte mit Fotos vom eigenen Küchentisch oder Video-Aufzeichnungen der Party am Vorabend, bieten eine permanente Performance dessen, was vormals als privat galt. Um jenes Phänomen zu verstehen, muss das Interface von Facebook genauer unter die Lupe genommen und im Kontext aktueller gesellschaftlicher Bedingungen betrachtet werden. Das ist der Fokus meines Beitrags. Den methodischen und theoretischen Bezug bietet Foucaults Konzept der Gouvernamentalität, das als eine spezifische Art moderner Machtmechanismen und als spezielle Machtanalytik genutzt wird. Die Social Networking Site Facebook fungiert unter jener Perspektive als ein „Regierungsprogramm“: Sie strukturiert das Handeln der UserInnen, indem sie dazu anleitet, sich auf eine ganz bestimmte Art und Weise zu verhalten. Welches Leitbild impliziert das Interface? Auf welchen Wissenstechniken basieren die Dokumentationstools und Feedbackschleifen? Welche Handlungen werden erwartbar gemacht und normalisiert? Und welche Logiken stecken dahinter, wenn alles für den „Freundeskreis“ transparent gemacht wird, und Facebook gleichzeitig andauernd daran erinnert, diese „persönlichen“ Netzwerke zu erweitern? Inwiefern hängen die freiwilligen Begutachtungs- und Bewertungspraxen in jenen informellen Öffentlichkeiten mit der gegenwärtigen Gouvernamentalität zusammen? Mit der Logik des Neoliberalismus und den Bedingungen des Postfordismus? Das Interface von Facebook adressiert ein kreatives und kommunikatives UserInnen-Subjekt, das sich selbst einem möglichst großen Publikum präsentieren soll. Das vormals Private wird zur Marke und der Freundeskreis zur informellen Öffentlichkeit, für deren Konstitution die UserInnen selbst verantwortlich sind.



Die politische Rationalität des Neoliberalismus: Auswirkungen auf die politische Öffentlichkeit

Stefanie Wöhl, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, stefanie.woehl@univie.ac.at

Stream 07: Habermas - Panel II: Habermas und Foucault erneut ins Gespräch gebracht: Annäherungen an den Neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit

Demokratische Repräsentation wird durch die zunehmende Vermarktlichung der öffentlichen Sphäre und verschiedener gesellschaftlicher Lebensbereiche sowie durch die Veränderung liberaler Freiheitsrechte in westlichen Gesellschaften derzeit unterlaufen. Damit werden auch die politischen Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten verschiedener Personengruppen tangiert. Diese Transformationsprozesse lassen sich mit den Studien zur Gouvernamentalisierung des Staates von Foucault erfassen. Die von Foucault konstatierte politische Rationalität des Neoliberalismus, die die Ökonomie zum regulierenden Prinzip von Gesellschaft bestimmt, hat auch Auswirkungen auf demokratische Institutionen wie die Öffentlichkeit, insofern es zu einer Verschiebung zwischen der ehemals liberal konzipierten Trennung einer privaten und Öffentlichen Sphäre kommt. In dem Vortrag sollen die Auswirkungen einer neoliberalen politischen Ökonomie und Rationalität auf die Institutionen der Demokratie wie die politische Öffentlichkeit dargestellt werden. Meine These ist, dass die neoliberale Gouvernamentalisierung des Staates dabei an der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit in besonderer Weise festhält, indem sie eine Verschiebung der staatlichen Form bewirkt: Staatliche Leistungen und öffentliche Güter werden zunehmend nach Marktkriterien beurteilt und privatisiert und sollen von zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen gleichzeitig als Dienstleistung erbracht werden. Dabei verändern sich auch die Funktionen von Institutionen. Es geht jedoch keineswegs um einen Abbau des Staates, sondern um eine Veränderung seiner Aufgaben und seine Neuausrichtung nach dem Marktprinzip. Dies hat andererseits Folgen für die demokratische Öffentlichkeit, denn die neoliberale Gouvernamentalisierung des Staates reartikuliert auch politische Rechte nach ökonomischen Rationalitätskriterien und unterläuft so selbst klassisch liberale individuelle Rechte und normative Vorstellungen von Öffentlichkeit. Staatliche Legitimität wird dabei an die erfolgreiche Durchsetzung von Marktinteressen gekoppelt und verändert die Annahme, dass der Staat letztlich Repräsentant des Volkes sei. Auf diese Aspekte soll anhand von konkreten Beispielen im Vortrag aus einer demokratietheoretischen Perspektive eingegangen werden und Differenzen zu einem Habermaschen Öffentlichkeitsbegriff diskutiert werden.

Die Plagiatsaffäre von Karl-Theodor zu Guttenberg - ein Beispiel für die normative Kraft der Öffentlichen Meinung

Angelika Zahn, Frankfurt a. M., angelikazahn@yahoo.de

Stream 16: Vorläufer - Panel II: Ferdinand Tönnies' Kritik der öffentlichen Meinung - systematische Grundlagen der Öffentlichkeitssoziologie

Am Beispiel der Plagiatsaffäre von K.-Th. zu Guttenberg lege ich dar, wie sich in der Ergänzung des Tönniesschen Ansatzes durch poststrukturalistische Kategorien eine Möglichkeit bietet, über die analytische Beschreibung des Verhältnisses von öffentlichen Teilmeinungen und der normativ-autoritativen Kraft der Öffentlichen Meinung hinaus zu gelangen und den Blick auf jenen Ort zu richten, der ein Wirksamwerden der gemeinschaftlichen Aspekte im sozialen Miteinander evoziert. Dies kann, sofern von postmodernen Gesellschaften ausgegangen wird, nur im Performativen geschehen, in einer Durchdringung und Überkreuzung der funktional ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilbereiche. In der Rückführung der Tönniesschen Willenstheorie auf psychoanalytische Kategorien lassen sich diese Teilbereiche als konkurrierende imaginäre Ordnungen begreifen. In ihnen konstituiert sich Bedeutung in Abhängigkeit des Begehrens, das eigene idealisierte Selbstbild zu bewahren. Verbleiben die Bedeutungszuweisungen in der Selbstbezogenheit der eigenen Gemeinschaft, so spiegeln sie immer nur die eigenen Bedürfnisse wieder, also in Tönniesschen Begriffen den ‚Zweck‘, dem das jeweilige ausdifferenzierte Glied der Gesellschaft seine Existenz verdankt. Erst in der über die Grenzen eines Teilbereichs hinausgreifenden Öffentlichkeit, in der die verschiedenen Sinn-deutungen aufeinanderprallen, werden die imaginären Bedeutungszuweisungen hinterfragt. Dies ist der Moment, in dem performative Kritik möglich wird in Form einer Rückbesinnung auf Werte, die den gemeinschaftlichen Zusammenhalt des Ganzen gewährleisten. Sie treten dem Menschen gegenüber in Form einer gemeinsam geteilten symbolischen Ordnung, in der sich Bedeutungszuweisungen zu weithin akzeptierten Normen verdichten und die von Tönnies propagierte autoritative Kraft entfalten können. In der Plagiatsaffäre ist es zunächst das imaginäre Selbstverständnis des Politikers, welches die Diskussion bestimmte. Gegen den Versuch, die Normen der Wissenschaft den politischen Prämissen zu subsumieren, regte sich schnell Protest. Seine normative Kraft entfaltete dieser Protest aber erst in jenem Moment, in dem die für die Wissenschaft unabdingbare Wahrhaftigkeit in das imaginäre Selbstverständnis des politischen Symbolsystems integriert wurde und eine von Zweckmeinungen abstrahierte Bedeutung in der Öffentlichen Meinung erlangte. Dieser Einbruch wurde vor allem initiiert von Politikern, die in beiden gesellschaftlichen Teilbereichen partizipieren.



Der Revolutionsmythos in Mexiko - Vergessen versus Erinnern

Raina Zimmering, Johannes Kepler Universität Linz, zimmering@t-online.de

Stream 10: Vergessen - Panel II: Öffentliches Gedächtnis im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen

Der Mythos über die Revolution von 1910 hat die mexikanische Gesellschaft über 70 Jahre trotz tiefer sozialer, kultureller und ethnischer Spaltungen zusammengehalten und das herrschende Regime der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) symbolisch legitimiert. Nach der Aneignung des Revolutionsmythos durch das Zapatistische Heer der Nationalen Befreiung bei gleicher Dysfunktionalität des Mythos für die politischen Eliten findet ein symbolischer Kampf um Erinnerung und Vergessen über die mexikanische Revolution mit unterschiedlichen Sinndeutungen statt. Stellte der Revolutionsmythos im Herrschaftsdiskurs bis in die 1990er ein konstitutives Element staatlicher Hegemonie dar, so wurde er mit der politischen Transition profanisiert und durch relativierende Alternativmythen ersetzt. Dies ging mit der Absicht des Vergessens der mexikanischen Revolution und der Erinnerung an andere historischer Ereignisse in der mexikanischen Geschichte als sinnstiftend für die Gegenwart einher. Im Gegenzug verwandelte sich der Revolutionsmythos innerhalb der autonomen Räume der zapatistischen Gemeinden zu einem konterkarierenden Gegenmythos, dessen Erinnerung hochgehalten wird. Der Kampf um Erinnerung und Vergessen des Revolutionsmythos in Mexiko ist gleichzeitig ein Kampf um Symbole in der Politik und um die Politik der Symbole seit Beginn der 1990er in Mexiko, hinter dem sich verschiedene Politikansätze und Gesellschaftskategorien verbergen. Diese sollen mit den Erinnerungs- und Vergessens-theorien von Aleida und Jan Assmann und den Mythentheorie von Ernst Cassirer und Hans Blumenberg analysiert werden.

Journalistische Arbeit in kommerzialisierten Medienorganisationen

Pascal Zwicky, IPMZ - Universität Zürich, p.zwicky@ipmz.uzh.ch

Stream 12: Deregulierung - Panel I: Im Dienst öffentlicher Güter: Akteure, Institutionen, Praktiken

Publizistische Medien lassen sich als öffentliche Güter begreifen. Gerade Qualitätszeitungen funktionieren bis heute als Leitmedien moderner Gesellschaften (vgl. Jarren/Vogel 2009). Ihre journalistischen Leistungen sind von konstitutiver Bedeutung für die Demokratie und deshalb auch von unmittelbarem öffentlichem Interesse (vgl. Habermas 2008). Die Presse wurde im 19. Jahrhundert in Abgrenzung zum absolutistischen Staat privatwirtschaftlich institutionalisiert. Im Zuge des neoliberalen Gesellschaftswandels (vgl. Boltanski/Chiapello 2003, Sennet 2005, Wacquant 2009) kommt es spätestens ab den 1990er Jahren auch zu einer verstärkten Kommerzialisierung der Medien, die theoretisch als Wandel vom privatwirtschaftlichen zu einem kommerziellen Institutionalierungsmodus gefasst werden kann. Das heisst konkret, dass heute auch im Medienbereich kommerzielle Ziele in dominanter Weise und organisationsübergreifend regelbildend sind. Untersucht wurden 16 Qualitätszeitungen aus unterschiedlichen Verlagen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Titel wurden in einem zweistufigen Forschungsprozess mittels Dokumentenanalyse, einer schriftlichen Befragung sowie 22 vertiefenden Experteninterviews analysiert. Die empirische Analyse zeigt, dass sich der kommerzielle Institutionalierungsmodus in den organisationalen Bedingungen journalistischer Arbeit resp. Produktion niederschlägt. Der Abbau und die Prekarisierung von journalistischem Personal, die Einführung von Profit-Center-Strukturen in Medienkonzernen oder ein verstärkt auch in den Redaktionen eingesetztes Controlling erhöhen den ökonomischen und damit auch zeitlichen Druck auf die Journalisten. Insgesamt ist eine zumindest partielle Entprofessionalisierung des traditionellen/klassischen Journalismus zu konstatieren. Den spezifischen Eigentumsverhältnissen der untersuchten Medienorganisationen kommt in diesem Kontext ein modifizierender Effekt zu. Marktorientierte Eigentumstypen (z.B. börsennotierte Medien) akzentuieren den ökonomischen Druck tendenziell, Non-Profit-Eigentumstypen (z.B. Stiftungen, Genossenschaft) schwächen ihn ab. Die interviewten Medienakteure nehmen die mit der kommerziellen Institutionalisierung verbundenen Probleme zwar wahr, stehen alternativer Strukturen oder öffentlichen Interventionen gleichwohl skeptisch gegenüber. Mit Boltanski (2010) lassen sich ideologische Herrschaftseffekte vermuten, die ihre Wirkungsmacht aus der – scheinbar – umfassenden Dominanz des Status Quo entwickeln.



Namensverzeichnis

A

Adolf, Marian 4

Adolphsen, Manuel 258

Albrecht, Steffen 5, 6

Aleksanyan, Ashot 7

Amelina, Anna 8

Aulenbacher, Brigitte 9

Averbeck-Lietz, Stefanie 10

Ayaß, Ruth 11, 12

B

Babenko, Svitlana 49

Baer, Alejandro 220

Baringhorst, Sigrid 14

Bär, Stefan 13

Bartelheimer, Peter 15

Baumgartner, A. Doris 16

Becker, Rolf 17

Beck, Michael 17

Beetz, Michael 18, 19

Bertram, Hans 20

Besio, Cristina 21

Best, Heinrich 22

Bien, Walter 23

Binder, Werner 24, 25

Blicke, Stefanie 26

Blutner, Doris 27

Bogner, Alexander 28

Bohmann, Gerda 29

Brocza, Stefan 30, 31

Brosius, Hans-Bernd 32

Brüggemann, Michael 104

Bublitz, Hannelore 33

Bühler, Martin 34

Bührmann, Andrea 35, 180

Bujard, Martin 20

Burkhardt, Steffen 36, 37

Burzan, Nicole 38

Busch, Christoph 39, 40

C

Cachelin, Joël Luc 41

Calvo, Spartaco 42

Carabante, Josemaría 67

Carstensen, Tanja 43

Christmann, Gabriela B. 44

Corti, Alessandra 21

Czyzewski, Marek 45

D

Dahms, Harry 46

Damitz, Ralf M. 47

Dangschat, Jens S. 48

Danylenko, Oksana 49

Dayé, Christian 50

Debuschewitz, Pia 20

De Vries, Catherine 136

Donat, Elisabeth 51

Dörfler, Thomas 52

Dreke, Claudia 53

Drüeke, Ricarda 123

Duchêne-Lacroix, Cédric 54

Duller, Nicole 204

Duttweiler, Stefanie 55

E

Eberhard, Sarah 73

Eberle, Thomas S. 56

Egger de Campo, Marianne 57

Ehlscheidt, Rudi 108

Eilders, Christiane 167

Eisenegger, Mark 58

Elliker, Florian 59

Englert, Kathrin 60

Eppler, Dorothea 196

Ermert, Sophia 61

Ettinger, Patrik 62, 63

F

Fehmel, Thilo 64

Fehr, Helmut 65

Fernandez, Karina 66

Ferrer, Urbano 67

Fischer, Tatjana 68

Fischer, Ute Luise 69

Franczak, Karol 70

Freudenschuß, Magdalena 71

Friedrich, Katja 118

Friedrichs, Jürgen 72

Friedrichsmeier, Andres 73

Fritscher, Wolfgang 74

Fröhlich, Gerhard 75

Fröhlich, Gerrit 117

Fuchs, Gerhard 76

Fuchs, Walter 77

Fürst, Silke 73, 78

Fux, Beat 79

G

Gabriel, Manfred 80

Gemperle, Michael 131

Gerster, Marco 81

Giacovelli, Sebastian 82

Globisch, Claudia 83

Göbel, Andreas 84

Golova, Tatiana 85

Gostmann, Peter 86

Gothe, Miriam 87

Grabe, Lisa 131

Gregg, Benjamin 88, 89

Greve, Jens 90

Gruber, Laura 91

Gründer, René 92

H

Haas, Alexander 32

Häberlin, Udo Wolfgang 93

Hagenah, Jörg 94

Hakhverdian, Armen 136

Hälterlein, Jens 95

Hanekop, Heidemarie 96

Hartmann, Eva 97

Hartmann, Thomas 98

Hebenstreit, Stefan 99

Heesen, Jessica 100

Heid, Michaela 101

Heinze, Carsten 246

Hellmann, Kai-Uwe 102

Henkel, Anna 103

Hepp, Andreas 104, 105

Herbers, Martin R. 106

Hernández, Francesc Jesús 107

Herzog, Benno 107

Hiller, Petra 108

Hirte, Katrin 109, 110

Hoffmann, Hanna 111

Holzhauser, Nicole 112

Hungerbühler, Ruth 42

Huning, Sandra 113

I

Ihle, Holger 165

Imbusch, Peter 114

Irmisch, Anna 115

Ivanova, Ana 116

J

Jäckel, Michael 117

Jandura, Olaf 118, 193

Jäpel, Franziska 17

Johannsen, Lars 174

Jonas, Michael 119

K

Kädtler, Jürgen 120

Kalthoff, Herbert 121

Kautt, York 122

Klaus, Elisabeth 123

Kleinen-von Königslöw, Katharina ... 104, 124

Knoblauch, Hubert 125

Köhler, Hermann 126

Konieczny, Esther 127

Kontos, Maria 128



Korom, Philipp	129
Kreide, Regina	130
Krenn, Manfred	131
Kretschmann, Andrea	77
Kreutz, Henrik	132
Krotz, Friedrich	133
Kuhn, Theresa	190
Kunze, Iris	134
Kusche, Isabel	135

L

Lancee, Bram	136
Laux, Henning	137
Lengauer, Günther	138
Leonhard, Nina	139
Lessenich, Stephan	140
Lingenberg, Swantje	104
Linke, Christine	143
Loidl, Rainer	201
Lorenz, Stephan	141
Ludes, Peter	142
Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang	60
Lünenborg, Margreth	143, 144

M

Mackrodt, Ulrike	145
Magin, Melanie	146
Mast, Jason	147
Maurer, Andrea	148
Maurer, Marcus	193
McKernan, Brian	149
Melischek, Gabriele	150, 225
Merz-Benz, Peter-Ulrich	151
Meuser, Michael	9
Meyen, Michael	32
Meynhardt, Timo	152
Möller, Johanna	104, 153
Moser, Sebastian	149
Motakef, Mona	154
Müller-Doohm, Stefan	159
Müller, Hans-Peter	155

Müller, Julian	156, 157
Müller, Matthias	158
Münch, Richard	160

N

Neckel, Sighard	161
Nessel, Sebastian	162
Neumann, Daniela	163
Neun, Oliver	164
Nieland, Joerg-Uwe	165
Niephaus, Yasemin	83
Nissen, Sylke	166
Nitsch, Cordula	167
Nollert, Michael	168
Nordmann, Jürgen	169
Nowicka, Magdalena	170
Nuernbergk, Christian	171

O

Osljak, Katja	204
Osrecki, Fran	172

P

Paulitz, Tanja	173
Pedersen, Karin Hilmer	174
Peer, Verena	175
Penz, Otto	202
Peter, Lothar	176
Petzold, Knut	177, 178
Pfeuffer, Andreas	179
Plehwe, Dieter	35, 180
Plöger, Jörg	181
Pohlmann, Markus	13
Prandner, Dimitri	182
Preglau, Max	183
Prisching, Manfred	184
Privitera, Walter	185
Pronzini, Andrea	21

R

Raab, Heike	186
Rauer, Valentin	188

Rau, Harald	187
Raupach, Christian	189
Recchi, Ettore	190
Reichmann, Werner	191, 192
Reinemann, Carsten	193, 194
Revers, Matthias	149
Richter, Marina	168
Riegraf, Birgit	9
Rodriguez-Amat, Joan Ramon	195
Rössel, Jörg	196
Ruhne, Renate	197
Ruser, Alexander	198

S

Sabisch, Katja	199
Sachsenroeder, Ute	200
Sagl, Marie-Therese	201
Sauer, Birgit	202
Scambor, Elli	203
Schachtner, Christina	204, 205
Schadauer, Andreas	206
Schäfer, Sabine	207
Schär, Clarissa	208
Schardt, Dinah	209
Scheibelhofer, Paul	210
Schenk, Patrick	196
Schiek, Daniela	211
Schindler, Larissa	212
Schindler, Saskja	213
Schirmer, Uta	214
Schlüter-Knauer, Carsten	215
Schmidt, Jan-Hinrik	216
Schmidtke, Henning	219
Schmincke, Imke	217
Schmitt, Marco	218
Schneider, Steffen	219
Schnettler, Bernt	220
Schranz, Mario	58
Schrage, Jan-Felix	221, 222
Schraten, Jürgen	223
Schürmann, Lena	224

Seethaler, Josef	150, 225
Sheinheit, Ian	149
Singer, Daniela	226
Siri, Jasmin	227
Sonderegger, Roger	228
Sondermann, Ariadne	60
Spilker, Niels	229
Spurk, Jan	230
Stachowiak, Jerzy	231
Stadler, Bettina	232
Stark, Birgit	233
Stegbauer, Christian	234
Stempfhuber, Martin	235
Strecker, David	236
Stubler, Claudia	237
Stückler, Heidrun	204
Suntrup, Jan Christoph	238
Svetlova, Ekaterina	253

T

Tänzler, Dirk	239
Tasheva, Gallina	240
Teune, Simon	241
Thériault, Barbara	257
Thomas, Tanja	242
Tschernitz, Maria-Elisabeth	179
Tüür-Fröhlich, Terje	243

U

Udris, Linards	244
Ullrich, Carsten G.	211
Unzicker, Kai	245

V

Vallée, Thomas	246
van der Wetering, Denis	245
van Dyk, Silke	140
van Loon, Joost	247
Verpraet, Gilles	248
Vieregge, Joscha	108
Vorheyer, Claudia	249
Vowe, Gerhard	250



W

Wäckerlig, Oliver 251

Wagner, Constantin 179, 252

Walthert, Rafael 251

Wansleben, Leon 253

Weber, Gerlind..... 68

Weibel, Erwin..... 94

Weischenberg, Siegfried..... 254

Weiske, Christine 255

Weiss, Alexandra..... 256

Weiß, Johannes..... 257

Wendelin, Manuel..... 32

Werron, Tobias..... 34

Wessler, Hartmut..... 258

Wiedemann, Carolin 259

Willner, Tina Maria 131

Winder, Georg 138

Wöhl, Stefanie 260

Wünsch, Carsten..... 167

Z

Zahn, Angelika..... 261

Zerback, Thomas..... 193

Zielmann, Sarah 62

Zimmering, Raina 262

Zwicky, Pascal 263



Impressum

Herausgeber:

Ass. Prof. Dr. Frank Welz
Österreichische Gesellschaft für Soziologie
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck
Institut für Soziologie
Universitätsstr. 15
A-6020 Innsbruck

Redaktion & Satz:

Josef Untermarzoner (Redaktion) & Christian Veit (Satz)
Büro des Dreiländerkongresses 2011
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck
info@soziologie2011.eu

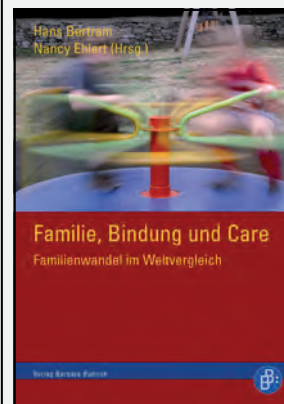
Layout:

Stephanie Brejla
Grafik & Design, Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Druck:

Onlineprinters GmbH
D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Brennende Probleme – fundierte Diskussionen



HANS BERTRAM/ NANCY EHLERT (HRSG.) Familie, Bindungen und Fürsorge

Familiärer Wandel in einer vielfältigen Moderne
2011. Ca. 700 S. Hc.

Ca. 89,90 € (D), 92,50 € (A), 119,00 SFr

ISBN 978-3-86649-391-9

Fachleute von allen Kontinenten erläutern, wie Fürsorglichkeit v.a. zwischen den Generationen möglich ist, wie Bindungen und Beziehungen außerhalb des Marktes gewährleistet werden, wie familiäre Fürsorgeleistungen gesichert werden und wie die betrachteten Länder ihre spezifischen Probleme der

älter werdenden Gesellschaft lösen. Dieses einzigartige Referenzwerk ist von internationalen ExpertInnen verfasst.

ELMAR WIESENDAHL: Volksparteien

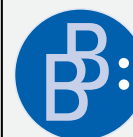
Aufstieg, Niedergang und Zukunft

2011. Ca. 220 S. Kt.

Ca. 19,90 € (D), 20,50 € (A), 28,90 SFr

ISBN 978-3-86649-385-8

Die Volksparteien in Deutschland befinden sich gegenwärtig in einer Krise. Welches sind die Hintergründe dieser Krise? Wie wird die Zukunft der Volksparteien aussehen?



**Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers**

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich-verlag.de

www.budrich-verlag.de • www.budrich-journals.de

Neu im VS Verlag



Gudrun-Axeli Knapp
Im Widerstreit
Feministische Theorie
in Bewegung

Die Beiträge dieses Bandes, die einen Zeitraum von rund 25 Jahren umfassen, dokumentieren Versuche einer Positionsbestimmung feministischer Kritik und Forschung unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformationsprozesse, die auch deren eigenen Existenzbedingungen verändern.

2011. ca. 250 S. Br.
ca. EUR 29,95
ISBN
978-3-531-18267-4



Jürgen Gerhards / Mike S. Schäfer / Ishtar Al-Jabiri / Juliane Seifert
Terrorismus im Fernsehen

Formate, Inhalte und Emotionen in westlichen und arabischen Sendern

Die Studie vergleicht die Terrorismusberichterstattung von fünf Fernsehsendern aus unterschiedlichen Ländern und Weltregionen: CNN, Al Jazeera, BBC, ARD und RTL. Untersucht werden die Formate der Berichterstattung, die inhaltlichen Deutungen der Anschläge und die damit verbundenen Emotionsdarstellungen.

2011. ca. 300 S. Br.
ca. EUR 39,95
ISBN
978-3-531-18162-2



Ferdinand Tönnies
Soziologische Schriften
Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft
Herausgegeben von Klaus Lichtblau

Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft

Die in diesem Band veröffentlichten Schriften dokumentieren den intellektuellen Werdegang von Tönnies ausgehend von seinem ersten Entwurf zu Gemeinschaft und Gesellschaft aus den Jahren 1880-1881 bis hin zu seinem gleichnamigen Beitrag in dem von Alfred Vierkandt herausgegebenen und 1931 erschienenen Handwörterbuch der Soziologie.

2011. ca. 280 S. Br.
ca. EUR 24,90
ISBN
978-3-531-16240-9



Jan Fuhse / Christian Stegbauer (Hrsg.)
Kultur und mediale Kommunikation in sozialen Netzwerken

Wenn Kommunikation sich in den Medien neu ordnet, entwickeln sich hierauf bezogen auch die sozialen Formen des Umgangs miteinander und in der Folge auch die darüber sich konstituierenden/diese nutzenden sozialen Netzwerke.

2011. 188 S. Br.
EUR 29,95
ISBN
978-3-531-17041-1